

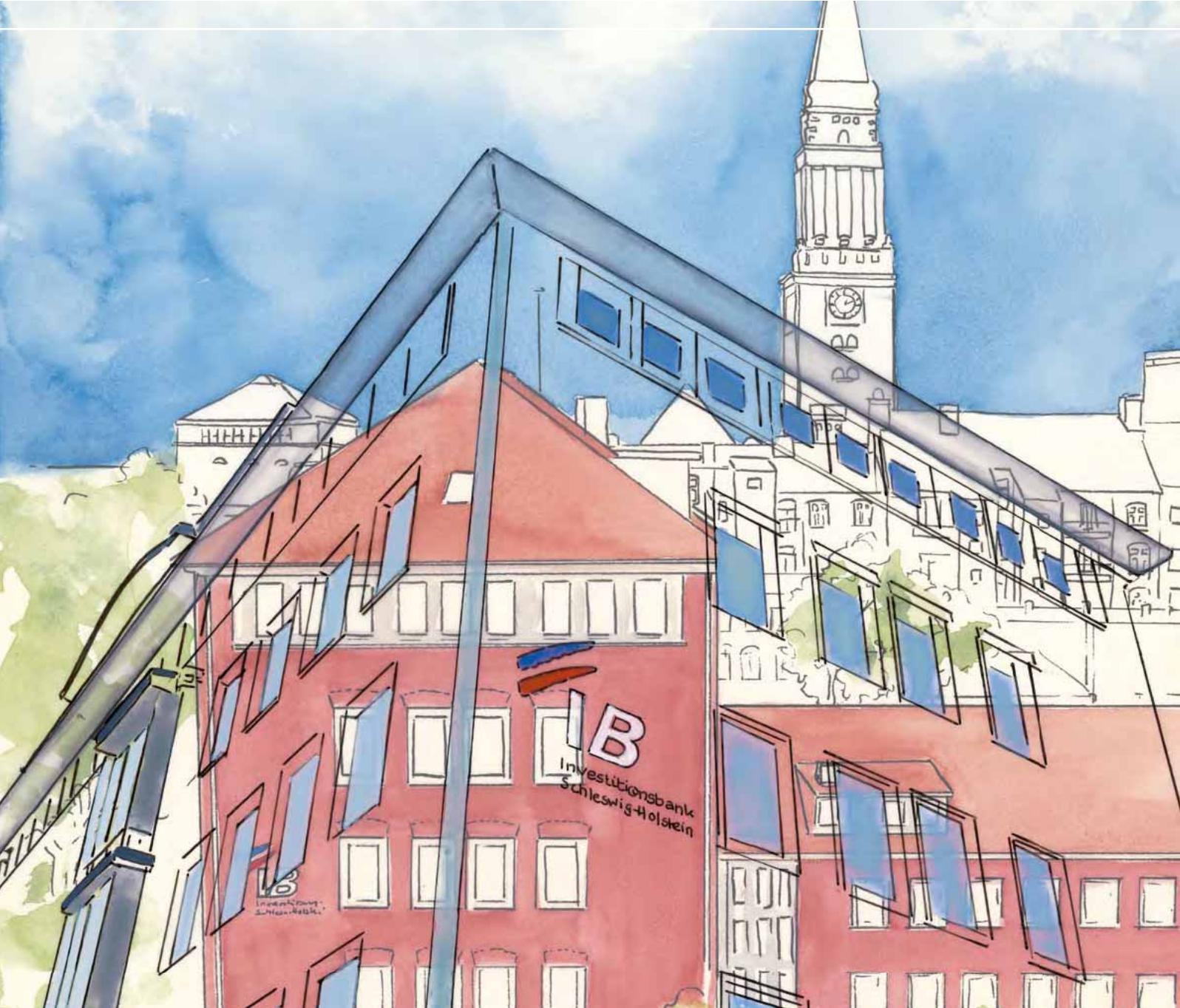


SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
17. Wahlperiode

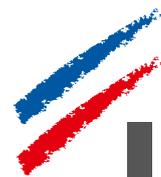
Drucksache 17/708
12. Juli 2010

Bericht

der Investitionsbank Schleswig-Holstein 2009



Geschäftsbericht 2009



IB

Investitionsbank
Schleswig-Holstein

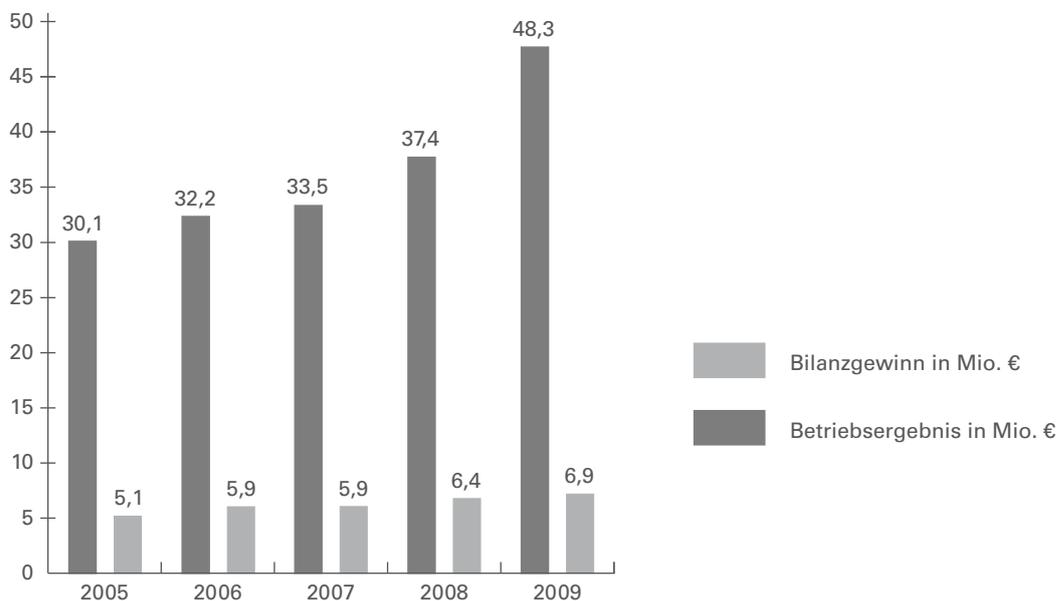
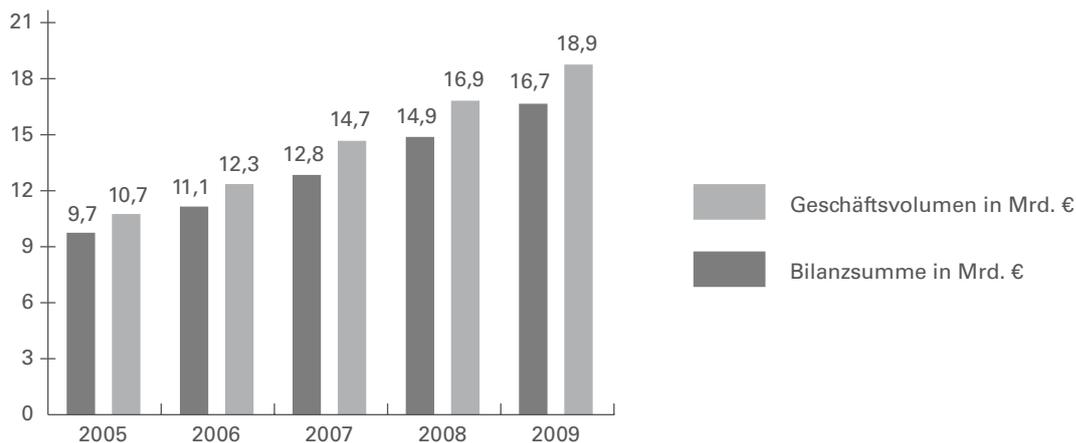
Investitionsbank Schleswig-Holstein im Überblick

Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Träger der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das Land Schleswig-Holstein (100 Prozent).

Aufgaben: Fördern, Finanzieren, Beraten

Als zentrales Förderinstitut unterstützen wir das Land Schleswig-Holstein bei der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Wir beraten in allen Förderfragen und vergeben Fördermittel und Kredite für Wirtschaft, Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte, den Städtebau sowie den Agrarbereich. Darüber hinaus bieten wir eine Reihe von Spezialleistungen – als die Förderbank im Norden.



Inhalt

	Seite
Vorwort des Vorstands	2
Bericht der Gewährträgersammlung	4
Bericht des Verwaltungsrates	5
Highlights 2009	6
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	8
Unser Leistungsspektrum 2010	12
Wirtschaft	14
IB.Europa/Enterprise Europe Network	21
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)	23
Immobilien	26
IB.Energieagentur	31
Kommunen/Infrastruktur	36
Beratung Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum	40
Arbeitsmarkt- und Strukturförderung	42
Bundesförderung	48
INTERREG/Baltic Sea Region Programme	54
Kulturengagement	58
Jahresabschluss	60
Lagebericht	62
Bilanz	82
Gewinn- und Verlustrechnung	84
Anhang	85
Organe	94
Bestätigungsvermerk	97

Bebilderung

Dieser Geschäftsbericht ist mit Werken der schleswig-holsteinischen Künstlerin Kerstin Mempel (Kiel) bebildert. Ihre Zeichnungen/Aquarelle entstehen direkt vor Ort und werden zum Teil durch Schichttechniken mit Folie und Farben weiterbearbeitet.

Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,

im zurückliegenden Jahr 2009 war die IB verstärkt gefordert, ihre Instrumente einzusetzen und dabei mitzuwirken, die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise abzuschwächen. Dies führte zu einer Steigerung des Neugeschäfts gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2008 um 6 % auf 2,68 Mrd. €.

Besonders nachgefragt war die Sparte Wirtschaft, die ein Neugeschäft von 260 Mio. € erzielte. Im Zuge der durch die Krise aufgetretenen Liquiditäts- und Finanzierungsengpässe suchten Banken und Sparkassen weitaus häufiger und früher Finanzierungs- und Risikopartner. Auf diese Weise konnten die Hausbanken ihre Kreditvergabe an den Mittelstand aufrechterhalten. Neben dem Konsortialgeschäft unterstützt die IB Banken und Sparkassen bei der Kreditvergabe an Unternehmen durch Weiterleitung von Programmkrediten der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) sowie durch Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln. Allein für Wirtschaftskredite waren dies 637 Mio. €. Zur Eigenkapitalausstattung standen die Mittel des EFRE-Risikokapitalfonds und des Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein zur Verfügung.

Das von der IB koordinierte „Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein“ hat sich als zentrale Anlaufstelle bei allen Fragen zu EU-Förderprogrammen, Technologietransfer und EU-Kooperationen etabliert. Verstärkt nachgefragt wurden auch die kostenlosen Beratungen der IB.Förderlotsen und der IB.GründerinnenBeratung.

Die Sparte Immobilien erzielte ein Neugeschäft von 529 Mio. €. Erstmals wurde die 500-Millionen-Grenze überschritten. Die Mittel der Sozialen Wohnraumförderung wurden stark nachgefragt.

Von den Angeboten der Allgemeinen Wohnraumförderung war insbesondere die Einbindung von KfW-Modernisierungsmitteln attraktiv. Insgesamt wurden in der Allgemeinen Wohnraumförderung durch die IB über 3.600 Kunden beim Bau, Kauf oder der Modernisierung von Wohneigentum unterstützt – ein Drittel mehr als im Vorjahr. Die Städtebauförderung bewilligte 30,4 Mio. € zur Weiterentwicklung von Innenstädten und Ortsteilzentren. 2009 wurde außerdem die Abwicklung der Bereiche Städtebau und kommunale Straßen (Lärmschutz) aus dem „Konjunkturpaket II“ auf die IB übertragen.

Die Sparte Kommunen erzielte mit 708 Mio. € weniger Neugeschäft als im Vorjahr, da das überregionale Kommunalkreditgeschäft aufgrund der Kapitalmarktsituation erst Mitte des Jahres wieder aufgenommen wurde. Dagegen stieg das Kommunalkreditgeschäft in Schleswig-Holstein an. Erfreulich war insbesondere das Neugeschäft im Segment der kommunalnahen Unternehmen. Unter Begleitung des ÖPP-Kompetenzzentrums konnten für mehrere Projekte ÖPP-Verträge geschlossen werden (z.B. Inselschule Fehmarn).

Der Bereich Bundesförderung – als Bindeglied zwischen den Bundesförderinstituten KfW und LR einerseits und den Hausbanken andererseits – erzielte ein Neugeschäft von 837 Mio. €. Träger dieses bisher größten Volumens war wieder das gewerbliche Fördergeschäft der KfW. Die Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung, in der Zuschussprogramme wie das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“, das „Zukunftsprogramm Arbeit“ und auch Teile des „Konjunkturpakets II“ betreut werden, erzielte 2009 ein Neugeschäft von 344 Mio. €.

Nachhaltigkeit ist uns ein bedeutsames Anliegen. 2009 stand besonders ausgeprägt im Zeichen des Klimaschutzes. Als Finanzierer von Wind-, Solar-

und Biogasanlagen hat sich die IB mit rund 36 Mio. € zusammen mit der jeweiligen Haus-



bank engagiert. Weitere klimarelevante Finanzierungen, an denen sich die IB beteiligt, dienen der energetischen Sanierung von Wohngebäuden. Nicht zuletzt bietet die Energieagentur der IB umfassende Beratung an. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die KfW-Programme „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizient Sanieren“. Insgesamt hat die IB 2009 mit rund 840 Mio. € Kreditvolumen an klimarelevanten Vorhaben mitgewirkt. Das entspricht einem Anteil von gut 31 % am gesamten Neugeschäft.

Das Jahr 2009 war außergewöhnlich, aber unser Engagement auch. Wir bedanken uns herzlich bei unseren Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen und bei unseren Geschäftspartnern für die gute Zusammenarbeit.

Zum 31.12.2009 beschäftigt die IB 460 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vor dem Hintergrund eines äußerst starken Neugeschäfts und eines internen, bankweiten IT-Projekts gilt allen diesmal unser besonderer Dank für die gezeigte Einsatzfreude und die erfolgreiche Arbeit.

Es ist unser Anspruch, uns stetig weiterzuentwickeln. Deshalb haben wir die „IB-Vision 2015“ erarbeitet. Sie gibt Auskunft über das Zukunftsbild der IB – die Förderbank im Norden. So schaffen wir Identifikation und Orientierung.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise kann noch nicht als überwunden angesehen werden. Eine ausreichende Risikotragfähigkeit der Finanzinstitute und die volle Funktionsfähigkeit der Märkte sind noch nicht wieder hergestellt. Das niedrige Konjunkturniveau wird einerseits die generelle Nachfrage nach Kreditmitteln einschränken, andererseits



(v. l.) Dr. Klaus Rave und Lutz Koopmann (Vorstandsvorsitzender)

aber – insbesondere im IB-Bereich Wirtschaft – die Nachfrage der Hausbanken nach Risikoteilung

auf relativ hohem Niveau verharren lassen. Insbesondere die Nachfrage nach Betriebsmitteln wird ansteigen. Eventuelle Ratingverschlechterungen nach Vorlage der Bilanzen 2009 schränken die Finanzierungsmöglichkeiten der Hausbanken ein, was zu mehr Unterstützung durch die Förderinstitute führen dürfte. Dieser Situation begegnen IB, MBG und Bürgschaftsbank mit einer neuen Finanzierungsinitiative, die die Kreditversorgung des Mittelstands verbessern hilft. Für den Bereich Immobilien wird damit gerechnet, dass sich der positive Trend des Jahres 2009 weiter fortsetzt. Im Bereich Kommunen erwarten wir eine wachsende Bedeutung der IB als Finanzierer von Infrastrukturmaßnahmen auch für kommunalnahe Unternehmen. In der Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung wird überwiegend von konstanten Antragszahlen ausgegangen.

Gerade in schwierigen Zeiten hat sich gezeigt, wie wichtig eine verlässliche Förderung ist. Die Zahlen belegen, dass die IB einen erfolgreichen Beitrag zur Stabilisierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in der Krise leisten konnte. Wir werden auch weiterhin alles tun, um dieser Rolle gerecht zu werden und als zuverlässiger Partner die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung des Nordens zu fördern.

Lutz Koopmann (Vorstandsvorsitzender)

Dr. Klaus Rave

Bericht der Gewährträgersammlung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Die Gewährträgersammlung trat im Dezember 2009 zu einer Sitzung zusammen. Darüber hinaus fasste sie im schriftlichen Umlaufverfahren Beschlüsse.

Im Juni 2010 billigte die Gewährträgersammlung den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2009 nebst Lagebericht. Unter gleichem Datum erteilte die Gewährträgersammlung dem Vorstand und dem Verwaltungsrat die Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands und des Verwaltungsrats über die Verwendung des Gewinns.

Kiel, 9. Juni 2010

Die Gewährträgersammlung der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Rainer Wiegard
(Vorsitzender)

Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Der Verwaltungsrat trat 2009 viermal zusammen. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht in seiner Sitzung am 1. Juni 2010 beraten. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht wurden der Gewährträgersammlung zur Feststellung empfohlen.

Dem Vorschlag des Vorstands an die Gewährträgersammlung über die Verwendung des Gewinns stimmte der Verwaltungsrat zu.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB für die im Jahr 2009 geleistete Arbeit.

Kiel, 1. Juni 2010
Der Verwaltungsrat der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Dr. Olaf Bastian
(Vorsitzender)

Highlights 2009

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

27. Januar Jahresauftakt



Gremienmitglieder und Geschäftspartner informieren sich über die Ziele der IB in 2009 und nutzen auch die Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit den Künstlern des IB-Kalenders.

04. März Bilanz- Pressekonferenz

Erfolgreich in der Krise – Die Finanzmarktkrise und die abschwächende Konjunktur führten zu verstärkter Nachfrage der Banken und Sparkassen nach Risikoteilung und weiteren Produkten der IB. Das Neugeschäft übertrifft nochmals die positiven Zahlen des Vorjahres.

12. bis 15. März New Energy



Auf der Messe für erneuerbare Energien in Husum stellt die IB den Besuchern ihre Produkte und Dienstleistungen vor.

29. April JUNIOR



Unter dem Motto „Wirtschaft live erleben – wenn aus Schülern junge Unternehmer werden“ veranstaltet die IB gemeinsam mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft den JUNIOR-Landeswettbewerb S-H. Sieger wird das Schüler-Unternehmen „Gleis 13“ aus Lütjenburg mit einem Kalender über eine historische Kleinbahn.

04. Juli Wettbewerb „Kiels fitteste Firma“



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen beim Wettbewerb „Kiels fitteste Firma“ ihre sportlichen Fähigkeiten unter Beweis. Und das mit Erfolg: Das IB-Team erreicht den dritten Platz unter den teilnehmenden Firmenteams.

16. bis 17. Juni Messe nordjob in Kiel

Erstmals beteiligt sich die IB an dieser Messe speziell für

Schülerinnen und Schüler, um sich als attraktive Förderbank mit interessanten Ausbildungsmöglichkeiten zu empfehlen.

01. bis 05. Juli Kultursponsoring I: JazzBaltica



Als Hauptsponsor unterstützt die IB das bedeutende Jazz-Festival und stiftet zudem einen Förderpreis für junge Nachwuchsmusiker. Die Auszeichnung geht an das „LandesJugendJazzOrchester“ Schleswig-Holstein.

03. bis 06. September NORLA

Die IB präsentiert den Fachbesuchern der landwirtschaftlichen Ausstellung in Rendsburg ihr Förder- und Finanzierungsangebot am Messestand.

10. bis 15. September Nordbau

Zahlreiche Interessenten informieren sich auf der größten Baumesse Norddeutschlands am Messestand über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten rund um die eigenen vier Wände. Im Rahmen einer Fachtagung der IB diskutieren Experten über „Aktuelle ÖPP-Modelle in Zeiten der Finanzmarktkrise“

30. September und
03. Dezember
**Kultursponsoring II:
Literaturhaus
Schleswig-Holstein**

Die Autoren Robert Menasse und Peter Stamm lesen für Geschäftspartner sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB aus ihren aktuellen Büchern.

28. Oktober
**Erdgas, Strom,
Breitband**

Über 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft informieren sich über „Netzinfrastrukturen in Schleswig-Holstein im Wandel“. Gemeinsame Veranstalter sind das Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, die Lorenz-von-Stein-Gesellschaft und die IB.

03. November
**VISION 2015 –
Volle Kraft voraus**



Die IB hat sich seit ihrer Gründung von einer abwicklungsgeprägten Förderanstalt zu einer kundenorientierten, innovativen Förderbank entwickelt. Der Vorstand stellt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die VISION 2015 in einer temperamentvollen Auftaktveranstaltung vor.

30. November
**Community Treff der
Windenergiebranche**

In Husum trifft sich die Windenergiebranche auf Einladung von windcomm Schleswig-Holstein, CEwind, Husum-WindEnergy und IB. Gespräche, Kontakte und Netzwerke stehen bei den rund 120 Gästen im Mittelpunkt des Abends.

22. Dezember
**Spendenübergabe für
St. Antoniushaus**



Der Erlös aus der internen Weihnachtstombola der IB wurde von der Bank erheblich aufgestockt und an den Sozialdienst katholischer Frauen e.V. für das St. Antoniushaus sowie zwei weitere regionale Einrichtungen überreicht.

**Frühjahr und Herbst
Baumessen**



Bauherren, Haus- und Wohnungskäufer sowie Modernisierer informieren sich über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten auf zahlreichen Baumessen im Land.

Während des
ganzen Jahres
**Von der Existenz-
gründung bis zum
Unternehmen**

Bei zahlreichen Veranstaltungen stellen Fachleute der IB Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten vor – für Existenzgründungsinteressierte und bestehende Unternehmen.

**Besser kennen –
besser verstehen**

Unter diesem Motto lädt die IB ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verschiedenen Aktionen außerhalb der Dienstzeit ein. Die beim gemeinsamen Kochen oder Boulespielen geknüpften Kontakte zeigen im Arbeitsalltag vielfältigen Nutzen.

Einmal im Monat
**Arbeitskreis
Gesundheit**



Monatlich bietet der „Arbeitskreis Gesundheit“ in der IB den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedenste Aktionen rund um die Gesundheit an. Die Palette reicht von Vorträgen bis hin zu Aktionen zum Mitmachen.





Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unserem Anspruch, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, kommen wir in vielerlei Hinsicht nach. Wichtig ist uns eine gute Arbeitskultur, die wir unter Einbeziehung unserer Beschäftigten kontinuierlich weiterentwickeln. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt es vielfältige Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Besondere Bedeutung haben darüber hinaus Angebote wie Gesundheitsvorsorge, Kulturereignisse, gemeinsame Aktivitäten sowie die Gelegenheit zum „Blick über den Tellerrand“. Jungen Menschen bieten wir verschiedene Wege für Ausbildung und Studium sowie interessante Möglichkeiten für den Berufseinstieg.



Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personalstruktur

Am Stichtag 31. Dezember 2009 waren 415,14 (Vj. 388,15) Vollzeitkräfte in unserer Bank beschäftigt. Die Personalausweitung im Vergleich zum Vorjahr liegt insbesondere am weiteren Aufbau der Bereiche Arbeitsmarkt- und Strukturförderung und IB.Service Immobilien. Darüber hinaus bestand aufgrund der zunehmenden Projektaktivitäten im Zusammenhang mit ABAKUS (Aktuelles Förderbanken Antrags- und Kundensystem) ein zusätzlicher Personalbedarf. ABAKUS ist ein SAP-basiertes IT-System für Förderbanken und wird von einer bundesweiten Bankenkooperation getragen, der die IB beigetreten ist.

Einstellungspolitik

Im Jahr 2009 hat die IB die bislang größte Zahl an Einstellungen vorgenommen. Wir verzeichneten insgesamt 52 Zugänge: 39 Einstellungen in ein Angestelltenverhältnis, 6 Einstellungen von Auszubildenden, 3 Übernahmen von Auszubildenden in ein Angestelltenverhältnis und 4 Übernahmen von befristet angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ein unbefristetes Vertragsverhältnis.

Die Zahl der Zeitverträge hat sich im Vergleich zum 31. Dezember 2008 auf rund 16 % der bestehenden Anstellungsverträge erhöht (Ausbildungsverträge, Aushilfsverträge und Verträge mit Praktikanten wurden nicht berücksichtigt). Die Verwaltung zeitlich befristeter Landes- und EU-Programme sowie der zunehmende projektbezogene Personalbedarf für die ABAKUS-Aktivitäten können so in der Personalplanung der IB berücksichtigt werden.

Ausbildung

Die Bank bietet bedarfsorientiert folgende Ausbildungen an: Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science. Die Bachelor-Studiengänge finden als duale Ausbildung mit der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein statt. Der Bachelorabschluss „Bachelor of Arts“ wird zusätzlich

im Rahmen des Triales Modells im Studiengang Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Westküste erworben. Hinter dem Begriff „Triales Modell“ verbirgt sich die Kooperation zwischen Ausbildungsbetrieb, Berufsschule und Hochschule. Auch im Geschäftsjahr 2009 konnten wir – wie im Vorjahr – alle unsere Auszubildenden nach Ende ihrer Ausbildungszeit in ein Beschäftigungsverhältnis übernehmen.

Wir bieten Studentinnen und Studenten in verschiedenen Bereichen der Bank Praktikums- und Diplom-arbeitsplätze an. Hochschulqualifizierte Berufsanfänger können bei uns eine Traineeausbildung in verschiedenen Fachabteilungen durchlaufen. Darüber hinaus bieten wir Rechtsreferendaren die Möglichkeit, ihre Verwaltungs- und/oder Wahlstation in der Bank zu absolvieren.

Auch für 2009 können wir ein starkes Interesse an der Ausbildung in der IB verzeichnen: Insgesamt gingen fast 500 Bewerbungen um Ausbildungsplätze bei uns ein.

Im Juni 2009 informierten wir auf der nordjob Kiel in der Sparkassen-Arena über die Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten bei der IB. Die nordjob ist eine Fachmesse für Ausbildung und Studium; veranstaltet von den Industrie- und Handelskammern zu Kiel, Flensburg und Lübeck. An den zwei Messetagen konnten sich die Interessierten entweder in vorab organisierten Einzelgesprächen oder spontan am Infostand über die Beschäftigungsmöglichkeiten bei der IB informieren. Das Besondere dabei: Die Gespräche mit den Interessenten wurden von den Auszubildenden der IB geführt – so konnte neben der Information über das Ausbildungsangebot auch auf gleicher Augenhöhe über die Qualität der Ausbildung gesprochen werden. Die Koordination erfolgte über die Aus- und Fortbildungsleiterin der IB – die natürlich jederzeit für weitergehende Fragen zur Verfügung stand.

Arbeitskultur

Im ersten Quartal 2009 lagen die Ergebnisse aus der Teilnahme an der vom unabhängigen Great Place to

Work® Institute durchgeführten Benchmarkstudie „Deutschlands bester Arbeitgeber“ vor. Bei der Studie geht es um die Qualität und die Attraktivität von Arbeitgebern in Deutschland und Europa. Die Ergebnisse aus einer anonymen Mitarbeiterbefragung zu den Themen Glaubwürdigkeit, Respekt, Fairness, Stolz und Teamorientierung in unserer Bank sowie die Ergebnisse eines Culture-Audit-Reports führten zu einer ganzheitlichen Aussage über die IB als attraktiver Arbeitgeber. Aus einer Erhebung bestehender Maßnahmen, Konzepte und Programme im Personalbereich wurden vom Great Place to Work® Institute Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Von den Befragten äußerten sich mehr als 80 % sehr positiv zur Atmosphäre in der Bank und 87 % gaben an, dass die IB insgesamt ein sehr guter Arbeitsplatz sei. Damit liegt die Bank in diesem Aspekt mit an der Spitze, denn die besten vergleichbaren Unternehmen erzielen hier nur geringfügig höhere Ergebnisse (90 %). Das Ergebnis dieser Studie hat Aspekte aufgezeigt, in denen die IB sehr gut ist, aber auch solche, in denen die Bank noch besser werden kann. Wesentliche Handlungsfelder liegen in den Bereichen Führung und Zusammenarbeit. Um die Ergebnisse im Detail zu erörtern und auch Wünsche und Maßnahmen zur Veränderung und Verbesserung zu erarbeiten, finden seit dem vierten Quartal 2009 mit den Führungskräften und interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Workshops statt.

Arbeitskreis Gesundheit

Das Jahr 2009 stand für eine Reihe von Aktivitäten, die vom Arbeitskreis Gesundheit initiiert wurden. Der Arbeitskreis fördert Aktionen rund um das Thema „Gesundheit in der IB“. So bot die Bank in Zusammenarbeit mit dem Landeskoordinator bei der Ärztekammer Schleswig-Holstein für das Gesundheitsziel Verringerung der koronaren Herzkrankheit die Aktion „Happy Hearts – Herzgesundheit für Betriebe“ an. Unter diesem Motto fand eine Reihe von Veranstaltungen statt, in denen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel eine persönliche Risikofaktoren-Analyse oder eine individuelle Ernährungsberatung vornehmen lassen konnten. Ein Entspannungskurs unter fachkundiger Anleitung, ein Fachvortrag über herzgesunden Lebensstil

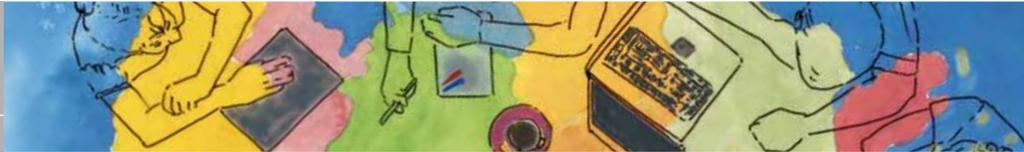
und zahlreiche Infostände gehörten ebenfalls dazu. Das Lebensstilprogramm „minus 500“ als weiterer Baustein der Aktion „Happy Hearts“ bot innerhalb eines überschaubaren Zeitraums von acht Wochen die Möglichkeit, den persönlichen Lebensstil unter präventiven Aspekten zu optimieren. Weitere vom Arbeitskreis Gesundheit durchgeführte Aktionen im Jahr 2009 waren zum Beispiel das Kochevent „Vollwertige Ernährung im Alltag“ und ein Schnupperkurs „Tai Chi“.

Unser Miteinander

Bei dem vom Projektmanagement der IB initiierten **AfterWorkWorkShop** (kurz PM.AWWS) handelt es sich um ein bewährtes Erfolgsmodell, das interessierten Beschäftigten die Möglichkeit gibt, sich nach Feierabend über spannende Themen zu informieren und auszutauschen. Nach dem Prinzip „Von Freiwilligen – Für Freiwillige“ stehen projektrelevante Themengebiete im Vordergrund. Dabei spielen methodische Aspekte ebenso eine Rolle wie „weiche“ Faktoren, aktuelle Geschehnisse sowie der Blick über den Tellerrand. Seit Einführung der Workshop-Reihe im Jahr 2005 haben 768 Kolleginnen und Kollegen an 35 Veranstaltungen teilgenommen. Die folgenden Themen wurden 2009 behandelt: Finanzmarktkrise, Reiss-Profil, Talentmanagement, Ordnungsmuster in Organisationen, agiles Projektmanagement und das „Spiel mit der Komplexität“. Neben der Information zu interessanten Aspekten dient das Forum auch der Förderung des Miteinanders in der Bank. Für ähnliche Impulse sorgten auch die Angebote des Kulturkreises und die Veranstaltungsreihe „Besser kennen – besser verstehen“.

Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sagen wir ein herzliches Dankeschön. Mit ihrem Engagement und ihrer Leistung haben sie maßgeblich zum Erfolg der Bank beigetragen. Wir danken auch dem Personalrat und unseren Gleichstellungsbeauftragten für die partnerschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit. Wir freuen uns auf ein weiteres vertrauensvolles Zusammenwirken im Jahr 2010.



Unser Leistungsspektrum 2010 (Stand 01. Juni 2010)

Wirtschaft

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ IB.Förderlotsen
- ▶ IB.GründerinnenBeratung
- ▶ Beratung bei der Entwicklung und Realisierung von Wind-, Bioenergie-, Solar- und Photovoltaik-Projekten

Kredite für Firmenkunden und landwirtschaftliche Betriebe

- ▶ Kredite für
 - ▶ Investitionen
 - ▶ Vorräte und Forderungen
 - ▶ Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
 - ▶ außenwirtschaftliche Aktivitäten
 - ▶ Nachfolgeregelungen
 - ▶ Umweltmaßnahmen
 - ▶ Projekte im Bereich regenerativer Energien
- ▶ „IB.KMUdirekt“ (Direktkredite für Unternehmensfestigungen)
- ▶ „IB.AgrarKREDIT“

Kredite für Existenzgründungen

- ▶ „Starthilfe Schleswig-Holstein“

Beteiligungskapital für Unternehmen

- ▶ EFRE-Risikokapital-Fonds
- ▶ Seed- und Start-up-Fonds
- ▶ Mittelstandsfonds SH GmbH
- ▶ MBG-Beteiligungen

Zuschüsse

- ▶ Informationen zu öffentlichen Förderungen finden Sie im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unter „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und „Weitere Förderprogramme“

IB.Europa

Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein

- ▶ Beratung über EU-Förderprogramme und -Initiativen
- ▶ Unterstützung bei der Antragstellung und Projektabwicklung
- ▶ Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft
- ▶ Unterstützung von Unternehmen bei Aktivitäten zur Internationalisierung
- ▶ Information über EU-Themen (z. B. Eurobrief)

IB.Repräsentanz Brüssel

- ▶ Bedarfsorientierte aktuelle Information aus den EU-Institutionen sowie Kontaktvermittlung und Interessenvertretung in Brüssel

Immobilien

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ Finanzierungsberatung für Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau
- ▶ Energetische und finanzwirtschaftliche Beratung im Mietwohnungsbereich (IB.ImmobiliCheck)
- ▶ Beratung mit Hilfe der dynamischen Investitionsrechnung (IB.ImmoInvest)
- ▶ Betreuung von Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) bei Finanzierung mit KfW-Mitteln (IB.WEGfinanz)

Soziale Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau Baudarlehen für

- ▶ Neubau, Ausbau und Erweiterung sowie Modernisierung von Mietwohnungen
- ▶ Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum
- ▶ Erwerb bestehender Wohnungen durch neu zu gründende oder auszugründende Wohnungsgenossenschaften

Eigentumsmaßnahmen Baudarlehen für

- ▶ Neubau und Erwerb von selbst genutztem Wohnraum
- ▶ Änderung oder Erweiterung von Gebäuden zur Schaffung von selbst genutztem Wohnraum oder für behindertengerechtes Wohnen
- ▶ Gruppenselbsthilfemaßnahmen

Allgemeine Wohnraumförderung

optimale Ergänzung von Finanzierungen anderer Institute

Mietwohnungsbau

- ▶ eigene Kreditprodukte (z. B. Kooperationsdarlehen)
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen

Eigentumsmaßnahmen

- ▶ ergänzende Darlehen der IB (z. B. IB.ImmoFlex)
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen
- ▶ IB.ImmoRente

Städtebauförderung

Förderprogramme für

- ▶ Sanierung und Entwicklung
- ▶ Stadtumbau West
- ▶ Soziale Stadt
- ▶ Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
- ▶ Städtebaulichen Denkmalschutz
- ▶ Kleinere Städte und Gemeinden

IB.Energieagentur

- ▶ Energiemanagement: Einführung, Begleitung, Schulung
- ▶ Internetgestütztes Energiecontrolling (IB.EnergieCheck)
- ▶ Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden
- ▶ Wärmetechnische Gebäudesanierung
- ▶ Energiepass für öffentliche Gebäude
- ▶ Beratung und Unterstützung bei
 - ▶ Windenergie- und Bioenergieprojekten
 - ▶ thermischen Solaranlagen und Photovoltaik-Projekten
 - ▶ Integration, Finanzierung und Betrieb von Blockheizkraftwerken
 - ▶ Ausschreibung von Strom- und Erdgaslieferungen
 - ▶ Bewertung von Konzessionsverträgen für Strom- und Erdgasbelieferung
 - ▶ Durchführung von Contracting-Vorhaben

Spezialleistungen

Kreditinstitute

- ▶ Beratung über die Anwendungsmöglichkeiten aller Förderprogramme der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR)
- ▶ Durchleitung von Bundesfördermitteln der KfW und der LR an die Sparkassen
- ▶ Zweckgebundene Refinanzierungen von Kreditinstituten (Globaldarlehen, Einzelrefinanzierungen) zur Förderung des Mittelstandes und kommunalnaher Unternehmen sowie zur allgemeinen Wohnraumförderung
- ▶ Zweckgebundene Refinanzierungen von Beteiligungsgesellschaften zur Förderung des Mittelstandes

EU-Programme zur territorialen Zusammenarbeit

- ▶ EU-Ostseeprogramm (Baltic Sea Region Programme 2007 – 2013)
- ▶ Interregional Cooperation Programme 2007 – 2013 (INTERREG IVC) – Info Point North

Kommunen/Infrastruktur

Kommunal- und Infrastrukturfinanzierungen

Kredite an Kommunen und kommunalnahe Unternehmen

- ▶ Zinsgünstige Kommunalkredite
- ▶ Kredite an Unternehmen mit mehrheitlich öffentlicher Beteiligung
- ▶ Kredite aus dem Kommunalen Investitionsfonds

ÖPP-/Infrastrukturfinanzierungen

- ▶ Finanzierung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen
- ▶ Finanzierung von ÖPP-Projekten (Forfaitierungen und Projektfinanzierungen)

Beratung öffentliche Infrastruktur

ÖPP-Kompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein

- ▶ Praxisnahe Informationen für Öffentlich-Private-Partnerschaften
- ▶ Durchführung von ÖPP-Eignungsabschätzungen
- ▶ Entwicklung von ÖPP-Realisierungskonzepten
- ▶ Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- ▶ Finanzierungsberatung im ÖPP-Vergabeverfahren

Öffentliche Infrastrukturmaßnahmen

- ▶ Beratung im Zusammenhang mit der Entwicklung und Umsetzung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen (z. B. Hochbau und öffentliche Verkehrsvorhaben)
- ▶ Beratung in allen Fragen der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur unter Berücksichtigung der Förderprogramme von Land/Bund/EU

Kommunales Energiemanagement

- ▶ Ausführliche Informationen zu unseren Leistungen Energiemanagement und Erneuerbare Energien befinden sich unter der Überschrift „Immobilien“ bei „IB.Energieagentur“.

Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Arbeitsmarktförderung

Zukunftsprogramm Arbeit

- ▶ Stärkung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten
 - ▶ Weiterbildung von Beschäftigten
 - ▶ Potenzialberatung für KMU
 - ▶ Qualifizierung von Existenzgründerinnen und -gründern aus der Arbeitslosigkeit
- ▶ Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
 - ▶ Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze
 - ▶ Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung
 - ▶ Förderung der Ausbildungsplatzakquisition
 - ▶ Regionale Ausbildungsbetreuung
 - ▶ Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt
 - ▶ Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Berufschancen junger Menschen
 - ▶ Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für jugendliche Strafgefangene
 - ▶ Transnationale Maßnahmen
- ▶ Integration von benachteiligten Personen in den Arbeitsmarkt
 - ▶ Innovative Arbeitsmarktprojekte
 - ▶ Beratungsstellen Frau & Beruf
 - ▶ Förderung der Alphabetisierung

Strukturförderung

Zukunftsprogramm Wirtschaft

- ▶ Technologie- und Gründerzentren
- ▶ Berufsbildungsstätten und Einrichtungen der Weiterbildung sowie Infrastruktur der Weiterbildung
- ▶ Einzelbetriebliche Investitionsförderung
- ▶ Familienbewusste Personalpolitik
- ▶ Regional- und Clustermanagements
- ▶ Gewerbe- und Industrieflächen
- ▶ Multifunktionale Einrichtungen
- ▶ Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien
- ▶ Altlastensanierung und Flächenrecycling
- ▶ Hafeninfrastuktur
- ▶ Nachhaltige Stadtentwicklung
- ▶ Stärkung Tourismuswirtschaft
- ▶ Förderung von Natura 2000-Gebieten
- ▶ Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft

Weitere Förderprogramme

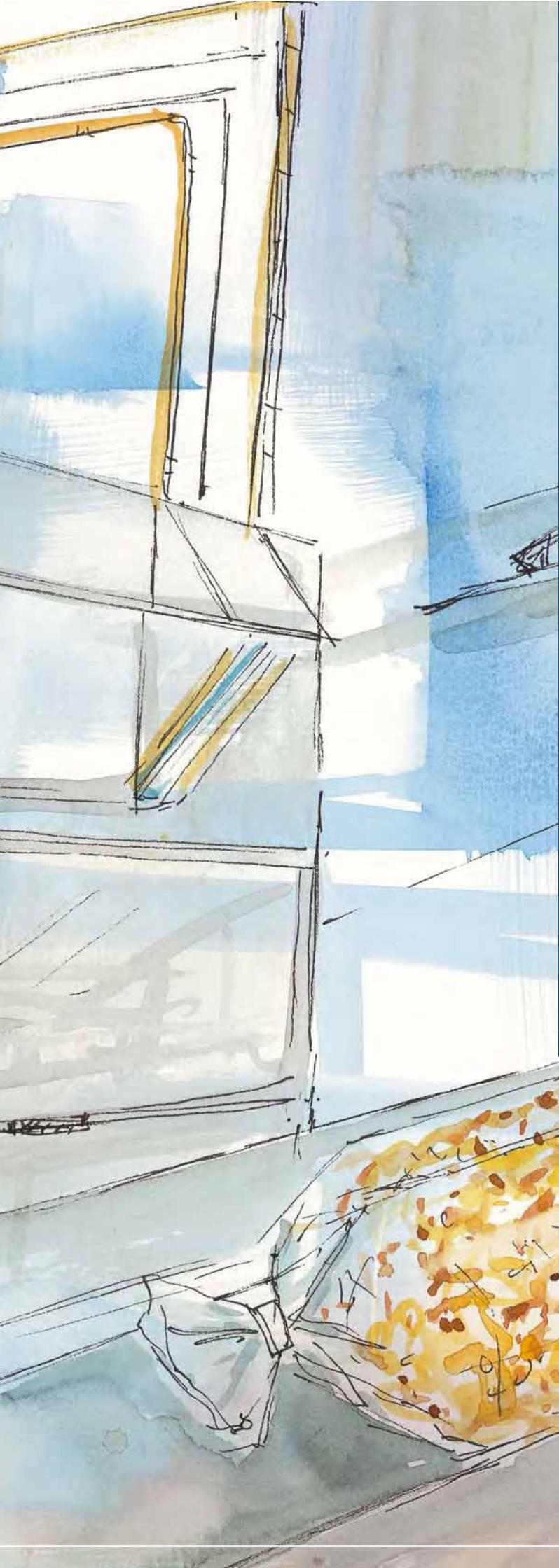
- ▶ Schulbauprogramme
- ▶ „Meister-BaföG“ – Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
- ▶ Wohngelderstattung an die örtlichen Wohngeldstellen
- ▶ Maßnahmen des Jugendaufbauwerkes Schleswig-Holstein (JAW)

Projektmanagement

- ▶ South Baltic Cooperation Programme 2007 – 2013 Contact Point
- ▶ Abwicklung INTERREG Programme (INTERREG III B Ostsee, INTERREG IIIC North)
- ▶ Beratung in Entscheidungsprozessen bei komplexen Vorhaben
- ▶ Unterstützung bei Projektentwicklung, -planung und -steuerung



Ausschnitt aus „Brüggen-Müsli, Lübeck“ von Kerstin Mempel, 110 x 30 cm



Wirtschaft

Wir stehen den Kreditinstituten und Unternehmen in Schleswig-Holstein mit unserer Produktpalette zur Verfügung – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Wir sind Berater bei Finanzierungsfragen, Förderer von Existenzgründungen und bestehenden Unternehmen, Finanzierungspartner der Hausbanken und auch Beteiligungsgeber. Die EU-Beratung der IB wurde 2009 in den Bereich „Wirtschaft“ integriert. So bieten wir unseren Kunden zukünftig auch auf dem Gebiet der EU-Förderung Finanzierung und Beratung aus einer Hand an.



Wirtschaft

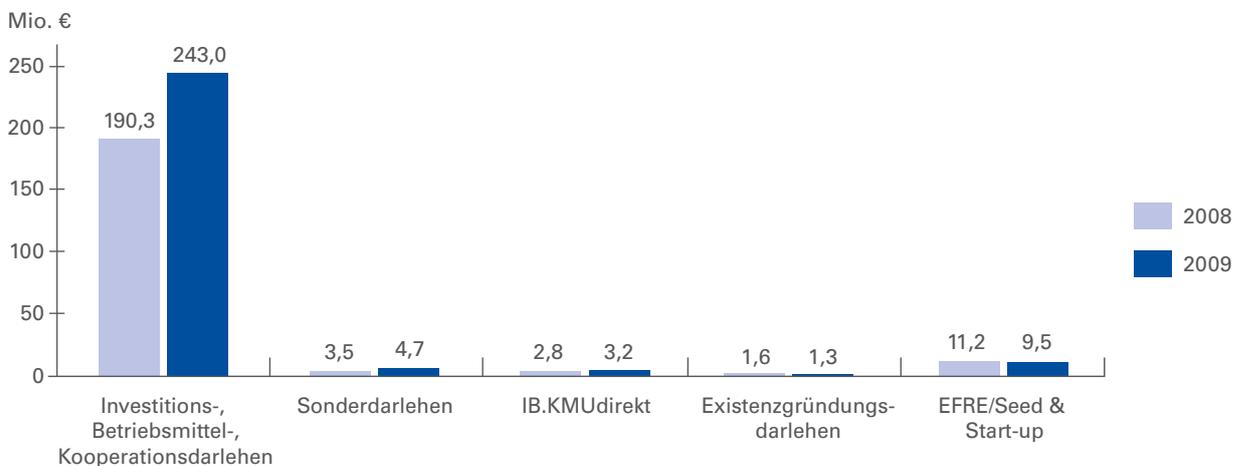
Gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten ist die Investitionsbank ein verlässlicher Förderer des Mittelstands in Schleswig-Holstein. Die IB berät umfassend zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten und hilft Existenzgründungsinteressierten, sich auf die Gespräche mit der Hausbank vorzubereiten. Als Finanzierungspartner teilt sich die IB mit der Hausbank das Kreditengagement und damit das Risiko bzw. übernimmt bei kleineren Gründungsvorhaben die Hausbankfunktion.

Die IB konnte auch 2009 dazu beitragen, den Kreditmarkt in Schleswig-Holstein zu stabilisieren und die regionale Wirtschaft zu stärken. Belege hierfür

sind die in vielen Bereichen stark gestiegene Anzahl an begleiteten Finanzierungen sowie das insgesamt erhöhte Neugeschäftsvolumen.

Darüber hinaus arbeiten wir eng mit den anderen Förderinstituten des Landes, des Bundes und der EU zusammen. In 2009 wurde die Abteilung „IB.Europa“ in den Bereich „Wirtschaft“ integriert. Mit dieser Zusammenführung können die Finanzierungs- und Beratungskompetenzen für europäische Fördermöglichkeiten den Hausbanken und Unternehmen in Schleswig-Holstein aus einer Hand angeboten werden.

Neugeschäftsentwicklung 2008/2009



Kredite an Firmenkunden

Mit einem Volumen von insgesamt 252 Mio. € lag das Neugeschäft rd. 27 % über dem des Vorjahres. Als Partner der Hausbanken haben wir uns 2009 bei insgesamt 236 neuen Finanzierungsvorhaben engagiert. Damit unterstützen wir in diesem Geschäftsbereich insgesamt mehr als 1.600 mittel-

ständige Unternehmen. Wie im Vorjahr haben die Investitions-, Betriebs- und Kooperationsdarlehen einen wesentlichen Ergebnisbeitrag geliefert.

Die positive Entwicklung des Neugeschäfts 2009 wurde durch verschiedene Faktoren beeinflusst:

Die Hausbanken sind bei größeren Krediten verstärkt an Risikoteilung interessiert und kommen vermehrt auf die IB zu. Ebenfalls wurden in Schleswig-Holstein viele Projekte im Bereich der regenerativen Energieerzeugung (insbesondere Biogas und

Photovoltaik) auf den Weg gebracht, in deren Finanzierungen die IB einbezogen wurde. Das Geschäftsfeld Landwirtschaft hat sich ebenso weiter etabliert. Das Finanzierungsvolumen in diesem Bereich konnte gegenüber dem Vorjahr verdoppelt werden.

Sonderdarlehen

Durch die Bereitstellung von eigenkapitalähnlichen Mitteln verbessern wir die Bonität und die Kreditwürdigkeit von Unternehmen. Wir vergeben Sonderdarlehen ohne die Bereitstellung von Sicherheiten als Festdarlehen und ergänzen diese mit einer Rangrücktrittserklärung. Auf diese Weise

kann die Eigenkapitalbasis insbesondere wachstumsorientierter kleiner und mittlerer Unternehmen verbreitert werden. Mit Sonderdarlehen im Gesamtvolumen von 4,7 (Vj. 3,5) Mio. € stärkten wir die Eigenkapitalbasis von 13 (Vj. 9) Unternehmen in Schleswig-Holstein.

Eigenkapitalprodukte

Die zur Jahresmitte 2008 gegründete Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH hat sich erfolgreich etabliert. Diese gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein aufgelegte Gesellschaft soll bestehende Lücken in der Eigenkapitalversorgung des größeren Mittelstandes schließen. Die Gesellschafter sind: Sparkasse Mittelholstein AG, Sparkasse zu Lübeck AG, Nord-Ostsee Sparkasse, Förde Sparkasse, Kieler Volksbank eG, VR Bank Neumünster, KfW sowie die Investitionsbank. Es konnten bereits neun Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von rd. 9,5 Mio. € platziert werden.

Der mit einem Volumen von 48 Mio. € Ende 2007 aufgelegte EFRE-Risikokapitalfonds II liegt voll im Plan. So konnten hier bis zum Jahresende insgesamt 80 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von 17,8 Mio. € bewilligt werden und damit ein deutlicher Beitrag zur Stärkung der finanziellen

Situation der mittelständischen Wirtschaft geleistet werden. Insgesamt sind mit den herausgelegten Beteiligungen Investitionen von rd. 158 Mio. € begleitet worden.

Der im Jahr 2005 gestartete erste EFRE-Risikokapitalfonds SH – ebenfalls unter Einbindung von EU-Mitteln aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) sowie Landesmitteln – mit einem Volumen von 15 Mio. € konnte fristgerecht zum 30.06.2009 ausfinanziert werden. Insgesamt wurden hier 80 Beteiligungen bei 70 Firmen gesetzt.

Informationen zu unseren Tätigkeiten im Rahmen des „Zukunftsprogramms Wirtschaft“ – insbesondere zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung – befinden sich im Kapitel „Arbeitsmarkt- und Strukturförderung“.



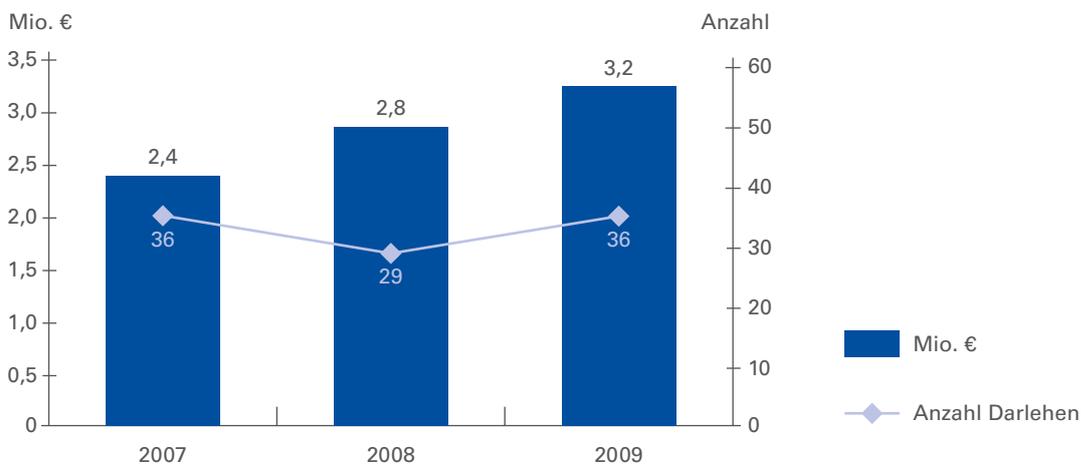
Direktkredite zur Existenzfestigung

Mit unserem Kreditprogramm „IB.KMUdirekt“ gewährleisten wir die Finanzierung kleinerer Finanzierungsbedarfe von bestehenden kleinen und mittelständischen Unternehmen, die trotz positiver Zukunftsprognose aufgrund gegebener schwieriger Unternehmenssituation oder wegen unverhältnismäßig intensiven Prüf- und Kreditvergabeaufwandes bei den Banken keine Finanzierung erhalten. Anträge zu diesem Programm können auch von Unternehmens- und Steuerberatern sowie von den Mentoren für Unternehmen in Schleswig-Holstein e.V. eingereicht werden. Letztere sind erfolgreiche

Unternehmer und Manager aus verschiedenen Branchen, die nicht mehr im operativen Geschäft tätig sind und ihre beruflichen Erfahrungen ehrenamtlich und unabhängig Unternehmen anbieten.

Durch 36 (Vj. 29) Darlehen zur Existenzfestigung in Höhe von insgesamt 3,2 (Vj. 2,8) Mio. € konnten fast 800 Arbeitsplätze gesichert werden. Es wurden überwiegend Betriebsmittel bereitgestellt, die größtenteils zur Bewältigung von Krisensituationen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise benötigt wurden.

Neukreditgeschäft IB.KMUdirekt



Existenzgründungen

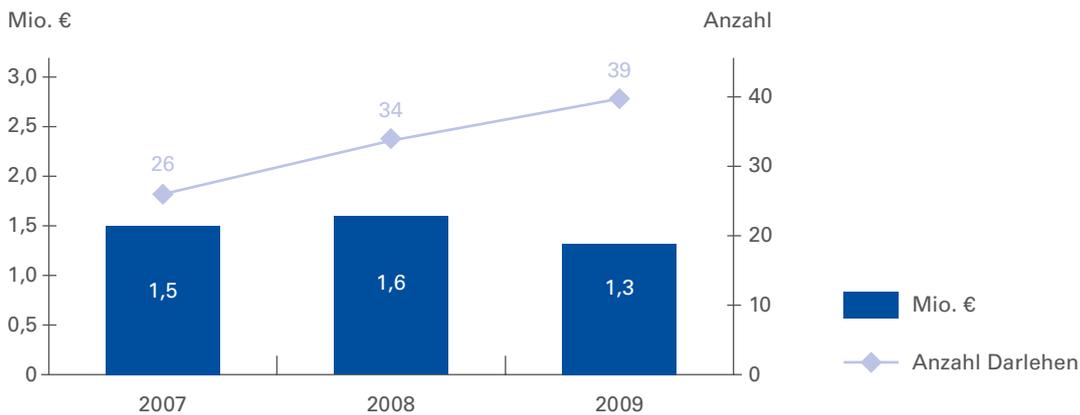
Um auch die Finanzierung kleiner Existenzgründungsvorhaben zu ermöglichen, übernehmen wir die Hausbankfunktion im Rahmen unseres Produktes „Starthilfe Schleswig-Holstein“. Voraussetzung für die Kreditvergabe ist eine Empfehlung des Kreditinstitutes vor Ort, welches auch die laufende Kontoführung übernimmt. Die Investitionsbank begleitet die Finanzierung unter Einbeziehung der zinsgünstigen Existenzgründungsdarlehen der KfW.

Mit 189 (Vj. 118) Finanzierungsanfragen war 2009 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die gestiegenen Antragszahlen führten jedoch nicht zu einem deutlichen Anstieg an tatsächlichen Vertragsabschlüssen. Dies resultierte insbesondere aus den häufig fehlenden fachlichen und/oder kaufmännischen Qualifikationen der Existenzgründer.

In 2009 haben wir insgesamt 39 Existenzgründerinnen und Existenzgründern mit Darlehen in Höhe von 1,3 Mio. € den Start in die berufliche Selbststän-

digkeit ermöglicht und damit 69 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Neukreditgeschäft Starthilfe Schleswig-Holstein



Ausblick Kreditgeschäft

Die Entwicklung der Konjunktur und deren Auswirkungen auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft sind schwer einschätzbar. Wir gehen von einer Investitionszurückhaltung aber höherem Betriebsmittelbedarf aufgrund der konjunkturellen Probleme bei den Unternehmen aus. Des Weiteren rechnen wir mit einer Verschlechterung der Ratings und damit zunehmenden Finanzierungsproblemen unserer Bestands- und Neukunden.

Die Hausbanken werden im Rahmen ihrer Portfolio- und/oder Einzelengagementsteuerung weiterhin die Risikoteilung mit unserem Haus nutzen.

Daher erwarten wir Antragszahlen auf dem Niveau des Vorjahres. Entsprechend unseres Förderauftrages werden wir bei jedem einzelnen Kreditengagement eine passende Lösungsmöglichkeit suchen.

Wir stehen den Kreditinstituten und Unternehmen mit unserer Produktpalette zur Verfügung und werden unter Ausnutzung der Angebote des Bundes, der KfW und des Landes Schleswig-Holstein unser Möglichstes dafür tun, die Finanzierungserfordernisse der Kreditnehmer in Schleswig-Holstein zu erfüllen.



Förderberatung in der Krise besonders gefordert

Zur Bewältigung der Wirtschaftskrise gab und gibt es verschiedene zusätzliche Sonderprogramme sowie Erleichterungen beim Zugang zu bestehenden Förderangeboten. Zwar hat die Zahl der Nachfragen aus einer konkreten Krisensituation heraus nicht das befürchtete Ausmaß erreicht, dennoch waren die IB.Förderlotsen 2009 besonders gefordert. Die anfangs festzustellende Investitionsneigung bestehender Unternehmen ist im zweiten Halbjahr spürbar gesunken. Der Bedarf an Erstberatung zur Sicherstellung der Liquidität hat dagegen zugenommen. Die Förderberatung Wirtschaft mit den IB.Förderlotsen und der IB.GründerinnenBeratung ist deshalb eine wichtige Säule der IB-Wirtschaftsförderung.

Beraten wird in allen Unternehmensphasen und über alle öffentlichen Förderinstitutionen hinweg umfassend und unentgeltlich. Dabei geht es inhaltlich vor allem um Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten. Insbesondere bei Existenzgründungen beansprucht allerdings die Vorbereitung auf Bankgespräche vor allem hinsichtlich überzeugender Gründungskonzepte oder Businesspläne anteilig mehr Zeit.

Mit 2.491 dokumentierten Beratungsfällen (wegen Mehrfachberatungen insgesamt 2.767 Beratungsgespräche) verzeichneten die IB.Förderlotsen und die IB.GründerinnenBeratung einen Zuwachs um 3,1 % gegenüber 2008. Wie erstmals in 2008 wurden erneut mehr bestehende Unternehmen als Existenzgründungsfälle beraten. Bei 1.231 Fällen handelte es sich um Gründungsinteressierte (plus 4,5 %), davon 506 Frauen und 725 Männer, sowie bei 1.260 Fällen um bestehende Unternehmen (plus 1,8 %).

Der allgemein erwartete Anstieg des Existenzgründungsgeschehens im Zuge einer verstärkten Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise (Stichwort: Notgründungen) ist 2009 noch nicht deutlich feststellbar gewesen. Die Regelungen der Bundesregierung zum Kurzarbeitergeld konnten den Arbeitsmarkt stabilisieren. Allerdings gab es eine Zunahme bei den Versuchen einer Neugründung aus

einer Insolvenz. Das insbesondere bei Vorhaben von mehr als 50.000 € erforderliche Eigenkapital war in vielen Fällen schwer darstellbar.

Mit insgesamt 120 Vorträgen, Seminaren und Sprechtagen an 29 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein war die Zahl der Informationsveranstaltungen außerhalb der IB ähnlich hoch wie im Vorjahr (123). Dabei waren 69 Veranstaltungen speziell für Existenzgründungsinteressierte, davon 22 speziell für Existenzgründerinnen und 6 an Schulen und Hochschulen. Die Existenzgründungsveranstaltungen wurden weiterhin von vielen derzeit erwerbslosen Personen genutzt. Nebenerwerbsgründungen hatten einen unerwartet kleinen Anteil und gab es vor allem bei Frauen. 41 Veranstaltungen waren für Gründungsinteressierte und gleichzeitig für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Weitere 10 Vorträge hatten ausschließlich KMU bzw. Banken für deren KMU-Kunden als Zielgruppe.

Unsere Aktivitäten im Rahmen des Projektes „JUNIOR – Schüler als Manager“ gehören auch zur Aufgabenstellung „Existenzgründung“: Seit 1996 sind wir Partner des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft bei der Betreuung befristeter Schülerunternehmen und beim jährlichen Landeswettbewerb. Einschließlich des laufenden Schuljahres 2009/2010 waren bzw. sind inzwischen 4.601 Schülerinnen und Schüler in 327 JUNIOR-Unternehmen in unserem Land beteiligt gewesen. Wir sehen das Projekt als einen interessanten Beitrag zur Verbreitung von wirtschaftlichen Kenntnissen und Zusammenhängen in Schulen, zur Verbesserung des Gründungsklimas und zugleich als Motivationsmotor für die volkswirtschaftlich so bedeutsamen Existenzgründungen.

Mit ihrer Förderberatung Wirtschaft ist und bleibt die Investitionsbank eine aktive Partnerin im Beratungsnetzwerk insbesondere mit der KfW, den Agenturen für Arbeit, den Wirtschaftskammern, den Technologie- und Gründungszentren, den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften sowie den Hochschulen.



IB.Europa/Enterprise Europe Network

Das 2008 von der EU-Kommission initiierte Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein war auch 2009 zentrale Anlaufstelle für Unternehmen bei allen Fragen zu EU-Förderprogrammen, Technologietransfer in Europa und EU-Kooperationen. IB.Europa koordiniert das Netzwerk für Hamburg und Schleswig-Holstein und bietet die Dienstleistungen mit der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH, der Innovationsstiftung Hamburg und der TuTech Innovation GmbH für Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam an. Das Konsortium bündelt eine Vielzahl von EU-Beratungskompetenzen und hat sich 2009 zu einem „One-Stop-Shop“ für Europaangelegenheiten entwickelt.

Gemeinsam mit der EEN-Partnerin Innovationsstiftung Hamburg berät der Bereich IB.Europa in Hamburg und Schleswig-Holstein schwerpunktmäßig zu EU-Fördermöglichkeiten, gibt Unterstützung bei der Suche nach Partnern für EU-Verbundvorhaben und hilft bei der Beantragung der Mittel.

2009 beriet IB.Europa 1.014 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Dabei kamen 50 % der Anfragen von Unternehmen, 40 % von öffentlichen Einrichtungen (inklusive Universitäten und For-



Wir stehen Unternehmen zur Seite

schungseinrichtungen) und 10 % von sonstigen Anfragenden. Themenschwerpunkte waren Energie, Umwelt, Forschung & Entwicklung, Strukturfonds, Internationalisierung, Verkehr und Bildung.

IB. Europa informierte 2009 in 50 eigenen und mit Kooperationspartnern organisierten Veranstaltungen über EU-Fördermöglichkeiten.

Ein Höhepunkt des Jahres war dabei der 1. Europatag für Unternehmen, der am 28. Mai 2009 im Kieler Haus der Wirtschaft stattfand und von Dr. Jörn Biel, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, eröffnet wurde. Etwa 100 Unternehmen und Multiplikatoren informierten sich über ihre Chancen in Europa. Die Podiumsdiskussionen mit erfolgreichen Unternehmen über die Vorteile von umweltfreundlichen Technologien, Kreativität und Innovationsstrategien waren ein großer Erfolg.



Ein weiteres Highlight war die am 5. November 2009 in Lübeck durchgeführte Konferenz zum Thema „Europäische Förderprogramme im Bereich Transport - Logistik“. Erstmals fand eine gemeinsame Veranstaltung der Enterprise Europe Network Partner aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern statt. 90 Unternehmen und Multiplikatoren aus den drei Ländern informierten sich über die Chancen im Förderprogramm Marco Polo II, über die Möglichkeiten zum Thema Verkehr im 7. Forschungsrahmenprogramm und über die Logistikförderprogramme des Bundes. Vorgestellt wurden auch die Entwicklungen und Perspektiven des europäischen Verkehrsrechts und die Verkehrsstrategie für Norddeutschland.

Von großer Bedeutung war auch das vom Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein organisierte zweitägige Treffen der 57 Mitgliedsorganisationen des deutschen Enterprise Europe Network in Hamburg im September 2009, um nach gut einem Jahr eine erste Bilanz zu ziehen und neue Aktivitäten zu planen. Der Wirtschaftssenator der Stadt Hamburg, Axel Gedaschko, eröffnete die Tagung mit einem Empfang, an dem sowohl die deutschen Partner, mehrere Vertreter der EU-Kommission und des Bundesministeriums für Wirt-

schaft und Technologie als auch Unternehmen und Multiplikatoren aus der Wirtschaft Hamburgs sowie Schleswig-Holsteins teilnahmen.

Workshops zu EU-Fördermöglichkeiten in den Bereichen Erneuerbare Energien, Umwelt, Nanotechnologien, Life Science sowie Europa für Bürgerinnen und Bürger ergänzen das Beratungsangebot.

Wie in den Jahren zuvor informierte IB.Europa Unternehmen am Europa-Messestand auf der Nord-Bau und der Norla über EU-Fördermöglichkeiten.

Die IB koordiniert die EU-Arbeitsgruppe Schleswig-Holstein. Dieses Netzwerk trifft sich regelmäßig mit dem Ziel, durch Informationsvermittlung und -austausch die EU-Beratung zu verbessern und transparenter zu gestalten.

Zusammen mit der Landesregierung veröffentlicht IB.Europa vierteljährlich den Eurobrief. Dieser informiert Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Multiplikatoren über alle für Schleswig-Holstein relevanten EU-Themen, Ausschreibungen und Projekte. Der Eurobrief erscheint ab 2010 als webbasierter E-Mail-Newsletter gekoppelt an den Internetauftritt www.een-hhsh.de.

IB.Repräsentanz Brüssel

Die IB.Repräsentanz arbeitet als „verlängerte Werkbank“ für das EEN und hält den Kontakt zu Kommission und Parlament. In 2009 unterstützte die Repräsentanz das Land Schleswig-Holstein bei der Aktivierung und Erweiterung des Netzwerks RENREN (Renewable Energy Regions Network) und bei der Erstellung eines Antrags und der Be-

antragung einer EU-Förderung im Programm INTERREG IVC. Das Projekt wurde im November 2009 positiv evaluiert und wird für den Zeitraum 2010–2012 mit ca. 1,6 Mio. € gefördert. Ziel von RENREN ist es, u.a. den Wissensaustausch und die Nutzung erneuerbarer Energien in europäischen Regionen zu fördern.

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)



Gute Ergebnisse im Krisenjahr 2009

Seit 1994 engagiert sich die MBG mit typisch stillen und offenen Beteiligungen ab 25.000 € bei mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein. Dadurch verbessern sich die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen und deren Möglichkeiten, weiteres Fremdkapital einzuwerben.

Diese Vorteile eines MBG-Engagements haben für mittelständische Unternehmen im Krisenjahr 2009

an Bedeutung gewonnen. Eine gute Eigenkapitalausstattung macht ein Unternehmen krisenfester und stabilisiert das Unternehmen auch im Verhältnis zu seinen Finanzierungspartnern. Vor diesem Hintergrund sind die Beteiligungsangebote der MBG 2009 im Markt auf ein großes Interesse gestoßen. Im Ergebnis hat die MBG ihre Förderaktivitäten nochmals deutlich gesteigert und dabei in vielen Förderkennzahlen neue Höchststände erreicht:

	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung zum Vorjahr
Neugeschäftsvolumen in Mio. €	19,0	16,2	20,2	19,5	20,5	+ 5,1 %
begleitetes Investitionsvolumen in Mio. €	108	104	123	128	111	- 13,3 %
gesicherte & geschaffene Arbeitsplätze	4.696	3.398	5.008	3.740	7.656	+ 104,7 %
Anzahl von Beteiligungen	81	83	97	102	131	+ 28,4 %

Mittelstandsfonds weiter gefragt

In dieser Tabelle nicht berücksichtigt sind die Geschäftsbesorgungsaktivitäten der MBG für den maßgeblich von der IB mitgetragenen Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein. Hier hat die MBG

für den Fonds weitere 5 Beteiligungen an größeren mittelständischen Betrieben mit einem Volumen von 4,6 Mio. € begleitet. Damit konnten im zweiten vollen Geschäftsjahr des Fonds bereits knapp 10 Mio. €, d. h. rund ein Drittel des Fondsvolumens ausplatziert werden.



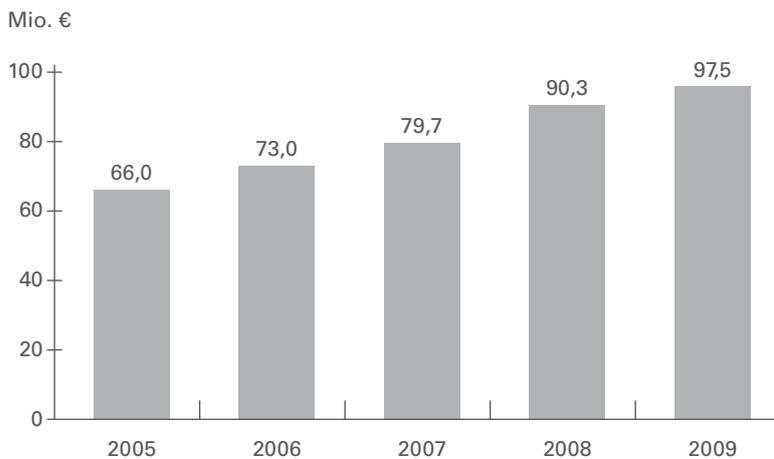
„Kapital für Handwerk“ erfolgreich gestartet

Das seit Januar 2009 bestehende spezielle Angebot für kleinere Handwerksbetriebe ist gut gestartet. 23 Handwerker haben ihre Unternehmen mit Beteiligungskapital zwischen 25 und 100T€ stabilisiert und krisenfest gemacht. Darüber hinaus hat die MBG 7 weiteren Handwerksbetrieben stille Beteiligungen mit jeweils über 100T€ zugesagt. Gemessen an der Zahl der geförderten Unternehmen ist das Handwerk 2009 im Vergleich der von der MBG begleiteten Branchen an die erste Stelle gerückt; gemessen am Volumen liegt es nach dem Handel und dem Maschinen- und Anlagenbau auf Platz drei.

MBG Beteiligungsportfolio auf Rekordniveau

Seit Jahren hat die MBG ein sehr positives Netto-neugeschäft, d.h. es kommen mehr neue Beteiligungen hinzu als gleichzeitig vor allem durch Rückzahlung wegfallen. Dadurch ist das Beteiligungsportfolio der MBG seit 2005 um 82 % auf gut 97 Mio. € am Jahresende 2009 gestiegen. Das sind erstmals über 500 Beteiligungen an rd. 350 Unternehmen in Schleswig-Holstein.

Entwicklung des Beteiligungsportfolios der MBG



MBG steht auf wirtschaftlich stabilem Fundament

Gerade in Krisenzeiten ist es für die MBG wichtig, dass sie ihre Förderanstrengungen auf der Grundlage eines stabilen wirtschaftlichen Fundaments intensivieren kann. Das war auch im Jahr 2009 uneingeschränkt gegeben. Seit 2004 hat die MBG ihre Eigenkapitalbasis und ihre Handlungsalternativen auf der Liquiditätsseite kontinuierlich verbessert. Das Jahr 2009 fügt sich diesbezüglich nahtlos ein. Zwar gingen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise an dem Portfolio der MBG nicht spurlos vorbei, letztlich sind diese Auswirkungen aber nicht

in dem Ende 2008 erwarteten Ausmaß eingetreten. Viele Unternehmen waren auf die Rezession vorbereitet, indem sie in guten Jahren Reserven angelegt hatten. Andere wiederum haben schnell auf der Kostenseite reagiert, um damit die Auswirkungen der Krise abzufedern. Dabei war die Ausweitung der Regelungen zur Kurzarbeit in vielen Fällen sehr hilfreich. Demzufolge konnte die Risikovorsorge im Jahresabschluss 2009 im Vergleich zum Vorjahr sogar wieder leicht zurückgenommen werden. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss, der die MBG gestärkt in das sicher auch noch schwierige Jahr 2010 gehen lässt.

Neue Förderinitiativen für 2010

Die Folgen der schwersten Rezession der Nachkriegszeit sind noch lange nicht bewältigt. Deshalb werden MBG, Bürgschaftsbank und IB weiter mit aller Kraft gegensteuern und ihre Kräfte u. a. in der „SH-Finanzierungsinitiative für Stabilität und Wachstum“ bündeln. Die Förderinstitute haben ihre Angebote für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) standardisiert und den Antragsprozess für Finanzierungen, an denen mehrere Förderinstitute beteiligt sind, vereinheitlicht. Unter

Einbindung der Hausbanken soll damit gewährleistet werden, dass den Unternehmen in Schleswig-Holstein auch in der Krise ein schneller und einfacher Finanzierungszugang erhalten bleibt.

Auf der Grundlage der bisher ausnahmslos positiven Erfahrungen mit dem „Kapital für Handwerk“ plant die MBG in 2010 zusammen mit der Bürgschaftsbank, ein „Kapital für Handel und Gewerbe“ aufzulegen und damit der Mittelstandsoffensive der Landesregierung einen weiteren Baustein hinzuzufügen.



Ausschnitt aus „WOBAU-Wohnanlage, Stockelsdorf/Lübeck“ von Kerstin Mempel, 76 x 50 cm



Immobilien

Wir unterstützen die Wohnungswirtschaft durch Finanzierungs- und Dienstleistungsangebote für Neubau und Sanierung sowie durch langfristig orientierte Entwicklung unserer Wohnquartiere. Wir bieten Lösungen, die ökologische Aspekte und die Ansprüche der Bevölkerung an bezahlbares, modernes und individuelles Wohnen erfüllen. Private Kunden unterstützen wir auf dem Weg zu den eigenen vier Wänden und integrieren die eigene Immobilie sinnvoll in die Altersvorsorge. Mit ihrem breiten Angebot hilft unsere Energieagentur, die seit 2009 im Bereich „Immobilien“ angesiedelt ist, bei der Einsparung von Energie und Kosten.



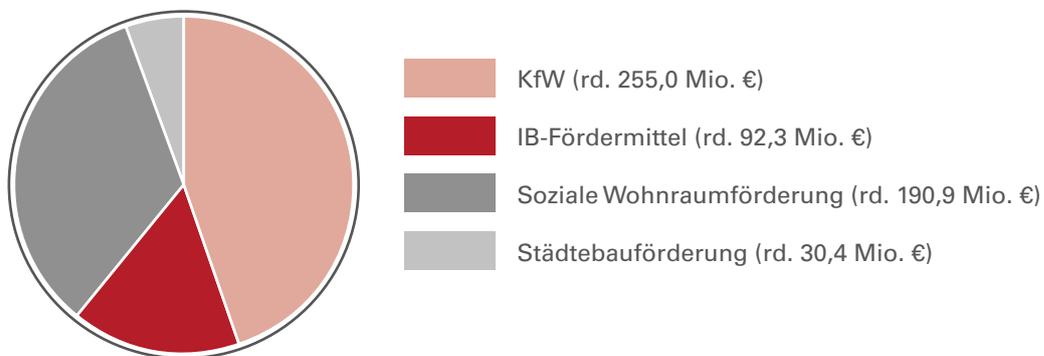
Immobilien

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Markt für Wohnraumfinanzierungen stark beeinflusst. Andere Marktteilnehmer mit veränderter Risikostruktur hielten sich zurück. Vor diesem Hintergrund konnten wir durch maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte, individuelle Beratungsleistungen und innovative Produktentwicklungen den Herausforderungen sehr erfolgreich begegnen. Den Menschen in Schleswig-Holstein halfen wir bei der Schaffung und Erhaltung von selbst genutztem Wohneigentum. Die Wohnungswirtschaft unterstützen wir bei der Errichtung und Modernisierung von Mietwohnungen. Wesentlich waren die Förderungen im Rahmen des Klimaschutzes. Als

Partner der Wohnungswirtschaft begleiten wir diese bei der langfristig orientierten Bestandsförderung und der ganzheitlichen Weiterentwicklung von Wohnquartieren.

Die Energieagentur der IB wechselte organisatorisch vom Bereich „Kommunen“ in den Bereich „Immobilien“. Dies trägt zum einen den sehr positiven Erfahrungen mit der Beratungsleistung IB.Immobiliencheck Rechnung und zum anderen dem künftigen Arbeitsschwerpunkt Quartiersentwicklung. Ebenso ist heute der Einsatz erneuerbarer Energien beim Neubau oder bei der Modernisierung bestehender Immobilien kaum wegzudenken.

Neugeschäftsvolumen (inkl. Städtebauförderung) 2009



Standardmengengeschäft

Die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklung des Neugeschäfts waren zunächst schwer einzuschätzen. Wir freuen uns daher sehr, dass sich unser Neugeschäft bei Eigentumsmaßnahmen außerordentlich erfolgreich entwickelt hat.

Soziale Wohnraumförderung

Die Soziale Wohnraumförderung wurde Anfang 2009 an die Erfordernisse des Wohnungsmarktes angepasst – insbesondere hinsichtlich der ökologischen Anforderungen. Die Erreichung bestimmter Energiestandards nach der Energie- und Einsparverordnung (EnEV) sind nun sowohl beim Erwerb bestehender Immobilien als auch bei Neubauten zwingende Voraussetzung. Die zinsgünstigen Darlehen mit einer Grundschuldabsicherung im nachrangigen Bereich führten auch 2009 zu einer verstärkten Nachfrage, so dass bereits Anfang März 2009 das Kontingent nahezu erschöpft war. Um weiterhin die Soziale Wohnraumförderung anbieten zu können, wurden Mittel aus dem Jahr 2010 vorgezogen. Insgesamt haben wir im Berichtsjahr 967 Wohneinheiten mit Mitteln des Landes gefördert. Damit wurden unsere Erwartungen deutlich übertroffen.

Allgemeine Wohnraumförderung

Die sehr gute Inanspruchnahme der Sozialen Wohnraumförderung hatte auch Auswirkungen auf den Absatz unserer IB-eigenen Fördermittel, mit denen wir die Finanzierungen unserer Kunden ergänzen. Die Nachfrage nach unseren Mitteln aus der Allgemeinen Wohnraumförderung, nach dem KfW Wohneigentumsprogramm sowie nach Modernisierungsmitteln der KfW (inkl. IB.WEGfinanz) verlief 2009 sehr gut. Somit konnten wir auch in diesem Bereich ein hervorragendes Ergebnis erzielen.

Zusammenarbeit mit Partnern intensiviert

Wie bereits in den Jahren zuvor ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit die Zusammenarbeit mit unseren Partnern. Diese bewegte sich bereits auf einem sehr hohen Niveau und konnte im Vorjahr auf Grund der veränderten Risikostrukturen bei anderen Banken noch vertieft werden. Durch die stetige Fort- und Weiterentwicklung unserer erfolgreichen Zusammenarbeit konnten wir 2009 als ein Ergebnis aus unserer Partnerbefragung das IB.PartnerForum einführen. Es dient dem regelmäßigen gemeinsamen Erfahrungsaustausch zwischen der IB und unseren Partnern und ist eine Plattform, um z. B. neue Ideen für eine weitere Verbesserung unseres gemeinsamen Vertriebes, innovative Produktgestaltung oder Optimierung von Aktivitäten für gemeinsame Kunden zu entwickeln und zu diskutieren.

Kunde als Maßstab unseres Handelns

Der Bereich Immobilien Mengenkundengeschäft ist nicht nur ein kompetenter Ansprechpartner, wenn es um die Realisierung von Kundenwünschen beim Erwerb oder Neubau einer Immobilie geht. Damit unsere Kunden auch nach Abschluss ihrer Verträge umfangreich betreut werden, steht seit dem 5. Oktober 2009 unser Team IB.Service Immobilien für die Wünsche unserer Bestandskunden zur Verfügung. Wir setzen damit unseren Weg zu einem modernen, auf die spezifischen Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichteten Dienstleister fort.



Individualgeschäft

Das Neugeschäft bei Sanierung und Neubau von Mietwohnungsbeständen entwickelte sich 2009 hervorragend. Wir förderten 3.255 Wohneinheiten. Der Schwerpunkt unseres Geschäfts lag dabei auf dem Neubau und auf kleineren Investitionsvorhaben.

Soziale Wohnraumförderung

Kennzeichnend für dieses Jahr war das am 1. Juli 2009 in Kraft getretene Schleswig-Holsteinische Wohnraumförderungsgesetz (SHWoFG), welches die traditionelle Wohnraumförderung, die in der Schaffung und Modernisierung von mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen besteht, mit der Quartiers- und Wohnumfeldförderung sowie dem Klimaschutz verbindet.

Die Nachfrage nach diesen Fördermitteln war 2009 sehr hoch. Die Soziale Wohnraumförderung konnte mit 2.288 Wohneinheiten belegt werden.

Allgemeine Wohnraumförderung

Die Nachfrage nach Durchleitung von KfW-Mitteln war sehr gut. Mit unseren Kooperationsdarlehen für Renditeobjekte und Garantien lagen wir deutlich über dem erwarteten Ergebnis.

Im Individualgeschäft gestalten sich die Finanzierungsfälle häufig sehr komplex, so dass eine frühzeitige Einplanung der Finanzierungsmittel notwendig ist. Die zinswirksame Inanspruchnahme dieser Mittel erfolgt meist zeitverzögert. Der Grund dafür ist die zunehmende Finanzierung im Rahmen von Wohnquartiersmaßnahmen mit einer mehrjährigen Durchführungsdauer. Damit ist es im Individualgeschäft generell schwierig, die Entwicklung des Neugeschäftes vorherzusehen.

Besondere Dienstleistungen im Umfeld von Wohnimmobilien

Im Mittelpunkt des Interesses der Eigentümer von vermietetem Wohnraum steht insbesondere die Sicherung der nachhaltigen Vermietbarkeit. Daher war auch im Jahr 2009 die Nachfrage nach unseren speziellen Dienstleistungen groß:

- ▶ Unser IB.Immobiliencheck verbindet gebäudetechnische, betriebs- und finanzwirtschaftliche Aspekte geplanter Modernisierungs- und Sanierungsvorhaben und berücksichtigt den möglichen Einsatz von Fördermitteln.
- ▶ Unsere Software IB.ImmoInvest bildet komplexe Wohnungsbestände mit unterschiedlichen Investitionsszenarien zu unterschiedlichen Zeitpunkten ab und ermöglicht eine optimale finanzwirtschaftliche Beratung unserer Kunden.

Die Kommunen bzw. privaten Investoren stehen in den nächsten Jahren im Rahmen der Wohnungsbau- und Städtebauförderung vor bedeutenden Herausforderungen. Der Finanzierungsmittelbedarf sowie das Bedürfnis nach Finanzierungssicherheit bei Quartiersförderungen steigen. Um die Kommunen und Investoren bei ihren Vorhaben zu unterstützen, bieten wir diesen mit der Leistung IB.IntegrativeQuartiersentwicklung unser Förder-Know-how an und stehen damit für einen vernetzten, vielschichtigen und problembezogenen Lösungsansatz.

Städtebauförderung

Im Bereich der Städtebauförderung liegt der Schwerpunkt unserer Tätigkeiten nicht in einer gezielten Beobachtung des Marktes und entsprechender Kundenakquisition, sondern in dem korrekten Einsatz der bewilligten Mittel.

Neben den bisherigen vier Standardprogrammen „Sanierung und Entwicklung“, „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ und den bestehenden Landesprogrammen wurde in diesem Jahr das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ zum ersten Mal in Schleswig-Holstein in die Förderung aufgenommen.

Der Bewilligungsrahmen 2009 betrug insgesamt 23,6 Mio. € und ist somit um 14,5 % höher als im Jahr 2008. Zusätzlich konnten freigewordene bzw. zurückgeflossene Finanzhilfen von zusammen 5 Mio. € wieder eingesetzt werden. Hinzu kamen in den beiden bestehenden Landesprogrammen „Städtebauförderung“ bereitgestellte Landesmittel

von 1,8 Mio. €, so dass sich für 2009 ein Bewilligungsvolumen der vorgenannten Städtebauförderungsprogramme von rd. 30,4 Mio. € ergibt. Die Fördermittel sind vollständig bewilligt worden.

Die Abrufe der Fördermittel erfolgten überwiegend im 4. Quartal. Alle für 2009 bewilligten Fördermittel wurden abgerufen und konnten bis zum Jahresende ausgezahlt werden.

Mit der Abwicklung der Förderbereiche Städtebau und kommunale Straßen (Lärmschutzmaßnahmen) innerhalb des Zukunftsinvestitionsprogramms 2009–2011 (Konjunkturpaket II) wurden wir in 2009 beauftragt. Für einen ersten Teil der in einem zweistufigen Antragsverfahren ausgewählten Projekte konnten bislang 11,3 Mio. € bewilligt werden.

Von den gebundenen Fördermitteln gelangten bislang rd. 1 Mio. € an Bundes- und Landesmitteln zur Auszahlung.

IB.Energieagentur

Die nach wie vor hohe Abhängigkeit von Energieimporten, die Erreichung der Klimaschutzziele der EU und des Bundes sowie die Umsetzung der Energiestrategie des Landes bedeuten enorme Herausforderungen für die Energieinnovation. Mit ihren Tätigkeitsschwerpunkten Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Einsatz regenerativer Energieträger bietet die Energieagentur mehr denn je Lösungen an, wie die Energiekosten dauerhaft gesenkt und das Klima nachhaltig geschützt werden können.

Zu den Partnern der Energieagentur zählen sowohl Kommunen, Wohnungsunternehmen, Banken und Sparkassen als auch Gewerbebetriebe, Stadt- und Gemeindewerke. Das Dienstleistungsspektrum reicht dabei von der Erstellung technisch-organisatorischer Konzepte mit Darstellung von Energieeinsparungsmöglichkeiten und Handlungsempfehlungen, Heizkostenvergleichen und Wirtschaftlichkeitsanalysen über die Beratung in Förder- und Finanzierungsfragen bis hin zur Ausschreibungsunterstützung und Projektkoordination.



Mit IB.EnergieCheck bietet die Energieagentur den Kommunen und Gewerbebetrieben im Land eine Beratungssoftware, die Daten über Energieverbräuche und deren Kosten aufzeigt sowie die Energieeinsparpotentiale in Gebäuden, technischen Einrichtungen und bei Produktionsprozessen offenlegt. Gleichzeitig bildet dieses EDV-Tool ein wichtiges Instrument für die Einführung und Umsetzung von Energiemanagement, Energiecontrolling und die Erstellung von Energieausweisen. Eine wichtige Zielsetzung ist dabei die Entlastung gerade der öffentlichen Haushalte von ständig steigenden Energiekosten. Allein in mehr als 40 Kommunen in Schleswig-Holstein kommt IB.EnergieCheck zum Einsatz bzw. wird in Form einer Dienstleistung von der Energieagentur durchgeführt.

Einen neuen Schwerpunkt bildeten im Berichtsjahr die Klimaschutzkonzepte für kommunale Einrichtungen. Gefördert mit bis zu 80 % aus Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt dienen sie dazu, eine verlässliche Datenbasis zur Beschreibung des Ist-Zustandes zu schaffen und die Kommunen beim Aufbau von Energiecontrolling-Strukturen und bei der Erarbeitung von Maßnahmenkatalogen für Gebäudesanierungen sowie bei der Anwendung rationeller Versorgungstechnologien zu unterstützen. Auf diese Weise tragen die Kommunen in Schleswig-Holstein dazu bei, einem ganzheitlichen Betrachtungsansatz gerecht zu werden.

Neben der konsequenten Nutzung der Energieeinspar- und Effizienzpotenziale müssen regenerative Energien viel intensiver als bisher genutzt werden. Insbesondere der Bereich Bioenergie bietet noch erhebliche Ressourcen. Die Energieagentur hat hierzu neben den Ministerien auch Planer, Betreiber, potentielle Investoren, Banken und Sparkassen in allen Fragen der Bioenergienutzung beraten: von der Potentialabschätzung über Finanzierung und Förderung bis hin zur wirtschaftlichen Bewertung und Risikoabschätzung. Anerkannt wird insbesondere die neutrale und fachkundige Unterstützung.

Die Beratungsdienstleistungen der Energieagentur wurden 2009 auch außerhalb Schleswig-Holsteins in Anspruch genommen. Landes- und Bundesministerien, Stiftungen und Unternehmen aus dem Energie- und Gebäudesanierungsbereich suchten die Energieagentur als erfahrenen Partner. Zusammen mit Projektpartnern aus anderen EU-Staaten bringt die Energieagentur in derzeit 3 EU-Projekten ihr Know-how und ihre Erfahrung ein. Überdies unterstützt die Energieagentur das Land bei der Wahrnehmung seiner energiepolitischen Interessen in der Ostseekooperation.

Ausblick Mengengeschäft

Schwer abzusehen sind derzeit die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklung des Neugeschäfts des Bereichs Immobilien in 2010. Wir hoffen aber, dass sich der positive Trend des Jahres 2009 weiter fortsetzt und viele Eigenheimkunden ihre Alterssicherung in Immobilien vornehmen.

Mit unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wollen wir uns den Herausforderungen des dynamischen Immobilienmarktes stellen, um unseren Kunden und Partnern in jeglicher Hinsicht ein lösungsorientierter, kompetenter und vertrauensvoller Finanzierungspartner zu sein.

Soziale Wohnraumförderung

Wir erwarten, dass die Fördermittel auch weiterhin attraktiv für unsere Kunden sind und somit auch 2010 guten Absatz finden werden.

Allgemeine Wohnraumförderung

Aufgrund des sehr guten Geschäftsergebnisses 2009 planen wir das Neugeschäftsvolumen für die Allgemeine Wohnraumförderung in den Folgejahren mit einer steigenden Tendenz.

Nach einer Vielzahl bereits geführter Beratungsgespräche rechnen wir bezogen auf IB.WEGfinanz für die nächsten zwei Jahre mit einem sehr guten Geschäftsverlauf.

Immobilienrente

Mit dem Austritt aus dem Berufsleben geht das laufende Einkommen der meisten Haushalte spürbar zurück. Die laufenden Aufwendungen für die Immobilie bleiben bestehen. Hinzu können erhebliche Investitionsbedarfe kommen: zum einen für regelmäßig anfallende Instandhaltungsmaßnahmen zum anderen beispielsweise für den barrierefreien Umbau der Immobilie.

Vor diesem Hintergrund haben wir in Zusammenarbeit mit dem VÖB (Bundesverband Öffentlicher Banken) und anderen bundesdeutschen Förderbanken die Immobilienrente (Rückwärtshypothek) konzipiert. Die konkrete Produktentwicklung für unser Haus ist weitgehend abgeschlossen. Wir gehen davon aus, die Immobilienrente ab Frühjahr 2010 anbieten zu können.

Ausblick Individualgeschäft und Städtebauförderung

Der demografische Wandel in Deutschland, die Migration und die innerdeutschen Wanderungsbewegungen bringen viele Herausforderungen mit sich. Vor allem die Stadt- bzw. Wohnquartiersentwicklung steht in den nächsten Jahren vor großen strukturellen Veränderungen. Um diese Veränderungen positiv nutzen zu können, sind nicht nur komplexe Denkansätze mit unterschiedlichen regionalen Ansprüchen und Zukunftsszenarien erforderlich, sondern auch die Vernetzung von Wohnraum- und Städtebauförderung. Daher werden wir uns auch in 2010 intensiv mit diesen Aufgabenfeldern beschäftigen. Ziel ist es, die geänderten Ansprüche an Wohnformen (z. B. Singlehaushalte), das Schaffen bzw. den Erhalt von Wohnraum, die Energieeinsparung und den Klimaschutz sowie die Verbesserung des Wohnumfeldes durch Nutzung von Fördermitteln wirtschaftlich rentabel zu gestalten.

Soziale Wohnraumförderung

Die vielen positiven Kundengespräche belegen, dass die Nachfrage auch in den kommenden Monaten bzw. Jahren sehr hoch bleiben wird.

Allgemeine Wohnraumförderung

Wir sehen ein hohes Interesse an den Themen Klimaschutz, Demografie und Wohnquartiersentwicklung. Als Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein ist es unsere Aufgabe, die notwendigen Förderungen und Finanzierungen soweit möglich zu gewährleisten.

Dienstleistungen

Wir werden auch in den Folgejahren unsere erfolgreichen Beratungsdienstleistungen mit Blick auf die Kundenorientierung verbessern und weiterentwickeln.

Städtebauförderung

Die Entwicklung der Städtebauförderung in Schleswig-Holstein für die kommenden Jahre ist zurzeit schwer vorherzusagen. Die Standardprogramme werden auch 2010 weitergeführt. In 2010 wird das neue Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ erstmals aufgelegt.

Ausblick IB.Energieagentur

Die Energieagentur sieht in folgenden Bereichen die wesentlichen Ansätze zur Ertragsentwicklung und Geschäftsfelderweiterung für 2010:

- ▶ Immobilienberatung (IB.ImmobiliCheck, Quartiersentwicklung),
- ▶ Nutzung regenerativer Energien (Erstellung von Expertisen für Banken und Sparkassen bei Biomasse und Photovoltaikprojekten, Dienstleistungen für das Land),
- ▶ Beratung von Kommunen (Klimaschutzkonzepte, Wegenutzungsverträge und Übernahme von netzgebundener Infrastruktur, Energiecontrolling),
- ▶ Internationale Projekte (Geschäftsfelderweiterung für Stadtwerke, EU-Projekte).





Ausschnitt aus „Inselchule Fehmarn, Burg auf Fehmarn“ von Kerstin Mempel, 151 x 49 cm



Kommunen/ Infrastruktur

Wir beraten unsere kommunalen Kunden und entwickeln maßgeschneiderte Finanzierungslösungen. Besonders im Sektor der Stadt- und Gemeindegewerke und bei Infrastrukturmaßnahmen werden unsere Beiträge, die wir partnerschaftlich mit anderen Kreditinstituten leisten, immer wichtiger. Wir bieten außerdem kompetente Unterstützung für die Planung und Umsetzung von ÖPP-Vorhaben.



Kommunen/Infrastruktur

Für die Bereiche Kommunalkreditgeschäft und Kommunalnahe Unternehmen verlief das Jahr 2009 in seiner Entwicklung zweigeteilt. Aufgrund der allgemeinen Kapitalmarktsituation für langfristige Finanzierungen fiel das Neugeschäftsvolumen im ersten Halbjahr zunächst geringer aus. Im zweiten Halbjahr wurden unsere Erwartungen erfüllt bzw. zum Teil übertroffen. Insgesamt konnte die Planung aus 2008 aber dadurch nicht mehr ganz erreicht werden. Das ÖPP-Kompetenzzentrum der IB konnte trotz ungünstiger Rahmenbedingungen den Abschluss von weiteren ÖPP-Verträgen begleiten. Alles in allem unterstützten wir auch in diesem schwierigen Jahr unsere Kunden bei der Zielfindung sowie bei der Durchführung der Finanzierungen und füllten somit unsere klassische Rolle als Förderbank sehr gut aus.

In Erwartung der negativen konjunkturellen Veränderungen und der dagegen aufgelegten Konjunkturprogramme haben unsere Kunden 2009 ihre kommunalen Projekte zeitlich geschoben. Ihre volle Wirkung dürften die Programme nach unseren Beobachtungen in 2010 entfalten. Dies sollte der wei-

teren wirtschaftlichen Stabilisierung dienlich sein. Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld, in dem Kommunen auf Kreis- oder Ämterebene die Zusammenarbeit insbesondere mit den Stadtwerken suchen und eigene Lösungen forcieren, ist die Breitbandversorgung der ländlichen Regionen. Wir haben dieses Thema im Schulterchluss mit der Landesregierung aufgegriffen und wollen dazu Lösungen anbieten.

Kommunalnahe Unternehmen sahen sich ebenfalls teilweise dazu gezwungen, Projekte zu strecken oder zu streichen. Dies resultierte einerseits aus der weiterhin schwierigeren Suche nach geeigneten Finanzierungspartnern, andererseits aber auch aus sich abzeichnenden oder bereits eingetretenen Umsatzrückgängen. Der bereits erkennbare Trend zur Rekommunalisierung wurde 2009 greifbar, z.B. die vielfachen Bewerbungen um die Übernahme von Strom- und Gasnetzen durch kommunale Versorger. Man kann von einem erstarkten Selbstbewusstsein dieser Unternehmen sprechen. Diesen Trend wollen wir begleiten und fördern – wenn dies wirtschaftlich sinnvoll ist.

Neugeschäftsvolumen Förderkredite 2009



Kommunalkreditgeschäft

Die Zielerreichung in der Neugeschäftsentwicklung liegt mit rd. 351 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Insbesondere das letzte Quartal des Vorjahres muss aber in der Rückschau auch als außergewöhnlich bezeichnet werden. Die Kapitalmarktsituation zu Beginn des Jahres ließ uns eine vorsichtigeren Refinanzierungsstrategie wählen. Wir

konnten für unsere kommunalen Kunden sehr attraktive Finanzierungsmöglichkeiten anbieten. Die Mittelallokation, d. h. der Einsatz der unterschiedlichen Refinanzierungsquellen (Europäische Investitionsbank, Landwirtschaftliche Rentenbank, KfW und eigene Schuldscheine) wurde neu strukturiert und damit das Geschäft deutlich ertragreicher.

Kommunalnahe Unternehmen

Die herausragende Bedeutung der mehrheitlich öffentlichen Unternehmen bei der Erhaltung und Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur hält an. Die in den Vorjahren einsetzende Entwicklung ist 2009 erstmals in konkrete Investitionen umgesetzt worden, die wir mitfinanzieren konnten.

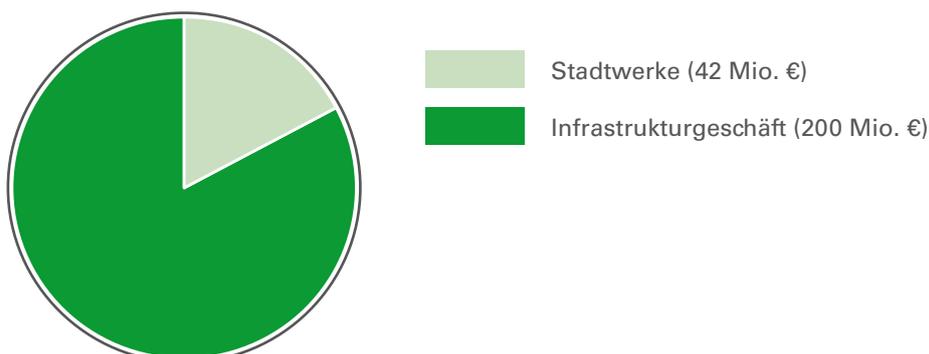
Mit einem Neugeschäft von rd. 242 Mio. € und einer etwa ebenso hohen Valutierung wurden unsere Erwartungen im Segment der kommunalnahen Unternehmen erneut weit übertroffen. Wir haben an herausragenden Projekten mitgewirkt und Investitionsmaßnahmen im Wert von 1.238 Mio. € unterstützt. Dieses Ergebnis ist aber auch geprägt von zwei größeren Einzelabschlüssen, die in die-

ser Größenordnung wohl nicht wiederholbar sein dürften. Wir gehen für 2010 trotzdem wieder von einem vorsichtigeren Wachstum aus.

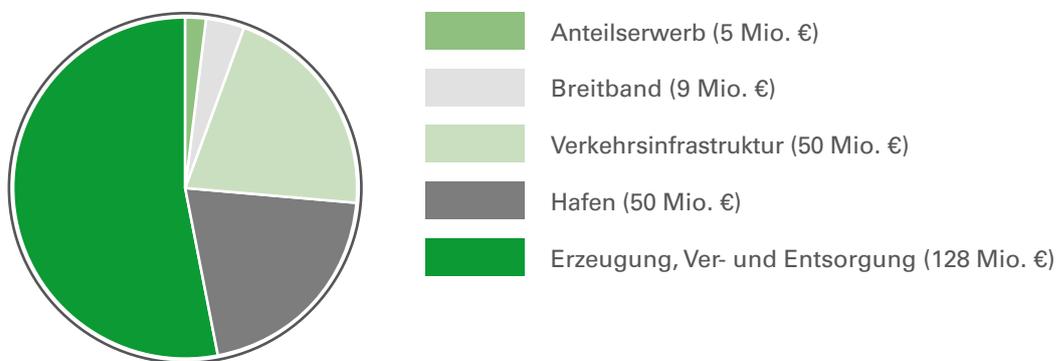
Infrastruktur-Projektfinanzierungen

In 2009 haben wir das Projektfinanzierungsgeschäft aus der bestehenden Beratungseinheit in die Finanzierungseinheit integriert und eine neue strategische Ausrichtung beschlossen. Basierend auf dieser Strategie ist es gelungen, eine gute Positionierung zu erreichen. Einzelne Geschäftsabschlüsse konnten ebenfalls bereits verbucht werden (2009: 6 Mio. €).

Neugeschäftsvolumen kommunalnahe Unternehmen 2009 nach Branche



Neugeschäftsvolumen kommunalnahe Unternehmen 2009 nach Inhalt der Investition



Beratung Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum

Das Beratungsgeschäft des ÖPP-Kompetenzzentrums war 2009 geprägt von der Begleitung einer Vielzahl größtenteils bereits 2008 angestoßener ÖPP-Vergabeverfahren. Die Ingangsetzung neuer Maßnahmen verlief zögerlich: Einerseits erschwerte die Kapitalmarktsituation langfristige Finanzierungen, andererseits dämpften die Konjunkturprogramme und der damit verbundene Zeitdruck das Interesse an alternativen Beschaffungsvarianten. Dennoch konnten auch 2009 ÖPP-Projekte unter Mitwirkung der IB erfolgreich umgesetzt werden.

Für ein weiteres Schulbauvorhaben, die Inselschule in Fehmarn, sowie ein weiteres Sporthallenprojekt, die Mehrzweckhalle in Mölln, konnten ÖPP-Verträge geschlossen werden. Daneben konnte mit dem Erweiterungsbau der Universität in Flensburg eines der wenigen Projekte im öffentlichen Hochschulbau als ganzheitliches Betreibermodell mit einer Laufzeit von 25 Jahren realisiert werden.

Ebenfalls konnten zwei wegweisende Landesprojekte als ÖPP-Modell umgesetzt werden. Es handelt sich zum einen um das erste Vorhaben im Landes-

straßenbau in Schleswig-Holstein. Hier wurde die Erneuerung der 30 Kilometer langen Strecke sowie die anschließende Erhaltung im Rahmen eines 30-jährigen Bau- und Betreibervertrages an einen privaten Partner vergeben. Das ÖPP-Projekt L 192 gehört mit einem Wirtschaftlichkeitsvorteil von mehr als 18 % gegenüber einer konventionellen Beschaffung zu den wenigen Projekten im Bundesgebiet, die bisher auf dieser Basis realisiert wurden.

Leitfaden „Finanzierungspraxis bei ÖPP“

Die Veröffentlichung des Leitfadens „Finanzierungspraxis bei ÖPP“ stellt einen weiteren Meilenstein in Bezug auf die Grundlagenarbeit des ÖPP-Kompetenzzentrums dar. Der an Projektträger gerichtete Leitfaden wurde in enger Zusammenarbeit mit der NRW.BANK im Auftrag des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums erstellt. Er soll das Verständnis für die häufig komplexen Finanzierungsfragen im Rahmen einer ÖPP-Maßnahme schärfen und den Umgang hiermit erleichtern sowie die individuellen Projekt- und Risikostrukturen optimieren.

Ausblick

Unsere Bedeutung als Partner und Förderer im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen ist immer wichtiger geworden. Wir gehen daher im Infrastrukturfinanzierungsgeschäft von einem weiteren stetigen Wachstum des Bestandsvolumens aus. In 2010 rechnen wir in Schleswig-Holstein mit der Durchführung größerer Investitionen in die Breitbandinfrastruktur. Wir streben eine nennenswerte Finanzierungsbeteiligung unseres Hauses zusammen mit den Hausbanken an. Dazu bereiten wir ein maßgeschneidertes Produkt mit unseren Partnern auf europäischer und auf Bundesebene vor. Zielsetzung ist es dabei auch, diese langfristigen Investitionen für andere Kreditinstitute leichter finanzierbar zu gestalten.

Vor dem Hintergrund, dass das Konjunkturpaket II seine volle Wirkung im Laufe des Jahres 2010 entfalten dürfte, wird spätestens für das Jahr 2011 mit einer Belebung der ÖPP-Nachfrage gerechnet. Allerdings sollte es bei ÖPP-Frühphasenberatungen bereits 2010 einen steigenden Bedarf geben.

Wichtig erscheint es, weiter an der Optimierung der Finanzierungsbedingungen für ÖPP-Modelle zu arbeiten bzw. darauf zu drängen, dass die Finanzierung gegenüber einer konventionellen Beschaffung keine Nachteile erfährt. Gemeinsam mit den übrigen Förderinstituten des PartnerRegionetzwerkes beabsichtigt die IB, die Entwicklung ergänzender Produktansätze voranzutreiben.



Ausschnitt aus „Fino 3“ von Kerstin Mempel, 50 x 60 cm



Arbeitsmarkt- und Struktur- förderung

Im Auftrag des Landes Schleswig-Holstein managen wir zentral eine Vielzahl von Förderprogrammen. Hierzu zählen insbesondere mehrere wesentliche Aufgabenfelder im Zusammenhang mit dem von Bund und Land im Jahr 2009 neu aufgelegten „Konjunkturpaket II“ sowie das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und das „Zukunftsprogramm Arbeit“, mit denen die EU, der Bund und das Land Schleswig-Holstein in der Förderperiode 2007–2013 wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse setzen.



Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung führt das Förderprogramm-Management für das Land Schleswig-Holstein durch. Art und Umfang der vielfältigen Aufgaben bezogen auf die unterschiedlichen Programme ergeben sich aus den jeweiligen zwischen dem Land und der IB abgeschlossenen Aufgabenübertragungsverträgen.

In der Förderperiode 2007–2013 bilden das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ (Zuständigkeit der IB für regionale Projekte und einzelbetriebliche Investitionsförderung) und das „Zukunftsprogramm Arbeit“ die beiden umfangreichsten Programme, die der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung managt. Sie werden u.a. aus den EU-Strukturfonds kofinanziert, das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und das „Zukunftsprogramm Arbeit“ aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Im Rahmen beider Zukunftsprogramme sind Förderungen nach zahlreichen unterschiedlichen Richtlinien für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen,

Beschäftigte in KMU, Kommunen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Kammern, Verbände u.a. möglich. Die Programm-Abwicklung wird in enger Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr („Zukunftsprogramm Wirtschaft“) und dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit („Zukunftsprogramm Arbeit“) wahrgenommen.

Als weiterer Tätigkeitsschwerpunkt sind 2009 umfangreiche Programm-Management- und Controlling-Aufgaben auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes („Konjunkturpaket II“) neu hinzugekommen. Hier ist die Organisationseinheit Strukturförderung u.a. zuständig für die Förderung von Investitionen in Bildungsinfrastruktur. Neben den primär konjunkturpolitischen Zielen als Antwort auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verfolgen Bund und Land als Mittelgeber mit dieser Förderung auch umwelt- und energiepolitische Ziele, also insbesondere Klimaschutzziele.

Konjunkturpaket II

Im Rahmen des „Konjunkturpakets II“ werden u. a.

- ▶ Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur
- ▶ Schulinfrastruktur und
- ▶ Weiterbildungseinrichtungen

gefördert, wobei in den beiden letztgenannten Bereichen der Schwerpunkt auf der energetischen Sanierung liegt. Antragsberechtigt sind die jeweiligen Träger.

Aus dem im Rahmen des „Konjunkturpakets II“ für Investitionen in Bildungsinfrastruktur bereitstehenden Gesamtvolumen von rd. 159,8 Mio. €

konnte die Organisationseinheit Strukturförderung im Jahr 2009 348 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von rd. 65,5 Mio. € aussprechen, wodurch Gesamtinvestitionen in Höhe von rd. 93,3 Mio. € ausgelöst wurden.

Neben der Programmabwicklung nach den Investitionen in Bildungsinfrastruktur betreffenden Richtlinien nimmt die Organisationseinheit Strukturförderung in enger Abstimmung mit dem Finanzministerium auch die Auszahlungen und das Controlling für sämtliche Fördermaßnahmen nach dem „Konjunkturpaket II“ wahr.

Zukunftsprogramm Wirtschaft

Das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ ermöglicht die Förderung regionaler Projekte und betrieblicher Investitionen im gesamten Landesgebiet. Die Schwerpunkte des Programms liegen auf

- ▶ der Stärkung von Wissen und Innovation,
- ▶ der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Stärkung der unternehmerischen Basis,
- ▶ dem Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung sowie
- ▶ der Entwicklung der spezifischen regionalen Potenziale.

In diesem größten Wirtschaftsförderprogramm des Landes werden in der Förderperiode 2007–2013 Fördermittel in Höhe von rund 752 Mio. € gebündelt. Davon entfallen 374 Mio. € auf Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), rund 173 Mio. € auf Mittel aus der Bundes-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zuzüglich eines GRW-Sonderprogramms in Höhe von rund 30 Mio. € aus dem „Konjunkturpaket I“ und rund 175 Mio. € auf ergänzende Landesmittel.

Im Jahr 2009 wurden 42 regionale Projekte mit einem Fördervolumen von rd. 32,5 Mio. € unterstützt, wodurch das Land Schleswig-Holstein als Wirtschafts- und Tourismusstandort gestärkt wurde.



ZUKUNFTSprogramm Wirtschaft

Investition in Ihre Zukunft

In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung hat die Organisationseinheit Strukturförderung 2009 149 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rd. 43,8 Mio. € ausgesprochen, mit denen Erweiterungen, Neuerrichtungen und Modernisierungen von Betriebsstätten gefördert wurden. 34 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von 4,2 Mio. € entfielen auf das Hamburg-Rand-Gebiet, das in der Förderperiode 2007–2013 ebenfalls förderfähig ist. Durch die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft wurden Gesamtinvestitionen in Höhe von rd. 312,9 Mio. € ausgelöst, durch die in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, 1.126 Dauerarbeitsplätze neu geschaffen und 4.622 gesichert werden konnten.

Aufgrund des Einsatzes von EFRE-Mitteln unterliegt die Tätigkeit im Rahmen des „Zukunftsprogramms Wirtschaft“ der Überprüfung durch die EU-Kommission. Anlässlich einer im Jahr 2009 durchgeführten Prüfung haben deren Beauftragte der Organisationseinheit Strukturförderung eine in jeder Hinsicht erfolgreiche, den maßgebenden EU-, bundes- und landesrechtlichen Vorschriften entsprechende Arbeit bescheinigt.

www.ib-sh.de/zukunftsprogramm-wirtschaft



Zukunftsprogramm Arbeit

Das „Zukunftsprogramm Arbeit“ bündelt die Förderangebote der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktpolitik in den Jahren 2007–2013. Mittelgeber sind das Land Schleswig-Holstein und die Europäische Union. Aus dem „Zukunftsprogramm Arbeit“ gefördert werden u. a. kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger, die nur schwer auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können, Existenzgründerinnen und -gründer, Auszubildende sowie Schülerinnen und Schüler. Das Programmvolumen in der Förderperiode 2007–2013 umfasst voraussichtlich insgesamt rd. 288 Mio. €. Davon stammen rd. 100 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

Das „Zukunftsprogramm Arbeit“ umfasst folgende Förderschwerpunkte:



ZUKUNFTSprogramm Arbeit

Investition in Ihre Zukunft

- ▶ Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen,
- ▶ Verbesserung des Humankapitals,
- ▶ Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen.

Aus dem in der Förderperiode 2007–2013 aus ESF- und Landesmitteln für Investitionen in Weiterbildung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration zur Verfügung stehenden Gesamtbudget wurden 2009 von der Organisationseinheit Arbeitsmarktförderung rd. 28 Mio. € für 1.850 Vorhaben nach den 14 unterschiedlichen Aktionen bewilligt.

www.ib-sh.de/zukunftsprogramm-arbeit

Meister-BAföG

Mittel des Bundes und des Landes für Fortbildungsmaßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG – sog. „Meister-BAföG“) konnten im Jahr 2009 rd. 2.660 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bewilligt werden. Die Zahl der geförderten Personen hat sich damit gegenüber dem Vorjahr nochmals um 20 % erhöht. Die bewilligten Mittel dienen der Weiterqualifizie-

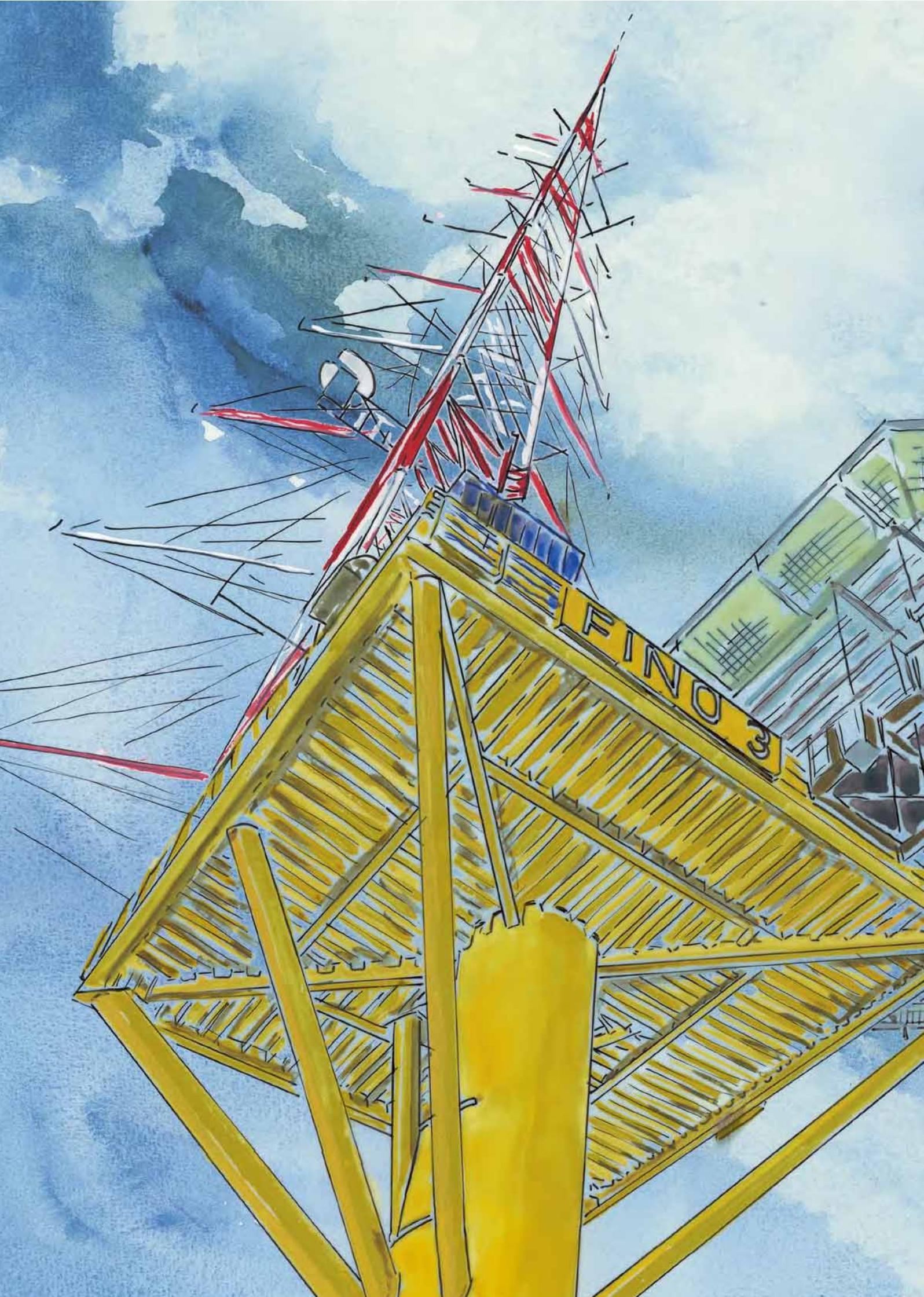
rung von Fachkräften und insbesondere der Vorbereitung auf die Meisterprüfung im Handwerk. Der Mitteleinsatz erleichtert den Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Weg in die Selbstständigkeit bzw. erhöht ihre Chancen am Arbeitsmarkt.

www.ib-sh.de/meister-bafog

Ausblick

Grundsätzlich wird für die beiden Zukunftsprogramme im Jahr 2010 von konstanten und im Bereich der einzelbetrieblichen Förderung konjunkturbedingt von leicht rückläufigen Antragszahlen ausgegangen.

Beim „Meister-BAföG“ wird für 2010 ein weiterer Anstieg der Zahl der Förderanträge erwartet.



Bundesförderung

Durchleitungsneugeschäft auf Rekordniveau

Die IB ist Durchleitungsinstitut für Bundesförderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) im Bankenleitweg zu den Sparkassen in ihrer Region.

Das Neugeschäft erreichte mit 676 (Vj. 462) Mio. € ein bisher noch nicht erzieltes Niveau. Die Steigerung betrug 214 Mio. € oder 46 %. Motor des Geschäftes waren hauptsächlich Finanzierungen von energetischen Investitionen, insbesondere von Photovoltaik- und Windkraftanlagen. Diese Fördermittel stammten größtenteils von der KfW, aber auch von der LR.

Wir haben ein außergewöhnliches Jahr mit einigen Sonderfaktoren hinter uns. Als eine der Maßnahmen zur Krisenbewältigung hat die Bundesregierung die KfW 2009 großzügig mit Haushaltsmitteln ausgestattet. Sehr günstige Enddarlehensnehmerzinssätze für Private, Wirtschaft und Kommunen waren die Folge. Für das Durchleitungsgeschäft war zudem von großer Bedeutung, dass die Rahmenbedingungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes rentable Investitionen ermöglichten bzw. angekündigte Veränderungen Vorzieheffekte auslösten.

Ein Blick auf die Strukturen unseres Geschäftes zeigt, dass 58 (Vj. 63) % des Neugeschäftes dem gewerblichen Sektor zuzuordnen sind, 27 (Vj. 31) % dem Immobiliengeschäft und 15 (Vj. 6) % dem von der LR geförderten landwirtschaftlichen Sektor.

Träger unseres Wachstums war auch 2009 das gewerbliche Fördergeschäft der KfW. Bei der Förderung von Investitionen des gewerblichen Mittelstandes ragten heraus: Energetische Investitionen, insbesondere in Photovoltaik- und Windkraftanlagen (KfW-Programm Erneuerbare Energien) und allgemeine Investitionen in das Anlagevermögen (KfW-Unternehmerkredit). Das KfW-Sonderprogramm nahm in Schleswig-Holstein keine bedeutende Rolle ein, da sich das bestehende Förderinstrumentarium bewährte und eine Kreditklemme nicht existierte.

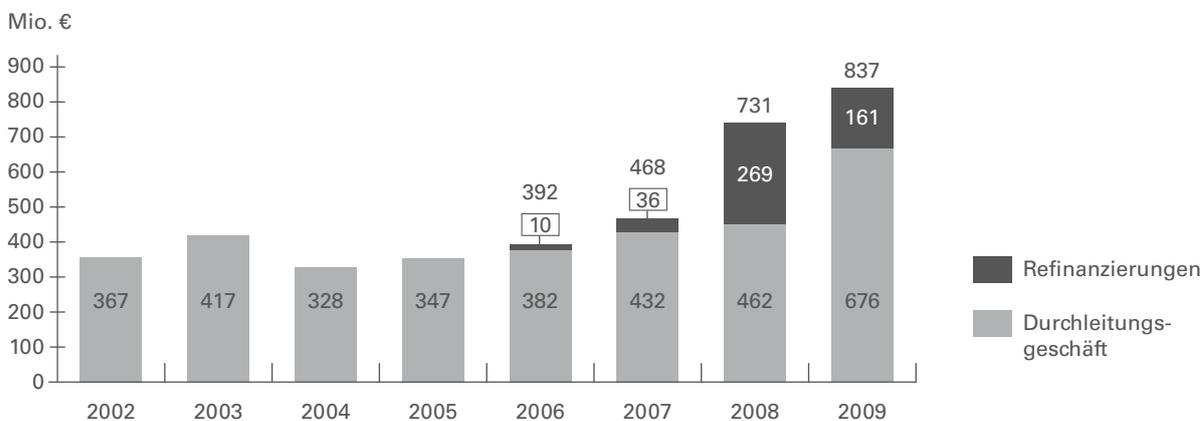
Die Darlehensprogramme der KfW zur Finanzierung wohnwirtschaftlicher Investitionen sind den Investoren gut bekannt und waren auch 2009 mit attraktiven Konditionen ausgestattet. Einen Schwerpunkt bildeten die Finanzierungen ökologischer Investitionsmaßnahmen, wie z.B. die Sanierung von Häusern zum KfW-Effizienzhaus, die Durchführung einzelner Sanierungsmaßnahmen, etwa die Wärmedämmung von Außenwänden oder von Dächern (jeweils Energieeffizient Sanieren), oder die Errichtung von KfW-Effizienzhäusern (Energieeffizient Bauen). Hohe Bedeutung hatte auch der Bau und Erwerb von selbst genutztem Wohnraum (KfW-Wohneigentumsprogramm) sowie die Finanzierung allgemein wohnwirtschaftlicher Investitionen (KfW-Wohnraum Modernisieren Standard).

Die Kleinteiligkeit des Durchleitungsgeschäftes wird bei den wohnwirtschaftlichen Förderprogrammen der KfW deutlich. Mit 57 (Vj. 64) % der Stückzahlen bewilligter Darlehen erreichten wir lediglich einen Anteil von 27 (Vj. 31) % des Neugeschäftes.

Der Einsatz von Fördermitteln der LR boomte 2009 regelrecht. Wir verzeichneten einen Anstieg um 75 Mio. € auf 102 (Vj. 27) Mio. €. 45 % unseres Neugeschäftes waren Finanzierungen von energetischen Maßnahmen, insbesondere Investitionen in Photovoltaikanlagen.

Wir leiteten per 31.12.2009 wie im Vorjahr an 21 Sparkassen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Fördermittel der KfW und der LR weiter. Fusionen waren 2009 nicht zu verzeichnen. Darüber hinaus refinanzierten wir – zum Teil mit KfW-Mitteln – die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (siehe Kapitel MBG) und leiteten an sie Kapitalbeteiligungsmittel aus dem Europäischen Risikokapitalfonds für Schleswig-Holstein (EFRE I, EFRE II) und aus dem Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein weiter (siehe Kapitel Wirtschaft).

Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. € (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Ein Blick auf die Neugeschäftsentwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass mit Umsätzen von 837 Mio. € (2009) und 731 Mio. € (2008) in beiden Jahren ein außergewöhnlich hohes Niveau er-

reicht wurde. Die Refinanzierungen haben sich etabliert und sind für die IB ein bedeutender Faktor geworden. Das Durchleitungsneugeschäft erreichte 2009 mit 676 Mio. € Rekordniveau.

Refinanzierungen: Stärkung des Mittelstandes

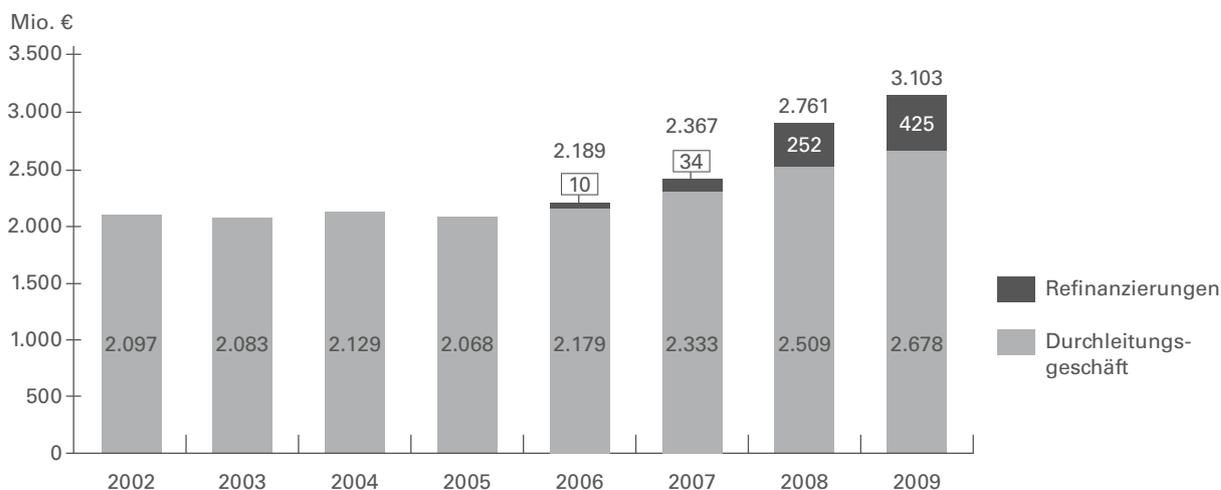
Die Refinanzierungen sind mit den Produkten IB.Einzelrefi und IB.Global Mittelstand das zweite Geschäftsmodell der Bundesförderung. Wir gewähren Banken und Sparkassen Förderkredite zur Weiterleitung an mittelständische und kommunal-nahe Unternehmen sowie Immobilienerwerber, um Investitionen im Geschäftsgebiet der IB zu finanzieren. Banken und Sparkassen erhalten die Möglichkeit, entweder Einzelinvestitionsvorhaben (IB.Einzelrefi) oder mehrere (IB.Global Mittelstand) zu refinanzieren. Mit diesem Geschäftsmodell reduzieren wir den Verwaltungsaufwand bei Banken und Sparkassen auf ein Minimum. Die Gestaltung der Enddarlehensnehmerverträge überlassen wir weitestgehend den Banken und Sparkassen, und die technische Darlehensdurchführung erfolgt in

wenigen Tagen. Die Refinanzierungsmittel stammen von der KfW und aus IB-eigenen Refinanzierungen.

Unser Neugeschäft 2009 betrug 161 (Vj. 269) Mio. €. Es wurden überwiegend gewerbliche Investitionen vorrangig einzeln refinanziert, wobei Zinsbindungsfristen von 7 bis 10 Jahren bevorzugt wurden. Wir haben so in den vergangenen beiden Jahren vor dem Hintergrund der Finanzkrise einen Beitrag geleistet, regionale Banken und Sparkassen mit Liquidität auf der Basis langfristiger Zinsbindungen zu versorgen, der Vertrauenskrise unter den Banken entgegenzuwirken und den Mittelstand zu stärken – zur Sicherung von Investitionen in Schleswig-Holstein.

Darlehensbestände klettern

Entwicklung der Stichtagsbestände (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Per 31. Dezember 2009 war das deutliche Überschreiten des Volumens von 3 Mrd. € zu vermerken. Der Stichtagsbestand betrug 3,103 (Vj. 2,761) Mrd. €. Er wuchs mit 342 (Vj. 393) Mio. € im zweiten Jahr hintereinander sehr stark. Die Gründe für den kräftigen Ausbau liegen in der Entwicklung des Durchleitungsneugeschäftes mit hohen Finanzierungen für energetische Investitionen und in den zinsabhängig niedrigen außerordentlichen Rückzahlungen. Die Refinanzierungen stabilisierten den Bestandsaufbau mit einem Neugeschäft, das bei geringen Tilgungen weitestgehend bestandswirksam wurde.

Mit Blick auf die Jahre 2002 bis 2005 wird die Stagnation der Stichtagsbestände auf dem Niveau von rd. 2,1 Mrd. € deutlich. Es wurden auf Grund sinkender Zinssätze sehr hohe außerordentliche Rückzahlungen durchgeführt. Seit 2006 steigen die Bestände wieder, und zwar kräftig: bis zum 31. Dezember 2009 um rd. 1 auf rd. 3,1 Mrd. €. Die Refinanzierungen erreichten per 31. Dezember 2009 14 (Vj. 9) % des Gesamtstichtagsbestandes.

Zusammenarbeit mit der KfW

Die KfW ist mit einem Stichtagsbestand per 31. Dezember 2009 von 7,3 (Vj. 6,5) Mrd. € – davon rd. 3,2 (Vj. 2,9) Mrd. € Durchleitungs- und Förderprogramm kredite – die bedeutendste Refinanzierungsquelle der IB. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf viele Geschäftsbereiche unseres Hauses. Hauptsächlich sind dabei zu nennen unser Treasury (Globaldarlehen der KfW „Allgemeine Refinanzierungen“), das oben beschriebene Durchleitungsgeschäft und die Kooperation mit den IB-Bereichen Immobilien, Kommunen sowie Wirtschaft.

Das Förderprogrammgeschäft war 2009 erheblichen Änderungen unterworfen. Zu den Schwerpunkten zählen: Das KfW-Sonderprogramm, das KfW-Programm Erneuerbare Energien und die Infrastrukturförderung wurden zur Krisenbekämpfung verbessert und erweitert. Bei den wohnwirtschaftlichen Programmen erfolgte eine völlige Umgestaltung mit Anpassungen an gesetzliche und energetische Vorgaben sowie den demografischen Wandel. Auch für das Immobiliengeschäft

stellte die Bundesregierung umfangreiche Mittel zur Verfügung. Zahlreiche beihilferechtliche Fragen wurden gelöst, sichtbar z.B. durch die Überarbeitung des risikogerechten Zinssystems. Zu vermerken ist auch, dass in den ERP-Programmen diverse Neuerungen vorgenommen worden sind. Unter anderem ist grundsätzlich entschieden worden, eine Bereitstellungsprovision einzuführen.

Die KfW hat sich 2009 reorganisiert, unter anderem ist ein neuer Vertriebsbereich geschaffen worden, der auch den Vertrieb zu den Durchleitungs- und Förderinstituten steuert. Im Laufe des Jahres 2010 ist auf Basis einer Marktanalyse mit der Verabschiedung einer Marketing- und Vertriebsstrategie der KfW zu rechnen. Wir hoffen, dass im Rahmen dieser Strategie die Kooperation mit der IB gestärkt wird, Konkurrenzsituationen nicht entstehen und die Gesetzgebungskompetenz der Länder in der sozialen Wohnraumförderung auch Ausdruck in der KfW-Förderung finden kann.

Zusammenarbeit mit der LR

Die LR stellt der IB Refinanzierungsmittel per 31. Dezember 2009 in Höhe von 0,9 (Vj. 0,6) Mrd. € zur Verfügung. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf Globaldarlehensgewährung für die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum, das oben genannte Durchleitungsgeschäft und die Weiterleitung von Förderprogrammankrediten durch den Bereich Wirtschaft der IB.

Im Jahr 2009 wurden die Förderprogramme der LR insbesondere mit Blick auf die Berücksichtigung von Beihilfefragen und die Erweiterung von Finanzierungsmöglichkeiten völlig überarbeitet. Insbesondere hat es einen enormen Anstieg der Finanzierung von energetischen Investitionen gegeben.

In der Zusammenarbeit wünschen wir uns eine Unterstützung des Bankenleitweges durch die LR.

Ausblick

Wir erwarten, dass auch im Jahr 2010 die Finanzierung von energetischen Investitionen eine hohe Bedeutung haben wird, obwohl die Investitionen in Photovoltaik-Anlagen durch absehbare gesetzliche Veränderungen zurückgehen werden. Wir gehen davon aus, dass Unternehmen und private Kunden unserer Region wie im Vorjahr von Banken und Sparkassen in ausreichendem Maße mit Krediten versorgt werden. Vor dem Hintergrund einer nur schwer zu prognostizierenden wirtschaftlichen Entwicklung planen wir für unser Neugeschäft mit einem moderateren Wachstum. Auch rechnen wir damit, dass die Förderbedingungen des Bundes restriktiver sein werden.

Durch Anpassung unserer eigenen Strategie wollen wir dazu beitragen, die guten Geschäftsbeziehungen zu Banken und Sparkassen in unserer Region und zu den Bundesförderinstituten weiter zu festigen. Das Durchleitungsgeschäft soll auch künftig stark vertriebsorientiert betrieben und wenn sinnvoll möglich die Elektronisierung des Bankenleitweges vorangebracht werden. Die Förderung durch Refinanzierungen werden wir aktiv gestalten und damit das Durchleitungsgeschäft unverändert ergänzen.



INTERREG/Baltic Sea Region Programme

EU-Programme zur europäischen territorialen Zusammenarbeit

Im Rahmen des EU-Kohäsionsziels „europäische territoriale Zusammenarbeit“ fördert die Europäische Union die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von benachbarten Regionen (A-Programme), die transnationale Zusammenarbeit in größeren

Kooperationsräumen (B-Programme) sowie die europaweite interregionale Zusammenarbeit (C-Programme). Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist an der Umsetzung von Programmen aller drei Programmausrichtungen beteiligt.

Baltic Sea Region Programme 2007–2013: Zweite Antragsrunde, erste Fortschrittsberichte und EU-Strategie für den Ostseeraum

Den Schwerpunkt der Aktivitäten der Investitionsbank Schleswig-Holstein bildet das Baltic Sea Region Programme 2007–2013. Durch dieses Programm wird die transnationale Zusammenarbeit in der Makroregion rund um die Ostsee gefördert. Gemeinsame Projekte der Ostseerainer sollen dazu beitragen, den Ostseeraum wirtschaftlich, sozial und ökologisch weiterzuentwickeln. Dafür stehen 195,6 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) zur Verfügung. Weitere 5,3 Mio. € sind norwegische Fördergelder. 20,3 Mio. € werden aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerinstrument (ENPI) beigesteuert.

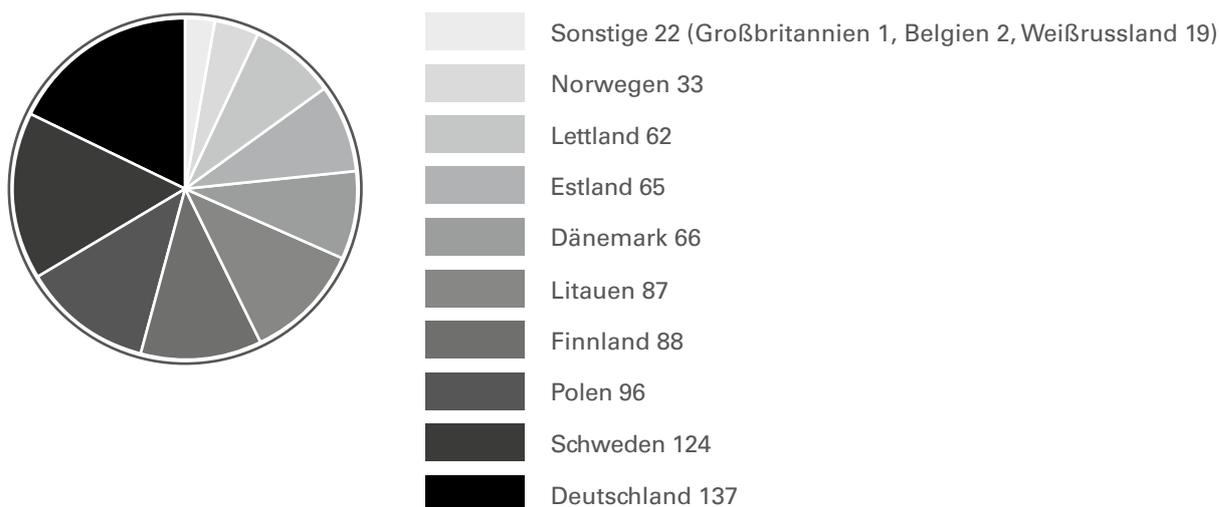
Für das Baltic Sea Region Programme 2007–2013 übernimmt die Investitionsbank Schleswig-Holstein die Funktion der gemeinsamen Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde im Auftrag der beteiligten Mitgliedsstaaten. Die IB ist auch Trägerin des Pro-



grammsekretariats. Das Programmsekretariat als zentrale Koordinationsstelle ist in Rostock und Riga (Lettland) angesiedelt.

Von Januar bis März 2009 wurde die zweite Antragsrunde im Ostseeraumprogramm durchgeführt. Der Begleitausschuss genehmigte in zwei Sitzungen im Juni in Vilnius sowie im September in Oslo 22 von insgesamt 88 eingereichten Anträgen. Damit erhöhte sich die Anzahl der insgesamt genehmigten Projekte auf 46. An diesen Projekten beteiligen sich 780 Projektpartner aus zwölf Ländern. Das bislang gebundene Fördervolumen beträgt 121 Mio. €. Für zukünftige Antragsrunden verbleiben noch ungefähr 100 Mio. € Fördergelder.

Baltic Sea Region Programme 2007–2013: Anzahl der Projektpartner nach Ländern (Stand 31.12.2009)



Im Jahr 2009 zählten zu den Hauptaufgaben des Programmsekretariats die Durchführung der zweiten Antragsrunde sowie die Vorbereitung der dritten Antragsrunde. Potenzielle Antragsteller konnten an verschiedenen Orten an Informationsveranstaltungen teilnehmen, sich auf der Programmwebsite informieren oder in individuellen Beratungsgesprächen Unterstützung bei der Antragstellung erhalten. Das Sekretariat übernahm auch die Auswertung der Projektanträge und formulierte Entscheidungsvorschläge für den Begleitausschuss.

Ein weiterer Aufgabenbereich des Programmsekretariats war die Erarbeitung von Verfahren und Dokumenten für das Berichtswesen genehmigter Projekte sowie die Anpassung der Programmverwaltungssoftware für die Prüfung dieser Berichte. Im November 2009 wurden die ersten 24 Fortschrittsberichte von Projekten der ersten Antragsrunde entgegengenommen.

Eine weitere Entwicklung auf europäischer Ebene, die einen bedeutenden Einfluss auf das Baltic Sea Region Programme hat, ist die Ende Oktober vom

Europäischen Rat beschlossene EU Strategie für den Ostseeraum. Zusammen mit einem Aktionsplan wird sie in den kommenden Jahren einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit der Ostseerainerstaaten bilden. Ziel der Strategie ist eine integrierte Entwicklung der Ostseeregion, indem Aktivitäten zwischen den Ländern besser aufeinander abgestimmt werden. Vorhandene Strukturen, Steuerungsinstrumente und Investitionsmittel sollen damit effizienter genutzt werden. Die Strategie umfasst die vier Schwerpunktbereiche („pillars“) Umwelt, Wohlstand, Erreichbarkeit und Attraktivität sowie Sicherheit. Die Schwerpunkte sind aufgeteilt in 15 Aktionsbereiche („priority areas“), die durch exemplarische „flagship projects“ weiter konkretisiert werden. Das Baltic Sea Region Programme wird einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Strategie leisten, indem es Projekte in vielen Bereichen der EU-Ostseeraumstrategie unterstützt.

Das Budget für die Verwaltung des Baltic Sea Region Programme, die sogenannte Technische Hilfe, betrug im Jahr 2009 2,5 Mio. €.

South Baltic Programme: Weitere Antragsrunden und "Capacity Building"



Mit dem South Baltic Programme soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum gefördert werden. Zum Programmgebiet gehören an die Ostsee angrenzende Landkreise oder Regionen aus den Ländern Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen und Schweden sowie die Region Kaliningrad. Etwa 60,7 Mio. € EFRE-Gelder stehen zur Verfügung.

Die IB verwaltet für dieses Programm einen der fünf regionalen Kontaktpunkte („South Baltic Programme Contact Point“). Im Rostocker Büro werden Antragssteller aus Mecklenburg-Vorpommern bei der Entwicklung von Projektanträgen beraten.

Im April 2009 wurden von 22 Projektanträgen der zweiten Antragsrunde zwölf Projekte mit einem EFRE-Anteil von etwas mehr als 10 Mio. € bewilligt. Eine dritte Antragsrunde fand zwischen Juli und September statt. Weitere 17 Anträge wurden eingereicht. Entscheidungen über Genehmigung sind für das kommende Jahr geplant. Um in Zukunft

neue Zielgruppen für das Programm zu mobilisieren, wurde ein sogenanntes „Capacity Building“ Projekt ins Leben gerufen. Es wendet sich an Institutionen und Gebietskörperschaften, die Interesse an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum haben, jedoch noch über wenig Erfahrung mit der Vorbereitung und Umsetzung von Kooperationsprojekten verfügen. Diese Zielgruppe soll durch gezielte Unterstützung in die Lage versetzt werden, ihre Projektideen zu einem erfolgreichen Projektantrag weiterzuentwickeln.

Die Kontaktstelle war hauptsächlich mit der Betreuung von Antragstellern der dritten Förderrunde beschäftigt. Darüber hinaus arbeitet die Kontaktstelle eng mit dem Programmsekretariat in Gdansk und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Außerdem werden Projektträger bei der Umsetzung ihrer Vorhaben unterstützt. Das Budget der Kontaktstelle belief sich im Jahr 2009 auf 43.500 €.

INTERREG IVC: Große Nachfrage auch in der zweiten Antragsrunde



INTERREG IVC fördert im Zeitraum von 2007 bis 2013 die europaweite Zusammenarbeit von Regionen. Ziel ist es, Erfahrungen auszutauschen und das Wissen regionaler Akteure zu stärken. Damit sollen vor allem schwach entwickelten Regionen neue Instrumente an die Hand gegeben und die Regionalpolitik insgesamt effektiver gestaltet werden. Die beiden Programmschwerpunkte „Innovation und Wissensgesellschaft“ sowie „Umwelt und Risikovermeidung“ leiten sich aus der europäischen Wachstums- und Nachhaltigkeitsstrategie ab. Das Fördervolumen beträgt 321,3 Mio. € aus dem EFRE.

Die zentrale programmverwaltende Stelle (Joint Technical Secretariat) ist in Lille (Frankreich) angesiedelt. Ihre Arbeit wird von vier dezentralen „Info Points“ unterstützt. Die IB verwaltet den „Info Point North“ in Rostock, der Antragsteller aus Skandinavien, Deutschland und den Baltischen Staaten unterstützt.

Ende Januar 2009 wurde die zweite Antragsrunde in INTERREG IVC geschlossen. Von den 481 eingereichten Projektanträgen wurden auf einer Sitzung

des Begleitausschusses im November 2009 74 Projekte mit einem Fördervolumen von 125 Mio. € genehmigt. Eine eingeschränkte Antragsrunde für sogenannte „Capitalisation Projects“ wurde im Dezember 2009 eröffnet.

Die Hauptaufgaben des „Info Point“ umfassten 2009 die Öffentlichkeitsarbeit, die Beratung von

Antragstellern sowie die Bewertung von Projektanträgen der zweiten Antragsrunde. Darüber hinaus unterstützte der „Info Point“ das Programmsekretariat in Lille bei der Verwaltung des Programms. Das Budget des „Info Point“ für 2009 betrug 240.000 €.

EU-Förderprogramme mit Beteiligung der IB (Stand 31.12.2009)

EU-Programm/ Förderperiode	Fördermittel in Mio. €	Funktion der IB	Genehmigte Projekte	Anzahl der Antragsrunden
Baltic Sea Region Programme	EFRE: 195,6 Norwegen: 5,3 ENPI: 20,3	MA, CA, JTS	46	2
INTERREG IVC	EFRE: 321,3	Info Point	115	2
South Baltic Programme	EFRE: 60,7	Contact Point	16	3

Abkürzungen: MA – Managing Authority (Verwaltungsbehörde), CA – Certifying Authority (Prüfbehörde),
JTS – Joint Technical Secretariat (Programmsekretariat)

Kulturengagement

Ein wichtiger Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie

Kunst und Kultur sind Grundlagen unserer Gesellschaft. Zu ihrer Wahrung und Weiterentwicklung bedarf es auch des kulturellen Engagements aus der Wirtschaft. Als die Förderbank im Norden stärken wir den Standort und seine Entwicklung. Kulturelles Leben macht einen Standort attraktiv, somit ist Kulturförderung auch Wirtschaftsförderung. Daher engagieren wir uns für regionale Kunst und Kultur.

Dies geschieht zum einen im Rahmen unserer originären Arbeit, z.B. durch Fördermittel aus dem kommunalen Investitionsfonds und der Städtebaulichen Denkmalpflege, aber auch durch unsere kostenlose Beratung und Finanzierung von Existenzgründungen in der Kulturwirtschaft.

An zweiter Stelle folgt das Sponsoring. Unsere langjährige Kooperation mit JazzBaltica, einem der renommiertesten Jazzfestivals Europas, konnten wir 2009 erfolgreich fortsetzen. Im Vorfeld des JazzBaltica-Festivals erlebten Gäste der Bank und Freunde des Jazz wieder ein Preview-Konzert in der IB; diesmal mit der Sängerin Sinne Eeg. Außerdem wurde zum zweiten Mal der von der IB gestiftete und mit 3.000 € dotierte JazzBaltica-Förderpreis vergeben. Die Preisträger waren das LandesJugendJazzOrchester unter der Leitung von Jens Köhler. Damit wurden erneut besonders talentierte norddeutsche Nachwuchskünstler gewürdigt.

Seit 2006 ist die IB offizieller Sponsor des Literaturhauses Schleswig-Holstein e.V. Damit unterstützen wir Projekte der landesweiten Literaturvermittlung. In 2009 konnten wir mit Lesungen von Peter Stamm und Robert Menasse zwei erfolgreiche eigene Veranstaltungen für Gäste und Mitarbeiter anbieten.

Die Ausstellungsreihe „Paare“, die wir seit 2006 gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen

Landtag organisieren, stieß auf große Resonanz. 2009 fanden die sechste und die siebte Ausstellung aus der Reihe „Paare“ mit Werken von Marianne Gymnopoulos und Gunther Fritz im Juni sowie von Anna Lena Straube und Volker Tiemann im November statt.

In Zusammenarbeit mit dem SHMF konnten wir im Juli gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein Peter Harry Carstensen und der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Schleswig-Holstein musikalisch mit einem SHMF-Preview-Konzert vor 250 Gästen im Theatermuseum im Kopenhagener Hoftheater präsentieren.

Im Rahmen unseres Sponsorings des Bundesverbandes Bildender Künstler, LV Schleswig-Holstein (BBK SH), organisierte der BBK drei Ausstellungen in den Räumen der IB. Zusätzlich sponserten wir 2009 wieder eine Vielzahl von regionalen Kulturinitiativen. Eine feste Größe bleibt weiterhin der IB.Kunstkalender, der seit 1987 in einer Auflage von 2.500 Exemplaren erscheint und vier regionalen Künstlerinnen und Künstlern eine landesweite Verbreitung ermöglicht.

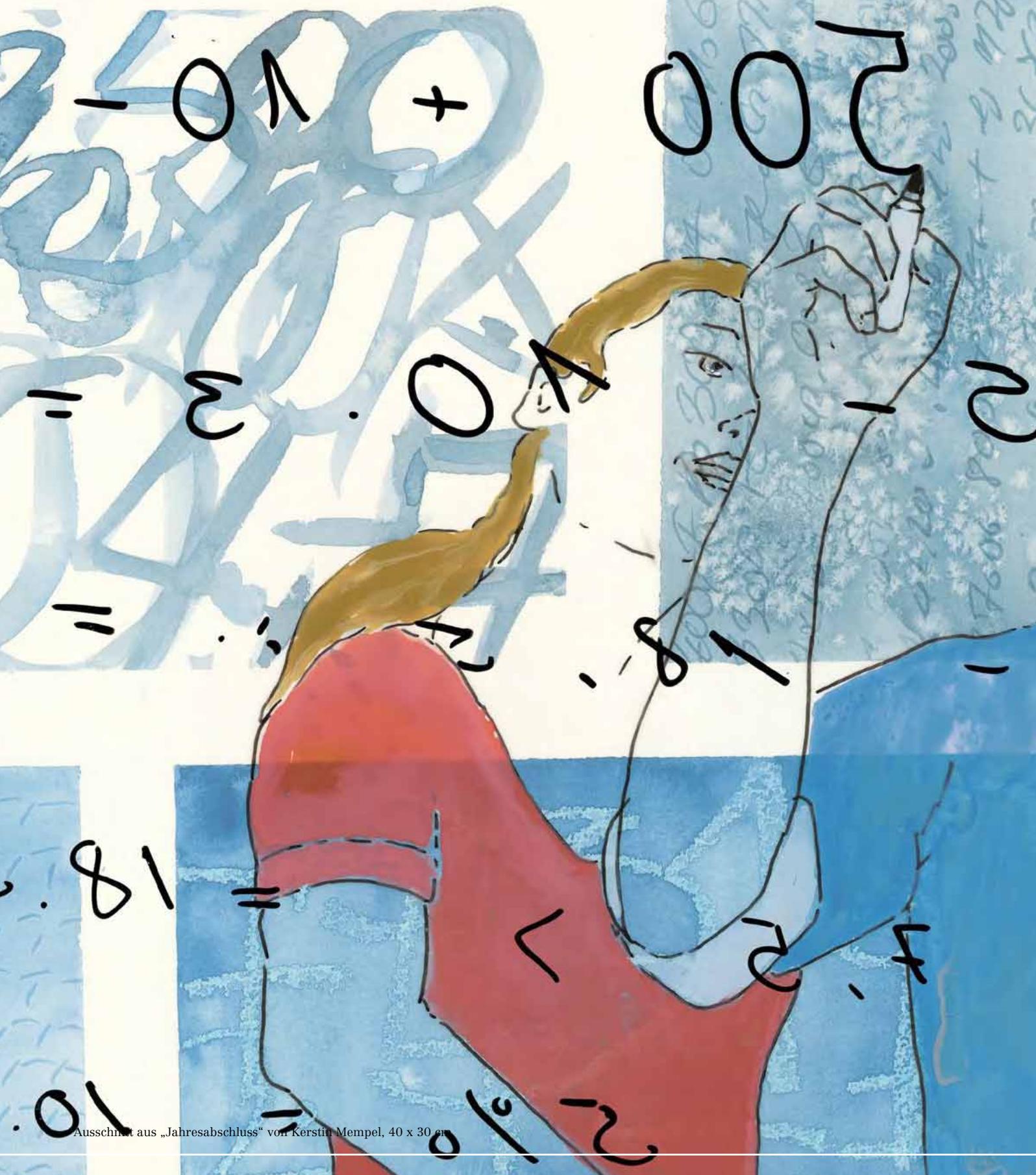
Den dritten Teil bilden kulturelle Angebote an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Kulturkreis der IB lädt ein, sich mit Kunst und Kultur auseinanderzusetzen, an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen und die künstlerischen Belange der IB wie z.B. den IB.Kunstkalender mitzugestalten. Wir möchten Kunst und Kultur auch den Kolleginnen und Kollegen zugänglich machen. Kunst und Kultur sind Teil unserer Unternehmenskultur, und sie sind Grundlage für Diskussionen und Gespräche.

Im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten werden wir unser Kulturengagement auch 2010 fortsetzen.



Ausschnitt aus „JazzBaltica“ von Kerstin Mempel, 270 x 21 cm

0,1% 0,2% 0,3% 0,4%
1,2% 1,3% 1,4%
1,7% 1,8% 1,9%



Ausschnitt aus „Jahresabschluss“ von Kerstin Mempel, 40 x 30 cm



Jahresabschluss

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld

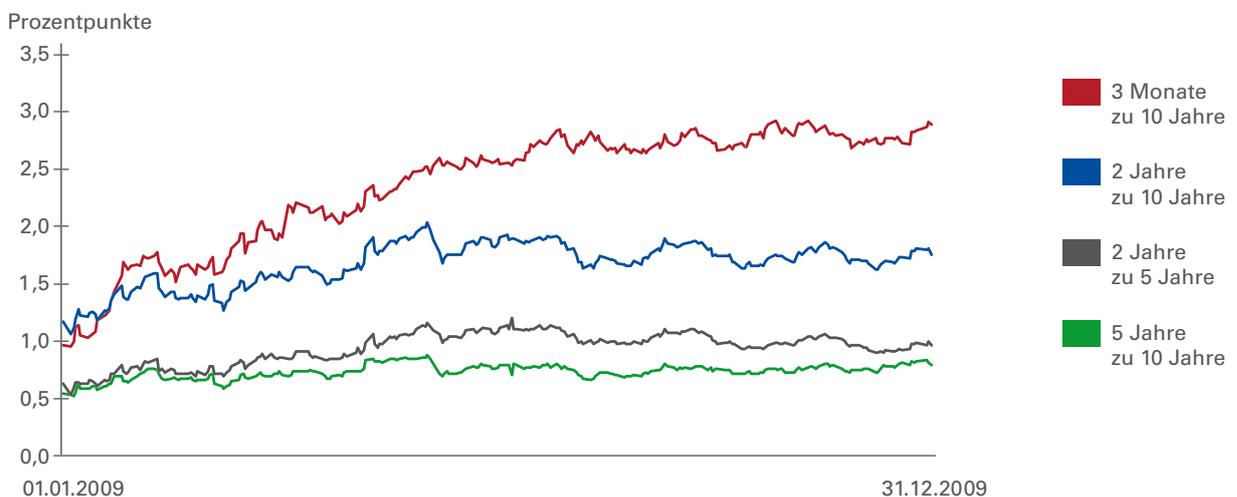
Das Marktumfeld der Banken war auch im Jahr 2009 von der internationalen Finanzmarktkrise geprägt. Infolgedessen ergriff die Europäische Zentralbank (EZB) eine Reihe von Maßnahmen, um die Steuerung der kurzfristigen Geldmarktzinsen sicherzustellen und die Funktionsfähigkeit des Interbankenmarktes zu unterstützen. Der Verschärfung der Finanzkrise und ihrer Ausweitung auf die Realwirtschaft trat die EZB zunächst mit einer international abgestimmten Leitzinssenkung auf 3,75 % entgegen, der bis Mai 2009 weitere Zinssenkungen bis auf 1 % folgten. Daneben beschloss der EZB-Rat mehrere geldpolitische Sondermaßnahmen, um die Kreditvergabe des Bankensektors an die Wirtschaft zu unterstützen.

Bei den geldpolitischen Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems konnten sich Kreditinstitute

seit Oktober 2008 in unbegrenzter Höhe Zentralbankliquidität zum geldpolitischen Leitzins beschaffen, sofern sie über ausreichend Sicherheiten verfügen. Ergänzend ist der Kreis der zugelassenen Sicherheiten – zunächst bis Ende 2010 befristet – erweitert worden. Auch die Frequenz der Refinanzierungsgeschäfte mit längerer Laufzeit wurde seit dem dritten Quartal 2008 deutlich erhöht.

Schließlich beschloss der EZB-Rat Anfang Mai 2009 die Durchführung von zunächst drei Refinanzierungsgeschäften mit einer Laufzeit von 12 Monaten und Vollzuteilung zum Leitzins. Daneben wurde entschieden, zum Juli 2009 ein Ankaufprogramm für gedeckte Euro-Schuldverschreibungen hoher Bonität im Umfang von 60 Mrd. € zu beginnen, das bis Mitte 2010 abgeschlossen sein soll. Mit diesen Maßnahmen wurde eine Senkung der län-

Abb. 1: Spreadentwicklung der Swapzinssätze 2009 in Prozentpunkten



gerfristigen Geldmarktzinsen erreicht und das für die Refinanzierung der Kreditinstitute besonders wichtige Marktsegment der gedeckten Schuldverschreibungen aktiviert. Ihre Zinsaufschläge gingen schon mit Ankündigung des Programms deutlich zurück, gleichzeitig fanden vermehrt Primärmarkt-emissionen statt.

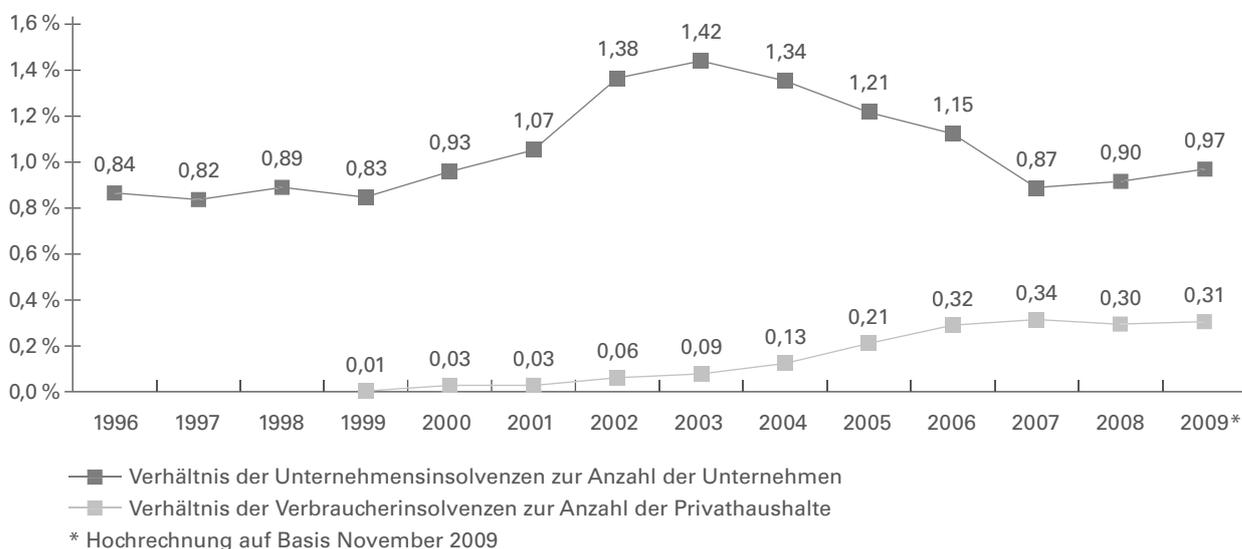
Seit dem Übergang der EZB zur Tender-Vollzuteilungspolitik ist die Marktlage durch ein hohes Maß an Überschussliquidität geprägt. Die reichliche Ausstattung mit Liquidität hat die Zinssätze in den kurzen Geldmarktlaufräumen stark sinken lassen. Der Kapitalmarkt war im Jahr 2009 durch eine wieder steiler verlaufende Zinsstrukturkurve (vgl. Abb. 1), ein im historischen Vergleich weiterhin niedriges Zinsniveau sowie durch geringe Schwankungsbreite der Renditen gekennzeichnet.

Im Dezember 2009 hat die EZB damit begonnen, die Überschussliquidität im Bankensektor abzubauen. Gleichzeitig wurde der Anreiz für die Geschäftsbanken reduziert, Überschussliquidität über den Jahresultimo hinaus anzusammeln. Ein weiterer Ausstiegsbaustein ist, dass die zusätzlichen sechsmonatigen Tender im ersten Quartal 2010 auslaufen werden. Das letzte Geschäft dieser Art wird Ende März mit Vollzuteilung durchgeführt.

Im Jahr 2009 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland mit -5,0 (Vj. +1,3) % erstmalig seit sechs Jahren. Nach dem wirtschaftlichen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 zeigte sich im Jahresverlauf 2009 zwar eine leichte Stabilisierung, im vierten Quartal 2009 geriet die bis dahin leichte Erholung der deutschen Wirtschaft aber erneut ins Stocken. Durch ein positives Wachstum beim privaten sowie staatlichen Konsum wurde die negative Entwicklung insgesamt abgemildert. Nach den veröffentlichten Zahlen für das erste Halbjahr 2009 fiel der Rückgang des BIP in Schleswig-Holstein in diesem Zeitraum geringer aus als im gesamten Bundesgebiet.

Bei den Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein ist im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ab dem IV. Quartal 2008 ein deutlicher Anstieg festzustellen, während die Verbraucherinsolvenzen sich in 2009 auf dem Vorjahresniveau bewegten. Trotz der Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen waren im Geschäftsjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr keine erhöhten Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen erforderlich.

Abb. 2: Insolvenzentwicklung in Schleswig-Holstein 1996 bis 2009



1.2 Betriebliche Entwicklung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) wurde am 01.06.2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet¹⁾. Alleiniger Träger der IB ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

In 2009 wurde die Abteilung „IB.Europa“ in den Bereich „Wirtschaft Firmenkunden/Europa-Angelegenheiten“ integriert. Dadurch können die Finanzierungs- und Beratungskompetenzen für europäische Fördermöglichkeiten den Hausbanken und Unternehmen in Schleswig-Holstein – und im Rahmen des „Enterprise Europe Network Hamburg-Schleswig-Holstein“ (EEN) auch in Hamburg – nunmehr aus einer Hand angeboten werden.

Im Oktober 2009 startete das Team „IB.Service Immobilien“ offiziell als neuer Ansprechpartner für Immobilienkunden. Damit unternimmt der Vertrieb Immobilien einen weiteren Schritt hin zu einem modernen, auf die spezifischen Bedürfnisse der Kunden ausgerichteten Dienstleister. Die Mitarbeiter sind für eine strukturierte und kontinuierliche Betreuung der Bestandskunden verantwortlich und werden dabei auch wichtige Chancen für die Vergabe neuer Förderkredite nutzen – z.B. Modernisierungsdarlehen. Ziel ist es, die Bestände auf hohem Niveau zu halten und aus ihnen zusätzliches Neugeschäft zu generieren.

Im November 2009 erfolgte der offizielle Auftakt für den Prozess „VISION 2015“. Mit der zentralen Formulierung „IB – die Förderbank im Norden“ wird die Zielsetzung beschrieben, unter Mitwirkung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltige, operative Effekte zur Weiterentwicklung der Unternehmensperspektive zu erreichen.

Die IB ist in 2009 der DV-Förderbankenkooperation beigetreten. Das Ziel dieser Kooperation mit nunmehr neun Förderinstituten aus ganz Deutschland besteht darin, durch gemeinsame Anforderungsdefinition und Auftragsvergabe wesentliche Kostensenkungen im Bereich der IT zu erzielen. Parallel wurde die Einführung der kooperations-eigenen Softwarelösung ABAKUS (Aktuelles Förderbanken Antrags- und Kundensystem) im Rahmen des Projektes „IB-ABAKUS“, eines der größten Projekte in der IB, weiter fortgesetzt. Die Systemumstellung erfolgt in 2010.

Die für die Förderprogramme genutzte DV-Anwendung wurde in 2009 zur leistungsfähigen Datenbank „ProNord“ weiterentwickelt. Die modular aufgebaute und internetgestützte Datenbank wird bereits auch von mehreren externen Stellen zur Abwicklung von EU-Programmen bzw. zur Abwicklung von Fördermitteln im Rahmen des „Konjunkturpaket II“ verwendet. Mit der Möglichkeit, zukünftig auch von externen Stellen direkt in der Datenbank zu arbeiten, wird ein weiterer Schritt zur Reduzierung von Verwaltungsaufwand bei der Bearbeitung der Förderprogramme umgesetzt werden.

Zum 31.12.2009 beschäftigte die IB 194 Mitarbeiter und 266 Mitarbeiterinnen (insg. 460, Vj. 432), davon 346 (Vj. 328) Vollzeitkräfte und 114 (Vj. 104) Teilzeitkräfte. In den Beschäftigungszahlen enthalten sind der Vorstand sowie 14 (Vj. 13) Auszubildende und 1 (Vj. 4) Trainee. Das Durchschnittsalter lag bei 43,3 (Vj. 43,2) Jahren, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 14,2 (Vj. 14,3) Jahre.

Im Jahr 2009 wurden sechs Auszubildende eingestellt. Die IB bildet in den Ausbildungsgängen Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science aus. Darüber hinaus umfasst das Ausbildungsangebot Trainee-Programme, Rechtsreferendariate sowie Praktikumsplätze.

1) § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz – IBG) vom 7. Mai 2003 (GVBl. Schl.-H. S. 206/211 ff.)

Erstmals konnte die Bank im zweiten Quartal 2009 Erfahrungen mit den Zielerreichungsgesprächen auf der Grundlage der Dienstvereinbarungen zur Leistungsorientierten Bezahlung (LOB) und zur Kombibeurteilung machen. Das in 2008 eingeführte neue Beurteilungs- und Zielvereinbarungssystem in der IB sieht vor, auch mit den tariflich eingruppierten Beschäftigten Ziele zu vereinbaren. Bis dahin war dies nur bei außertariflich Beschäftigten der Fall. Auf die damit insgesamt erhöhten Anforderungen an das Führungsverhalten wurden die Führungskräfte in Workshops vorbereitet. Das Verfahren ist allgemein akzeptiert und wird als gutes Führungsinstrument angesehen.

Zum ersten Quartal 2009 lagen die Ergebnisse der IB an ihrer Teilnahme zum Wettbewerb „Deutschlands bester Arbeitgeber“ vor. Mehr als 80 % der Befragten äußerten sich sehr positiv zur Atmosphäre in der Bank, 87 % der Befragten gaben an, dass die IB insgesamt ein sehr guter Arbeitsplatz sei. Damit liegt die Bank in diesem Aspekt mit an der Spitze, denn die besten vergleichbaren Unternehmen erzielen hier nur geringfügig höhere Ergebnisse (90 %). Das Ergebnis dieser Studie hat Aspekte aufgezeigt, in denen die IB sehr gut ist, aber auch solche, in denen die Bank Optimierungspotenzial sieht. Um die Gründe für die Ergebnisse

zu erörtern und auch Wünsche und Maßnahmen zur Optimierung zusammenzustellen, finden seit dem vierten Quartal 2009 Workshops statt. Zudem wird eine Verbindung zum Prozess „Vision 2015“ hergestellt.

Zum vierten Quartal wurde die Dienstvereinbarung „Wertguthaben“ verabschiedet. Mit der Vereinbarung über Zeitwertkonten möchte die Bank das betriebliche Arbeitszeitsystem um eine weitere Komponente ergänzen. Damit erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, sich entsprechend ihrer persönlichen Lebensgestaltung unter Wahrung der betrieblichen Belange, eine bestimmte Zeit oder unmittelbar vor Altersrentenbeginn aus dem aktiven Arbeitsleben zurückzuziehen, ohne dabei die finanzielle und sozialversicherungsrechtliche Absicherung zu verlieren.

Um Risiken im Bereich Personal zu minimieren, verfügt die Bank über Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zur Sicherung der Mitarbeiterqualifikation werden kontinuierlich Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Im Jahr 2009 fanden 792 interne und externe Weiterbildungs- und Schulungsmaßnahmen statt.

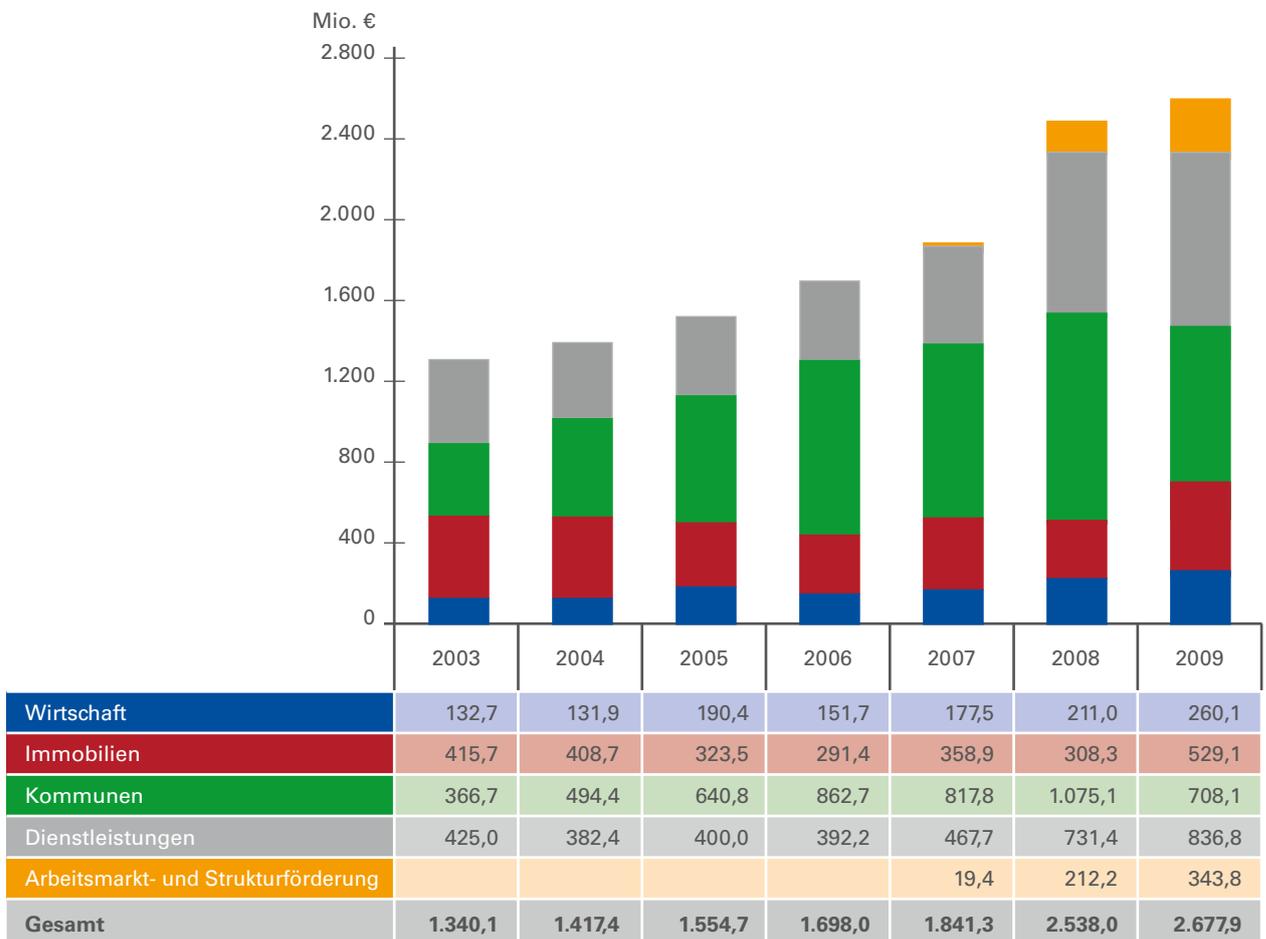
1.3 Geschäftsverlauf

Das Neugeschäftsvolumen bildet einen zentralen finanziellen Leistungsindikator für die Beurteilung der Förderfähigkeit der IB. Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt 2.677,9 (Vj. 2.538,0) Mio. € erzielt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rd. 6 %. Der Förderbestand zum 31.12.2009 erhöhte sich auf 13,0 (Vj. 12,3) Mrd. €. Von dem Neugeschäftsvolumen entfallen 86 % auf Darlehen und Bürgschaften sowie 14 % auf Zuschüsse. Das wiederum sehr hohe Neugeschäft ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die IB in Folge der durch die Finanzmarktkrise aufgetretenen Liqui-

ditäts- und Finanzierungsengpässe verstärkt als Finanzierungs- und Realisierungspartner in Anspruch genommen wurde.

Die Marktbereiche der IB sind in die Sparten Immobilien, Wirtschaft, Kommunen sowie Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unterteilt. Leistungen, die keiner dieser Sparten zugeordnet sind, werden in der Sparte Dienstleistungen zusammengefasst; hierzu zählen insbesondere die Durchleitung von Programmkrediten sowie das Refinanzierungsgeschäft mit Banken und Sparkassen.

Abb. 3: Neugeschäftsentwicklung 2003 bis 2009 nach Sparten in Mio. €



Die Sparte **Wirtschaft** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 260,1 (Vj. 211,0) Mio. €. Dies entspricht einem Anteil am gesamten Neugeschäft von rd. 10 (Vj. 8) %.

Die deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist durch verschiedene Faktoren begründet. Insbesondere bei größeren Krediten waren die Hausbanken an einer Risikoteilung interessiert und kamen verstärkt auf die IB zu. Das Geschäftsfeld Landwirtschaft hat sich weiter etabliert. Hier konnte das Finanzierungsvolumen gegenüber dem Vorjahr verdoppelt werden. Im Bereich der regenerativen Energien – insbesondere Biogas und Photovoltaik – wurde die IB vermehrt in die Finanzierung der Projekte einbezogen. Darüber hinaus wurden gemeinsam mit den Hausbanken Kreditnehmer, die in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise in Finanzierungsprobleme gerieten, unterstützt. Insgesamt hat sich insbesondere die Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsbanken und Sparkassen sehr gut entwickelt.

Die Finanzierungsschwerpunkte lagen wie im Vorjahr im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bereich der Energieversorgung. Darüber hinaus wurden diverse Investitionen von Handelsunternehmen begleitet. Regionale Schwerpunkte lagen nicht vor; es wurden Finanzierungsvorhaben in allen Kreisen des Landes unterstützt.

In 2009 war auch ein starker Anstieg der Anträge für Kredite zur Existenzgründung und Existenzfestigung zu verzeichnen. Mit dem Produkt zur Existenzfestigung wurden überwiegend Betriebsmittel, die größtenteils zur Bewältigung von Krisensituationen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise benötigt wurden, finanziert. Im Bereich der Existenzgründungen (Starthilfe Schleswig-Holstein) führten die gestiegenen Antragszahlen nicht zu einem deutlichen Anstieg an tatsächlichen Vertragsabschlüssen. Dieses lag insbesondere in den häufig fehlenden fachlichen und/oder kaufmännischen Qualifikationen der Gründungsinteressierten begründet.

Der unter Einbindung von Geldern der Europäischen Union aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) eingerichtete EFRE-Risikokapitalfonds II hat auch in 2009 Unternehmen in Schleswig-Holstein erfolgreich begleitet. Bis Ende des Jahres wurden insgesamt an rd. 90 Unternehmen überwiegend stille Beteiligungen bewilligt. Dabei konnten Gesamtinvestitionen von rd. 158 Mio. € unterstützt werden.

Auch der in 2008 gemeinsam mit dem Land sowie Banken und Sparkassen aus allen Institutsgruppen aufgelegte „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein“ konnte sich gut positionieren. Zielgruppe dieses Fonds sind wachstumsstarke etablierte mittelständische Unternehmen aus Schleswig-Holstein, die für die klassische Wirtschaftsförderung eher zu groß und andererseits für die großen privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu klein sind.

In der Förderberatung Wirtschaft gab es 2009 bei den Existenzgründungen zwar nicht den erwarteten deutlichen Anstieg, dennoch stieg die Zahl der Beratungsfälle für Existenzgründung um 4,5 %. Die Anzahl der Beratungen von kleinen und mittleren Unternehmen nahm um 1,8 % zu. Schwerpunktthemen waren Liquiditätsprobleme sowie Energieeinspar- und Energieeffizienzmaßnahmen. Insgesamt lag die Anzahl der Beratungsleistungen auf dem Niveau des Vorjahres. Daneben wurden im Geschäftsjahr 120 (Vj. 123) dezentrale Informationsveranstaltungen bzw. Sprechstage an 29 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein durchgeführt.

Die Sparte **Immobilien** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 529,1 (Vj. 308,3) Mio. €. Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäft beträgt rd. 20 (Vj. 12) %.

Die soziale Wohnraumförderung wurde Anfang 2009 an die Erfordernisse des Wohnungsmarktes – insbesondere hinsichtlich der ökologischen Anforderungen – angepasst. Die Erreichung des Altbaustandards nach Energieeinsparverordnung (EnEV)

beim Ankauf sowie der „KfW 60 Haus Standard“ bzw. ab Oktober 2009 der „KfW 70 Haus Standard“ nach EnEV für Neubauten sind nun zwingende Voraussetzung.

Im Mengengeschäft führten die zinsgünstigen Darlehen mit einer Grundschuldabsicherung im nachrangigen Bereich auch in 2009 zu einer starken Inanspruchnahme, so dass bereits im ersten Quartal 2009 das Kontingent für Präferenzgemeinden nahezu erschöpft war. Um weiterhin soziale Wohnraumförderung anbieten zu können, wurden Mittel aus dem Jahr 2010 vorgezogen.

Die sehr gute Inanspruchnahme der sozialen Wohnraumförderung bedingte zunächst eine verminderte Nachfrage nach Darlehen der allgemeinen Wohnraumförderung. Eine Änderung dieser Entwicklung zeigte sich erst ab dem zweiten Quartal 2009.

Der Absatz insbesondere der Modernisierungsmittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verlief in 2009 sehr gut. Der Anteil der gesamten KfW Mittel stellt 2009 rd. 58 % des Gesamtneugeschäftsvolumens in diesem Segment dar.

Im Individualgeschäft gestalten sich die Finanzierungsfälle sehr komplex. Dabei ist eine frühzeitige Einplanung der Finanzierungsmittel notwendig. Die zinswirksame Inanspruchnahme dieser Mittel erfolgt häufig zeitverzögert, zum Beispiel im Rahmen von Wohnquartiersmaßnahmen mit einer mehrjährigen Durchführungsdauer. Damit ist es im Individualgeschäft generell schwierig, belastbar zu prognostizieren, wann die kontingentierten Volumina zum Einsatz kommen.

In der Städtebauförderung lag der Schwerpunkt im Einsatz der bewilligten Mittel. Neben den bisherigen vier Standardprogrammen „Sanierung und Entwicklung“, „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ wurde in 2009 die Palette der Fördermöglichkeiten um das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ erweitert.

Die Sparte **Kommunen** erzielte ein Neugeschäft von 708,1 (Vj.1.075,1) Mio. €. Der Anteil der Spar-

te am gesamten Neugeschäftsvolumen betrug rd. 26 (Vj. 43) %.

Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf das überregionale Kommunalkreditgeschäft zurückzuführen, das aufgrund der Kapitalmarktsituation erst Mitte des Jahres wieder aufgenommen wurde. Dagegen stieg das Kommunalkreditgeschäft mit den Kommunen in Schleswig-Holstein deutlich an. Im Bereich „Öffentlich-Private-Partnerschaften“ (ÖPP) wurden die im Vorjahr angeschobenen Projekte zum Abschluss gebracht. Allerdings haben sich in 2009 nicht im gleichen Umfang wie in den Vorjahren neue Projektansätze ergeben. Auf kommunaler Ebene lag dies insbesondere an einer vorrangigen Abarbeitung von Maßnahmen, die unter dem „Konjunkturpaket II“ realisiert werden sollten. Aufgrund der kurzen Belegungsphase dieser Mittel wird hier im Regelfall keine Realisierung im Rahmen einer ÖPP-Struktur erwogen.

Die Sparte **Dienstleistungen** erzielte ein Neugeschäft von 836,8 (Vj. 731,4) Mio. €. Der Anteil der Sparte Dienstleistungen am gesamten Neugeschäftsvolumen beträgt rd. 31 (Vj. 29) %.

Maßgeblich für die erneute Steigerung ist insbesondere die Durchleitung der Programmkredite der KfW an die Sparkassen. Gerade die günstigen Mittel für energetische Maßnahmen sowie Investitionen im Rahmen des EEG (Energieeinspeisungsgesetz) erfreuten sich dabei hoher Nachfrage.

Die Einzel- und Globalrefinanzierungen an Kreditinstitute haben wiederum zu einem namhaften Anteil zum Neugeschäft beigetragen. Durch das verstärkte Refinanzierungsgeschäft mit Sparkassen und Banken in Schleswig-Holstein wirkt die IB den negativen Folgen der Finanzmarktkrise für die Realwirtschaft entgegen. Zusammen mit den direkten Mitteln der Sparte Wirtschaft hat die IB im Jahr 2009 der mittelständischen Wirtschaft insgesamt 421,2 (Vj. 480,2) Mio. € zur Verfügung gestellt. Hiermit konnte wiederum einem Teil der Verwerfungen infolge der Finanzmarktkrise entgegengewirkt und dazu beigetragen werden, eine Kreditklemme in Schleswig-Holstein zu verhindern.

In der Sparte **Arbeitsmarkt- und Strukturförderung** wurde im Geschäftsjahr 2009 ein Neugeschäftsvolumen von 343,8 (Vj. 212,2) Mio. € erreicht. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtneugeschäft von rd. 13 (Vj. 8) %.

Das Jahr 2009 war geprägt durch Arbeiten für den Programmabschluss des Regionalprogramms 2000. Die fristgerechte Verwendungsnachweisprüfung aller EFRE-kofinanzierten Projekte des Programms hinsichtlich des vorgegebenen Zeitrahmens für die Abschlussarbeiten war dabei ein wichtiger Meilenstein.

In 2009 wurden weitere Aufgaben auf die IB übertragen. Mit Aufgabenübertragungsvertrag vom September 2009 ist die IB nunmehr zuständig für Aufgaben der Abwicklung von Zuwendungen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZulnVG) mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur, des Landesschulbauprogramms und der Investitionspakte 2008 und 2009. Zusätzlich hat das Finanzministerium die IB beauftragt, Aufgaben der Mittelbewirtschaftung und des Controllings im Rahmen der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes zu übernehmen. Darüber hinaus wurden weitere Schulbauprogramme durch das Ministerium für Bildung und Kultur sowie die verwaltungsmäßige Abbildung von Maßnahmen des Jugendaufbauwerkes Schleswig-Holstein auf die IB übertragen.

Im Bereich des Aufstiegsfortbildungsgesetzes (AFBG) war das Jahr 2009 durch die Verabschiedung des 22. Gesetzes zur Änderung des BAföG und durch die Novellierung des AFBG geprägt. Damit verbunden war ein deutlicher Anstieg bei den Bescheidzahlen. Es werden Fortbildungsmaßnahmen aus Mitteln des Bundes und des Landes unterstützt und erleichtern qualifizierten Fachkräften einen beruflichen Aufstieg.

Das 2008 von der EU-Kommission initiierte EEN war auch 2009 zentrale Anlaufstelle für Unternehmen bei allen Fragen zu EU-Förderprogrammen, Technologietransfer in Europa und EU-Kooperationen. Der Bereich „IB.Europa“ koordiniert das Netzwerk für Hamburg und Schleswig-Holstein und bietet die

Dienstleistungen zusammen mit der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH, der Tutech Innovation GmbH (Hamburg) und der Innovationsstiftung Hamburg an. Das Konsortium bündelt eine Vielzahl von EU-Kompetenzen und es hat sich 2009 zu einem „One-Stop-Shop“ für Europangelegenheiten entwickelt.

„IB.Europa“ informierte 2009 in 50 eigenen und mit Kooperationspartnern organisierten Veranstaltungen über EU-Fördermöglichkeiten, beriet 1.014 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen über EU-Förderprogramme und unterstützte diese bei der Beantragung der Fördermittel. Themenschwerpunkte der Beratungen waren die Bereiche Energie, Umwelt, Verkehr, Forschung & Entwicklung und Strukturfonds.

2009 führte die IB in ihren Funktionen als Verwaltungsbehörde und Zahlstelle (Managing und Paying Authority) sowie Trägerin des Programmsekretariates mit Büros in Rostock und Riga die Ende 2008 ausgelaufenen EU-Gemeinschaftsinitiativen „INTERREG III B Ostsee“ und „INTERREG IIIC Nord“ nach Ende der Systemprüfungen zum Abschluss.

Die IB ist auch in der aktuellen EU-Förderperiode im Rahmen des EU-Ostseeprogramms 2007-2013 (Baltic Sea Region Programme, BSR) für die Förderung der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum zuständig. Gemeinsam mit der ebenfalls in der IB angesiedelten Bescheinigungsbehörde (Certifying Authority) und den Programmsekretariaten in Rostock und Riga bereitete die Verwaltungsbehörde (Managing Authority) zwei neue Antragsrunden vor. In den nun insgesamt 46 Projekten sind 786 Partner aus 12 Ländern involviert. Die dritte Antragsrunde ist vorbereitet und wird im Januar 2010 eröffnet. Weitere Antragsrunden werden folgen. Darüber hinaus wurde im Juni 2009 die „Strategie für die Ostsee“ von der Europäischen Kommission beschlossen. Das „Baltic Sea Region Programme“ wird hierbei als eine Umsetzungsmöglichkeit der Strategie gesehen, so dass in Zukunft im Rahmen der Beurteilung der Projekte auch deren Auswirkungen auf die Umsetzung der Strategie begutachtet werden.

2. Ertragslage

Die Ertragslage der IB hat sich im Geschäftsjahr 2009 insgesamt deutlich verbessert. Das Geschäfts-

ergebnis der IB zeigt einschließlich der einzelnen Ergebniskomponenten folgende Entwicklung.

Abb. 4: Ergebnisentwicklung 2003 bis 2009 in Mio. €

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zinsüberschuss	49,7	56,4	57,9	58,0	58,6	62,8	72,0
Provisionsüberschuss	2,0	2,0	2,6	2,5	2,9	3,5	4,2
sonstiger betrieblicher Überschuss	9,0	6,8	8,6	11,7	12,4	12,0	16,5
Summe der Erträge	60,7	65,2	69,1	72,2	73,9	78,3	92,7
Personalaufwendungen	-21,7	-23,5	-25,1	-25,8	-26,4	-27,1	-30,5
andere Verwaltungsaufwendungen	-12,5	-12,4	-12,6	-12,6	-12,4	-12,2	-12,4
Abschreibungen	-1,0	-1,0	-1,3	-1,6	-1,6	-1,6	-1,5
Summe der Aufwendungen	-35,2	-36,9	-39,0	-40,0	-40,4	-40,9	-44,4
Ergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung und Sondereffekten	25,5	28,3	30,1	32,2	33,5	37,4	48,3
Risikovorsorge/Bewertung	-24,1	-23,4	-28,4	-25,8	-29,5	-34,5	-41,7
Sondereffekte	3,6	0,0	3,4	-0,5	1,9	3,5	0,3
Jahresüberschuss	5,0	4,9	5,1	5,9	5,9	6,4	6,9

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere wurden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen dargestellt. Aperiodische und betriebsfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit außergewöhnlichem Charakter wurden in einer gesonderten Position „Sondereffekte“ ausgewiesen.

Der Ergebnisbeitrag der Marktbereiche im Zins- und Provisionsüberschuss stieg aufgrund des erfreulichen Neugeschäftswachstums und des damit verbundenen Bestandsaufbaus. Im Wertpapierergebnis konnten deutliche Ergebniszuwächse gegenüber dem vorherigen Geschäftsjahr erzielt werden. Hier spiegeln sich auch die im abgelaufenen Geschäftsjahr für die IB positiven Geld- und Kapitalmarktbedingungen wider.

Der sonstige betriebliche Überschuss beinhaltet im Wesentlichen die Kostenerstattungen für die Be-

arbeitung von Landes- und EU-Programmen und sonstige betriebliche Aufwendungen, die per Saldo 8,8 (Vj. 7,5) Mio. € betragen, sowie Erträge aus den Beteiligungen an der NordwestLotto GmbH & Co. KG (NordwestLotto), der Landgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (LGSH) sowie der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) in Höhe von zusammen 7,7 (Vj. 4,5) Mio. €. Der Anstieg im Beteiligungsergebnis ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Ausschüttung der LGSH sich erstmals auf ein volles Geschäftsjahr bezieht.

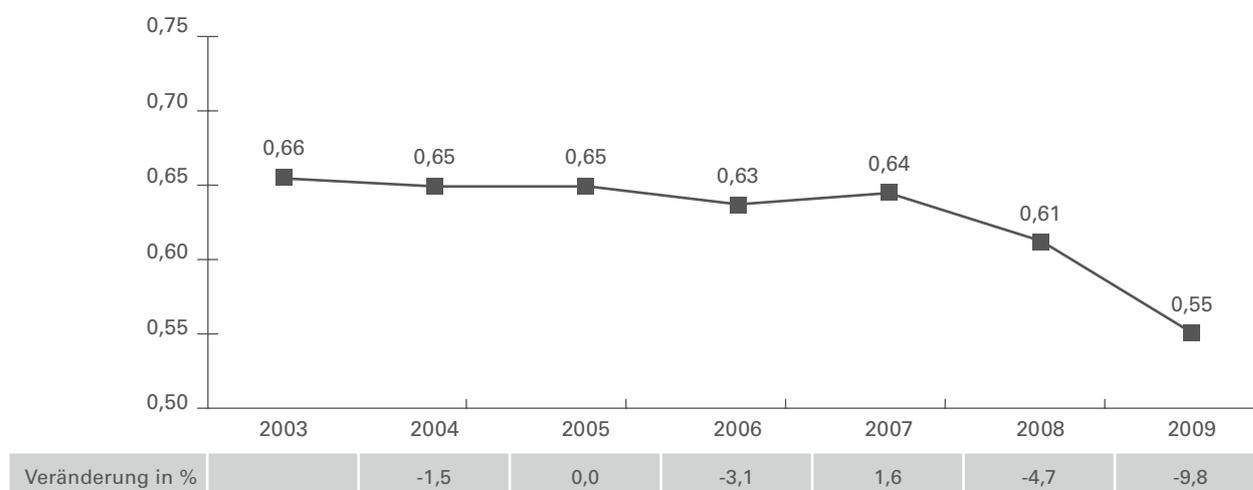
Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund der Reduzierung des Abzinsungsfaktors zur Berechnung der Pensionsrückstellungen sowie in Folge des planmäßigen Personalaufbaus, dem eine entsprechende Geschäftsausweitung bzw. neue Aufgaben gegenüber stehen.

Die Risikovorsorge/Bewertung enthält die Nettoertragszuführungen zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, Zuführungen zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB, Abschreibungen auf Forderungen aus laufenden Vergütungen eines Genussscheins sowie Nettoerträge aus der Auflösung im Fonds für Zinsausgleich. Der Anstieg der Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf eine höhere Zuführung zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie auf eine gestiegene Zuführung zu den Pauschalwertberichtigungen zurückzuführen. Ein erhöhter Wertberichtigungsbedarf in Folge der Finanzmarktkrise war in 2009 nicht festzustellen.

Die Sondereffekte beinhalten Projektaufwendungen aus der Einführung von SAP/ABAKUS, Sondererträge aus der vorzeitigen Auflösung derivativer Finanzinstrumente, Kapitalertragsteuererstattungen aus Vorjahren sowie Erträge aus der Zuschreibung zu langfristigen Forderungen.

Der Jahresüberschuss beträgt 6,9 (Vj. 6,4) Mio. €. Der Gewährträgerversammlung wird vorgeschlagen, hiervon einen Betrag in Höhe von 4,9 Mio. € der Gewinnrücklage zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 2,0 Mio. € an das Land Schleswig-Holstein auszuschütten.

Abb. 5: Produktivitätsentwicklung 2003 bis 2009 (Cost-Income-Ratio)



In der Analyse des Geschäftsergebnisses wird als finanzieller Leistungsindikator insbesondere auf die Produktivitätsentwicklung, gemessen als Cost-Income-Ratio, abgestellt. Sie gibt Auskunft darüber, wie hoch der Mitteleinsatz bezogen auf 1,- € Bruttoertrag ist. Aufgrund der Besonderheiten in der sozialen Wohnraumförderung wird die Ermittlung dieser Kennzahl ohne die Daten aus diesem Geschäftsfeld ermittelt. Die Höhe der Veränderung dieser Kennziffer von einer Berichtsperiode zur

nächsten erlaubt die Aussage, in welchem Maß die Summe der Einzelentscheidungen und Veränderungen zur Optimierung des Ergebnisses beigetragen hat.

Im Geschäftsjahr 2009 lag die Cost-Income-Ratio mit 0,55 (Vj. 0,61) deutlich unter der des Vorjahres. Dem relativen Anstieg der Erträge stand ein entsprechend geringerer Anstieg der Aufwendungen gegenüber.

3. Finanzlage

Die IB war im Jahr 2009 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Zahlungsfähigkeit der IB wird anhand des Liquiditätsgrundsatzes gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebene Untergrenze dieser Kennziffer von 1,0 wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die bei der Deutschen Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurde eingehalten. Die in Folge der Finanzmarktkrise am Markt aufgetretenen Liquiditätsengpässe blieben für die IB aufgrund ihrer Reputation ohne Folgen.

Die Refinanzierung des Fördergeschäfts erfolgte im Wesentlichen mit Mitteln der KfW. Wie schon im Vorjahr wurde auch im Jahr 2009 der Kapitalmarkt zum Teil direkt in Anspruch genommen.

Für die Refinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum gewinnt die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR) für die IB weiter an Bedeutung. So wurde mit der LR in 2009 ein weiterer Rahmenvertrag abgeschlossen.

Durch Abschluss eines zweiten Finanzierungsvertrages mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) stehen der IB im Kommunalkreditgeschäft weitere Refinanzierungsmittel zur Verfügung. Darüber hin-

aus wurde Ende 2009 ein weiterer Finanzierungsvertrag mit der EIB abgeschlossen. Die hier kontingentierten Mittel sollen dazu verwendet werden, kleine und mittlere sowie Kleinstunternehmen im Rahmen der IB-Förderprogramme zu finanzieren.

Im Jahr 2009 wurden Kontakte zur Council of Europe Development Bank (Entwicklungsbank des Europarates, CEB) mit dem Ziel einer weiteren Verbreiterung der Refinanzierungsbasis aufgenommen. Mit einer vertraglichen Umsetzung wird in den nächsten Monaten gerechnet.

Wie auch in den Vorjahren wurden Zinsswapgeschäfte eingesetzt, um das Zinsrisiko aus dem Kreditgeschäft aktiv zu steuern. Das abgeschlossene Swapvolumen erhöhte sich; offene Positionen wurden kontinuierlich zurückgeführt.

Umfangreiche zentralbankfähige Aktiva gewährleisten eine stabile Refinanzierungssituation der IB. Darüber hinaus ist aufgrund der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Schleswig-Holstein die Möglichkeit einer jederzeitigen Refinanzierung gewährleistet, da die Adresse IB bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung führt.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der IB hat sich zum 31.12.2009 um rd. 12 % auf 16,7 (Vj. 14,9) Mrd. € erhöht. Die wesentlichen Veränderungen der Bilanz- und Unterstrichpositionen werden im Folgenden näher erläutert.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden erhöhten sich infolge des erfolgreichen Neugeschäftsverlaufs.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde weiter ausgeweitet. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzmarktkrise wurde bei den Neuengagements neben hoher Adressenqualität vor allem auf Diversifizierung der Anlagenstruktur Wert gelegt. Insbesondere wurden staatsgarantierte Anleihen und „gedeckte“ Wertpapiere mit mittleren und kurzen Laufzeiten erworben. Im Dezember 2009 hat die IB ihren Anteil am Rettungspaket für

die Deutsche Pfandbriefbank (PBB, ehem. Hypo Real Estate) durch Erwerb einer zu 100 % durch den vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) garantierten Anleihe für zunächst ein weiteres Jahr prolongiert.

Im Wertpapierbestand der IB sind – gegenüber dem Vorjahr im verminderten Umfang – weitere Adressen enthalten, die unmittelbar in die Finanzmarktkrise involviert sind. Die Papiere werden weiterhin bis zum Ende der Laufzeit im Anlagebestand gehalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um die für die Ausweitung des Aktivgeschäfts erforderliche Refinanzierung.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten reduzierten sich aufgrund ihrer planmäßigen Auflö-

sung und des geringeren Neugeschäftes bei den Disagioprodukten im Bereich Immobilien.

Der Kapitalrücklage wurden im Rahmen des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG) Haushaltsmittel des Bundes in Höhe von 12,6 Mio. € zugeführt. Mit Beschluss der Gewährträgerversammlung vom 02.06. und 08.12.2009 wurden aus dem Bilanzgewinn 2008 ein Betrag in Höhe von 4,9 (Vj. 4,9) Mio. € in die Gewinnrücklage eingestellt sowie ein Betrag von 1,5 (Vj. 1,0) Mio. € an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet. Zum 31.12.2009 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.080,8 (Vj. 1.062,7) Mio. € ausgewiesen. Dieses enthält einen Bilanzgewinn in Höhe von 6,9 (Vj. 6,4) Mio. €.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die wirtschaftliche Lage geordnet ist und den an die IB gestellten Anforderungen entspricht.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

sind im Zeitraum nach dem 31.12.2009 bis zum Berichtsabschluss nicht eingetreten.

6. Risikobericht

6.1 Gesamtbank- und Risikostrategie

Wie in den Vorjahren hat die Bank ihre rollierende Gesamtbankstrategie mit einem fünfjährigen Zeithorizont im Berichtsjahr überarbeitet. In diesen Prozess werden alle Bereiche der Bank eingebunden, die den Vorstand hinsichtlich der Ziele, Einzelstrategien und Maßnahmen bei der Festlegung der Strategien unterstützen.

Basierend auf einer Analyse der Ausgangssituation sowie den Erwartungen für die zukünftigen Entwicklungen unterscheidet die Bank nach förderpolitischen und bankspezifischen Zielkategorien. Erstere leiten sich überwiegend aus dem Investitionsbankgesetz (IBG) ab und stellen Aufgabenübertragungen des Landes Schleswig-Holstein dar, die z.B. der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplät-

zen aber auch einer intakten Umwelt dienen, der Sicherstellung der Wohnraumversorgung oder der Kreditvergabemöglichkeit der Kreditinstitute im Land, der Gründung oder Erhaltung förderungswürdiger Unternehmen und der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur.

Bei den bankbezogenen Zielen werden ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Plandaten Schwankungsbreiten definiert, in denen sich das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bewegen darf.

Die Risikostrategie beschreibt das Gesamtrisiko-profil der Bank unter Berücksichtigung des Risiko-tragfähigkeitskonzepts. Die aktuelle Risikostrategie berücksichtigt die gesamte Geschäftstätigkeit des Instituts und beinhaltet explizit die Risikoarten Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko sowie operationelle Risiken.

Die IB bewegt sich innerhalb der gestellten Strategievorgaben. Im Geschäftsjahr 2009 kam es zu keiner Überschreitung der Risikopositionen.

6.2 Chancen und Risiken

Alle Bereiche der Bank identifizieren im Rahmen des Planungsprozesses Chancen sowie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der demografischen Entwicklung und weiterer relevanter Rahmenbedingungen für die Geschäftsfelder der Bank. Die Beurteilung derartiger Chancen- und Risikopotenziale findet sowohl Eingang in den Neue-Produkte-Neue-Märkte-Prozess

sowie in eine Chancen- und Risiko-Matrix als auch in die längerfristig angelegte Gesamtbankstrategie, in die rollierende Dreijahresergebnisplanung sowie die einjährige Kurzfristergebnisplanung.

Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der Planungsprozesse.

6.3 Risikomanagement

Die IB verfolgt das Ziel, neben den ergebniswirksamen Einflüssen der sonstigen Risikoarten auch die Nettoeubildung der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bestreiten zu können. Die Nettoeubildung der Risikovorsorge schwankt je nach konjunktureller Phase um den erwarteten Ausfall.

Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB, aus der das operative und das regulatorische Risikodeckungspotenzial (RDP) abgeleitet werden, wurde im Geschäftsjahr 2009 das globale Risikolimit, das sich in drei Unterlimite für Adressenaus-

fallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditäts- und operationelle Risiken gliedert, nicht verändert.

Der Bereich Finanzen betreut das stetig fortentwickelte Instrumentarium zur Risikosteuerung und nimmt die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken sowie die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken vor. Bei der Risikoüberwachung wird der Vorstand darüber hinaus durch die Rechtsabteilung sowie durch das Management der Fachbereiche unterstützt. Außerdem erhält der Vorstand durch die Revision Hinweise zur Verbesserung

seines Steuerungssystems und wird bezüglich bedeutender Risiken durch die Expertise des Steuerausschusses unterstützt. Entsprechend der IB-spezifischen Rahmensetzung für die Treasuryaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung. Bemerkenswerte Risiken im Liquiditätsbereich bestehen auch infolge der Finanzmarktkrise nicht.

Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB kontinuierlich eine margenorientierte Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem Risikokonzentrationen im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

6.4 Adressenausfallrisiken

Die IB steuert die Adressenausfallrisiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank besteht unverändert ein Limit in Höhe von 35,0 Mio. €, das auf Basis einer Zeitreihenanalyse der gebildeten Einzelwertberichtigungen festgelegt wurde. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit; dieses Limit wurde zu keiner Zeit überschritten. Die unterjährig beobachteten Stresstestparameter bewegten sich im erwarteten Rahmen und lösten keine besonderen Aktivitäten durch das Erreichen festgelegter Schwellenwerte aus.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings werden den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die – sofern erforderlich – umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten. Derzeit existieren verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren, die über eine Transformationsmatrix vergleichbar gemacht werden. Der angestrebte Ansatz von integrierten, validierten Ratingverfahren ist weitgehend umgesetzt.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand monatlich berichtet. Die standardisierte strukturierte Risikoberichterstattung, die über den reinen Informationsinhalt hinausgehende Risikobeurteilungen und Handlungsvorschläge enthält, erfolgt quartalsweise. Darüber hinaus werden formu-

largestützte Ad hoc-Berichte an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Im Bereich der Einzeladressenrisiken werden die Prozesse im originären Kreditgeschäft beobachtet und bei Bedarf optimiert sowie in dem, jedem Mitarbeiter zugänglichen, DV-gestützten integrierten Kredithandbuch dokumentiert. Änderungen des Regelwerkes der Bank werden bei risikorelevanten Aspekten auch von dem Bereich Unternehmenssteuerung (Risikocontrolling) vor Veröffentlichung qualitätsgesichert.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im Investment Grade Bereich. Es bestehen detaillierte Vorgaben zum Erwerb derartiger Papiere hinsichtlich Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten.

Die Steuerung und Überwachung des Beteiligungsportfolios erfolgen im Vorstandsstab sowie im Bereich Finanzen. In allen Fällen handelt es sich um strategische Beteiligungen.

Das dem Adressenausfallrisiko zugeordnete Länderrisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB eine untergeordnete Rolle. Das verbleibende Risiko liegt darin, dass aufgrund von Beschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr, Illiquidität oder Zahlungsverweigerung von staatlichen

Stellen Zins- und Tilgungsleistungen oder andere vereinbarte Leistungen nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet in der mit dem Gläubiger vereinbarten Währung erbracht werden. Ein ausländi-

scher Geschäftspartner kann auch der Staat selbst sein. Es existieren diesbezüglich ausgewählte Länderlimite mit überschaubaren Risiken.

Abb. 6: Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft

Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen (Rst) für das Kreditgeschäft in Mio. €		EWB/Rst-Quote *		Pauschalwertberichtigungen in Mio. €	
Vorjahr	31.12.2009	Vorjahr	31.12.2009	Vorjahr	31.12.2009
135,1	132,5**	0,85 %	0,74 %	15,6	19,7

* bezogen auf das Kreditvolumen

** Der Rückgang resultiert aus umfangreichen Ausbuchungen.

6.5 Marktpreisrisiken

Das für die IB relevante Marktpreisrisiko betrifft die möglichen zukünftigen Marktwertschwankungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken). Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiken sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB Derivategeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht. Im Bereich Treasury durchgeführte Geschäfte fließen entweder in den Anlagebestand oder in die Liquiditätsreserve.

Im Geschäftsjahr wurden, wie in den Vorjahren, Zinstauschvereinbarungen sowohl zur Absicherung einzelner offener Positionen (micro hedge) als auch zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen.

Die Risikoermittlung und -überwachung der Bank beinhaltet sämtliche Zinsänderungsrisiken. In der IB beruht die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem Value at Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Die IB verwendet hierbei ein barwertorientiertes Verfahren. Der VaR stellt die mögliche

Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Mit dem Berechnungsverfahren wird die mögliche Wertänderung ermittelt, die bei einer zehntägigen Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten werden würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von Zinssätzen über die letzten 500 Handelstage verwendet. Die Risiken, bei denen der berechnete VaR seit 2009 mit Faktor 1,1 multipliziert wird, werden der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) in Höhe von 15,0 Mio. € gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, die Unternehmenssteuerung und das Treasury berichtet. Die zusätzliche Multiplikation resultiert aus den stark erhöhten Volatilitäten im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise.

Organisatorisch ist sichergestellt, dass neuartige Produkte und Aktivitäten in neuen Märkten systematisch in die Risikomessung mit eingebunden werden.

Zur Begrenzung des gesamten Marktpreisrisikos hat der Vorstand dieses limitiert. Das in 2008 auf 15,0 Mio. € festgelegte Limit wurde in 2009 nicht

verändert. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung. Installierte Frühwarnstufen mit Berichtspflichten seitens des Risikocontrollings an den Vorstand flankieren organisatorisch die Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Per 31.12.2009 betrug der VaR 6,7 Mio. €. Dies entspricht einer Auslastungsquote von 44,7 %.

Innerhalb des Backtesting-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust (Konfidenzniveau von 99 %) von einem auf den elften Handelstag, dem VaR multipliziert mit Faktor 1,1 und der tatsächlich eingetretenen Ergebnisveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von 500 Handelstagen zugrunde gelegt. In 2009 lag die Anzahl der „Ausreißer“ im Rahmen der definierten Toleranz.

Außerdem existieren Stresstest-Verfahren, welche die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerster Marktentwicklungen prüfen. Sie beruhen zum einen auf dem Modell des IWF bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf ei-

nem Modell gemäß Basel II. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote von 8 % nicht unterschritten werden; gemäß Basel II darf die Marktwertänderung des Portfolios 20 % des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch in 2009 jederzeit erfüllt.

Neben der Gesamtrisikobetrachtung auf VaR-Basis findet eine Risikomessung im Rahmen des Basis Point Value-Ansatzes (BPV-Ansatz) statt, für den ebenfalls ein internes Steuerungslimit besteht. Der BPV drückt die Größe aus, mit der sich der Barwert einer Position verändert, wenn sich der zugrunde gelegte Zinssatz um eine Stelle verändert.

Der BPV bewegte sich im Jahr 2009 innerhalb des festgelegten Limits von 0,4 Mio. €.

Kündigungsrisiken im Zusammenhang mit Optionsklauseln in einzelnen Kreditverträgen sowie aufgrund des § 489 BGB werden von der Bank identifiziert und unter Beurteilung des damit verbundenen Risikos dem Vorstand regelmäßig zur Entscheidung über Maßnahmen vorgelegt.

6.6 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt. Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Steuerungsausschuss dem Vorstand entsprechende Entscheidungsvorschläge, aufsichtsrechtliche (wie Mindestreserve, Liquiditätskennzahl) und betriebswirtschaftliche Risiken werden dann alleinverantwortlich vom Treasury gesteuert.

Eine Diversifizierung der Kontrahenten und Gewährträgerhaftung, Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie des Landes Schleswig-Holstein stellen auch in schwierigen Zeiten wie der Finanz-

marktkrise sicher, dass die IB über ausreichende Liquidität verfügt.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht der Bereich Finanzen. Zum 31.12.2009 betrug der Koeffizient gemäß Liquiditätsverordnung (Liquiditätskennzahl) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 3,05 (Vj. 1,55). Er lag während des gesamten Geschäftsjahres stets oberhalb der Mindestanforderung von 1,0.

Ein Liquiditätsnotfallplan der Bank regelt, welche Maßnahmen im Falle eines Liquiditätsengpasses ergriffen werden sollen.

6.7 Operationelle Risiken

Die IB ermittelt die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz. Darüber hinaus werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken aus betriebswirtschaftlichen Gründen weiterhin fortlaufend verfeinert.

Statistische historische Daten zu Schadensfällen unterschiedlicher Kategorien, die seit 2008 DV-technisch bearbeitet werden, sollen mittelfristig ein validiertes Backtesting der operationellen Risiken ermöglichen. Die Maßnahmen zur Verminderung operationeller Risiken sowie von Schäden in diesem Zusammenhang werden systematisch weiterentwickelt.

Im organisatorischen Bereich wurden diverse Regelungen den aktuellen Gegebenheiten entsprechend angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen. Durch gezielte Maßnahmen wurde die Datenqualität auch weiterhin aufgrund systematischer Untersuchungen angehoben und die DQ-Beauftragte verstärkt in Projekte eingebunden, auch um frühzeitig Fehlerpotenziale mit dem Ziel der Prävention zu identifizieren. Aktualisierungen bestehender Anwendungen durch Software-Updates führten regelmäßig auch zur Reduzierung operationeller Risiken, insbesondere durch eine weitere Verringerung manueller Arbeitsschritte.

Um Risiken im Bereich Personal zu minimieren, verfügt die Bank über Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Programme stellen eine adäquate Ressourcensteuerung sicher, die durch die Personalkommission gefördert und überwacht wird. Für einen Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden Schulungsveranstaltungen durchgeführt, um eine Qualifizierung auf dem aktuellen Stand sicherzustellen.

Den Rechtsrisiken begegnet die IB insbesondere durch die Verwendung von Standardverträgen, regelmäßige Einzelvertragsprüfungen und der laufenden Anpassung der Vertragsvorlagen an die jeweils herrschende Rechtsprechung, die systematisch durch den Bereich Recht beobachtet und an die zuständigen Stellen in der Bank zeitnah kommuniziert werden.

Die geregelte Projektorganisation der Bank stellt die erfolgreiche Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch qualitätssichernde und überwachende (Zeit, Kosten und Ergebnisse) Institutionen organisatorisch sicher und identifiziert, projiziert und priorisiert systematisch den Handlungsbedarf der Bank im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Risiken im Zusammenhang mit Projekten werden durch die Projektleitung systematisch identifiziert und im Rahmen eines standardisierten Prozesses an das Risikocontrolling kommuniziert. Die Steuerung der Projekte erfolgt durch den monatlich tagenden Produkt- & Projektausschuss, dem auch der Vorstand angehört. Durch gezielte individuelle Maßnahmen (z.B. Seminare, Coaching, Fachliteratur) und die Ausweitung der in Projekten beteiligten Mitarbeiter wird die Qualifizierung für derartige Aufgabenstellungen kontinuierlich auf eine breitere Basis gestellt.

Der Ausschuss für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz trägt mit seiner Tätigkeit dazu bei, Risiken dieser Art transparent zu machen und durch Präventivmaßnahmen zu minimieren.

Zusammenfassend ist die Risikolage der IB vor dem Hintergrund der vorhandenen Eigenkapitalausstattung und bilanziellen Risikovorsorge als unkritisch zu bezeichnen.

7. Prognosebericht

Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen der IB wird in den nächsten zwei Jahren (Prognosezeitraum) folgende Entwicklung erwartet.

Durch die verbesserten Wachstumserwartungen wichtiger Volkswirtschaften haben sich auch die Perspektiven für die durch ihre hohe Auslandsverflechtung geprägte deutsche Volkswirtschaft zuletzt wieder merklich verbessert. Zahlreiche Institutionen, unter anderem die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat und die Wirtschaftsforschungsinstitute, haben ihre Wachstumsprognosen für 2010 daher in den letzten Wochen teilweise deutlich nach oben korrigiert.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Mittelbeschaffung der Unternehmen, die zu Zinsaufschlägen auf Unternehmenskredite führten, sind wieder rückläufig. Für die kommenden Jahre wird davon ausgegangen, dass sich die Situation an den Finanzmärkten weiter bessert und es nicht zu einer allgemeinen Kreditklemme in Deutschland kommt.

Dennoch kann die Finanzmarkt- und die damit eng verknüpfte Wirtschaftskrise aber keineswegs als überwunden angesehen werden. Eine ausreichende Risikotragfähigkeit der Finanzinstitute und die volle Funktionsfähigkeit der Märkte sind derzeit noch nicht wieder hergestellt. Zwar haben sich die Finanzierungsbedingungen an den Geld- und Kapitalmärkten in den letzten Monaten spürbar verbessert, die Verhältnisse insbesondere an den Geldmärkten haben sich jedoch noch nicht wieder normalisiert.

Die von der EZB ergriffenen Maßnahmen unterstreichen den Willen, die im Bankensektor existierende Überschussliquidität allmählich zu reduzieren. Gleichwohl agiert der EZB-Rat dabei unter sehr starken Zwängen, denn die Kapitalaufnahme der Geschäftsbanken über die Kapitalmärkte funk-

tioniert im Vergleich zur Vorkrisenzeit noch merklich eingeschränkt. Erste Leitzinsanhebungen des EZB-Rates dürften deshalb nicht vor Ende des dritten Quartals 2010 zu erwarten sein.

In der Wirtschaftsförderung wird für 2010 eine weiterhin hohe Nachfrage seitens der Hausbanken nach Risikoteilung erwartet. Insbesondere die Nachfrage nach Betriebsmitteln zur Krisenbewältigung wird ansteigen. Die erwarteten Ratingverschlechterungen nach Vorlage der Bilanzen 2009 werden die Finanzierungsmöglichkeiten der Hausbanken einschränken, was einerseits zu einer höheren Nachfrage nach Unterstützung durch die Förderinstitute führt, andererseits aber auch die Finanzierungsmöglichkeiten dieser einschränkt. Insgesamt ist die IB jedoch mit ihren Produkten gut aufgestellt, um gemeinsam mit den Hausbanken, die Finanzierungserfordernisse der regionalen Wirtschaft zu erfüllen.

Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass der „EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II“ auch in den Folgejahren erfolgreich am Markt agieren wird. Auch die „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH“ (MSH) wird in den nächsten Jahren ein wichtiges Instrument darstellen, die Eigenkapitalsituation bei den Unternehmen weiter zu verbessern.

Daneben ist es Ziel, in Kooperation mit Multiplikatoren wie den Kammern und Wirtschaftsförderinstitutionen, weitere Unternehmen zu motivieren, das Dienstleistungsangebot des „Enterprise Europe Network Hamburg Schleswig-Holstein“ in Anspruch zu nehmen.

Schwer abzusehen sind derzeit die Nachwirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklung des Neugeschäftes des Bereiches Immobilien in 2010. Es wird aber erwartet, dass sich der positive Trend des Jahres 2009 weiter fortsetzt und

viele Eigenheimkunden ihre Absicherung in Immobilien vornehmen werden.

In einem Arbeitskreis des Verbands Öffentlicher Banken (VÖB) wird zusammen mit den anderen bundesdeutschen Förderbanken an einer gemeinsamen Entwicklung der Immobilienrente (Rückwärtshypothek) gearbeitet. Die Produktentwicklung ist abgeschlossen.

Es wird erwartet, dass die Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung auch in 2010 einen guten Absatz finden werden. Das durch das Land hierfür zur Verfügung gestellte Kontingent für Eigentumsmaßnahmen wurde allerdings teilweise bereits 2009 in Anspruch genommen. Wie sich die Vorwegnahme auf das Jahr 2010 auswirkt, ist derzeit noch nicht abschließend geregelt.

Im Individualgeschäft besteht weiterhin ein erhöhtes Interesse am Mietwohnungsbau. Daneben gewinnen die Maßnahmen zur Wohnquartiersentwicklung immer mehr an Bedeutung. Inwieweit dessen Realisierung durch die Finanzmarktkrise und etwaige Kreditklemmen negativ beeinflusst wird, kann aktuell nicht abschließend bewertet werden. Als Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein wird es auch weiterhin Aufgabe sein, die nötigen Förderungen und Finanzierungen soweit möglich zu gewährleisten.

Für die Städtebauförderung in Schleswig-Holstein hat das Innenministerium angekündigt, dass die Standardprogramme in 2010 insgesamt im bisherigen Umfang weitergeführt werden sollen.

In 2010 wird eine weitere Vernetzung von Wohnraum- und Städtebauförderung angestrebt.

Im Kommunalkreditgeschäft werden in 2010 einige Veränderungen erwartet, deren Folgen erst im Laufe des Jahres deutlich werden. Zum einen beabsichtigt die KfW, selbst das telefonbasierte Kommunalkreditgeschäft aufzunehmen, zum anderen

wird erwartet, dass die Geschäftsbanken wieder vermehrt zu traditionellen Bankgeschäften zurückkehren werden.

Im Bereich ÖPP sind die anstehenden Aufgaben in Abstimmung mit dem Land weiter zu konkretisieren. Es ist ferner – auch im Rahmen des Partner-Regio-Netzwerks – geplant, Grundlagenarbeiten für Finanzierungen in enger Verzahnung mit der „Partnerschaften Deutschland GmbH“ (PD) durchzuführen.

Im Durchleitungsgeschäft von Programmkrediten der KfW und der LR wird ebenso wie im Bereich der Einzel- und Globaldarlehen an die Kreditinstitute von einer stabilen Nachfrage auch in den Folgejahren ausgegangen.

In 2010 steht die weitere Konsolidierung des Wertpapierbestands im Vordergrund der Treasuryaktivitäten, wobei der Ersatz auslaufender Wertpapiere durch Anschlussgeschäfte Vorrang vor Neugeschäft haben wird. Flankierend zum Wertpapiergeschäft wird die IB die sich auf den Geldmärkten bietenden Chancen aus der Fristentransformation im kurzfristigen Bereich weiterhin wahrnehmen.

Durch Geschäftsausweitungen in einzelnen Fachbereichen, der Einplanung von weiteren Trainees sowie dem verstärkten Personalbedarf aufgrund der Projektaktivitäten wird die IB im Jahr 2010 weitere Beschäftigte einstellen können. Das Projekt IB.ABAKUS wird für nahezu alle Fachbereiche und auf die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen in der IB Auswirkungen haben. Es ist davon auszugehen, dass durch die interne Ressourcenbindung in 2010 mit erheblich höheren Personalkosten für Aushilfen und Überstunden sowie Schulungsmaßnahmen zu rechnen ist.

Für den Prognosezeitraum ist eine den Anforderungen an ein Förderinstitut entsprechende Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geplant. Die Entwicklung wird von Kontinuität ge-

prägt sein. Insbesondere den Anforderungen des Anteilseigners ist bei dieser Planung Rechnung getragen worden. Im Kreditgeschäft wird eine weiterhin positive Ertragsentwicklung erwartet. Es wird davon ausgegangen, Ergebnisse vor Risikovor-sorge/Bewertung und Sondereffekten innerhalb

der in der Strategie formulierten Bandbreiten zu erzielen. Eine über der Planung liegende Ergebnisentwicklung wird auch weiterhin dazu verwendet werden, die Risikotragfähigkeit der Bank nachhaltig zu stärken.

Kiel, 22. März 2010



Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Klaus Rave

Bilanz

Investitionsbank Schleswig-Holstein Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			1.970,58		1.823,18
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.817.177,38		992.862,23
darunter:				1.819.147,96	994.685,41
bei der Deutschen Bundesbank	1.817.177,38				
	(Vorjahr 992.862,23)				
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			110.771.641,17		55.287.925,08
b) andere Forderungen			4.015.283.140,52		3.608.240.487,47
				4.126.054.781,69	3.663.528.412,55
3. Forderungen an Kunden				8.767.632.339,99	7.910.364.712,07
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	916.952,49				
	(Vorjahr 1.025.084,38)				
Kommunalkredite	3.867.449.070,65				
	(Vorjahr 3.405.561.234,22)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				
	(Vorjahr 37.830.703,13)				
ab) von anderen Emittenten		21.528.953,35	21.528.953,35		76.054.760,75
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	21.528.953,35				
	(Vorjahr 38.224.057,62)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		141.393.296,51			
bb) von anderen Emittenten		2.541.819.422,90	2.683.212.719,41		2.110.551.262,91
darunter:				2.704.741.672,76	2.186.606.023,66
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.271.374.572,76				
	(Vorjahr 1.738.833.906,52)				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				9.921.620,00	10.292.522,23
6. Beteiligungen				8.268.436,93	8.268.436,93
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				100.552.023,61	100.552.023,61
8. Treuhandvermögen				989.138.111,03	1.001.187.959,13
darunter:					
Treuhandkredite	949.087.417,41				
	(Vorjahr 973.855.436,96)				
9. Immaterielle Anlagewerte				2.537.164,00	3.225.980,00
10. Sachanlagen				9.033.323,52	9.363.944,52
11. Sonstige Vermögensgegenstände				14.528.717,99	14.029.725,45
12. Rechnungsabgrenzungsposten				5.027.931,65	7.403.036,81
Summe der Aktiva				16.739.255.271,13	14.915.817.462,37

Passiva				
	€	€	€	Vorjahr €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		527.309.132,14		255.937.430,42
b) mit vereinbarter Laufzeit		11.607.811.886,96		10.525.266.128,17
			12.135.121.019,10	10.781.203.558,59
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) täglich fällig		38.333.044,75		44.513.421,36
b) mit vereinbarter Laufzeit		1.096.758.686,29		606.269.549,77
			1.135.091.731,04	650.782.971,13
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			363.159.957,12	378.115.685,51
4. Treuhandverbindlichkeiten		989.138.111,03		
darunter:			989.138.111,03	1.001.187.959,13
Treuhandkredite	949.087.417,41			
	(Vorjahr 973.855.436,96)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			21.418.002,87	20.400.603,55
6. Rechnungsabgrenzungsposten			74.451.066,73	86.507.159,89
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		32.282.508,00		30.284.142,00
b) andere Rückstellungen		18.154.944,31		14.817.563,16
			50.437.452,31	45.101.705,16
8. Fonds für Zinsausgleich			889.622.993,36	889.780.596,34
9. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		100.000.000,00		100.000.000,00
b) Kapitalrücklage		944.669.660,63		932.035.199,20
c) Gewinnrücklagen		29.202.023,87		24.297.844,19
d) Bilanzgewinn		6.943.253,07		6.404.179,68
			1.080.814.937,57	1.062.737.223,07
Summe der Passiva			16.739.255.271,13	14.915.817.462,37
Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			672.580.145,32	619.247.608,76
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen			753.117.754,82	711.831.196,77

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		609.664.153,07			621.774.012,53
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen		72.439.690,21			101.294.456,75
			682.103.843,28		723.068.469,28
2. Zinsaufwendungen			606.051.341,89		660.002.888,28
				76.052.501,39	63.065.581,00
3. Laufende Erträge aus					
a) Beteiligungen			277.344,49		596.922,37
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen			8.076.505,41		9.281.783,64
				8.353.849,90	9.878.706,01
4. Provisionserträge			16.920.288,07		19.659.386,94
5. Provisionsaufwendungen			12.739.478,78		14.822.066,15
				4.180.809,29	4.837.320,79
6. Sonstige betriebliche Erträge				11.379.151,60	18.811.984,33
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		22.902.110,35			21.711.186,75
ab) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversor- gung und für Unterstützung		7.746.627,75			5.392.263,25
darunter:			30.648.738,10		27.103.450,00
für Altersversorgung	3.944.416,01				
	(Vorjahr 1.818.292,21)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			17.092.430,03		14.480.200,72
				47.741.168,13	41.583.650,72
8. Abschreibungen und Wert- berichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				1.481.308,41	1.651.092,34
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen				2.087.643,60	1.178.732,40
10. Abschreibungen und Wertberichtigun- gen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				41.381.867,21	34.538.921,08
11. Abschreibungen und Wertberichtigun- gen auf Beteiligungen, Anteile an ver- bundenen Unternehmen und wie Anla- gevermögen behandelte Wertpapiere				324.328,12	11.000.000,00
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				6.949.996,71	6.641.195,59
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag				0,00	220.719,01
14. Sonstige Steuern				6.743,64	16.296,90
15. Jahresüberschuss				6.943.253,07	6.404.179,68
16. Gewinn-/ Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0,00
17. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen				0,00	0,00
18. Bilanzgewinn				6.943.253,07	6.404.179,68

Anhang

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeits-

markt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Die IB beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft.

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend den Formblättern der RechKredV. Auf der Passivseite hat die IB das Formblatt 1 im Einklang mit § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB um zwei Ausweispositionen ergänzt.

Die IB ist gemäß § 340i Abs. 1 HGB in Verbindung

mit § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht zu erstellen. Da die Tochtergesellschaften der IB jeweils einzeln und zusammen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch von untergeordneter Bedeutung sind, wird das Wahlrecht des § 296 Abs. 2 HGB in Anspruch genommen und kein Konzernabschluss aufgestellt.

Der Jahresabschluss der IB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kennziffern

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität

der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sowie der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften der §§ 340 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 252 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip) ausgewiesen. Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Vorsorgereserven nach 340 f HGB werden aktivisch von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden gemäß RechKredV mit der zugrunde liegenden Forderung oder Verbindlichkeit bilanziert.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt in den Positionen Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich bis zum Ende der Fälligkeit gehalten. Sämtliche Wertpapiere der IB sind handelsrechtlich daher dem Anlagebestand zugeordnet. Die Bewertung der Wertpapiere erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden laufzeitan- teilig erfolgswirksam gebucht. Soweit Wertpapiere des Anlagebestandes mit Werten bilanziert sind, die über den Markt- oder Börsenwerten am Bilanzstichtag liegen, werden sie im Anhang als „wie Anlagevermögen bewertet“ angegeben.

Für Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 1.177,7 (Vj. 1.502,5) Mio. € wurden Marktwerte in Höhe von 1.146,0 (Vj. 1.397,1) Mio. € ermittelt. Unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips wurde auf Abschreibungen verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten voraussichtlich nicht dauerhaft verschlechtert hat.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Dies gilt auch für die unter den Immateriellen Anlagewerten bilanzierte Software. Für geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG wurde ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre linear abgeschrieben wird.

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

In der Position „Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln“ werden die bis zum 31.12.2006 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die in der sozialen Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G. Ermittelt wird der steuerlich zulässige Teilwert unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 5,0 (Vj. 5,5) %. Die Anpassung des Rechnungszinsfußes wurde aufgrund der derzeit herrschenden Marktzinserhältnisse vorgenommen. Es ergab sich dadurch ein Mehraufwand in Höhe von 1,8 Mio. €. Für tarifvertragliche geregelte Vorruhestandsverpflichtungen besteht eine angemessene Rückstellung.

Sonstige Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung im erforderlichen Umfang gebildet.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar.

Für die in den Jahren 1995 bis 1998 ausgezahlten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum

Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank schließt Zinstauschvereinbarungen sowohl zur Absicherung einzelner Positionen als auch der Gesamtzinsposition ab. Aufgrund ihres Einsatzzweckes nimmt die Bank keine gesonderte handelsrechtliche Bewertung der Swaps zum Bilanzstichtag vor.

Die Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen werden brutto im Zinsergebnis der Bank ausgewiesen.

Angaben zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

Fristengliederung	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	110,8	55,3
nach Restlaufzeiten		
▶ bis 3 Monate	513,7	230,4
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	352,4	419,2
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.073,7	1.094,9
▶ mehr als 5 Jahre	2.075,4	1.863,7
Bilanzausweis	4.126,0	3.663,5

Forderungen an Kunden

Fristengliederung	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten		
▶ bis 3 Monate	384,1	309,2
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	470,1	265,5
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.880,8	1.698,9
▶ mehr als 5 Jahre	6.032,6	5.636,8
Bilanzausweis	8.767,6	7.910,4
darunter:		
mit unbestimmter Laufzeit	83,7	96,3

In den Forderungen an Kunden sind 57,3 (Vj. 55,6) Mio. € Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht,

ausgewiesen. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind in Höhe von 4,0 (Vj. 3,0) Mio. € enthalten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
▶ börsennotiert	2.689,5	2.142,2
▶ nicht börsennotiert	15,2	44,4
Bilanzausweis	2.704,7	2.186,6
darunter:		
im Folgejahr fällig	804,8	465,2

In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der im Rahmen echter Pensionsgeschäfte in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt 976,8 (Vj. 253,0) Mio. €.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Genussschein)		
▶ börsennotiert	9,9	10,3
▶ nicht börsennotiert	0,0	0,0
Bilanzausweis	9,9	10,3

Nachrangige Vermögensgegenstände

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	63,0	63,0
Forderungen an Kunden	36,1	34,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	75,9	76,1
Insgesamt	175,0	173,6

Treuhandvermögen

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute		
▶ täglich fällig	39,8	27,1
▶ andere Forderungen	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	949,3	974,1
Bilanzausweis	989,1	1.001,2

Sachanlagevermögen

	Immaterielle Anlagewerte Mio. €	Betriebs- und Ge- schäftsausstattung Mio. €	Grundstücke und Gebäude Mio. €	Darunter: eigengenutzte Grundstücke und Gebäude Mio. €
Hist. Anschaffungskosten	6,0	6,8	8,5	8,4
Zugänge	0,1	0,3	0,1	0,0
Abgänge	0,0	0,0	0,1	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abschreibungen, kumuliert	3,6	5,3	1,3	1,3
Abschreibungen, lfd. Jahr	0,8	0,5	0,2	0,2
Buchwert 31.12.2009	2,5	1,8	7,2	7,1

Finanzanlagevermögen

	Beteiligungen Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. €	Wertpapiere des Anlagevermögens ¹⁾ Mio. €	Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere Mio. €
Buchwert 01.01.2009	8,3	100,5	2.158,8	9,9
Zugänge	0,0	0,0	973,8	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	1,0	0,0
Abgänge	0,0	0,0	463,2	0,0
Abschreibungen	0,0	0,0	1,6	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Buchwert 31.12.2009	8,3	100,5	2.668,8	9,9

¹⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet fällige und anteilige Zinsen in Höhe von 36,0 Mio. €.

Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzausweis in Höhe von 14,5 (Vj. 14,0) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Land über 10,6 (Vj. 10,2)

Mio. € sowie Anzahlungen auf erworbene Forderungen in Höhe von 2,2 (Vj. 2,3) Mio. €.

Aktive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Agien aus erworbenen Schuldscheindarlehen	4,3	7,0
Disagien aus begebenen Schuldscheindarlehen	0,5	0,2
Sonstiges	0,2	0,2
Bilanzausweis	5,0	7,4

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Fristengliederung	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	527,3	255,9
nach Restlaufzeiten:		
▶ bis 3 Monate	943,9	1.152,6
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.141,5	673,8
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.745,2	2.795,8
▶ mehr als 5 Jahre	5.777,2	5.903,1
Bilanzausweis	12.135,1	10.781,2

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Fristengliederung	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	38,3	44,5
nach Restlaufzeiten:		
▶ bis 3 Monate	58,3	36,6
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0,3	0,3
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	26,6	6,5
▶ mehr als 5 Jahre	1.011,6	562,8
Bilanzausweis	1.135,1	650,7

Verbindlichkeiten der IB aus der Förderung mit Bundesmitteln

Fristengliederung	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten:		
▶ bis 3 Monate	10,4	9,4
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	8,0	7,4
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	66,2	61,2
▶ mehr als 5 Jahre	278,6	300,1
Bilanzausweis	363,2	378,1

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Die IB hat Darlehensforderungen aus dem Fördergeschäft in Höhe von 420,2 (Vj. 416,0) Mio. € als Sicherheiten an die Kreditanstalt für Wiederaufbau abgetreten. Darüber hinaus wurden Wertpapiere

und Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert von 1.409,4 (Vj. 1.195,3) Mio. € an die Deutsche Bundesbank verpfändet.

Treuhandverbindlichkeiten

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
▶ täglich fällig	0,7	0,8
▶ andere Verbindlichkeiten	40,5	45,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
▶ täglich fällig	39,5	26,7
▶ andere Verbindlichkeiten	908,4	928,3
Bilanzausweis	989,1	1.001,2

Sonstige Verbindlichkeiten

Der Bilanzausweis in Höhe von 21,4 (Vj. 20,4) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus

erhaltenen Zuschüssen im Rahmen des EFRE-Fonds mit einem Betrag von 19,9 (Vj. 18,5) Mio. €.

Passive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Disagioabgrenzung	40,1	50,6
Ankauf von Forderungen zum Barwert	25,3	27,7
Sonstiges	9,1	8,2
Bilanzausweis	74,5	86,5

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei den Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 672,6 (Vj. 619,2) Mio. € handelt es sich um Kreditbürgschaften.

Unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 753,1 (Vj. 711,8) Mio. € resultieren aus Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen**

Als wesentliche Einzelbeträge beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Kostenerstattungen in Höhe von 9,5 Mio. € und die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 0,7 Mio. €.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen führen Forderungsverzichte in Höhe von 1,4 Mio. € zu einem als wesentlich zu betrachtenden Posten.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

	31.12.2009 T €	Vorjahr T €
Abschlussprüfung	235,8	243,8
andere Bestätigungsleistungen	5,6	3,1
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,0
sonstige Leistungen	50,2	14,5
Insgesamt	291,6	261,4

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält periodenfremde Erträge in Höhe von 1,6 Mio. € in den Positionen *laufende Erträge Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und sons-*

tige betriebliche Erträge. In den *sonstigen betrieblichen Aufwendungen* sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1,4 Mio. € enthalten.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB

	Anteil am Kapital in v. H.	Eigenkapital in T € ^{1) 2)}	Davon: Ergebnis in T € ²⁾
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	24	21.463	-312
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	100	36	3
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH&Co.KG, Kiel	100	3.961	3.116
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	50,6	97.581	3.724

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB
²⁾ Vorjahreszahlen

Derivategeschäft

Zum Bilanzstichtag hat die Investitionsbank die folgenden marktbeurteilten Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Bestand. Sämtliche Geschäfte wurden mit Banken mit Sitz in einem OECD-Land abgeschlossen. Die Marktbeurteilung erfolgte mittels der Discounted Cashflow-Methode.

Zum Bilanzstichtag abgegrenzte Zinsen aus den Swapgeschäften werden unter den Forderungen an Kreditinstitute (25,3 Mio. €) bzw. unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (109,1 Mio. €) ausgewiesen.

Derivategeschäft

Mio. €	Restlaufzeit (Nominal)			Marktwerte	
	< = 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre	positive	negative
Zinsswaps	842,1	2.302,3	3.881,4	95,9	370,2

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	Weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	249	183	432	409
davon: Teilzeitbeschäftigte	101	12	113	103

Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Am Bilanzstichtag betragen die Kredite an Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates insgesamt jeweils 0,2 (Vj. 0,2) Mio. €.

Die Bank macht Gebrauch von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Für frühere Mitglieder der Organe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 0,3 (Vj. 0,3) Mio. €.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Als nahe stehende Personen gelten natürliche sowie juristische Personen und Unternehmen, die aufgrund ihrer gesellschaftsrechtlichen Verbindung oder Organmitgliedschaft auf die Bank oder ihre Tochterunternehmen wesentlich einwirken können.

Als nahe stehende Unternehmen haben wir die verbundenen Unternehmen der IB identifiziert.

Als nahe stehende Privatpersonen behandeln wir die Mitglieder von Vorstand, Gewährträgerversammlung und Verwaltungsrat.

Sämtliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen oder Personen werden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen entstehen der Bank in den Folgejahren finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 3,5 Mio. €.

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Vorstand

Vorsitzender des Vorstandes
Lutz Koopmann, Altenholz

Mitglied des Vorstandes
Dr. Klaus Rave, Kronshagen

Gewährträgersversammlung

Bestellte Mitglieder

Vorsitzender
Rainer Wiegard
Finanzminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Heiner Garg (ab 10.11.2009)
Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Werner Marnette (bis 13.05.2009)
Dr. Jörn Biel (ab 14.05. bis 09.11.2009)
Jost de Jager (ab 10.11.2009)
Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und
Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ständige Vertreter der bestellten Mitglieder

Dr. Arne Wulff (bis 09.11.2009)
Dr. Olaf Bastian (ab 10.11.2009)
Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Lothar Hay (bis 26.07.2009)
Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Karin Wiedemann (bis 09.11.2009)
Dr. Tamara Zieschang (ab 10.11.2009)
Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Dr. Christian v. Boetticher (ab 27.07. bis 09.11.2009)
Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche
Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ulrich Lorenz (bis 26.07.2009)
Staatssekretär im Innenministerium des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Klaus Schlie (ab 10.11.2009)
Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius (ab 27.07. bis 09.11.2009)
Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Uwe Döring (bis 26.07.2009)
Minister für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Volker Dornquast (ab 10.11.2009)
Staatssekretär im Innenministerium des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Heinz Maurus (ab 27.07. bis 09.11.2009)
Chef der Staatskanzlei des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer (bis 26.07.2009)
Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Olaf Bastian (ab 27.07. bis 09.11.2009)
Staatssekretär im Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Dr. Arne Wulff (bis 09.11.2009)

Dr. Olaf Bastian (ab 10.11.2009)

Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreterin des Vorsitzenden

Karin Wiedemann (bis 09.11.2009)

Dr. Tamara Zieschang (ab 10.11.2009)

Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

2. Vertreter des Vorsitzenden

Ulrich Lorenz (bis 26.07.2009)

Klaus Schlie (ab 27.07. bis 09.11.2009)

Volker Dornquast (ab 10.11.2009)

Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer (bis 26.07.2009)

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Jost de Jager (ab 27.07. bis 09.11.2009)

Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Dr. Bettina Bonde (ab 10.11.2009)

Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit,
Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Michael Dölp (ab 10.11.2009)

Staatssekretär im Ministerium für Justiz,
Gleichstellung und Integration des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Hellmut Körner (bis 26.07.2009)

Dr. Olaf Bastian (ab 27.07. bis 09.11.2009)

Staatssekretär im Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Bettina Bonde (ab 10.11.2009)

Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit,
Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius

Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Jan-Christian Erps (bis 30.06.2009)

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen Landesverbände, Kiel

Jörg Bülow (ab 01.07.2009)

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, Kiel

Dr. Jörn Biel (bis 18.05.2009)
Rainer Bock (ab 19.05.2009)
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer zu Kiel

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Ulrich Adolf, Kiel
Axel Barkow, Trappenkamp
Patricia Friedrichs, Rendsburg
Silke Jahn, Holtsee

**Mandate der Vorstandsmitglieder
in Aufsichtsgremien**

Lutz Koopmann
HSH Finanzfonds AöR
Besenbinderhof 37
20097 Hamburg (ab 29.04.2009)

Thyen, Theilen & Partner AG
Steuerberatungsgesellschaft
Rathausplatz 15
24937 Flensburg

HSH Nordbank AG
Martensdamm 6
24103 Kiel
Gerhart-Hauptmann-Platz 50
20095 Hamburg
(ab. 01.07.2009)

Dr. Klaus Rave
Energie Systeme Nord GmbH
Ingenieurunternehmen für Energie und
Umwelttechnik
Lise-Meitner-Straße 25–29
24223 Schwentinental

Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Fabrikstraße 7
24103 Kiel

Kiel, den 22. März 2010



Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Klaus Rave

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von

Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 24. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gero Martens
Wirtschaftsprüfer

ppa. Marc Lilienthal
Wirtschaftsprüfer



Ausschnitt aus „IB-Konferenzzimmer“ von Kerstin Mempel, 40 x 30 cm



Impressum

Herausgegeben von
der Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kommunikation/Marketing
Telefon 0431 9905-3448
oder 0431 9905-3481

Gestaltung

New Communication GmbH & Co. KG

Bilder

Kerstin Mempel, Kiel (www.kunst-kiel.de)

Druck

Druckzentrum AC Ehlers

**Investitionsbank
Schleswig-Holstein**

Postfach 1128
24100 Kiel
Fleethörn 29–31
24103 Kiel

Tel. 0431 9905-0
Fax 0431 9905-3383
info@ib-sh.de
www.ib-sh.de



IB.Büros

Ahrensburg
Beimoorkamp 6
Tel. 04102 458233

Elmshorn
Ramskamp 71–75
Tel. 04121 471550

Eutin
Königstraße 2
Tel. 04521 774638

Flensburg
Friesische Straße 1–9
Tel. 0461 144860

Itzehoe
Hanseatenplatz 5
Tel. 04821 67770

Kiel
Fleethörn 29–31
Tel. 0431 9905-0

Lübeck
Fackenburger Allee 2
Tel. 0451 799860

Neumünster
Großflecken 26
Tel. 04321 488830

Norderstedt
Rathausallee 31
Tel. 040 5268300

Rendsburg
Jungfernstieg 25
Tel. 04331 122544

Schleswig
Michaelisstraße/
Carstengang 2
Tel. 04621 989771

Standorte außerhalb Schleswig-Holsteins

Hamburg
(in Kooperation mit der
Innovationsstiftung Hamburg)
**Büro des Enterprise Europe Network
Hamburg Schleswig-Holstein**
Habichtstraße 41
Tel. 040 8222078-64
www.een-hhsh.de

**INTERREG-Sekretariat
Rostock**
Grubenstraße 20
Tel. 0381 454845281

**Verbindungsbüro
Brüssel**
Square de Meeûs 37
Tel. +32 22307224

**INTERREG-Sekretariat
Riga**
(in Kooperation mit der State Regional
Development Agency, Lettland)
Ausekla iela 14,
4th and 5th floor
Tel. +37 17357368

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fleethörn 29–31

24103 Kiel

Tel. 0431 9905-0

www.ib-sh.de

Anlage zur Drucksache

Nr. 17 / 0708



Geschäftsbericht 2009



IB

Investitionsbank
Schleswig-Holstein

Ziele erkennen... **Zukunft gestalten** ...

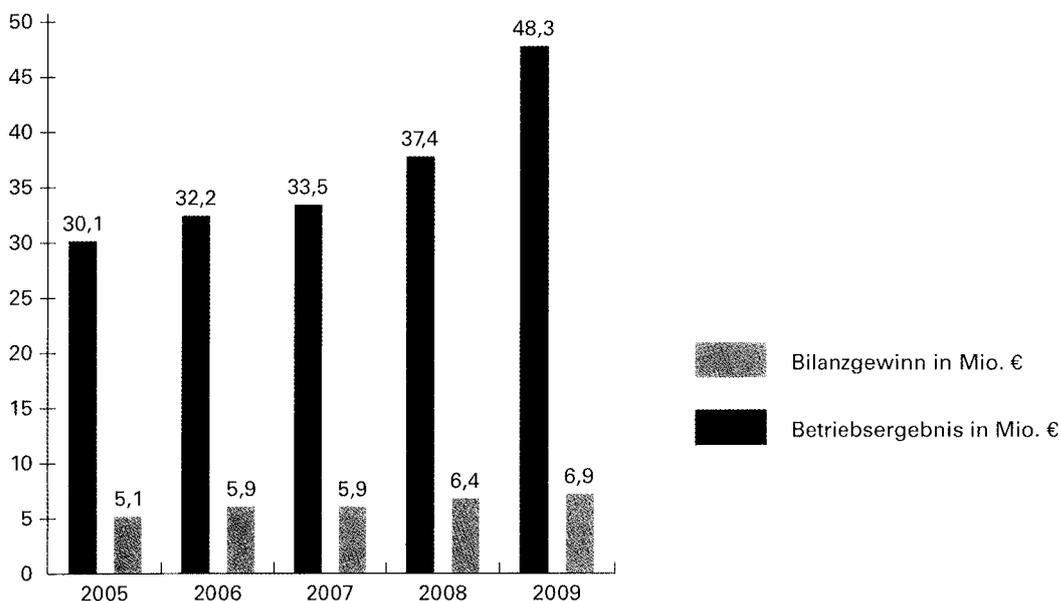
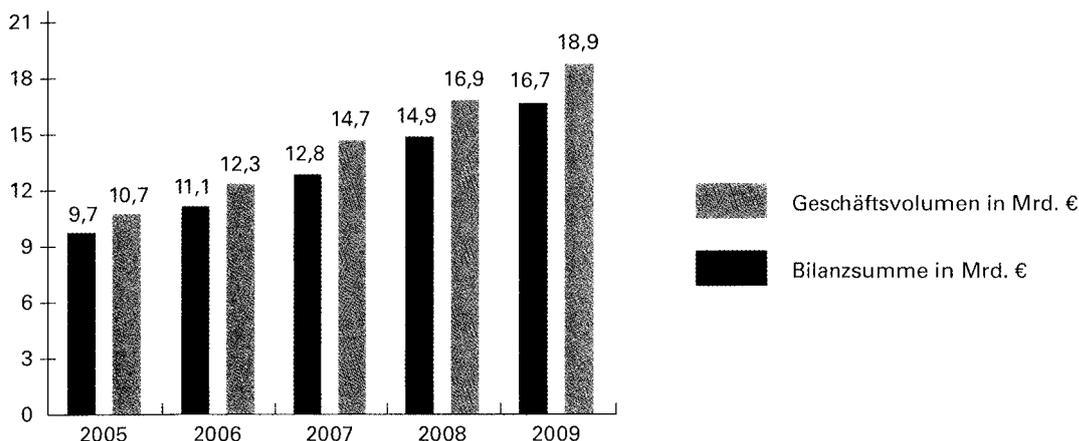
Investitionsbank Schleswig-Holstein im Überblick

Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Träger der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das Land Schleswig-Holstein (100 Prozent).

Aufgaben: Fördern, Finanzieren, Beraten

Als zentrales Förderinstitut unterstützen wir das Land Schleswig-Holstein bei der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Wir beraten in allen Förderfragen und vergeben Fördermittel und Kredite für Wirtschaft, Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte, den Städtebau sowie den Agrarbereich. Darüber hinaus bieten wir eine Reihe von Spezialleistungen – als die Förderbank im Norden.



Inhalt

	Seite
Vorwort des Vorstands	2
Bericht der Gewährträgersversammlung	4
Bericht des Verwaltungsrates	5
Highlights 2009	6
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	8
Unser Leistungsspektrum 2010	12
Wirtschaft	14
IB.Europa/Enterprise Europe Network	21
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)	23
Immobilien	26
IB.Energieagentur	31
Kommunen/Infrastruktur	36
Beratung Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum	40
Arbeitsmarkt- und Strukturförderung	42
Bundesförderung	48
INTERREG/Baltic Sea Region Programme	54
Kulturengagement	58
Jahresabschluss	60
Lagebericht	62
Bilanz	82
Gewinn- und Verlustrechnung	84
Anhang	85
Organe	94
Bestätigungsvermerk	97

Bebildung

Dieser Geschäftsbericht ist mit Werken der schleswig-holsteinischen Künstlerin Kerstin Mempel (Kiel) bebildert. Ihre Zeichnungen/Aquarelle entstehen direkt vor Ort und werden zum Teil durch Schichttechniken mit Folie und Farben weiterbearbeitet.

Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,

im zurückliegenden Jahr 2009 war die IB verstärkt gefordert, ihre Instrumente einzusetzen und dabei mitzuwirken, die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise abzuschwächen. Dies führte zu einer Steigerung des Neugeschäfts gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2008 um 6 % auf 2,68 Mrd. €.

Besonders nachgefragt war die Sparte Wirtschaft, die ein Neugeschäft von 260 Mio. € erzielte. Im Zuge der durch die Krise aufgetretenen Liquiditäts- und Finanzierungsengpässe suchten Banken und Sparkassen weitaus häufiger und früher Finanzierungs- und Risikopartner. Auf diese Weise konnten die Hausbanken ihre Kreditvergabe an den Mittelstand aufrechterhalten. Neben dem Konsortialgeschäft unterstützt die IB Banken und Sparkassen bei der Kreditvergabe an Unternehmen durch Weiterleitung von Programmkrediten der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) sowie durch Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln. Allein für Wirtschaftskredite waren dies 637 Mio. €. Zur Eigenkapitalausstattung standen die Mittel des EFRE-Risikokapitalfonds und des Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein zur Verfügung.

Das von der IB koordinierte „Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein“ hat sich als zentrale Anlaufstelle bei allen Fragen zu EU-Förderprogrammen, Technologietransfer und EU-Kooperationen etabliert. Verstärkt nachgefragt wurden auch die kostenlosen Beratungen der IB.Förderlotsen und der IB.GründerinnenBeratung.

Die Sparte Immobilien erzielte ein Neugeschäft von 529 Mio. €. Erstmals wurde die 500-Millionengrenze überschritten. Die Mittel der Sozialen Wohnraumförderung wurden stark nachgefragt.

Von den Angeboten der Allgemeinen Wohnraumförderung war insbesondere die Einbindung von KfW-Modernisierungsmitteln attraktiv. Insgesamt wurden in der Allgemeinen Wohnraumförderung durch die IB über 3.600 Kunden beim Bau, Kauf oder der Modernisierung von Wohneigentum unterstützt – ein Drittel mehr als im Vorjahr. Die Städtebauförderung bewilligte 30,4 Mio. € zur Weiterentwicklung von Innenstädten und Ortsteilzentren. 2009 wurde außerdem die Abwicklung der Bereiche Städtebau und kommunale Straßen (Lärmschutz) aus dem „Konjunkturpaket II“ auf die IB übertragen.

Die Sparte Kommunen erzielte mit 708 Mio. € weniger Neugeschäft als im Vorjahr, da das überregionale Kommunalkreditgeschäft aufgrund der Kapitalmarktsituation erst Mitte des Jahres wieder aufgenommen wurde. Dagegen stieg das Kommunalkreditgeschäft in Schleswig-Holstein an. Erfreulich war insbesondere das Neugeschäft im Segment der kommunalnahen Unternehmen. Unter Begleitung des ÖPP-Kompetenzzentrums konnten für mehrere Projekte ÖPP-Verträge geschlossen werden (z.B. Inselschule Fehmarn).

Der Bereich Bundesförderung – als Bindeglied zwischen den Bundesförderinstituten KfW und LR einerseits und den Hausbanken andererseits – erzielte ein Neugeschäft von 837 Mio. €. Träger dieses bisher größten Volumens war wieder das gewerbliche Fördergeschäft der KfW. Die Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung, in der Zuschussprogramme wie das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“, das „Zukunftsprogramm Arbeit“ und auch Teile des „Konjunkturpakets II“ betreut werden, erzielte 2009 ein Neugeschäft von 344 Mio. €.

Nachhaltigkeit ist uns ein bedeutsames Anliegen. 2009 stand besonders ausgeprägt im Zeichen des Klimaschutzes. Als Finanzierer von Wind-, Solar-

und Biogasanlagen hat sich die IB mit rund 36 Mio. € zusammen mit der jeweiligen Hausbank engagiert. Weitere klimarelevante Finanzierungen, an denen sich die IB beteiligt, dienen der energetischen Sanierung von Wohngebäuden. Nicht zuletzt bietet die Energieagentur der IB umfassende Beratung an. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die KfW-Programme „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizient Sanieren“. Insgesamt hat die IB 2009 mit rund 840 Mio. € Kreditvolumen an klimarelevanten Vorhaben mitgewirkt. Das entspricht einem Anteil von gut 31 % am gesamten Neugeschäft.

Das Jahr 2009 war außergewöhnlich, aber unser Engagement auch. Wir bedanken uns herzlich bei unseren Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen und bei unseren Geschäftspartnern für die gute Zusammenarbeit.

Zum 31.12.2009 beschäftigte die IB 460 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vor dem Hintergrund eines äußerst starken Neugeschäfts und eines internen, bankweiten IT-Projekts gilt allen diesmal unser besonderer Dank für die gezeigte Einsatzfreude und die erfolgreiche Arbeit.

Es ist unser Anspruch, uns stetig weiterzuentwickeln. Deshalb haben wir die „IB-Vision 2015“ erarbeitet. Sie gibt Auskunft über das Zukunftsbild der IB – die Förderbank im Norden. So schaffen wir Identifikation und Orientierung.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise kann noch nicht als überwunden angesehen werden. Eine ausreichende Risikotragfähigkeit der Finanzinstitute und die volle Funktionsfähigkeit der Märkte sind noch nicht wieder hergestellt. Das niedrige Konjunkturniveau wird einerseits die generelle Nachfrage nach Kreditmitteln einschränken, andererseits



(v. l.) Dr. Klaus Rave
und Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)

aber – insbesondere im IB-Bereich Wirtschaft – die Nachfrage der Hausbanken nach Risikoteilung

auf relativ hohem Niveau verharren lassen. Insbesondere die Nachfrage nach Betriebsmitteln wird ansteigen. Eventuelle Ratingverschlechterungen nach Vorlage der Bilanzen 2009 schränken die Finanzierungsmöglichkeiten der Hausbanken ein, was zu mehr Unterstützung durch die Förderinstitute führen dürfte. Dieser Situation begegnen IB, MBG und Bürgschaftsbank mit einer neuen Finanzierungsinitiative, die die Kreditversorgung des Mittelstands verbessern hilft. Für den Bereich Immobilien wird damit gerechnet, dass sich der positive Trend des Jahres 2009 weiter fortsetzt. Im Bereich Kommunen erwarten wir eine wachsende Bedeutung der IB als Finanzierer von Infrastrukturmaßnahmen auch für kommunalnahe Unternehmen. In der Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung wird überwiegend von konstanten Antragszahlen ausgegangen.

Gerade in schwierigen Zeiten hat sich gezeigt, wie wichtig eine verlässliche Förderung ist. Die Zahlen belegen, dass die IB einen erfolgreichen Beitrag zur Stabilisierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in der Krise leisten konnte. Wir werden auch weiterhin alles tun, um dieser Rolle gerecht zu werden und als zuverlässiger Partner die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung des Nordens zu fördern.

Handwritten signature of Lutz Koopmann in black ink.

Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)

Handwritten signature of Dr. Klaus Rave in black ink.

Dr. Klaus Rave

Bericht der Gewährträgerversammlung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Die Gewährträgerversammlung trat im Dezember 2009 zu einer Sitzung zusammen. Darüber hinaus fasste sie im schriftlichen Umlaufverfahren Beschlüsse.

Im Juni 2010 billigte die Gewährträgerversammlung den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2009 nebst Lagebericht. Unter gleichem Datum erteilte die Gewährträgerversammlung dem Vorstand und dem Verwaltungsrat die Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands und des Verwaltungsrats über die Verwendung des Gewinns.

Kiel, 9. Juni 2010

Die Gewährträgerversammlung der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Rainer Wiegard
(Vorsitzender)

Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Der Verwaltungsrat trat 2009 viermal zusammen. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht in seiner Sitzung am 1. Juni 2010 beraten. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht wurden der Gewährträgersammlung zur Feststellung empfohlen.

Dem Vorschlag des Vorstands an die Gewährträgersammlung über die Verwendung des Gewinns stimmte der Verwaltungsrat zu.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB für die im Jahr 2009 geleistete Arbeit.

Kiel, 1. Juni 2010
Der Verwaltungsrat der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Dr. Olaf Bastian
(Vorsitzender)

Highlights 2009

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

27. Januar Jahresauftakt



Gremienmitglieder und Geschäftspartner informieren sich über die Ziele der IB in 2009 und nutzen auch die Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit den Künstlern des IB-Kalenders.

04. März Bilanz- Pressekonferenz

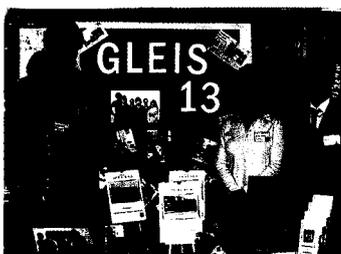
Erfolgreich in der Krise – Die Finanzmarktkrise und die abschwächende Konjunktur führten zu verstärkter Nachfrage der Banken und Sparkassen nach Risikoteilung und weiteren Produkten der IB. Das Neugeschäft übertrifft nochmals die positiven Zahlen des Vorjahres.

12. bis 15. März New Energy



Auf der Messe für erneuerbare Energien in Husum stellt die IB den Besuchern ihre Produkte und Dienstleistungen vor.

29. April JUNIOR



Unter dem Motto „Wirtschaft live erleben – wenn aus Schülern junge Unternehmer werden“ veranstaltet die IB gemeinsam mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft den JUNIOR-Landeswettbewerb S-H. Sieger wird das Schüler-Unternehmen „Gleis 13“ aus Lütjenburg mit einem Kalender über eine historische Kleinbahn.

04. Juli Wettbewerb „Kiels fitteste Firma“



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen beim Wettbewerb „Kiels fitteste Firma“ ihre sportlichen Fähigkeiten unter Beweis. Und das mit Erfolg: Das IB-Team erreicht den dritten Platz unter den teilnehmenden Firmenteams.

16. bis 17. Juni Messe nordjob in Kiel

Erstmalig beteiligt sich die IB an dieser Messe speziell für

Schülerinnen und Schüler, um sich als attraktive Förderbank mit interessanten Ausbildungsmöglichkeiten zu empfehlen.

01. bis 05. Juli Kultursponsoring I: JazzBaltica



Als Hauptsponsor unterstützt die IB das bedeutende Jazz-Festival und stiftet zudem einen Förderpreis für junge Nachwuchsmusiker. Die Auszeichnung geht an das „LandesJugendJazzOrchester“ Schleswig-Holstein.

03. bis 06. September NORLA

Die IB präsentiert den Fachbesuchern der landwirtschaftlichen Ausstellung in Rendsburg ihr Förder- und Finanzierungsangebot am Messestand.

10. bis 15. September Nordbau

Zahlreiche Interessenten informieren sich auf der größten Baumesse Norddeutschlands am Messestand über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten rund um die eigenen vier Wände. Im Rahmen einer Fachtagung der IB diskutieren Experten über „Aktuelle ÖPP-Modelle in Zeiten der Finanzmarktkrise“

30. September und
03. Dezember
**Kultursponsoring II:
Literaturhaus
Schleswig-Holstein**

Die Autoren Robert Menasse und Peter Stamm lesen für Geschäftspartner sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB aus ihren aktuellen Büchern.

28. Oktober
**Erdgas, Strom,
Breitband**

Über 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft informieren sich über „Netzinfrastrukturen in Schleswig-Holstein im Wandel“. Gemeinsame Veranstalter sind das Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, die Lorenz-von-Stein-Gesellschaft und die IB.

03. November
**VISION 2015 –
Volle Kraft voraus**



Die IB hat sich seit ihrer Gründung von einer abwicklungsgeprägten Förderanstalt zu einer kundenorientierten, innovativen Förderbank entwickelt. Der Vorstand stellt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die VISION 2015 in einer temperamentvollen Auftaktveranstaltung vor.

30. November
**Community Treff der
Windenergiebranche**

In Husum trifft sich die Windenergiebranche auf Einladung von windcomm Schleswig-Holstein, CEwind, Husum-WindEnergy und IB. Gespräche, Kontakte und Netzwerke stehen bei den rund 120 Gästen im Mittelpunkt des Abends.

22. Dezember
**Spendenübergabe für
St. Antoniushaus**



Der Erlös aus der internen Weihnachtstombola der IB wurde von der Bank erheblich aufgestockt und an den Sozialdienst katholischer Frauen e.V. für das St. Antoniushaus sowie zwei weitere regionale Einrichtungen überreicht.

Frühjahr und Herbst
Baumessen



Bauherren, Haus- und Wohnungskäufer sowie Modernisierer informieren sich über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten auf zahlreichen Baumessen im Land.

Während des
ganzen Jahres
**Von der Existenz-
gründung bis zum
Unternehmen**

Bei zahlreichen Veranstaltungen stellen Fachleute der IB Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten vor – für Existenzgründungsinteressierte und bestehende Unternehmen.

**Besser kennen –
besser verstehen**

Unter diesem Motto lädt die IB ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verschiedenen Aktionen außerhalb der Dienstzeit ein. Die beim gemeinsamen Kochen oder Boulespielen geknüpften Kontakte zeigen im Arbeitsalltag vielfältigen Nutzen.

Einmal im Monat
**Arbeitskreis
Gesundheit**



Monatlich bietet der „Arbeitskreis Gesundheit“ in der IB den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedenste Aktionen rund um die Gesundheit an. Die Palette reicht von Vorträgen bis hin zu Aktionen zum Mitmachen.





Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unserem Anspruch, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, kommen wir in vielerlei Hinsicht nach. Wichtig ist uns eine gute Arbeitskultur, die wir unter Einbeziehung unserer Beschäftigten kontinuierlich weiterentwickeln. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt es vielfältige Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Besondere Bedeutung haben darüber hinaus Angebote wie Gesundheitsvorsorge, Kulturereignisse, gemeinsame Aktivitäten sowie die Gelegenheit zum „Blick über den Tellerrand“. Jungen Menschen bieten wir verschiedene Wege für Ausbildung und Studium sowie interessante Möglichkeiten für den Berufseinstieg.



Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personalstruktur

Am Stichtag 31. Dezember 2009 waren 415,14 (Vj. 388,15) Vollzeitkräfte in unserer Bank beschäftigt. Die Personalausweitung im Vergleich zum Vorjahr liegt insbesondere am weiteren Aufbau der Bereiche Arbeitsmarkt- und Strukturförderung und IB.Service Immobilien. Darüber hinaus bestand aufgrund der zunehmenden Projektaktivitäten im Zusammenhang mit ABAKUS (Aktuelles Förderbanken Antrags- und Kundensystem) ein zusätzlicher Personalbedarf. ABAKUS ist ein SAP-basiertes IT-System für Förderbanken und wird von einer bundesweiten Bankkooperation getragen, der die IB beigetreten ist.

Einstellungspolitik

Im Jahr 2009 hat die IB die bislang größte Zahl an Einstellungen vorgenommen. Wir verzeichneten insgesamt 52 Zugänge: 39 Einstellungen in ein Angestelltenverhältnis, 6 Einstellungen von Auszubildenden, 3 Übernahmen von Auszubildenden in ein Angestelltenverhältnis und 4 Übernahmen von befristet angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ein unbefristetes Vertragsverhältnis.

Die Zahl der Zeitverträge hat sich im Vergleich zum 31. Dezember 2008 auf rund 16 % der bestehenden Anstellungsverträge erhöht (Ausbildungsverträge, Aushilfsverträge und Verträge mit Praktikanten wurden nicht berücksichtigt). Die Verwaltung zeitlich befristeter Landes- und EU-Programme sowie der zunehmende projektbezogene Personalbedarf für die ABAKUS-Aktivitäten können so in der Personalplanung der IB berücksichtigt werden.

Ausbildung

Die Bank bietet bedarfsorientiert folgende Ausbildungen an: Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science. Die Bachelor-Studiengänge finden als duale Ausbildung mit der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein statt. Der Bachelorabschluss „Bachelor of Arts“ wird zusätzlich

im Rahmen des Trialen Modells im Studiengang Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Westküste erworben. Hinter dem Begriff „Triales Modell“ verbirgt sich die Kooperation zwischen Ausbildungsbetrieb, Berufsschule und Hochschule. Auch im Geschäftsjahr 2009 konnten wir – wie im Vorjahr – alle unsere Auszubildenden nach Ende ihrer Ausbildungszeit in ein Beschäftigungsverhältnis übernehmen.

Wir bieten Studentinnen und Studenten in verschiedenen Bereichen der Bank Praktikums- und Diplom-arbeitsplätze an. Hochschulqualifizierte Berufsanfänger können bei uns eine Traineeausbildung in verschiedenen Fachabteilungen durchlaufen. Darüber hinaus bieten wir Rechtsreferendaren die Möglichkeit, ihre Verwaltungs- und/oder Wahlstation in der Bank zu absolvieren.

Auch für 2009 können wir ein starkes Interesse an der Ausbildung in der IB verzeichnen: Insgesamt gingen fast 500 Bewerbungen um Ausbildungsplätze bei uns ein.

Im Juni 2009 informierten wir auf der nordjob Kiel in der Sparkassen-Arena über die Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten bei der IB. Die nordjob ist eine Fachmesse für Ausbildung und Studium; veranstaltet von den Industrie- und Handelskammern zu Kiel, Flensburg und Lübeck. An den zwei Messetagen konnten sich die Interessierten entweder in vorab organisierten Einzelgesprächen oder spontan am Infostand über die Beschäftigungsmöglichkeiten bei der IB informieren. Das Besondere dabei: Die Gespräche mit den Interessenten wurden von den Auszubildenden der IB geführt – so konnte neben der Information über das Ausbildungsangebot auch auf gleicher Augenhöhe über die Qualität der Ausbildung gesprochen werden. Die Koordination erfolgte über die Aus- und Fortbildungsleiterin der IB – die natürlich jederzeit für weitergehende Fragen zur Verfügung stand.

Arbeitskultur

Im ersten Quartal 2009 lagen die Ergebnisse aus der Teilnahme an der vom unabhängigen Great Place to

Work® Institute durchgeführten Benchmarkstudie „Deutschlands bester Arbeitgeber“ vor. Bei der Studie geht es um die Qualität und die Attraktivität von Arbeitgebern in Deutschland und Europa. Die Ergebnisse aus einer anonymen Mitarbeiterbefragung zu den Themen Glaubwürdigkeit, Respekt, Fairness, Stolz und Teamorientierung in unserer Bank sowie die Ergebnisse eines Culture-Audit-Reports führten zu einer ganzheitlichen Aussage über die IB als attraktiver Arbeitgeber. Aus einer Erhebung bestehender Maßnahmen, Konzepte und Programme im Personalbereich wurden vom Great Place to Work® Institute Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Von den Befragten äußerten sich mehr als 80 % sehr positiv zur Atmosphäre in der Bank und 87 % gaben an, dass die IB insgesamt ein sehr guter Arbeitsplatz sei. Damit liegt die Bank in diesem Aspekt mit an der Spitze, denn die besten vergleichbaren Unternehmen erzielen hier nur geringfügig höhere Ergebnisse (90 %). Das Ergebnis dieser Studie hat Aspekte aufgezeigt, in denen die IB sehr gut ist, aber auch solche, in denen die Bank noch besser werden kann. Wesentliche Handlungsfelder liegen in den Bereichen Führung und Zusammenarbeit. Um die Ergebnisse im Detail zu erörtern und auch Wünsche und Maßnahmen zur Veränderung und Verbesserung zu erarbeiten, finden seit dem vierten Quartal 2009 mit den Führungskräften und interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Workshops statt.

Arbeitskreis Gesundheit

Das Jahr 2009 stand für eine Reihe von Aktivitäten, die vom Arbeitskreis Gesundheit initiiert wurden. Der Arbeitskreis fördert Aktionen rund um das Thema „Gesundheit in der IB“. So bot die Bank in Zusammenarbeit mit dem Landeskoordinator bei der Ärztekammer Schleswig-Holstein für das Gesundheitsziel Verringerung der koronaren Herzkrankheit die Aktion „Happy Hearts – Herzgesundheit für Betriebe“ an. Unter diesem Motto fand eine Reihe von Veranstaltungen statt, in denen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel eine persönliche Risikofaktoren-Analyse oder eine individuelle Ernährungsberatung vornehmen lassen konnten. Ein Entspannungskurs unter fachkundiger Anleitung, ein Fachvortrag über herzgesunden Lebensstil

und zahlreiche Infostände gehörten ebenfalls dazu. Das Lebensstilprogramm „minus 500“ als weiterer Baustein der Aktion „Happy Hearts“ bot innerhalb eines überschaubaren Zeitraums von acht Wochen die Möglichkeit, den persönlichen Lebensstil unter präventiven Aspekten zu optimieren. Weitere vom Arbeitskreis Gesundheit durchgeführte Aktionen im Jahr 2009 waren zum Beispiel das Kochevent „Vollwertige Ernährung im Alltag“ und ein Schnupperkurs „Tai Chi“.

Unser Miteinander

Bei dem vom Projektmanagement der IB initiierten **AfterWorkWorkShop** (kurz PM.AWWS) handelt es sich um ein bewährtes Erfolgsmodell, das interessierten Beschäftigten die Möglichkeit gibt, sich nach Feierabend über spannende Themen zu informieren und auszutauschen. Nach dem Prinzip „Von Freiwilligen – Für Freiwillige“ stehen projektrelevante Themengebiete im Vordergrund. Dabei spielen methodische Aspekte ebenso eine Rolle wie „weiche“ Faktoren, aktuelle Geschehnisse sowie der Blick über den Tellerrand. Seit Einführung der Workshop-Reihe im Jahr 2005 haben 768 Kolleginnen und Kollegen an 35 Veranstaltungen teilgenommen. Die folgenden Themen wurden 2009 behandelt: Finanzmarktkrise, Reiss-Profil, Talentmanagement, Ordnungsmuster in Organisationen, agiles Projektmanagement und das „Spiel mit der Komplexität“. Neben der Information zu interessanten Aspekten dient das Forum auch der Förderung des Miteinanders in der Bank. Für ähnliche Impulse sorgten auch die Angebote des Kulturkreises und die Veranstaltungsreihe „Besser kennen – besser verstehen“.

Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sagen wir ein herzliches Dankeschön. Mit ihrem Engagement und ihrer Leistung haben sie maßgeblich zum Erfolg der Bank beigetragen. Wir danken auch dem Personalrat und unseren Gleichstellungsbeauftragten für die partnerschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit. Wir freuen uns auf ein weiteres vertrauensvolles Zusammenwirken im Jahr 2010.



Unser Leistungsspektrum 2010 (Stand 01. Juni 2010)

Wirtschaft

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ IB.Förderlotsen
- ▶ IB.GründerinnenBeratung
- ▶ Beratung bei der Entwicklung und Realisierung von Wind-, Bioenergie-, Solar- und Photovoltaik-Projekten

Kredite für Firmenkunden und landwirtschaftliche Betriebe

- ▶ Kredite für
 - ▶ Investitionen
 - ▶ Vorräte und Forderungen
 - ▶ Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
 - ▶ außenwirtschaftliche Aktivitäten
 - ▶ Nachfolgeregelungen
 - ▶ Umweltmaßnahmen
 - ▶ Projekte im Bereich regenerativer Energien
- ▶ „IB.KMUdirekt“ (Direktkredite für Unternehmensfestigungen)
- ▶ „IB.AgrarKREDIT“

Kredite für Existenzgründungen

- ▶ „Starthilfe Schleswig-Holstein“

Beteiligungskapital für Unternehmen

- ▶ EFRE-Risikokapital-Fonds
- ▶ Seed- und Start-up-Fonds
- ▶ Mittelstandsfonds SH GmbH
- ▶ MBG-Beteiligungen

Zuschüsse

- ▶ Informationen zu öffentlichen Förderungen finden Sie im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unter „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und „Weitere Förderprogramme“

IB.Europa

Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein

- ▶ Beratung über EU-Förderprogramme und -Initiativen
- ▶ Unterstützung bei der Antragstellung und Projektentwicklung
- ▶ Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft
- ▶ Unterstützung von Unternehmen bei Aktivitäten zur Internationalisierung
- ▶ Information über EU-Themen (z. B. Eurobrief)

IB.Repräsentanz Brüssel

- ▶ Bedarfsorientierte aktuelle Informationen aus den EU-Institutionen sowie Kontaktvermittlung und Interessenvertretung in Brüssel

Immobilien

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ Finanzierungsberatung für Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau
- ▶ Energetische und finanzwirtschaftliche Beratung im Mietwohnungsbereich (IB.ImmobilienCheck)
- ▶ Beratung mit Hilfe der dynamischen Investitionsrechnung (IB.ImmoInvest)
- ▶ Betreuung von Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) bei Finanzierung mit KfW-Mitteln (IB.WEGfinanz)

Soziale Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau Baudarlehen für

- ▶ Neubau, Ausbau und Erweiterung sowie Modernisierung von Mietwohnungen
- ▶ Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum
- ▶ Erwerb bestehender Wohnungen durch neu zu gründende oder auszugründende Wohnungsgenossenschaften

Eigentumsmaßnahmen Baudarlehen für

- ▶ Neubau und Erwerb von selbst genutztem Wohnraum
- ▶ Änderung oder Erweiterung von Gebäuden zur Schaffung von selbst genutztem Wohnraum oder für behindertengerechtes Wohnen
- ▶ Gruppenselbsthilfemaßnahmen

Allgemeine Wohnraumförderung

optimale Ergänzung von Finanzierungen anderer Institute

Mietwohnungsbau

- ▶ eigene Kreditprodukte (z. B. Kooperationsdarlehen)
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen

Eigentumsmaßnahmen

- ▶ ergänzende Darlehen der IB (z. B. IB.ImmoFlex)
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen
- ▶ IB.ImmoRente

Städtebauförderung

Förderprogramme für

- ▶ Sanierung und Entwicklung
- ▶ Stadtbau West
- ▶ Soziale Stadt
- ▶ Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
- ▶ Städtebaulichen Denkmalschutz
- ▶ Kleinere Städte und Gemeinden

IB.Energieagentur

- ▶ Energiemanagement: Einführung, Begleitung, Schulung
- ▶ Internetgestütztes Energiecontrolling (IB.EnergieCheck)
- ▶ Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden
- ▶ Wärmetechnische Gebäudesanierung
- ▶ Energiepass für öffentliche Gebäude
- ▶ Beratung und Unterstützung bei
 - ▶ Windenergie- und Bioenergieprojekten
 - ▶ thermischen Solaranlagen und Photovoltaik-Projekten
 - ▶ Integration, Finanzierung und Betrieb von Blockheizkraftwerken
- ▶ Ausschreibung von Strom- und Erdgaslieferungen
- ▶ Bewertung von Konzessionsverträgen für Strom- und Erdgasbelieferung
- ▶ Durchführung von Contracting-Vorhaben

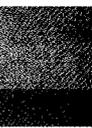
Spezialleistungen

Kreditinstitute

- ▶ Beratung über die Anwendungsmöglichkeiten aller Förderprogramme der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR)
- ▶ Durchleitung von Bundesfördermitteln der KfW und der LR an die Sparkassen
- ▶ Zweckgebundene Refinanzierungen von Kreditinstituten (Globaldarlehen, Einzelrefinanzierungen) zur Förderung des Mittelstandes und kommunalnaher Unternehmen sowie zur allgemeinen Wohnraumförderung
- ▶ Zweckgebundene Refinanzierungen von Beteiligungsgesellschaften zur Förderung des Mittelstandes

EU-Programme zur territorialen Zusammenarbeit

- ▶ EU-Ostseeprogramm (Baltic Sea Region Programme 2007 – 2013)
- ▶ Interregional Cooperation Programme 2007 – 2013 (INTERREG IVC) – Info Point North



Kommunen/Infrastruktur

Kommunal- und Infrastrukturfinanzierungen

Kredite an Kommunen und kommunalnahe Unternehmen

- ▶ Zinsgünstige Kommunalkredite
- ▶ Kredite an Unternehmen mit mehrheitlich öffentlicher Beteiligung
- ▶ Kredite aus dem Kommunalen Investitionsfonds

ÖPP-/Infrastrukturfinanzierungen

- ▶ Finanzierung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen
- ▶ Finanzierung von ÖPP-Projekten (Forfaitierungen und Projektfinanzierungen)

Beratung öffentliche Infrastruktur

ÖPP-Kompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein

- ▶ Praxisnahe Informationen für Öffentlich-Private-Partnerschaften
- ▶ Durchführung von ÖPP-Eignungsabschätzungen
- ▶ Entwicklung von ÖPP-Realisierungskonzepten
- ▶ Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- ▶ Finanzierungsberatung im ÖPP-Vergabeverfahren

Öffentliche Infrastrukturmaßnahmen

- ▶ Beratung im Zusammenhang mit der Entwicklung und Umsetzung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Hochbau und öffentliche Verkehrsvorhaben)
- ▶ Beratung in allen Fragen der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur unter Berücksichtigung der Förderprogramme von Land/Bund/EU

Kommunales Energiemanagement

- ▶ Ausführliche Informationen zu unseren Leistungen Energiemanagement und Erneuerbare Energien befinden sich unter der Überschrift „Immobilien“ bei „IB.Energieagentur“

Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Arbeitsmarktförderung

Zukunftsprogramm Arbeit

- ▶ Stärkung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten
 - ▶ Weiterbildung von Beschäftigten
 - ▶ Potenzialberatung für KMU
 - ▶ Qualifizierung von Existenzgründerinnen und -gründern aus der Arbeitslosigkeit
- ▶ Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
 - ▶ Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze
 - ▶ Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung
 - ▶ Förderung der Ausbildungsplatzakquisition
 - ▶ Regionale Ausbildungsbetreuung
 - ▶ Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt
 - ▶ Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Berufschancen junger Menschen
 - ▶ Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für jugendliche Strafgefangene
 - ▶ Transnationale Maßnahmen

Integration von benachteiligten Personen in den Arbeitsmarkt

- ▶ Innovative Arbeitsmarktprojekte
- ▶ Beratungsstellen Frau & Beruf
- ▶ Förderung der Alphabetisierung

Strukturförderung

Zukunftsprogramm Wirtschaft

- ▶ Technologie- und Gründerzentren
- ▶ Berufsbildungsstätten und Einrichtungen der Weiterbildung sowie Infrastruktur der Weiterbildung
- ▶ Einzelbetriebliche Investitionsförderung
- ▶ Familienbewusste Personalpolitik
- ▶ Regional- und Clustermanagements
- ▶ Gewerbe- und Industrieflächen
- ▶ Multifunktionale Einrichtungen
- ▶ Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien
- ▶ Altlastensanierung und Flächenrecycling
- ▶ Hafeninfrastruktur
- ▶ Nachhaltige Stadtentwicklung
- ▶ Stärkung Tourismuswirtschaft
- ▶ Förderung von Natura 2000-Gebieten
- ▶ Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft

Wohnungsbauförderung

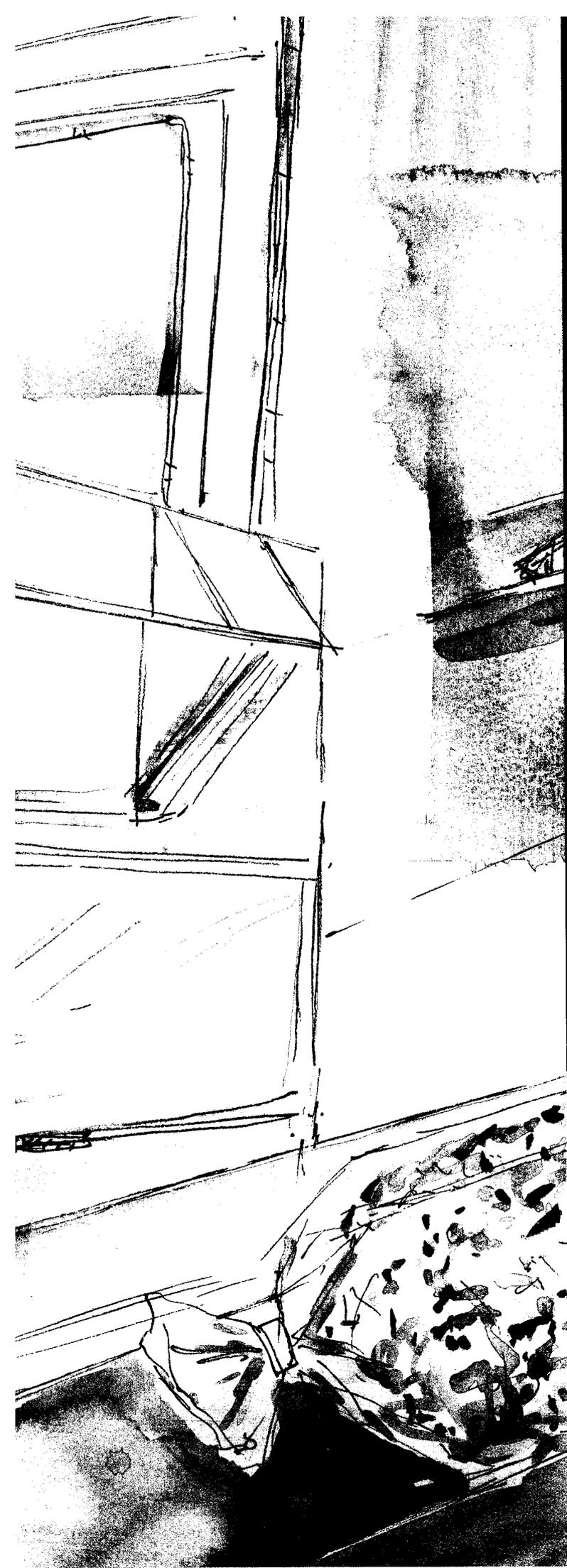
- ▶ Schulbauprogramme
- ▶ „Meister-BAföG“ – Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
- ▶ Wohngelderstattung an die örtlichen Wohngeldstellen
- ▶ Maßnahmen des Jugendaufbauwerkes Schleswig-Holstein (JAW)

Projektmanagement

- ▶ South Baltic Cooperation Programme 2007 – 2013 Contact Point
- ▶ Abwicklung INTERREG Programme (INTERREG III B Ostsee, INTERREG IIIC North)
- ▶ Beratung in Entscheidungsprozessen bei komplexen Vorhaben
- ▶ Unterstützung bei Projektentwicklung, -planung und -steuerung



Ausschnitt aus „Brüder und Schweigen“ von Kerstin Mempel, 110 x 30 cm



Wirtschaft

Wir stehen den Kreditinstituten und Unternehmen in Schleswig-Holstein mit unserer Produktpalette zur Verfügung – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Wir sind Berater bei Finanzierungsfragen, Förderer von Existenzgründungen und bestehenden Unternehmen, Finanzierungspartner der Hausbanken und auch Beteiligungsgeber. Die EU-Beratung der IB wurde 2009 in den Bereich „Wirtschaft“ integriert. So bieten wir unseren Kunden zukünftig auch auf dem Gebiet der EU-Förderung Finanzierung und Beratung aus einer Hand an.



Wirtschaft

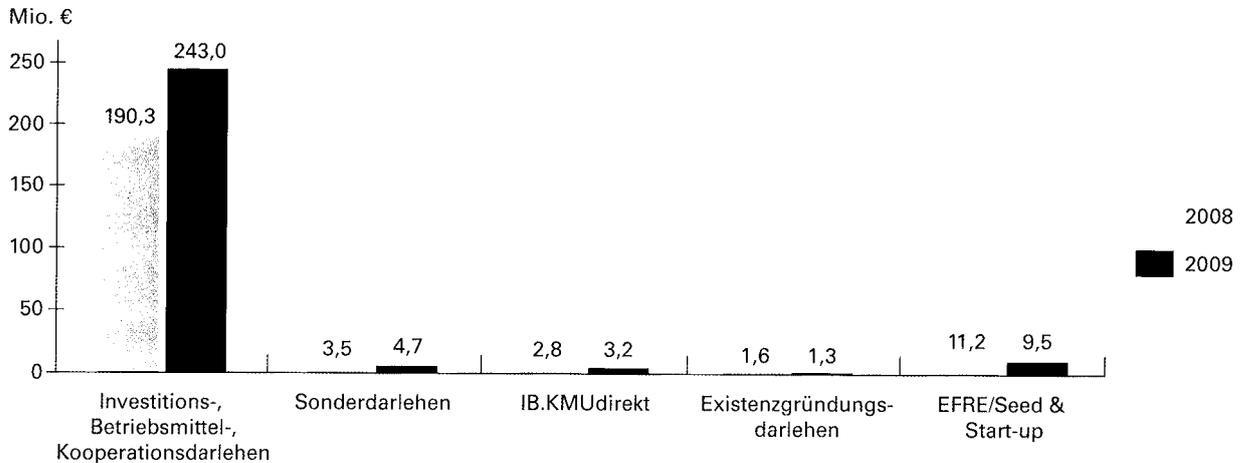
Gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten ist die Investitionsbank ein verlässlicher Förderer des Mittelstands in Schleswig-Holstein. Die IB berät umfassend zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten und hilft Existenzgründungsinteressierten, sich auf die Gespräche mit der Hausbank vorzubereiten. Als Finanzierungspartner teilt sich die IB mit der Hausbank das Kreditengagement und damit das Risiko bzw. übernimmt bei kleineren Gründungsvorhaben die Hausbankfunktion.

Die IB konnte auch 2009 dazu beitragen, den Kreditmarkt in Schleswig-Holstein zu stabilisieren und die regionale Wirtschaft zu stärken. Belege hierfür

sind die in vielen Bereichen stark gestiegene Anzahl an begleiteten Finanzierungen sowie das insgesamt erhöhte Neugeschäftsvolumen.

Darüber hinaus arbeiten wir eng mit den anderen Förderinstituten des Landes, des Bundes und der EU zusammen. In 2009 wurde die Abteilung „IB.Europa“ in den Bereich „Wirtschaft“ integriert. Mit dieser Zusammenführung können die Finanzierungs- und Beratungskompetenzen für europäische Fördermöglichkeiten den Hausbanken und Unternehmen in Schleswig-Holstein aus einer Hand angeboten werden.

Neugeschäftsentwicklung 2008/2009



Kredite an Firmenkunden

Mit einem Volumen von insgesamt 252 Mio. € lag das Neugeschäft rd. 27 % über dem des Vorjahres. Als Partner der Hausbanken haben wir uns 2009 bei insgesamt 236 neuen Finanzierungsvorhaben engagiert. Damit unterstützen wir in diesem Geschäftsbereich insgesamt mehr als 1.600 mittel-

ständige Unternehmen. Wie im Vorjahr haben die Investitions-, Betriebs- und Kooperationsdarlehen einen wesentlichen Ergebnisbeitrag geliefert.

Die positive Entwicklung des Neugeschäfts 2009 wurde durch verschiedene Faktoren beeinflusst:

Die Hausbanken sind bei größeren Krediten verstärkt an Risikoteilung interessiert und kommen vermehrt auf die IB zu. Ebenfalls wurden in Schleswig-Holstein viele Projekte im Bereich der regenerativen Energieerzeugung (insbesondere Biogas und

Photovoltaik) auf den Weg gebracht, in deren Finanzierungen die IB einbezogen wurde. Das Geschäftsfeld Landwirtschaft hat sich ebenso weiter etabliert. Das Finanzierungsvolumen in diesem Bereich konnte gegenüber dem Vorjahr verdoppelt werden.

Sonderdarlehen

Durch die Bereitstellung von eigenkapitalähnlichen Mitteln verbessern wir die Bonität und die Kreditwürdigkeit von Unternehmen. Wir vergeben Sonderdarlehen ohne die Bereitstellung von Sicherheiten als Festdarlehen und ergänzen diese mit einer Rangrücktrittserklärung. Auf diese Weise

kann die Eigenkapitalbasis insbesondere wachstumsorientierter kleiner und mittlerer Unternehmen verbreitert werden. Mit Sonderdarlehen im Gesamtvolumen von 4,7 (Vj. 3,5) Mio. € stärkten wir die Eigenkapitalbasis von 13 (Vj. 9) Unternehmen in Schleswig-Holstein.

Eigenkapitalprodukte

Die zur Jahresmitte 2008 gegründete Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH hat sich erfolgreich etabliert. Diese gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein aufgelegte Gesellschaft soll bestehende Lücken in der Eigenkapitalversorgung des größeren Mittelstandes schließen. Die Gesellschafter sind: Sparkasse Mittelholstein AG, Sparkasse zu Lübeck AG, Nord-Ostsee Sparkasse, Förde Sparkasse, Kieler Volksbank eG, VR Bank Neumünster, KfW sowie die Investitionsbank. Es konnten bereits neun Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von rd. 9,5 Mio. € platziert werden.

Der mit einem Volumen von 48 Mio. € Ende 2007 aufgelegte EFRE-Risikokapitalfonds II liegt voll im Plan. So konnten hier bis zum Jahresende insgesamt 80 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von 17,8 Mio. € bewilligt werden und damit ein deutlicher Beitrag zur Stärkung der finanziellen

Situation der mittelständischen Wirtschaft geleistet werden. Insgesamt sind mit den herausgelegten Beteiligungen Investitionen von rd. 158 Mio. € begleitet worden.

Der im Jahr 2005 gestartete erste EFRE-Risikokapitalfonds SH – ebenfalls unter Einbindung von EU-Mitteln aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) sowie Landesmitteln – mit einem Volumen von 15 Mio. € konnte fristgerecht zum 30.06.2009 ausfinanziert werden. Insgesamt wurden hier 80 Beteiligungen bei 70 Firmen gesetzt.

Informationen zu unseren Tätigkeiten im Rahmen des „Zukunftsprogramms Wirtschaft“ – insbesondere zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung – befinden sich im Kapitel „Arbeitsmarkt- und Strukturförderung“



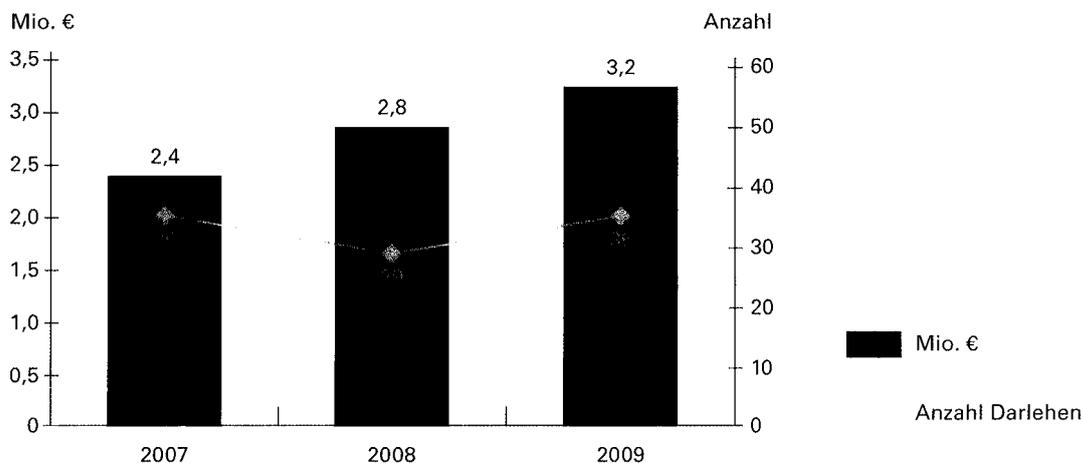
Direktkredite zur Existenzfestigung

Mit unserem Kreditprogramm „IB.KMUdirekt“ gewährleisten wir die Finanzierung kleinerer Finanzierungsbedarfe von bestehenden kleinen und mittelständischen Unternehmen, die trotz positiver Zukunftsprognose aufgrund gegebener schwieriger Unternehmenssituation oder wegen unverhältnismäßig intensiven Prüf- und Kreditvergabeaufwandes bei den Banken keine Finanzierung erhalten. Anträge zu diesem Programm können auch von Unternehmens- und Steuerberatern sowie von den Mentoren für Unternehmen in Schleswig-Holstein e.V. eingereicht werden. Letztere sind erfolgreiche

Unternehmer und Manager aus verschiedenen Branchen, die nicht mehr im operativen Geschäft tätig sind und ihre beruflichen Erfahrungen ehrenamtlich und unabhängig Unternehmen anbieten.

Durch 36 (Vj. 29) Darlehen zur Existenzfestigung in Höhe von insgesamt 3,2 (Vj. 2,8) Mio. € konnten fast 800 Arbeitsplätze gesichert werden. Es wurden überwiegend Betriebsmittel bereitgestellt, die größtenteils zur Bewältigung von Krisensituationen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise benötigt wurden.

Neukreditgeschäft IB.KMUdirekt



Existenzgründungen

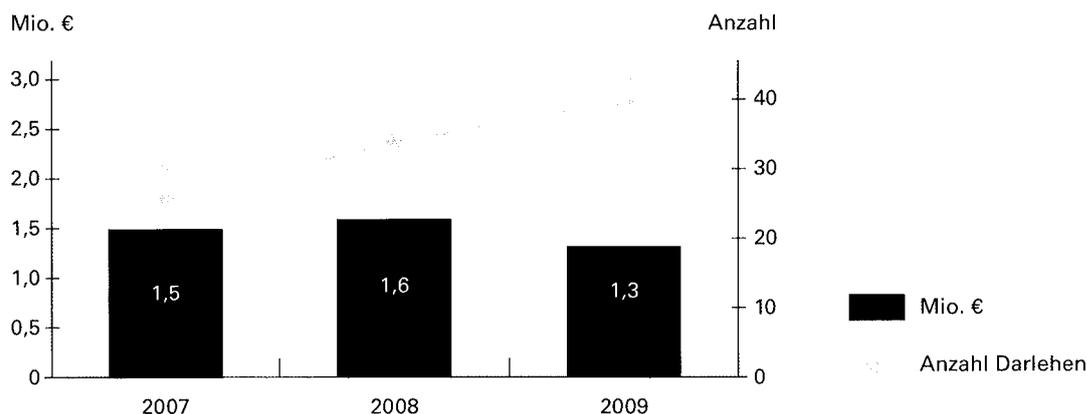
Um auch die Finanzierung kleiner Existenzgründungsvorhaben zu ermöglichen, übernehmen wir die Hausbankfunktion im Rahmen unseres Produktes „Starthilfe Schleswig-Holstein“. Voraussetzung für die Kreditvergabe ist eine Empfehlung des Kreditinstitutes vor Ort, welches auch die laufende Kontoführung übernimmt. Die Investitionsbank begleitet die Finanzierung unter Einbeziehung der zinsgünstigen Existenzgründungsdarlehen der KfW.

Mit 189 (Vj. 118) Finanzierungsanfragen war 2009 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die gestiegenen Antragszahlen führten jedoch nicht zu einem deutlichen Anstieg an tatsächlichen Vertragsabschlüssen. Dies resultierte insbesondere aus den häufig fehlenden fachlichen und/oder kaufmännischen Qualifikationen der Existenzgründer.

In 2009 haben wir insgesamt 39 Existenzgründerinnen und Existenzgründern mit Darlehen in Höhe von 1,3 Mio. € den Start in die berufliche Selbststän-

digkeit ermöglicht und damit 69 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Neukreditgeschäft Starthilfe Schleswig-Holstein



Ausblick Kreditgeschäft

Die Entwicklung der Konjunktur und deren Auswirkungen auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft sind schwer einschätzbar. Wir gehen von einer Investitionszurückhaltung aber höherem Betriebsmittelbedarf aufgrund der konjunkturellen Probleme bei den Unternehmen aus. Des Weiteren rechnen wir mit einer Verschlechterung der Ratings und damit zunehmenden Finanzierungsproblemen unserer Bestands- und Neukunden.

Die Hausbanken werden im Rahmen ihrer Portfolio- und/oder Einzelengagementsteuerung weiterhin die Risikoteilung mit unserem Haus nutzen.

Daher erwarten wir Antragszahlen auf dem Niveau des Vorjahres. Entsprechend unseres Förderauftrages werden wir bei jedem einzelnen Kreditengagement eine passende Lösungsmöglichkeit suchen.

Wir stehen den Kreditinstituten und Unternehmen mit unserer Produktpalette zur Verfügung und werden unter Ausnutzung der Angebote des Bundes, der KfW und des Landes Schleswig-Holstein unser Möglichstes dafür tun, die Finanzierungserfordernisse der Kreditnehmer in Schleswig-Holstein zu erfüllen.



Förderberatung in der Krise besonders gefordert

Zur Bewältigung der Wirtschaftskrise gab und gibt es verschiedene zusätzliche Sonderprogramme sowie Erleichterungen beim Zugang zu bestehenden Förderangeboten. Zwar hat die Zahl der Nachfragen aus einer konkreten Krisensituation heraus nicht das befürchtete Ausmaß erreicht, dennoch waren die IB.Förderlotsen 2009 besonders gefordert. Die anfangs festzustellende Investitionsneigung bestehender Unternehmen ist im zweiten Halbjahr spürbar gesunken. Der Bedarf an Erstberatung zur Sicherstellung der Liquidität hat dagegen zugenommen. Die Förderberatung Wirtschaft mit den IB.Förderlotsen und der IB.GründerinnenBeratung ist deshalb eine wichtige Säule der IB-Wirtschaftsförderung.

Beraten wird in allen Unternehmensphasen und über alle öffentlichen Förderinstitutionen hinweg umfassend und unentgeltlich. Dabei geht es inhaltlich vor allem um Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten. Insbesondere bei Existenzgründungen beansprucht allerdings die Vorbereitung auf Bankgespräche vor allem hinsichtlich überzeugender Gründungskonzepte oder Businesspläne anteilig mehr Zeit.

Mit 2.491 dokumentierten Beratungsfällen (wegen Mehrfachberatungen insgesamt 2.767 Beratungsgespräche) verzeichneten die IB.Förderlotsen und die IB.GründerinnenBeratung einen Zuwachs um 3,1 % gegenüber 2008. Wie erstmals in 2008 wurden erneut mehr bestehende Unternehmen als Existenzgründungsfälle beraten. Bei 1.231 Fällen handelte es sich um Gründungsinteressierte (plus 4,5 %), davon 506 Frauen und 725 Männer, sowie bei 1.260 Fällen um bestehende Unternehmen (plus 1,8 %).

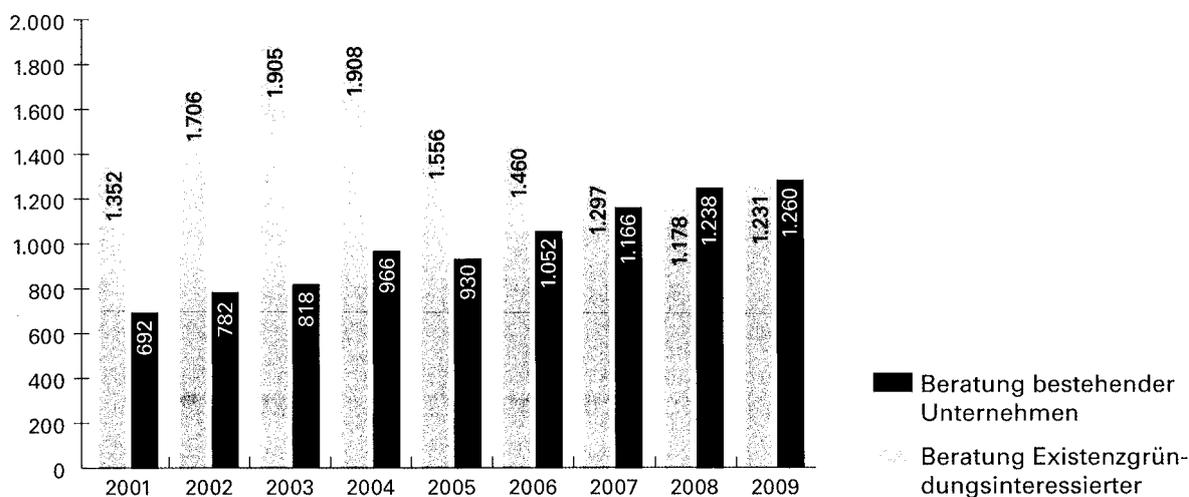
Der allgemein erwartete Anstieg des Existenzgründungsgeschehens im Zuge einer verstärkten Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise (Stichwort: Notgründungen) ist 2009 noch nicht deutlich feststellbar gewesen. Die Regelungen der Bundesregierung zum Kurzarbeitergeld konnten den Arbeitsmarkt stabilisieren. Allerdings gab es eine Zunahme bei den Versuchen einer Neugründung aus

einer Insolvenz. Das insbesondere bei Vorhaben von mehr als 50.000 € erforderliche Eigenkapital war in vielen Fällen schwer darstellbar.

Mit insgesamt 120 Vorträgen, Seminaren und Sprechtagen an 29 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein war die Zahl der Informationsveranstaltungen außerhalb der IB ähnlich hoch wie im Vorjahr (123). Dabei waren 69 Veranstaltungen speziell für Existenzgründungsinteressierte, davon 22 speziell für Existenzgründerinnen und 6 an Schulen und Hochschulen. Die Existenzgründungsveranstaltungen wurden weiterhin von vielen derzeit erwerbslosen Personen genutzt. Nebenerwerbsgründungen hatten einen unerwartet kleinen Anteil und gab es vor allem bei Frauen. 41 Veranstaltungen waren für Gründungsinteressierte und gleichzeitig für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Weitere 10 Vorträge hatten ausschließlich KMU bzw. Banken für deren KMU-Kunden als Zielgruppe.

Unsere Aktivitäten im Rahmen des Projektes „JUNIOR – Schüler als Manager“ gehören auch zur Aufgabenstellung „Existenzgründung“: Seit 1996 sind wir Partner des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft bei der Betreuung befristeter Schülerunternehmen und beim jährlichen Landeswettbewerb. Einschließlich des laufenden Schuljahres 2009/2010 waren bzw. sind inzwischen 4.601 Schülerinnen und Schüler in 327 JUNIOR-Unternehmen in unserem Land beteiligt gewesen. Wir sehen das Projekt als einen interessanten Beitrag zur Verbreitung von wirtschaftlichen Kenntnissen und Zusammenhängen in Schulen, zur Verbesserung des Gründungsklimas und zugleich als Motivationsmotor für die volkswirtschaftlich so bedeutsamen Existenzgründungen.

Mit ihrer Förderberatung Wirtschaft ist und bleibt die Investitionsbank eine aktive Partnerin im Beratungsnetzwerk insbesondere mit der KfW, den Agenturen für Arbeit, den Wirtschaftskammern, den Technologie- und Gründungszentren, den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften sowie den Hochschulen.



IB.Europa/Enterprise Europe Network

Das 2008 von der EU-Kommission initiierte Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein war auch 2009 zentrale Anlaufstelle für Unternehmen bei allen Fragen zu EU-Förderprogrammen, Technologietransfer in Europa und EU-Kooperationen. IB.Europa koordiniert das Netzwerk für Hamburg und Schleswig-Holstein und bietet die Dienstleistungen mit der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH, der Innovationsstiftung Hamburg und der TuTech Innovation GmbH für Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam an. Das Konsortium bündelt eine Vielzahl von EU-Beratungskompetenzen und hat sich 2009 zu einem „One-Stop-Shop“ für Europaangelegenheiten entwickelt.

Gemeinsam mit der EEN-Partnerin Innovationsstiftung Hamburg berät der Bereich IB.Europa in Hamburg und Schleswig-Holstein schwerpunktmäßig zu EU-Fördermöglichkeiten, gibt Unterstützung bei der Suche nach Partnern für EU-Verbundvorhaben und hilft bei der Beantragung der Mittel.

2009 beriet IB.Europa 1.014 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Dabei kamen 50 % der Anfragen von Unternehmen, 40 % von öffentlichen Einrichtungen (inklusive Universitäten und For-

**enterprise
europe
network**

Wir stehen Unternehmen zur Seite

schungseinrichtungen) und 10 % von sonstigen Anfragenden. Themenschwerpunkte waren Energie, Umwelt, Forschung & Entwicklung, Strukturfonds, Internationalisierung, Verkehr und Bildung.

IB. Europa informierte 2009 in 50 eigenen und mit Kooperationspartnern organisierten Veranstaltungen über EU-Fördermöglichkeiten.

Ein Höhepunkt des Jahres war dabei der 1. Europatag für Unternehmen, der am 28. Mai 2009 im Kieler Haus der Wirtschaft stattfand und von Dr. Jörn Biel, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, eröffnet wurde. Etwa 100 Unternehmen und Multiplikatoren informierten sich über ihre Chancen in Europa. Die Podiumsdiskussionen mit erfolgreichen Unternehmen über die Vorteile von umweltfreundlichen Technologien, Kreativität und Innovationsstrategien waren ein großer Erfolg.



Ein weiteres Highlight war die am 5. November 2009 in Lübeck durchgeführte Konferenz zum Thema „Europäische Förderprogramme im Bereich Transport - Logistik“. Erstmals fand eine gemeinsame Veranstaltung der Enterprise Europe Network Partner aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern statt. 90 Unternehmen und Multiplikatoren aus den drei Ländern informierten sich über die Chancen im Förderprogramm Marco Polo II, über die Möglichkeiten zum Thema Verkehr im 7. Forschungsrahmenprogramm und über die Logistikförderprogramme des Bundes. Vorgestellt wurden auch die Entwicklungen und Perspektiven des europäischen Verkehrsrechts und die Verkehrsstrategie für Norddeutschland.

Von großer Bedeutung war auch das vom Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein organisierte zweitägige Treffen der 57 Mitgliedsorganisationen des deutschen Enterprise Europe Network in Hamburg im September 2009, um nach gut einem Jahr eine erste Bilanz zu ziehen und neue Aktivitäten zu planen. Der Wirtschaftssenator der Stadt Hamburg, Axel Gedaschko, eröffnete die Tagung mit einem Empfang, an dem sowohl die deutschen Partner, mehrere Vertreter der EU-Kommission und des Bundesministeriums für Wirt-

schaft und Technologie als auch Unternehmen und Multiplikatoren aus der Wirtschaft Hamburgs sowie Schleswig-Holsteins teilnahmen.

Workshops zu EU-Fördermöglichkeiten in den Bereichen Erneuerbare Energien, Umwelt, Nanotechnologien, Life Science sowie Europa für Bürgerinnen und Bürger ergänzen das Beratungsangebot.

Wie in den Jahren zuvor informierte IB.Europa Unternehmen am Europa-Messestand auf der Nord-Bau und der Norla über EU-Fördermöglichkeiten.

Die IB koordiniert die EU-Arbeitsgruppe Schleswig-Holstein. Dieses Netzwerk trifft sich regelmäßig mit dem Ziel, durch Informationsvermittlung und -austausch die EU-Beratung zu verbessern und transparenter zu gestalten.

Zusammen mit der Landesregierung veröffentlicht IB.Europa vierteljährlich den Eurobrief. Dieser informiert Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Multiplikatoren über alle für Schleswig-Holstein relevanten EU-Themen, Ausschreibungen und Projekte. Der Eurobrief erscheint ab 2010 als webbasierter E-Mail-Newsletter gekoppelt an den Internetauftritt www.een-hhsh.de.

IB.Repräsentanz Brüssel

Die IB.Repräsentanz arbeitet als „verlängerte Werkbank“ für das EEN und hält den Kontakt zu Kommission und Parlament. In 2009 unterstützte die Repräsentanz das Land Schleswig-Holstein bei der Aktivierung und Erweiterung des Netzwerks RENREN (Renewable Energy Regions Network) und bei der Erstellung eines Antrags und der Be-

antragung einer EU-Förderung im Programm INTERREG IVC. Das Projekt wurde im November 2009 positiv evaluiert und wird für den Zeitraum 2010–2012 mit ca. 1,6 Mio. € gefördert. Ziel von RENREN ist es, u.a. den Wissensaustausch und die Nutzung erneuerbarer Energien in europäischen Regionen zu fördern.

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)



Gute Ergebnisse im Krisenjahr 2009

Seit 1994 engagiert sich die MBG mit typisch stillen und offenen Beteiligungen ab 25.000 € bei mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein. Dadurch verbessern sich die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen und deren Möglichkeiten, weiteres Fremdkapital einzuwerben.

Diese Vorteile eines MBG-Engagements haben für mittelständische Unternehmen im Krisenjahr 2009

an Bedeutung gewonnen. Eine gute Eigenkapitalausstattung macht ein Unternehmen krisenfester und stabilisiert das Unternehmen auch im Verhältnis zu seinen Finanzierungspartnern. Vor diesem Hintergrund sind die Beteiligungsangebote der MBG 2009 im Markt auf ein großes Interesse gestoßen. Im Ergebnis hat die MBG ihre Förderaktivitäten nochmals deutlich gesteigert und dabei in vielen Förderkennzahlen neue Höchststände erreicht:

	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung zum Vorjahr
Neugeschäftsvolumen in Mio. €	19,0	16,2	20,2	19,5	20,5	+ 5,1 %
begleitetes Investitionsvolumen in Mio. €	108	104	123	128	111	- 13,3 %
gesicherte & geschaffene Arbeitsplätze	4.696	3.398	5.008	3.740	7.656	+ 104,7 %
Anzahl von Beteiligungen	81	83	97	102	131	+ 28,4 %

Mittelstandsfonds weiter gefragt

In dieser Tabelle nicht berücksichtigt sind die Geschäftsbesorgungsaktivitäten der MBG für den maßgeblich von der IB mitgetragenen Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein. Hier hat die MBG

für den Fonds weitere 5 Beteiligungen an größeren mittelständischen Betrieben mit einem Volumen von 4,6 Mio. € begleitet. Damit konnten im zweiten vollen Geschäftsjahr des Fonds bereits knapp 10 Mio. €, d. h. rund ein Drittel des Fondsvolumens ausplatziert werden.

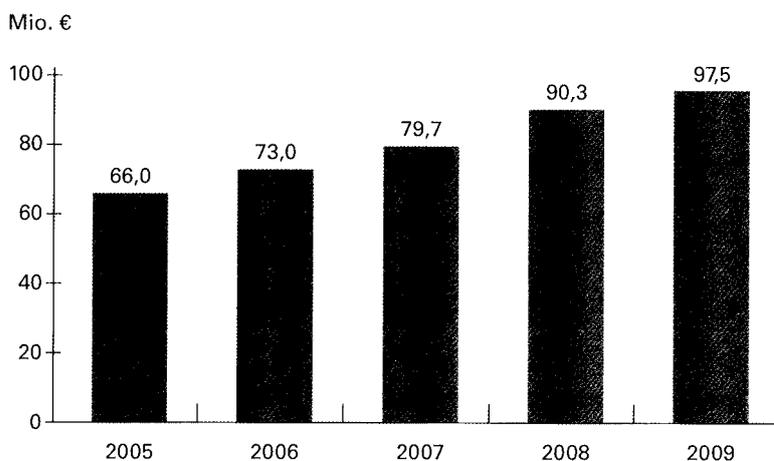
„Kapital für Handwerk“ erfolgreich gestartet

Das seit Januar 2009 bestehende spezielle Angebot für kleinere Handwerksbetriebe ist gut gestartet. 23 Handwerker haben ihre Unternehmen mit Beteiligungskapital zwischen 25 und 100T€ stabilisiert und krisenfest gemacht. Darüber hinaus hat die MBG 7 weiteren Handwerksbetrieben stille Beteiligungen mit jeweils über 100T€ zugesagt. Gemessen an der Zahl der geförderten Unternehmen ist das Handwerk 2009 im Vergleich der von der MBG begleiteten Branchen an die erste Stelle gerückt; gemessen am Volumen liegt es nach dem Handel und dem Maschinen- und Anlagenbau auf Platz drei.

MBG Beteiligungsportfolio auf Rekordniveau

Seit Jahren hat die MBG ein sehr positives Netto-neugeschäft, d.h. es kommen mehr neue Beteiligungen hinzu als gleichzeitig vor allem durch Rückzahlung wegfallen. Dadurch ist das Beteiligungsportfolio der MBG seit 2005 um 82 % auf gut 97 Mio. € am Jahresende 2009 gestiegen. Das sind erstmals über 500 Beteiligungen an rd. 350 Unternehmen in Schleswig-Holstein.

Entwicklung des Beteiligungsportfolios der MBG



MBG steht auf wirtschaftlich stabilem Fundament

Gerade in Krisenzeiten ist es für die MBG wichtig, dass sie ihre Förderanstrengungen auf der Grundlage eines stabilen wirtschaftlichen Fundaments intensivieren kann. Das war auch im Jahr 2009 uneingeschränkt gegeben. Seit 2004 hat die MBG ihre Eigenkapitalbasis und ihre Handlungsalternativen auf der Liquiditätsseite kontinuierlich verbessert. Das Jahr 2009 fügt sich diesbezüglich nahtlos ein. Zwar gingen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise an dem Portfolio der MBG nicht spurlos vorbei, letztlich sind diese Auswirkungen aber nicht

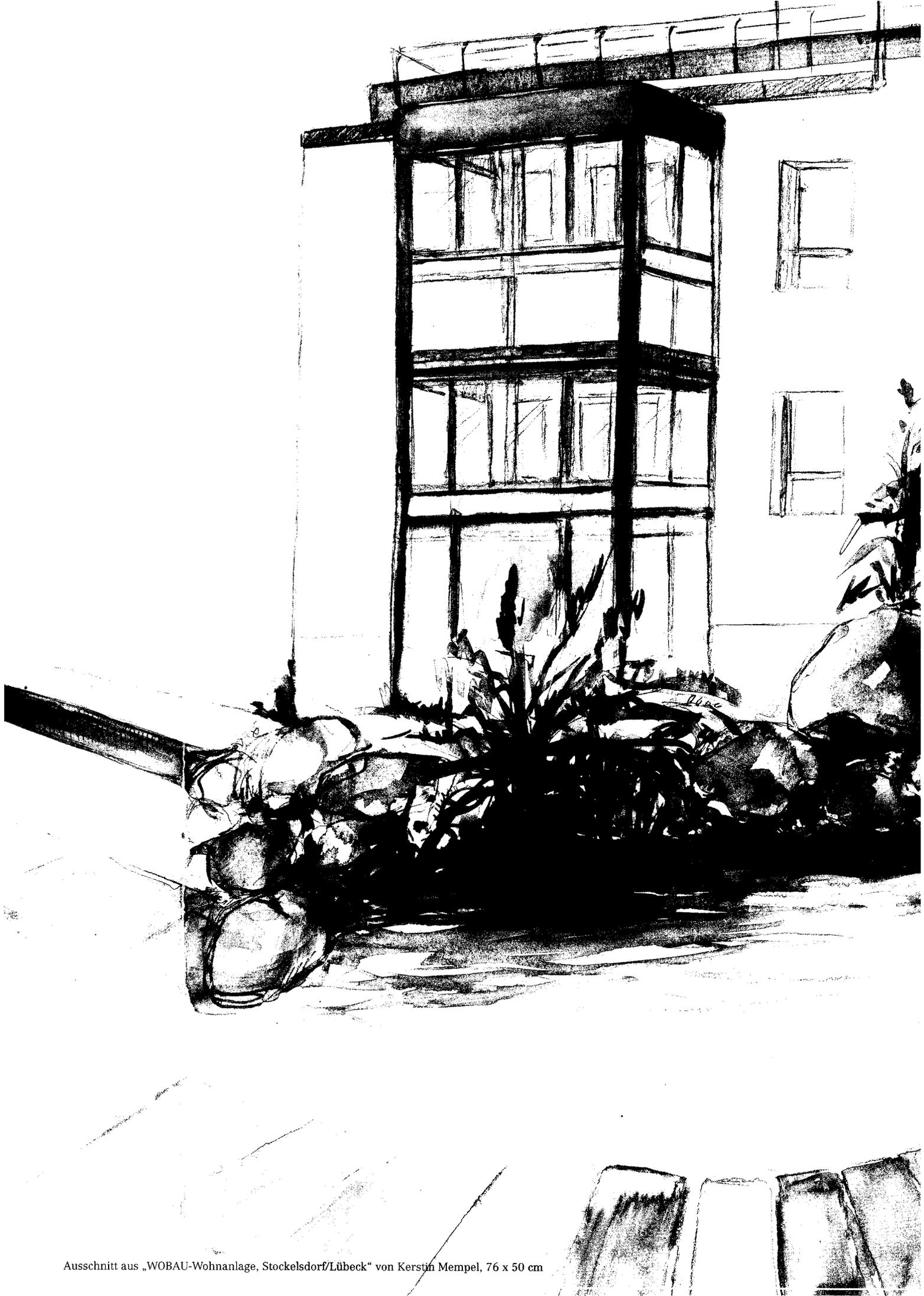
in dem Ende 2008 erwarteten Ausmaß eingetreten. Viele Unternehmen waren auf die Rezession vorbereitet, indem sie in guten Jahren Reserven angelegt hatten. Andere wiederum haben schnell auf der Kostenseite reagiert, um damit die Auswirkungen der Krise abzufedern. Dabei war die Ausweitung der Regelungen zur Kurzarbeit in vielen Fällen sehr hilfreich. Demzufolge konnte die Risikovorsorge im Jahresabschluss 2009 im Vergleich zum Vorjahr sogar wieder leicht zurückgenommen werden. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss, der die MBG gestärkt in das sicher auch noch schwierige Jahr 2010 gehen lässt.

Neue Förderinitiativen für 2010

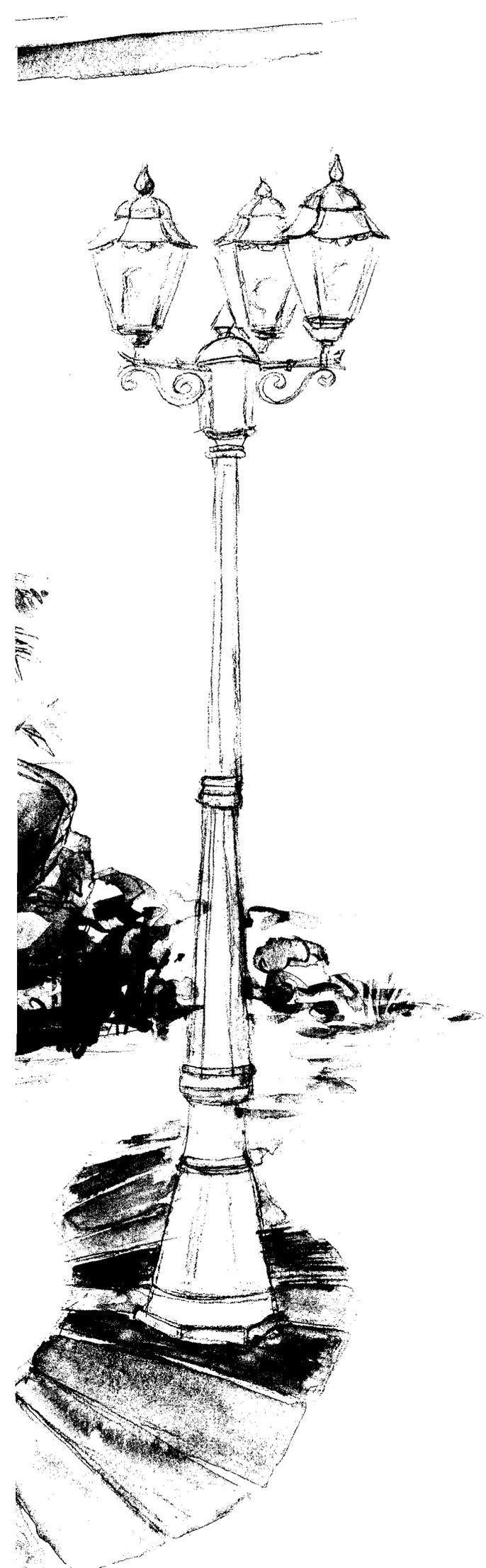
Die Folgen der schwersten Rezession der Nachkriegszeit sind noch lange nicht bewältigt. Deshalb werden MBG, Bürgschaftsbank und IB weiter mit aller Kraft gegensteuern und ihre Kräfte u. a. in der „SH-Finanzierungsinitiative für Stabilität und Wachstum“ bündeln. Die Förderinstitute haben ihre Angebote für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) standardisiert und den Antragsprozess für Finanzierungen, an denen mehrere Förderinstitute beteiligt sind, vereinheitlicht. Unter

Einbindung der Hausbanken soll damit gewährleistet werden, dass den Unternehmen in Schleswig-Holstein auch in der Krise ein schneller und einfacher Finanzierungszugang erhalten bleibt.

Auf der Grundlage der bisher ausnahmslos positiven Erfahrungen mit dem „Kapital für Handwerk“ plant die MBG in 2010 zusammen mit der Bürgschaftsbank, ein „Kapital für Handel und Gewerbe“ aufzulegen und damit der Mittelstandsoffensive der Landesregierung einen weiteren Baustein hinzuzufügen.



Ausschnitt aus „WOBAU-Wohnanlage, Stockelsdorf/Lübeck“ von Kerstin Mempel, 76 x 50 cm



Immobilien

Wir unterstützen die Wohnungswirtschaft durch Finanzierungs- und Dienstleistungsangebote für Neubau und Sanierung sowie durch langfristig orientierte Entwicklung unserer Wohnquartiere. Wir bieten Lösungen, die ökologische Aspekte und die Ansprüche der Bevölkerung an bezahlbares, modernes und individuelles Wohnen erfüllen. Private Kunden unterstützen wir auf dem Weg zu den eigenen vier Wänden und integrieren die eigene Immobilie sinnvoll in die Altersvorsorge. Mit ihrem breiten Angebot hilft unsere Energieagentur, die seit 2009 im Bereich „Immobilien“ angesiedelt ist, bei der Einsparung von Energie und Kosten.



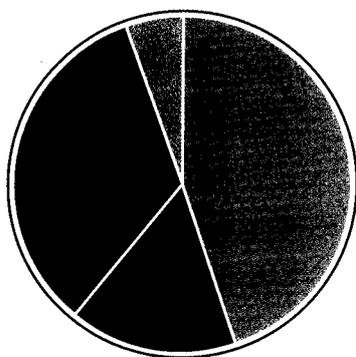
Immobilien

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Markt für Wohnraumfinanzierungen stark beeinflusst. Andere Marktteilnehmer mit veränderter Risikostruktur hielten sich zurück. Vor diesem Hintergrund konnten wir durch maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte, individuelle Beratungsleistungen und innovative Produktentwicklungen den Herausforderungen sehr erfolgreich begegnen. Den Menschen in Schleswig-Holstein halfen wir bei der Schaffung und Erhaltung von selbst genutztem Wohneigentum. Die Wohnungswirtschaft unterstützen wir bei der Errichtung und Modernisierung von Mietwohnungen. Wesentlich waren die Förderungen im Rahmen des Klimaschutzes. Als

Partner der Wohnungswirtschaft begleiten wir diese bei der langfristig orientierten Bestandsförderung und der ganzheitlichen Weiterentwicklung von Wohnquartieren.

Die Energieagentur der IB wechselte organisatorisch vom Bereich „Kommunen“ in den Bereich „Immobilien“. Dies trägt zum einen den sehr positiven Erfahrungen mit der Beratungsleistung IB.ImmobilienCheck Rechnung und zum anderen dem künftigen Arbeitsschwerpunkt Quartiersentwicklung. Ebenso ist heute der Einsatz erneuerbarer Energien beim Neubau oder bei der Modernisierung bestehender Immobilien kaum wegzudenken.

Neugeschäftsvolumen (inkl. Städtebauförderung) 2009



	KfW (rd. 255,0 Mio. €)
	IB-Fördermittel (rd. 92,3 Mio. €)
	Soziale Wohnraumförderung (rd. 190,9 Mio. €)
	Städtebauförderung (rd. 30,4 Mio. €)

Standardmengengeschäft

Die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklung des Neugeschäfts waren zunächst schwer einzuschätzen. Wir freuen uns daher sehr, dass sich unser Neugeschäft bei Eigentumsmaßnahmen außerordentlich erfolgreich entwickelt hat.

Soziale Wohnraumförderung

Die Soziale Wohnraumförderung wurde Anfang 2009 an die Erfordernisse des Wohnungsmarktes angepasst – insbesondere hinsichtlich der ökologischen Anforderungen. Die Erreichung bestimmter Energiestandards nach der Energie- und Einsparverordnung (EnEV) sind nun sowohl beim Erwerb bestehender Immobilien als auch bei Neubauten zwingende Voraussetzung. Die zinsgünstigen Darlehen mit einer Grundschuldabsicherung im nachrangigen Bereich führten auch 2009 zu einer verstärkten Nachfrage, so dass bereits Anfang März 2009 das Kontingent nahezu erschöpft war. Um weiterhin die Soziale Wohnraumförderung anbieten zu können, wurden Mittel aus dem Jahr 2010 vorgezogen. Insgesamt haben wir im Berichtsjahr 967 Wohneinheiten mit Mitteln des Landes gefördert. Damit wurden unsere Erwartungen deutlich übertroffen.

Allgemeine Wohnraumförderung

Die sehr gute Inanspruchnahme der Sozialen Wohnraumförderung hatte auch Auswirkungen auf den Absatz unserer IB-eigenen Fördermittel, mit denen wir die Finanzierungen unserer Kunden ergänzen. Die Nachfrage nach unseren Mitteln aus der Allgemeinen Wohnraumförderung, nach dem KfW Wohneigentumsprogramm sowie nach Modernisierungsmitteln der KfW (inkl. IB.WEGfinanz) verlief 2009 sehr gut. Somit konnten wir auch in diesem Bereich ein hervorragendes Ergebnis erzielen.

Zusammenarbeit mit Partnern intensiviert

Wie bereits in den Jahren zuvor ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit die Zusammenarbeit mit unseren Partnern. Diese bewegte sich bereits auf einem sehr hohen Niveau und konnte im Vorjahr auf Grund der veränderten Risikostrukturen bei anderen Banken noch vertieft werden. Durch die stetige Fort- und Weiterentwicklung unserer erfolgreichen Zusammenarbeit konnten wir 2009 als ein Ergebnis aus unserer Partnerbefragung das IB.PartnerForum einführen. Es dient dem regelmäßigen gemeinsamen Erfahrungsaustausch zwischen der IB und unseren Partnern und ist eine Plattform, um z. B. neue Ideen für eine weitere Verbesserung unseres gemeinsamen Vertriebes, innovative Produktgestaltung oder Optimierung von Aktivitäten für gemeinsame Kunden zu entwickeln und zu diskutieren.

Kunde als Maßstab unseres Handelns

Der Bereich Immobilien Mengenkundengeschäft ist nicht nur ein kompetenter Ansprechpartner, wenn es um die Realisierung von Kundenwünschen beim Erwerb oder Neubau einer Immobilie geht. Damit unsere Kunden auch nach Abschluss ihrer Verträge umfangreich betreut werden, steht seit dem 5. Oktober 2009 unser Team IB.Service Immobilien für die Wünsche unserer Bestandskunden zur Verfügung. Wir setzen damit unseren Weg zu einem modernen, auf die spezifischen Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichteten Dienstleister fort.



Individualgeschäft

Das Neugeschäft bei Sanierung und Neubau von Mietwohnungsbeständen entwickelte sich 2009 hervorragend. Wir förderten 3.255 Wohneinheiten. Der Schwerpunkt unseres Geschäfts lag dabei auf dem Neubau und auf kleineren Investitionsvorhaben.

Soziale Wohnraumförderung

Kennzeichnend für dieses Jahr war das am 1. Juli 2009 in Kraft getretene Schleswig-Holsteinische Wohnraumförderungsgesetz (SHWoFG), welches die traditionelle Wohnraumförderung, die in der Schaffung und Modernisierung von mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen besteht, mit der Quartiers- und Wohnumfeldförderung sowie dem Klimaschutz verbindet.

Die Nachfrage nach diesen Fördermitteln war 2009 sehr hoch. Die Soziale Wohnraumförderung konnte mit 2.288 Wohneinheiten belegt werden.

Allgemeine Wohnraumförderung

Die Nachfrage nach Durchleitung von KfW-Mitteln war sehr gut. Mit unseren Kooperationsdarlehen für Renditeobjekte und Garantien lagen wir deutlich über dem erwarteten Ergebnis.

Im Individualgeschäft gestalten sich die Finanzierungsfälle häufig sehr komplex, so dass eine frühzeitige Einplanung der Finanzierungsmittel notwendig ist. Die zinswirksame Inanspruchnahme dieser Mittel erfolgt meist zeitverzögert. Der Grund dafür ist die zunehmende Finanzierung im Rahmen von Wohnquartiersmaßnahmen mit einer mehrjährigen Durchführungsdauer. Damit ist es im Individualgeschäft generell schwierig, die Entwicklung des Neugeschäftes vorherzusehen.

Besondere Dienstleistungen im Umfeld von Wohnimmobilien

Im Mittelpunkt des Interesses der Eigentümer von vermietetem Wohnraum steht insbesondere die Sicherung der nachhaltigen Vermietbarkeit. Daher war auch im Jahr 2009 die Nachfrage nach unseren speziellen Dienstleistungen groß:

- ▶ Unser IB.ImmobilienCheck verbindet gebäudetechnische, betriebs- und finanzwirtschaftliche Aspekte geplanter Modernisierungs- und Sanierungsvorhaben und berücksichtigt den möglichen Einsatz von Fördermitteln.
- ▶ Unsere Software IB.Immolvest bildet komplexe Wohnungsbestände mit unterschiedlichen Investitionsszenarien zu unterschiedlichen Zeitpunkten ab und ermöglicht eine optimale finanzwirtschaftliche Beratung unserer Kunden.

Die Kommunen bzw. privaten Investoren stehen in den nächsten Jahren im Rahmen der Wohnungsbau- und Städtebauförderung vor bedeutenden Herausforderungen. Der Finanzierungsmittelbedarf sowie das Bedürfnis nach Finanzierungssicherheit bei Quartiersförderungen steigen. Um die Kommunen und Investoren bei ihren Vorhaben zu unterstützen, bieten wir diesen mit der Leistung IB.IntegrativeQuartiersentwicklung unser Förder-Know-how an und stehen damit für einen vernetzten, vielschichtigen und problembezogenen Lösungsansatz.

Städtebauförderung

Im Bereich der Städtebauförderung liegt der Schwerpunkt unserer Tätigkeiten nicht in einer gezielten Beobachtung des Marktes und entsprechender Kundenakquisition, sondern in dem korrekten Einsatz der bewilligten Mittel.

Neben den bisherigen vier Standardprogrammen „Sanierung und Entwicklung“, „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ und den bestehenden Landesprogrammen wurde in diesem Jahr das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ zum ersten Mal in Schleswig-Holstein in die Förderung aufgenommen.

Der Bewilligungsrahmen 2009 betrug insgesamt 23,6 Mio. € und ist somit um 14,5 % höher als im Jahr 2008. Zusätzlich konnten freigewordene bzw. zurückgeflossene Finanzhilfen von zusammen 5 Mio. € wieder eingesetzt werden. Hinzu kamen in den beiden bestehenden Landesprogrammen „Städtebauförderung“ bereitgestellte Landesmittel

von 1,8 Mio. €, so dass sich für 2009 ein Bewilligungsvolumen der vorgenannten Städtebauförderungsprogramme von rd. 30,4 Mio. € ergibt. Die Fördermittel sind vollständig bewilligt worden.

Die Abrufe der Fördermittel erfolgten überwiegend im 4. Quartal. Alle für 2009 bewilligten Fördermittel wurden abgerufen und konnten bis zum Jahresende ausgezahlt werden.

Mit der Abwicklung der Förderbereiche Städtebau und kommunale Straßen (Lärmschutzmaßnahmen) innerhalb des Zukunftsinvestitionsprogramms 2009–2011 (Konjunkturpaket II) wurden wir in 2009 beauftragt. Für einen ersten Teil der in einem zweistufigen Antragsverfahren ausgewählten Projekte konnten bislang 11,3 Mio. € bewilligt werden.

Von den gebundenen Fördermitteln gelangten bislang rd. 1 Mio. € an Bundes- und Landesmitteln zur Auszahlung.

IB.Energieagentur

Die nach wie vor hohe Abhängigkeit von Energieimporten, die Erreichung der Klimaschutzziele der EU und des Bundes sowie die Umsetzung der Energiestrategie des Landes bedeuten enorme Herausforderungen für die Energieinnovation. Mit ihren Tätigkeitsschwerpunkten Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Einsatz regenerativer Energieträger bietet die Energieagentur mehr denn je Lösungen an, wie die Energiekosten dauerhaft gesenkt und das Klima nachhaltig geschützt werden können.

Zu den Partnern der Energieagentur zählen sowohl Kommunen, Wohnungsunternehmen, Banken und Sparkassen als auch Gewerbebetriebe, Stadt- und Gemeindewerke. Das Dienstleistungsspektrum reicht dabei von der Erstellung technisch-organisatorischer Konzepte mit Darstellung von Energieeinsparungsmöglichkeiten und Handlungsempfehlungen, Heizkostenvergleichen und Wirtschaftlichkeitsanalysen über die Beratung in Förder- und Finanzierungsfragen bis hin zur Ausschreibungsunterstützung und Projektkoordination.



Mit IB.EnergieCheck bietet die Energieagentur den Kommunen und Gewerbebetrieben im Land eine Beratungssoftware, die Daten über Energieverbräuche und deren Kosten aufzeigt sowie die Energieeinsparpotentiale in Gebäuden, technischen Einrichtungen und bei Produktionsprozessen offenlegt. Gleichzeitig bildet dieses EDV-Tool ein wichtiges Instrument für die Einführung und Umsetzung von Energiemanagement, Energiecontrolling und die Erstellung von Energieausweisen. Eine wichtige Zielsetzung ist dabei die Entlastung gerade der öffentlichen Haushalte von ständig steigenden Energiekosten. Allein in mehr als 40 Kommunen in Schleswig-Holstein kommt IB.EnergieCheck zum Einsatz bzw. wird in Form einer Dienstleistung von der Energieagentur durchgeführt.

Einen neuen Schwerpunkt bildeten im Berichtsjahr die Klimaschutzkonzepte für kommunale Einrichtungen. Gefördert mit bis zu 80 % aus Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt dienen sie dazu, eine verlässliche Datenbasis zur Beschreibung des Ist-Zustandes zu schaffen und die Kommunen beim Aufbau von Energiecontrolling-Strukturen und bei der Erarbeitung von Maßnahmenkatalogen für Gebäudesanierungen sowie bei der Anwendung rationeller Versorgungstechnologien zu unterstützen. Auf diese Weise tragen die Kommunen in Schleswig-Holstein dazu bei, einem ganzheitlichen Betrachtungsansatz gerecht zu werden.

Neben der konsequenten Nutzung der Energieeinspar- und Effizienzpotenziale müssen regenerative Energien viel intensiver als bisher genutzt werden. Insbesondere der Bereich Bioenergie bietet noch erhebliche Ressourcen. Die Energieagentur hat hierzu neben den Ministerien auch Planer, Betreiber, potentielle Investoren, Banken und Sparkassen in allen Fragen der Bioenergienutzung beraten: von der Potentialabschätzung über Finanzierung und Förderung bis hin zur wirtschaftlichen Bewertung und Risikoabschätzung. Anerkannt wird insbesondere die neutrale und fachkundige Unterstützung.

Die Beratungsdienstleistungen der Energieagentur wurden 2009 auch außerhalb Schleswig-Holsteins in Anspruch genommen. Landes- und Bundesministerien, Stiftungen und Unternehmen aus dem Energie- und Gebäudesanierungsbereich suchten die Energieagentur als erfahrenen Partner. Zusammen mit Projektpartnern aus anderen EU-Staaten bringt die Energieagentur in derzeit 3 EU-Projekten ihr Know-how und ihre Erfahrung ein. Überdies unterstützt die Energieagentur das Land bei der Wahrnehmung seiner energiepolitischen Interessen in der Ostseekooperation.

Ausblick Mengengeschäft

Schwer abzusehen sind derzeit die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklung des Neugeschäfts des Bereichs Immobilien in 2010. Wir hoffen aber, dass sich der positive Trend des Jahres 2009 weiter fortsetzt und viele Eigenheimkunden ihre Alterssicherung in Immobilien vornehmen.

Mit unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wollen wir uns den Herausforderungen des dynamischen Immobilienmarktes stellen, um unseren Kunden und Partnern in jeglicher Hinsicht ein lösungsorientierter, kompetenter und vertrauensvoller Finanzierungspartner zu sein.

Soziale Wohnraumförderung

Wir erwarten, dass die Fördermittel auch weiterhin attraktiv für unsere Kunden sind und somit auch 2010 guten Absatz finden werden.

Allgemeine Wohnraumförderung

Aufgrund des sehr guten Geschäftsergebnisses 2009 planen wir das Neugeschäftsvolumen für die Allgemeine Wohnraumförderung in den Folgejahren mit einer steigenden Tendenz.

Nach einer Vielzahl bereits geführter Beratungsgespräche rechnen wir bezogen auf IB.WEGfinanz für die nächsten zwei Jahre mit einem sehr guten Geschäftsverlauf.

Immobilienrente

Mit dem Austritt aus dem Berufsleben geht das laufende Einkommen der meisten Haushalte spürbar zurück. Die laufenden Aufwendungen für die Immobilie bleiben bestehen. Hinzu können erhebliche Investitionsbedarfe kommen: zum einen für regelmäßig anfallende Instandhaltungsmaßnahmen zum anderen beispielsweise für den barrierefreien Umbau der Immobilie.

Vor diesem Hintergrund haben wir in Zusammenarbeit mit dem VÖB (Bundesverband Öffentlicher Banken) und anderen bundesdeutschen Förderbanken die Immobilienrente (Rückwärtshypothek) konzipiert. Die konkrete Produktentwicklung für unser Haus ist weitgehend abgeschlossen. Wir gehen davon aus, die Immobilienrente ab Frühjahr 2010 anbieten zu können.

Ausblick Individualgeschäft und Städtebauförderung

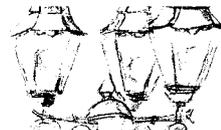
Der demografische Wandel in Deutschland, die Migration und die innerdeutschen Wanderungsbewegungen bringen viele Herausforderungen mit sich. Vor allem die Stadt- bzw. Wohnquartiersentwicklung steht in den nächsten Jahren vor großen strukturellen Veränderungen. Um diese Veränderungen positiv nutzen zu können, sind nicht nur komplexe Denkansätze mit unterschiedlichen regionalen Ansprüchen und Zukunftsszenarien erforderlich, sondern auch die Vernetzung von Wohnraum- und Städtebauförderung. Daher werden wir uns auch in 2010 intensiv mit diesen Aufgabenfeldern beschäftigen. Ziel ist es, die geänderten Ansprüche an Wohnformen (z.B. Singlehaushalte), das Schaffen bzw. den Erhalt von Wohnraum, die Energieeinsparung und den Klimaschutz sowie die Verbesserung des Wohnumfeldes durch Nutzung von Fördermitteln wirtschaftlich rentabel zu gestalten.

Soziale Wohnraumförderung

Die vielen positiven Kundengespräche belegen, dass die Nachfrage auch in den kommenden Monaten bzw. Jahren sehr hoch bleiben wird.

Allgemeine Wohnraumförderung

Wir sehen ein hohes Interesse an den Themen Klimaschutz, Demografie und Wohnquartiersentwicklung. Als Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein ist es unsere Aufgabe, die notwendigen Förderungen und Finanzierungen soweit möglich zu gewährleisten.



Dienstleistungen

Wir werden auch in den Folgejahren unsere erfolgreichen Beratungsdienstleistungen mit Blick auf die Kundenorientierung verbessern und weiterentwickeln.

Städtebauförderung

Die Entwicklung der Städtebauförderung in Schleswig-Holstein für die kommenden Jahre ist zurzeit schwer vorherzusagen. Die Standardprogramme werden auch 2010 weitergeführt. In 2010 wird das neue Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ erstmals aufgelegt.

Ausblick IB.Energieagentur

Die Energieagentur sieht in folgenden Bereichen die wesentlichen Ansätze zur Ertragsentwicklung und Geschäftsfelderweiterung für 2010:

- ▶ Immobilienberatung (IB.ImmobilienCheck, Quartiersentwicklung),
- ▶ Nutzung regenerativer Energien (Erstellung von Expertisen für Banken und Sparkassen bei Biomasse und Photovoltaikprojekten, Dienstleistungen für das Land),
- ▶ Beratung von Kommunen (Klimaschutzkonzepte, Wegenutzungsverträge und Übernahme von netzgebundener Infrastruktur, Energiecontrolling),
- ▶ Internationale Projekte (Geschäftsfelderweiterung für Stadtwerke, EU-Projekte).





Ausschnitt aus „Inselchule Fehmarn, Burg auf Fehmarn“ von Kerstin Mempel, 151 x 49 cm



Kommunen/ Infrastruktur

Wir beraten unsere kommunalen Kunden und entwickeln maßgeschneiderte Finanzierungslösungen. Besonders im Sektor der Stadt- und Gemeindegewerke und bei Infrastrukturmaßnahmen werden unsere Beiträge, die wir partnerschaftlich mit anderen Kreditinstituten leisten, immer wichtiger. Wir bieten außerdem kompetente Unterstützung für die Planung und Umsetzung von ÖPP-Vorhaben.

Kommunen/Infrastruktur

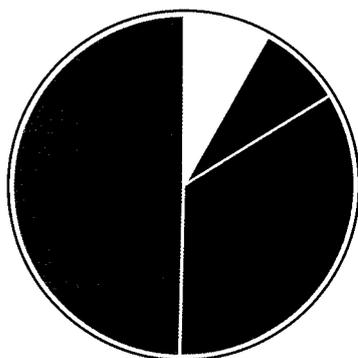
Für die Bereiche Kommunalkreditgeschäft und Kommunalnahe Unternehmen verlief das Jahr 2009 in seiner Entwicklung zweigeteilt. Aufgrund der allgemeinen Kapitalmarktsituation für langfristige Finanzierungen fiel das Neugesäftsvolumen im ersten Halbjahr zunächst geringer aus. Im zweiten Halbjahr wurden unsere Erwartungen erfüllt bzw. zum Teil übertroffen. Insgesamt konnte die Planung aus 2008 aber dadurch nicht mehr ganz erreicht werden. Das ÖPP-Kompetenzzentrum der IB konnte trotz ungünstiger Rahmenbedingungen den Abschluss von weiteren ÖPP-Verträgen begleiten. Alles in allem unterstützten wir auch in diesem schwierigen Jahr unsere Kunden bei der Zielfindung sowie bei der Durchführung der Finanzierungen und füllten somit unsere klassische Rolle als Förderbank sehr gut aus.

In Erwartung der negativen konjunkturellen Veränderungen und der dagegen aufgelegten Konjunkturprogramme haben unsere Kunden 2009 ihre kommunalen Projekte zeitlich geschoben. Ihre volle Wirkung dürften die Programme nach unseren Beobachtungen in 2010 entfalten. Dies sollte der wei-

teren wirtschaftlichen Stabilisierung dienlich sein. Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld, in dem Kommunen auf Kreis- oder Ämterebene die Zusammenarbeit insbesondere mit den Stadtwerken suchen und eigene Lösungen forcieren, ist die Breitbandversorgung der ländlichen Regionen. Wir haben dieses Thema im Schulterschluss mit der Landesregierung aufgegriffen und wollen dazu Lösungen anbieten.

Kommunalnahe Unternehmen sahen sich ebenfalls teilweise dazu gezwungen, Projekte zu strecken oder zu streichen. Dies resultierte einerseits aus der weiterhin schwierigeren Suche nach geeigneten Finanzierungspartnern, andererseits aber auch aus sich abzeichnenden oder bereits eingetretenen Umsatzrückgängen. Der bereits erkennbare Trend zur Rekommunalisierung wurde 2009 greifbar, z. B. die vielfachen Bewerbungen um die Übernahme von Strom- und Gasnetzen durch kommunale Versorger. Man kann von einem erstarkten Selbstbewusstsein dieser Unternehmen sprechen. Diesen Trend wollen wir begleiten und fördern – wenn dies wirtschaftlich sinnvoll ist.

Neugesäftsvolumen Förderkredite 2009



- Kommunaler Investitionsfonds (58,2 Mio. €)
- Krankenhausfinanzierung¹⁾ (56,3 Mio. €)
- Kommunalnahe Unternehmen (242,4 Mio. €)
- Kommunalarlehen (351,1 Mio. €)

¹⁾ einschließlich Fachkliniken/Behinderteneinrichtungen

Kommunalkreditgeschäft

Die Zielerreichung in der Neugeschäftsentwicklung liegt mit rd. 351 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Insbesondere das letzte Quartal des Vorjahres muss aber in der Rückschau auch als außergewöhnlich bezeichnet werden. Die Kapitalmarktsituation zu Beginn des Jahres ließ uns eine vorsichtigeren Refinanzierungsstrategie wählen. Wir

konnten für unsere kommunalen Kunden sehr attraktive Finanzierungsmöglichkeiten anbieten. Die Mittelallokation, d. h. der Einsatz der unterschiedlichen Refinanzierungsquellen (Europäische Investitionsbank, Landwirtschaftliche Rentenbank, KfW und eigene Schuldscheine) wurde neu strukturiert und damit das Geschäft deutlich ertragreicher.

Kommunalnahe Unternehmen

Die herausragende Bedeutung der mehrheitlich öffentlichen Unternehmen bei der Erhaltung und Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur hält an. Die in den Vorjahren einsetzende Entwicklung ist 2009 erstmals in konkrete Investitionen umgesetzt worden, die wir mitfinanzieren konnten.

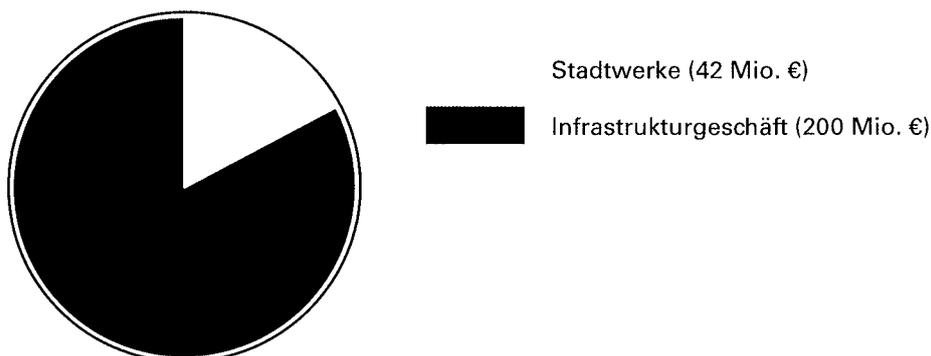
Mit einem Neugeschäft von rd. 242 Mio. € und einer etwa ebenso hohen Valutierung wurden unsere Erwartungen im Segment der kommunalnahen Unternehmen erneut weit übertroffen. Wir haben an herausragenden Projekten mitgewirkt und Investitionsmaßnahmen im Wert von 1.238 Mio. € unterstützt. Dieses Ergebnis ist aber auch geprägt von zwei größeren Einzelabschlüssen, die in die-

ser Größenordnung wohl nicht wiederholbar sein dürften. Wir gehen für 2010 trotzdem wieder von einem vorsichtigeren Wachstum aus.

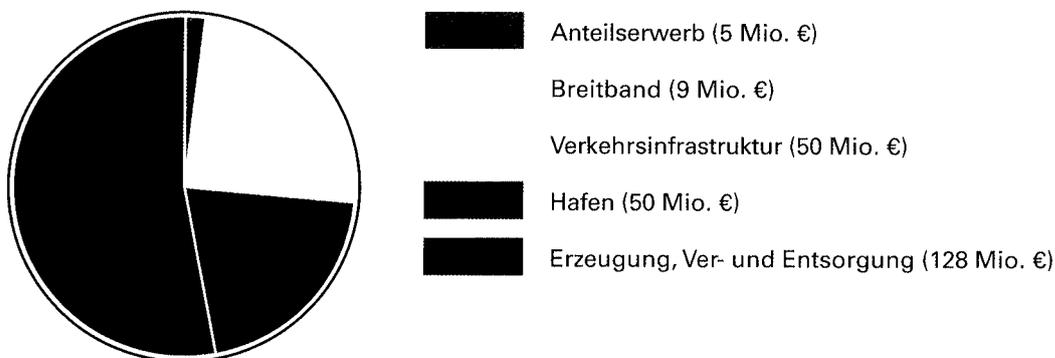
Infrastruktur-Projektfinanzierungen

In 2009 haben wir das Projektfinanzierungsgeschäft aus der bestehenden Beratungseinheit in die Finanzierungseinheit integriert und eine neue strategische Ausrichtung beschlossen. Basierend auf dieser Strategie ist es gelungen, eine gute Positionierung zu erreichen. Einzelne Geschäftsabschlüsse konnten ebenfalls bereits verbucht werden (2009: 6 Mio. €).

Neugeschäftsvolumen kommunalnahe Unternehmen 2009 nach Branche



Neugeschäftsvolumen kommunalnahe Unternehmen 2009 nach Inhalt der Investition



Beratung Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum

Das Beratungsgeschäft des ÖPP-Kompetenzzentrums war 2009 geprägt von der Begleitung einer Vielzahl größtenteils bereits 2008 angestoßener ÖPP-Vergabeverfahren. Die Inangangsetzung neuer Maßnahmen verlief zögerlich: Einerseits erschwerte die Kapitalmarktsituation langfristige Finanzierungen, andererseits dämpften die Konjunkturprogramme und der damit verbundene Zeitdruck das Interesse an alternativen Beschaffungsvarianten. Dennoch konnten auch 2009 ÖPP-Projekte unter Mitwirkung der IB erfolgreich umgesetzt werden.

Für ein weiteres Schulbauvorhaben, die Inselschule in Fehmarn, sowie ein weiteres Sporthallenprojekt, die Mehrzweckhalle in Mölln, konnten ÖPP-Verträge geschlossen werden. Daneben konnte mit dem Erweiterungsbau der Universität in Flensburg eines der wenigen Projekte im öffentlichen Hochschulbau als ganzheitliches Betreibermodell mit einer Laufzeit von 25 Jahren realisiert werden.

Ebenfalls konnten zwei wegweisende Landesprojekte als ÖPP-Modell umgesetzt werden. Es handelt sich zum einen um das erste Vorhaben im Landes-

straßenbau in Schleswig-Holstein. Hier wurde die Erneuerung der 30 Kilometer langen Strecke sowie die anschließende Erhaltung im Rahmen eines 30-jährigen Bau- und Betreibervertrages an einen privaten Partner vergeben. Das ÖPP-Projekt L 192 gehört mit einem Wirtschaftlichkeitsvorteil von mehr als 18 % gegenüber einer konventionellen Beschaffung zu den wenigen Projekten im Bundesgebiet, die bisher auf dieser Basis realisiert wurden.

Leitfaden „Finanzierungspraxis bei ÖPP“

Die Veröffentlichung des Leitfadens „Finanzierungspraxis bei ÖPP“ stellt einen weiteren Meilenstein in Bezug auf die Grundlagenarbeit des ÖPP-Kompetenzzentrums dar. Der an Projektträger gerichtete Leitfaden wurde in enger Zusammenarbeit mit der NRW.BANK im Auftrag des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums erstellt. Er soll das Verständnis für die häufig komplexen Finanzierungsfragen im Rahmen einer ÖPP-Maßnahme schärfen und den Umgang hiermit erleichtern sowie die individuellen Projekt- und Risikostrukturen optimieren.

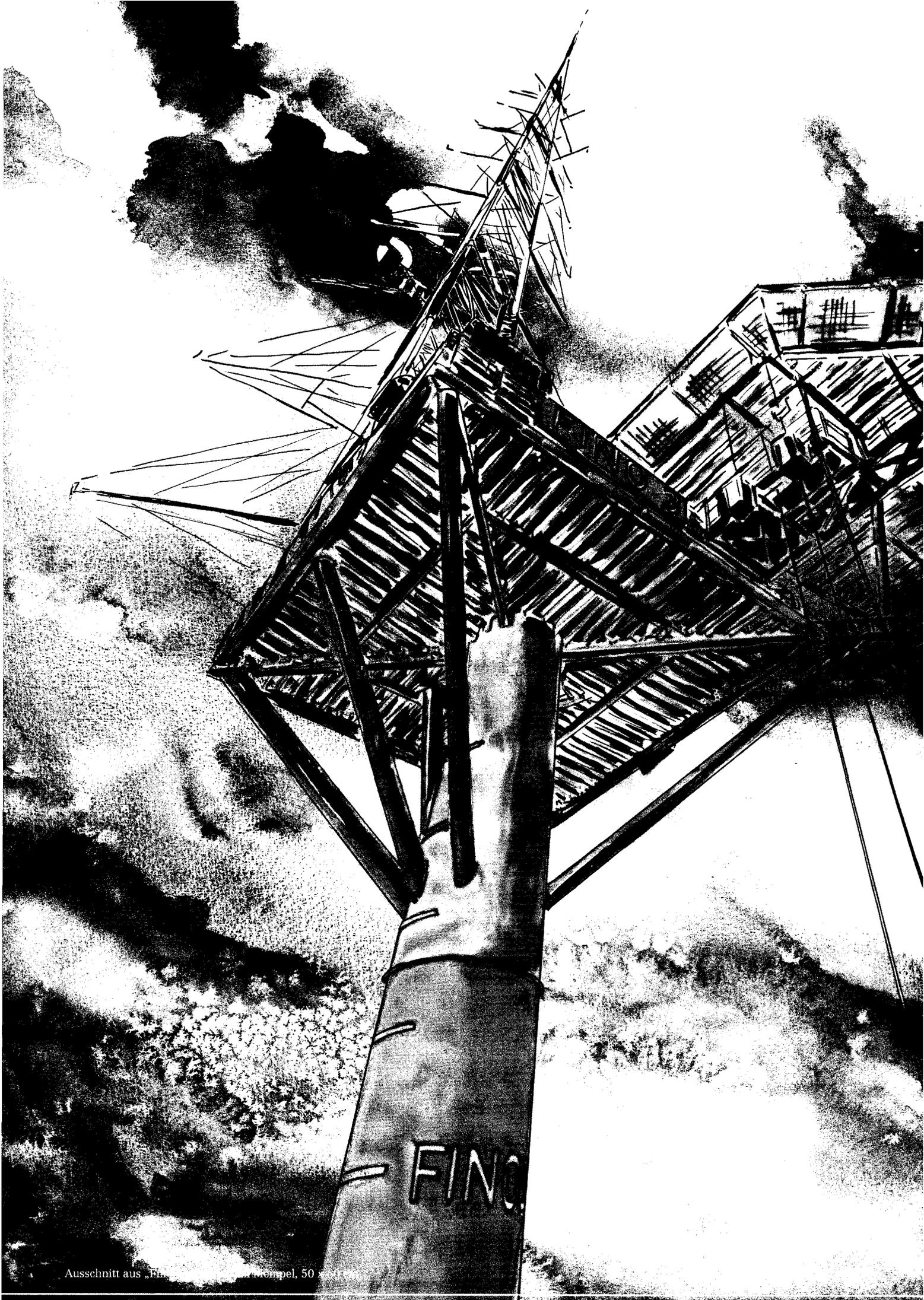


Ausblick

Unsere Bedeutung als Partner und Förderer im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen ist immer wichtiger geworden. Wir gehen daher im Infrastrukturfinanzierungsgeschäft von einem weiteren stetigen Wachstum des Bestandsvolumens aus. In 2010 rechnen wir in Schleswig-Holstein mit der Durchführung größerer Investitionen in die Breitbandinfrastruktur. Wir streben eine nennenswerte Finanzierungsbeteiligung unseres Hauses zusammen mit den Hausbanken an. Dazu bereiten wir ein maßgeschneidertes Produkt mit unseren Partnern auf europäischer und auf Bundesebene vor. Zielsetzung ist es dabei auch, diese langfristigen Investitionen für andere Kreditinstitute leichter finanzierbar zu gestalten.

Vor dem Hintergrund, dass das Konjunkturpaket II seine volle Wirkung im Laufe des Jahres 2010 entfalten dürfte, wird spätestens für das Jahr 2011 mit einer Belebung der ÖPP-Nachfrage gerechnet. Allerdings sollte es bei ÖPP-Frühphasenberatungen bereits 2010 einen steigenden Bedarf geben.

Wichtig erscheint es, weiter an der Optimierung der Finanzierungsbedingungen für ÖPP-Modelle zu arbeiten bzw. darauf zu drängen, dass die Finanzierung gegenüber einer konventionellen Beschaffung keine Nachteile erfährt. Gemeinsam mit den übrigen Förderinstituten des PartnerRegio-Netzwerkes beabsichtigt die IB, die Entwicklung ergänzender Produktansätze voranzutreiben.



Ausschnitt aus „Finch“ von Peter Mempel, 50 x 70 cm, 1988



Arbeitsmarkt- und Struktur- förderung

Im Auftrag des Landes Schleswig-Holstein managen wir zentral eine Vielzahl von Förderprogrammen. Hierzu zählen insbesondere mehrere wesentliche Aufgabenfelder im Zusammenhang mit dem von Bund und Land im Jahr 2009 neu aufgelegten „Konjunkturpaket II“ sowie das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und das „Zukunftsprogramm Arbeit“, mit denen die EU, der Bund und das Land Schleswig-Holstein in der Förderperiode 2007–2013 wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse setzen.



Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung führt das Förderprogramm-Management für das Land Schleswig-Holstein durch. Art und Umfang der vielfältigen Aufgaben bezogen auf die unterschiedlichen Programme ergeben sich aus den jeweiligen zwischen dem Land und der IB abgeschlossenen Aufgabenübertragungsverträgen.

In der Förderperiode 2007–2013 bilden das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ (Zuständigkeit der IB für regionale Projekte und einzelbetriebliche Investitionsförderung) und das „Zukunftsprogramm Arbeit“ die beiden umfangreichsten Programme, die der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung managt. Sie werden u.a. aus den EU-Strukturfonds kofinanziert, das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und das „Zukunftsprogramm Arbeit“ aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Im Rahmen beider Zukunftsprogramme sind Förderungen nach zahlreichen unterschiedlichen Richtlinien für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen,

Beschäftigte in KMU, Kommunen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Kammern, Verbände u.a. möglich. Die Programm-Abwicklung wird in enger Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr („Zukunftsprogramm Wirtschaft“) und dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit („Zukunftsprogramm Arbeit“) wahrgenommen.

Als weiterer Tätigkeitsschwerpunkt sind 2009 umfangreiche Programm-Management- und Controlling-Aufgaben auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes („Konjunkturpaket II“) neu hinzugekommen. Hier ist die Organisationseinheit Strukturförderung u.a. zuständig für die Förderung von Investitionen in Bildungsinfrastruktur. Neben den primär konjunkturpolitischen Zielen als Antwort auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verfolgen Bund und Land als Mittelgeber mit dieser Förderung auch umwelt- und energiepolitische Ziele, also insbesondere Klimaschutzziele.

Konjunkturpaket II

Im Rahmen des „Konjunkturpakets II“ werden u. a.

- * Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur
- * Schulinfrastruktur und
- * Weiterbildungseinrichtungen

gefördert, wobei in den beiden letztgenannten Bereichen der Schwerpunkt auf der energetischen Sanierung liegt. Antragsberechtigt sind die jeweiligen Träger.

Aus dem im Rahmen des „Konjunkturpakets II“ für Investitionen in Bildungsinfrastruktur bereitstehenden Gesamtvolumen von rd. 159,8 Mio. €

konnte die Organisationseinheit Strukturförderung im Jahr 2009 348 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von rd. 65,5 Mio. € aussprechen, wodurch Gesamtinvestitionen in Höhe von rd. 93,3 Mio. € ausgelöst wurden.

Neben der Programmabwicklung nach den Investitionen in Bildungsinfrastruktur betreffenden Richtlinien nimmt die Organisationseinheit Strukturförderung in enger Abstimmung mit dem Finanzministerium auch die Auszahlungen und das Controlling für sämtliche Fördermaßnahmen nach dem „Konjunkturpaket II“ wahr.

Zukunftsprogramm Wirtschaft

Das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ ermöglicht die Förderung regionaler Projekte und betrieblicher Investitionen im gesamten Landesgebiet. Die Schwerpunkte des Programms liegen auf

- ▶ der Stärkung von Wissen und Innovation,
- ▶ der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Stärkung der unternehmerischen Basis,
- ▶ dem Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung sowie
- ▶ der Entwicklung der spezifischen regionalen Potenziale.

In diesem größten Wirtschaftsförderprogramm des Landes werden in der Förderperiode 2007–2013 Fördermittel in Höhe von rund 752 Mio. € gebündelt. Davon entfallen 374 Mio. € auf Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), rund 173 Mio. € auf Mittel aus der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zuzüglich eines GRW-Sonderprogramms in Höhe von rund 30 Mio. € aus dem „Konjunkturpaket I“ und rund 175 Mio. € auf ergänzende Landesmittel.

Im Jahr 2009 wurden 42 regionale Projekte mit einem Fördervolumen von rd. 32,5 Mio. € unterstützt, wodurch das Land Schleswig-Holstein als Wirtschafts- und Tourismusstandort gestärkt wurde.



ZUKUNFTSprogramm Wirtschaft

Investition in Ihre Zukunft

In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung hat die Organisationseinheit Strukturförderung 2009 149 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rd. 43,8 Mio. € ausgesprochen, mit denen Erweiterungen, Neuerrichtungen und Modernisierungen von Betriebsstätten gefördert wurden. 34 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von 4,2 Mio. € entfielen auf das Hamburg-Rand-Gebiet, das in der Förderperiode 2007–2013 ebenfalls förderfähig ist. Durch die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft wurden Gesamtinvestitionen in Höhe von rd. 312,9 Mio. € ausgelöst, durch die in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, 1.126 Dauerarbeitsplätze neu geschaffen und 4.622 gesichert werden konnten.

Aufgrund des Einsatzes von EFRE-Mitteln unterliegt die Tätigkeit im Rahmen des „Zukunftsprogramms Wirtschaft“ der Überprüfung durch die EU-Kommission. Anlässlich einer im Jahr 2009 durchgeführten Prüfung haben deren Beauftragte der Organisationseinheit Strukturförderung eine in jeder Hinsicht erfolgreiche, den maßgebenden EU-, bundes- und landesrechtlichen Vorschriften entsprechende Arbeit bescheinigt.

www.ib-sh.de/zukunftsprogramm-wirtschaft

Zukunftsprogramm Arbeit

Das „Zukunftsprogramm Arbeit“ bündelt die Förderangebote der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktpolitik in den Jahren 2007–2013. Mittelgeber sind das Land Schleswig-Holstein und die Europäische Union. Aus dem „Zukunftsprogramm Arbeit“ gefördert werden u. a. kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger, die nur schwer auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können, Existenzgründerinnen und -gründer, Auszubildende sowie Schülerinnen und Schüler. Das Programmvolumen in der Förderperiode 2007–2013 umfasst voraussichtlich insgesamt rd. 288 Mio. €. Davon stammen rd. 100 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

Das „Zukunftsprogramm Arbeit“ umfasst folgende Förderschwerpunkte:



ZUKUNFTSprogramm Arbeit

Investition in Ihre Zukunft

- ▶ Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen,
- ▶ Verbesserung des Humankapitals,
- ▶ Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen.

Aus dem in der Förderperiode 2007–2013 aus ESF- und Landesmitteln für Investitionen in Weiterbildung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration zur Verfügung stehenden Gesamtbudget wurden 2009 von der Organisationseinheit Arbeitsmarktförderung rd. 28 Mio. € für 1.850 Vorhaben nach den 14 unterschiedlichen Aktionen bewilligt.

www.ib-sh.de/zukunftsprogramm-arbeit

Meister-BAföG

Mittel des Bundes und des Landes für Fortbildungsmaßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG – sog. „Meister-BAföG“) konnten im Jahr 2009 rd. 2.660 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bewilligt werden. Die Zahl der geförderten Personen hat sich damit gegenüber dem Vorjahr nochmals um 20 % erhöht. Die bewilligten Mittel dienen der Weiterqualifizie-

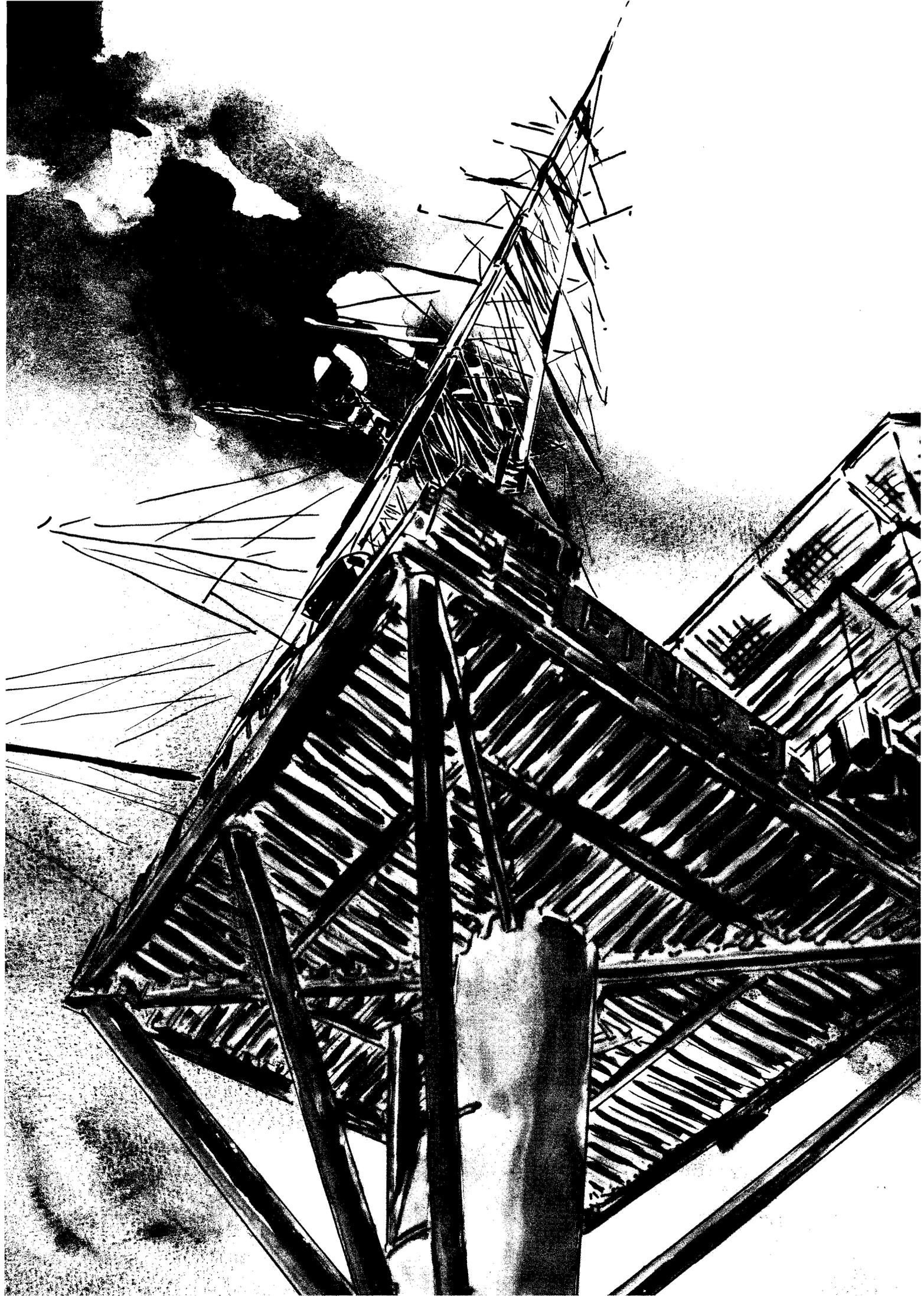
rung von Fachkräften und insbesondere der Vorbereitung auf die Meisterprüfung im Handwerk. Der Mitteleinsatz erleichtert den Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Weg in die Selbstständigkeit bzw. erhöht ihre Chancen am Arbeitsmarkt.

www.ib-sh.de/meister-bafog

Ausblick

Grundsätzlich wird für die beiden Zukunftsprogramme im Jahr 2010 von konstanten und im Bereich der einzelbetrieblichen Förderung konjunkturbedingt von leicht rückläufigen Antragszahlen ausgegangen.

Beim „Meister-BAföG“ wird für 2010 ein weiterer Anstieg der Zahl der Förderanträge erwartet.



Bundesförderung

Durchleitungsneugeschäft auf Rekordniveau

Die IB ist Durchleitungsinstitut für Bundesförderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) im Bankenleitweg zu den Sparkassen in ihrer Region.

Das Neugeschäft erreichte mit 676 (Vj. 462) Mio. € ein bisher noch nicht erzieltes Niveau. Die Steigerung betrug 214 Mio. € oder 46 %. Motor des Geschäftes waren hauptsächlich Finanzierungen von energetischen Investitionen, insbesondere von Photovoltaik- und Windkraftanlagen. Diese Fördermittel stammten größtenteils von der KfW, aber auch von der LR.

Wir haben ein außergewöhnliches Jahr mit einigen Sonderfaktoren hinter uns. Als eine der Maßnahmen zur Krisenbewältigung hat die Bundesregierung die KfW 2009 großzügig mit Haushaltsmitteln ausgestattet. Sehr günstige Enddarlehensnehmerzinssätze für Private, Wirtschaft und Kommunen waren die Folge. Für das Durchleitungsgeschäft war zudem von großer Bedeutung, dass die Rahmenbedingungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes rentable Investitionen ermöglichten bzw. angekündigte Veränderungen Vorzieheffekte auslösten.

Ein Blick auf die Strukturen unseres Geschäftes zeigt, dass 58 (Vj. 63) % des Neugeschäftes dem gewerblichen Sektor zuzuordnen sind, 27 (Vj. 31) % dem Immobiliengeschäft und 15 (Vj. 6) % dem von der LR geförderten landwirtschaftlichen Sektor.

Träger unseres Wachstums war auch 2009 das gewerbliche Fördergeschäft der KfW. Bei der Förderung von Investitionen des gewerblichen Mittelstandes ragten heraus: Energetische Investitionen, insbesondere in Photovoltaik- und Windkraftanlagen (KfW-Programm Erneuerbare Energien) und allgemeine Investitionen in das Anlagevermögen (KfW-Unternehmerkredit). Das KfW-Sonderprogramm nahm in Schleswig-Holstein keine bedeutende Rolle ein, da sich das bestehende Förderinstrumentarium bewährte und eine Kreditklemme nicht existierte.

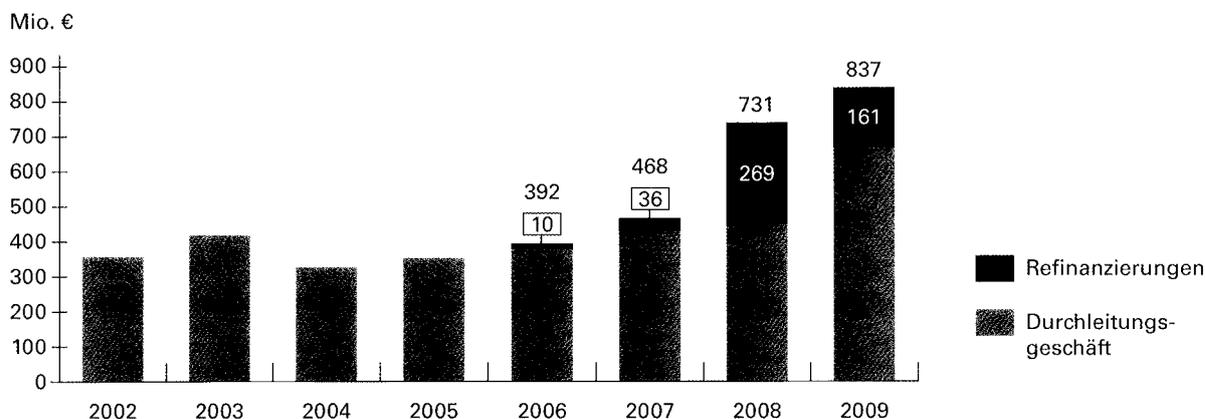
Die Darlehensprogramme der KfW zur Finanzierung wohnwirtschaftlicher Investitionen sind den Investoren gut bekannt und waren auch 2009 mit attraktiven Konditionen ausgestattet. Einen Schwerpunkt bildeten die Finanzierungen ökologischer Investitionsmaßnahmen, wie z.B. die Sanierung von Häusern zum KfW-Effizienzhaus, die Durchführung einzelner Sanierungsmaßnahmen, etwa die Wärmedämmung von Außenwänden oder von Dächern (jeweils Energieeffizient Sanieren), oder die Errichtung von KfW-Effizienzhäusern (Energieeffizient Bauen). Hohe Bedeutung hatte auch der Bau und Erwerb von selbst genutztem Wohnraum (KfW-Wohneigentumsprogramm) sowie die Finanzierung allgemein wohnwirtschaftlicher Investitionen (KfW-Wohnraum Modernisieren Standard).

Die Kleinteiligkeit des Durchleitungsgeschäftes wird bei den wohnwirtschaftlichen Förderprogrammen der KfW deutlich. Mit 57 (Vj. 64) % der Stückzahlen bewilligter Darlehen erreichten wir lediglich einen Anteil von 27 (Vj. 31) % des Neugeschäftes.

Der Einsatz von Fördermitteln der LR boomte 2009 regelrecht. Wir verzeichneten einen Anstieg um 75 Mio. € auf 102 (Vj. 27) Mio. €. 45 % unseres Neugeschäftes waren Finanzierungen von energetischen Maßnahmen, insbesondere Investitionen in Photovoltaikanlagen.

Wir leiteten per 31.12.2009 wie im Vorjahr an 21 Sparkassen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Fördermittel der KfW und der LR weiter. Fusionen waren 2009 nicht zu verzeichnen. Darüber hinaus refinanzierten wir – zum Teil mit KfW-Mitteln – die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (siehe Kapitel MBG) und leiteten an sie Kapitalbeteiligungsmittel aus dem Europäischen Risikokapitalfonds für Schleswig-Holstein (EFRE I, EFRE II) und aus dem Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein weiter (siehe Kapitel Wirtschaft).

Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. € (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Ein Blick auf die Neugeschäftsentwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass mit Umsätzen von 837 Mio. € (2009) und 731 Mio. € (2008) in beiden Jahren ein außergewöhnlich hohes Niveau er-

reicht wurde. Die Refinanzierungen haben sich etabliert und sind für die IB ein bedeutender Faktor geworden. Das Durchleitungsneugeschäft erreichte 2009 mit 676 Mio. € Rekordniveau.

Refinanzierungen: Stärkung des Mittelstandes

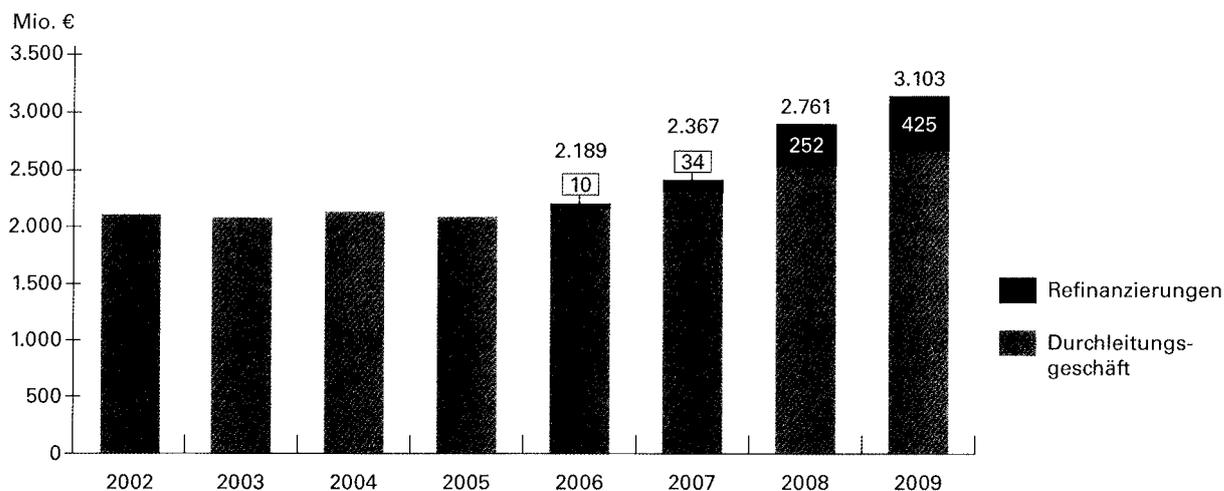
Die Refinanzierungen sind mit den Produkten IB.Einzelrefi und IB.Global Mittelstand das zweite Geschäftsmodell der Bundesförderung. Wir gewähren Banken und Sparkassen Förderkredite zur Weiterleitung an mittelständische und kommunal-nahe Unternehmen sowie Immobilienerwerber, um Investitionen im Geschäftsgebiet der IB zu finanzieren. Banken und Sparkassen erhalten die Möglichkeit, entweder Einzelinvestitionsvorhaben (IB.Einzelrefi) oder mehrere (IB.Global Mittelstand) zu refinanzieren. Mit diesem Geschäftsmodell reduzieren wir den Verwaltungsaufwand bei Banken und Sparkassen auf ein Minimum. Die Gestaltung der Enddarlehensnehmerverträge überlassen wir weitestgehend den Banken und Sparkassen, und die technische Darlehensdurchführung erfolgt in

wenigen Tagen. Die Refinanzierungsmittel stammen von der KfW und aus IB-eigenen Refinanzierungen.

Unser Neugeschäft 2009 betrug 161 (Vj. 269) Mio. €. Es wurden überwiegend gewerbliche Investitionen vorrangig einzeln refinanziert, wobei Zinsbindungsfristen von 7 bis 10 Jahren bevorzugt wurden. Wir haben so in den vergangenen beiden Jahren vor dem Hintergrund der Finanzkrise einen Beitrag geleistet, regionale Banken und Sparkassen mit Liquidität auf der Basis langfristiger Zinsbindungen zu versorgen, der Vertrauenskrise unter den Banken entgegenzuwirken und den Mittelstand zu stärken – zur Sicherung von Investitionen in Schleswig-Holstein.

Darlehensbestände klettern

Entwicklung der Stichtagsbestände (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Per 31. Dezember 2009 war das deutliche Überschreiten des Volumens von 3 Mrd. € zu vermerken. Der Stichtagsbestand betrug 3,103 (Vj. 2,761) Mrd. €. Er wuchs mit 342 (Vj. 393) Mio. € im zweiten Jahr hintereinander sehr stark. Die Gründe für den kräftigen Ausbau liegen in der Entwicklung des Durchleitungsgeschäftes mit hohen Finanzierungen für energetische Investitionen und in den zinsabhängig niedrigen außerordentlichen Rückzahlungen. Die Refinanzierungen stabilisierten den Bestandsaufbau mit einem Neugeschäft, das bei geringen Tilgungen weitestgehend bestandswirksam wurde.

Mit Blick auf die Jahre 2002 bis 2005 wird die Stagnation der Stichtagsbestände auf dem Niveau von rd. 2,1 Mrd. € deutlich. Es wurden auf Grund sinkender Zinssätze sehr hohe außerordentliche Rückzahlungen durchgeführt. Seit 2006 steigen die Bestände wieder, und zwar kräftig: bis zum 31. Dezember 2009 um rd. 1 auf rd. 3,1 Mrd. €. Die Refinanzierungen erreichten per 31. Dezember 2009 14 (Vj. 9) % des Gesamtstichtagsbestandes.

Zusammenarbeit mit der KfW

Die KfW ist mit einem Stichtagsbestand per 31. Dezember 2009 von 7,3 (Vj. 6,5) Mrd. € – davon rd. 3,2 (Vj. 2,9) Mrd. € Durchleitungs- und Förderprogramm kredite – die bedeutendste Refinanzierungsquelle der IB. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf viele Geschäftsbereiche unseres Hauses. Hauptsächlich sind dabei zu nennen unser Treasury (Globaldarlehen der KfW „Allgemeine Refinanzierungen“), das oben beschriebene Durchleitungsgeschäft und die Kooperation mit den IB-Bereichen Immobilien, Kommunen sowie Wirtschaft.

Das Förderprogrammgeschäft war 2009 erheblichen Änderungen unterworfen. Zu den Schwerpunkten zählen: Das KfW-Sonderprogramm, das KfW-Programm Erneuerbare Energien und die Infrastrukturförderung wurden zur Krisenbekämpfung verbessert und erweitert. Bei den wohnwirtschaftlichen Programmen erfolgte eine völlige Umgestaltung mit Anpassungen an gesetzliche und energetische Vorgaben sowie den demografischen Wandel. Auch für das Immobiliengeschäft

stellte die Bundesregierung umfangreiche Mittel zur Verfügung. Zahlreiche beihilferechtliche Fragen wurden gelöst, sichtbar z.B. durch die Überarbeitung des risikogerechten Zinssystems. Zu vermerken ist auch, dass in den ERP-Programmen diverse Neuerungen vorgenommen worden sind. Unter anderem ist grundsätzlich entschieden worden, eine Bereitstellungsprovision einzuführen.

Die KfW hat sich 2009 reorganisiert, unter anderem ist ein neuer Vertriebsbereich geschaffen worden, der auch den Vertrieb zu den Durchleitungs- und Förderinstituten steuert. Im Laufe des Jahres 2010 ist auf Basis einer Marktanalyse mit der Verabschiedung einer Marketing- und Vertriebsstrategie der KfW zu rechnen. Wir hoffen, dass im Rahmen dieser Strategie die Kooperation mit der IB gestärkt wird, Konkurrenzsituationen nicht entstehen und die Gesetzgebungskompetenz der Länder in der sozialen Wohnraumförderung auch Ausdruck in der KfW-Förderung finden kann.

Zusammenarbeit mit der LR

Die LR stellt der IB Refinanzierungsmittel per 31. Dezember 2009 in Höhe von 0,9 (Vj. 0,6) Mrd. € zur Verfügung. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf Globaldarlehensgewährung für die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum, das oben genannte Durchleitungsgeschäft und die Weiterleitung von Förderprogramm Krediten durch den Bereich Wirtschaft der IB.

Im Jahr 2009 wurden die Förderprogramme der LR insbesondere mit Blick auf die Berücksichtigung von Beihilfefragen und die Erweiterung von Finanzierungsmöglichkeiten völlig überarbeitet. Insbesondere hat es einen enormen Anstieg der Finanzierung von energetischen Investitionen gegeben.

In der Zusammenarbeit wünschen wir uns eine Unterstützung des Bankenleitweges durch die LR.

Ausblick

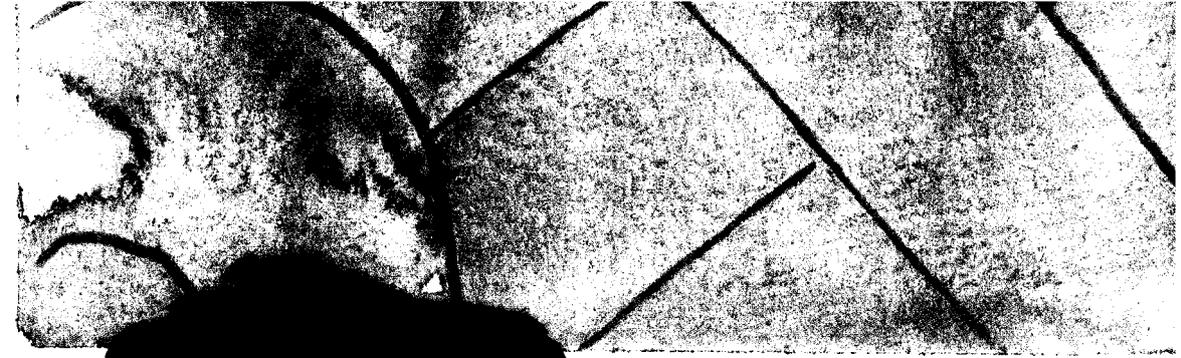
Wir erwarten, dass auch im Jahr 2010 die Finanzierung von energetischen Investitionen eine hohe Bedeutung haben wird, obwohl die Investitionen in Photovoltaik-Anlagen durch absehbare gesetzliche Veränderungen zurückgehen werden. Wir gehen davon aus, dass Unternehmen und private Kunden unserer Region wie im Vorjahr von Banken und Sparkassen in ausreichendem Maße mit Krediten versorgt werden. Vor dem Hintergrund einer nur schwer zu prognostizierenden wirtschaftlichen Entwicklung planen wir für unser Neugeschäft mit einem moderateren Wachstum. Auch rechnen wir damit, dass die Förderbedingungen des Bundes restriktiver sein werden.

Durch Anpassung unserer eigenen Strategie wollen wir dazu beitragen, die guten Geschäftsbeziehungen zu Banken und Sparkassen in unserer Region und zu den Bundesförderinstituten weiter zu festigen. Das Durchleitungsgeschäft soll auch künftig stark vertriebsorientiert betrieben und wenn sinnvoll möglich die Elektronisierung des Bankenleitweges vorangebracht werden. Die Förderung durch Refinanzierungen werden wir aktiv gestalten und damit das Durchleitungsgeschäft unverändert ergänzen.

70004
B-000

2

20.2



INTERREG/Baltic Sea Region Programme

EU-Programme zur europäischen territorialen Zusammenarbeit

Im Rahmen des EU-Kohäsionsziels „europäische territoriale Zusammenarbeit“ fördert die Europäische Union die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von benachbarten Regionen (A-Programme), die transnationale Zusammenarbeit in größeren

Kooperationsräumen (B-Programme) sowie die europaweite interregionale Zusammenarbeit (C-Programme). Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist an der Umsetzung von Programmen aller drei Programmausrichtungen beteiligt.

Baltic Sea Region Programme 2007–2013: Zweite Antragsrunde, erste Fortschrittsberichte und EU-Strategie für den Ostseeraum

Den Schwerpunkt der Aktivitäten der Investitionsbank Schleswig-Holstein bildet das Baltic Sea Region Programme 2007–2013. Durch dieses Programm wird die transnationale Zusammenarbeit in der Makroregion rund um die Ostsee gefördert. Gemeinsame Projekte der Ostseeanrainer sollen dazu beitragen, den Ostseeraum wirtschaftlich, sozial und ökologisch weiterzuentwickeln. Dafür stehen 195,6 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) zur Verfügung. Weitere 5,3 Mio. € sind norwegische Fördergelder. 20,3 Mio. € werden aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerinstrument (ENPI) beigesteuert.

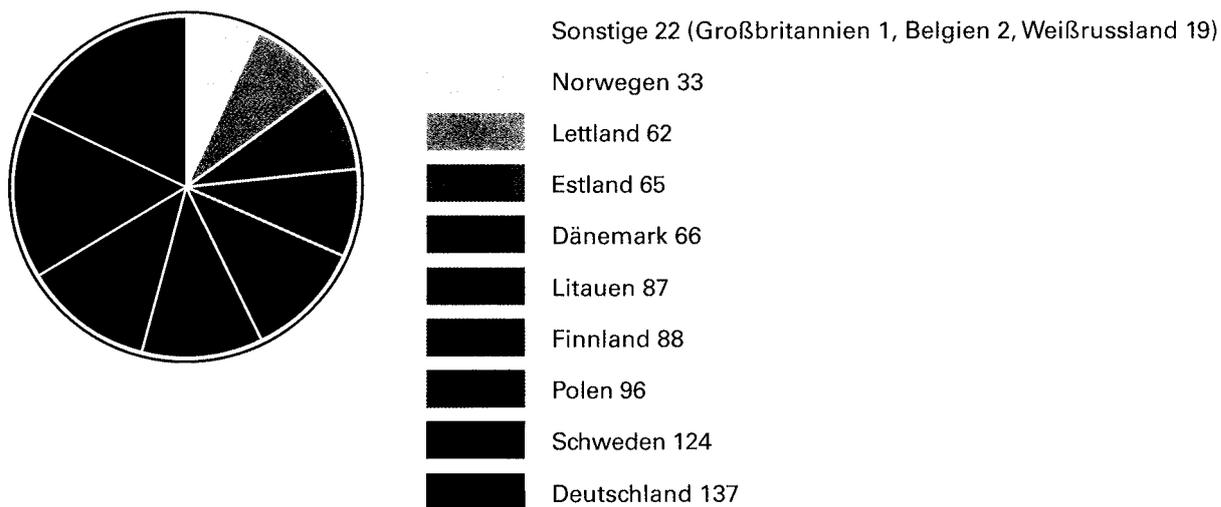
Für das Baltic Sea Region Programme 2007–2013 übernimmt die Investitionsbank Schleswig-Holstein die Funktion der gemeinsamen Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde im Auftrag der beteiligten Mitgliedsstaaten. Die IB ist auch Trägerin des Pro-



grammsekretariats. Das Programmsekretariat als zentrale Koordinationsstelle ist in Rostock und Riga (Lettland) angesiedelt.

Von Januar bis März 2009 wurde die zweite Antragsrunde im Ostseeraumprogramm durchgeführt. Der Begleitausschuss genehmigte in zwei Sitzungen im Juni in Vilnius sowie im September in Oslo 22 von insgesamt 88 eingereichten Anträgen. Damit erhöhte sich die Anzahl der insgesamt genehmigten Projekte auf 46. An diesen Projekten beteiligen sich 780 Projektpartner aus zwölf Ländern. Das bislang gebundene Fördervolumen beträgt 121 Mio. €. Für zukünftige Antragsrunden verbleiben noch ungefähr 100 Mio. € Fördergelder.

Baltic Sea Region Programme 2007–2013: Anzahl der Projektpartner nach Ländern (Stand 31.12.2009)



Im Jahr 2009 zählten zu den Hauptaufgaben des Programmsekretariats die Durchführung der zweiten Antragsrunde sowie die Vorbereitung der dritten Antragsrunde. Potenzielle Antragsteller konnten an verschiedenen Orten an Informationsveranstaltungen teilnehmen, sich auf der Programmwebsite informieren oder in individuellen Beratungsgesprächen Unterstützung bei der Antragstellung erhalten. Das Sekretariat übernahm auch die Auswertung der Projektanträge und formulierte Entscheidungsvorschläge für den Begleitausschuss.

Ein weiterer Aufgabenbereich des Programmsekretariats war die Erarbeitung von Verfahren und Dokumenten für das Berichtswesen genehmigter Projekte sowie die Anpassung der Programmverwaltungssoftware für die Prüfung dieser Berichte. Im November 2009 wurden die ersten 24 Fortschrittsberichte von Projekten der ersten Antragsrunde entgegengenommen.

Eine weitere Entwicklung auf europäischer Ebene, die einen bedeutenden Einfluss auf das Baltic Sea Region Programme hat, ist die Ende Oktober vom

Europäischen Rat beschlossene EU Strategie für den Ostseeraum. Zusammen mit einem Aktionsplan wird sie in den kommenden Jahren einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit der Ostseerainerstaaten bilden. Ziel der Strategie ist eine integrierte Entwicklung der Ostseeregion, indem Aktivitäten zwischen den Ländern besser aufeinander abgestimmt werden. Vorhandene Strukturen, Steuerungsinstrumente und Investitionsmittel sollen damit effizienter genutzt werden. Die Strategie umfasst die vier Schwerpunktbereiche („pillars“) Umwelt, Wohlstand, Erreichbarkeit und Attraktivität sowie Sicherheit. Die Schwerpunkte sind aufgeteilt in 15 Aktionsbereiche („priority areas“), die durch exemplarische „flagship projects“ weiter konkretisiert werden. Das Baltic Sea Region Programme wird einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Strategie leisten, indem es Projekte in vielen Bereichen der EU-Ostseeraumstrategie unterstützt.

Das Budget für die Verwaltung des Baltic Sea Region Programme, die sogenannte Technische Hilfe, betrug im Jahr 2009 2,5 Mio. €.

South Baltic Programme: Weitere Antragsrunden und "Capacity Building"



Mit dem South Baltic Programme soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum gefördert werden. Zum Programmgebiet gehören an die Ostsee angrenzende Landkreise oder Regionen aus den Ländern Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen und Schweden sowie die Region Kaliningrad. Etwa 60,7 Mio. € EFRE-Gelder stehen zur Verfügung.

Die IB verwaltet für dieses Programm einen der fünf regionalen Kontaktpunkte („South Baltic Programme Contact Point“). Im Rostocker Büro werden Antragsteller aus Mecklenburg-Vorpommern bei der Entwicklung von Projektanträgen beraten.

Im April 2009 wurden von 22 Projektanträgen der zweiten Antragsrunde zwölf Projekte mit einem EFRE-Anteil von etwas mehr als 10 Mio. € bewilligt. Eine dritte Antragsrunde fand zwischen Juli und September statt. Weitere 17 Anträge wurden eingereicht. Entscheidungen über Genehmigung sind für das kommende Jahr geplant. Um in Zukunft

neue Zielgruppen für das Programm zu mobilisieren, wurde ein sogenanntes „Capacity Building“ Projekt ins Leben gerufen. Es wendet sich an Institutionen und Gebietskörperschaften, die Interesse an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum haben, jedoch noch über wenig Erfahrung mit der Vorbereitung und Umsetzung von Kooperationsprojekten verfügen. Diese Zielgruppe soll durch gezielte Unterstützung in die Lage versetzt werden, ihre Projektideen zu einem erfolgreichen Projektantrag weiterzuentwickeln.

Die Kontaktstelle war hauptsächlich mit der Betreuung von Antragstellern der dritten Förderrunde beschäftigt. Darüber hinaus arbeitet die Kontaktstelle eng mit dem Programmsekretariat in Gdansk und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Außerdem werden Projektträger bei der Umsetzung ihrer Vorhaben unterstützt. Das Budget der Kontaktstelle belief sich im Jahr 2009 auf 43.500 €.

INTERREG IVC: Große Nachfrage auch in der zweiten Antragsrunde



INTERREG IVC fördert im Zeitraum von 2007 bis 2013 die europaweite Zusammenarbeit von Regionen. Ziel ist es, Erfahrungen auszutauschen und das Wissen regionaler Akteure zu stärken. Damit sollen vor allem schwach entwickelten Regionen neue Instrumente an die Hand gegeben und die Regionalpolitik insgesamt effektiver gestaltet werden. Die beiden Programmschwerpunkte „Innovation und Wissensgesellschaft“ sowie „Umwelt und Risikovermeidung“ leiten sich aus der europäischen Wachstums- und Nachhaltigkeitsstrategie ab. Das Fördervolumen beträgt 321,3 Mio. € aus dem EFRE.

Die zentrale programmverwaltende Stelle (Joint Technical Secretariat) ist in Lille (Frankreich) angesiedelt. Ihre Arbeit wird von vier dezentralen „Info Points“ unterstützt. Die IB verwaltet den „Info Point North“ in Rostock, der Antragsteller aus Skandinavien, Deutschland und den Baltischen Staaten unterstützt.

Ende Januar 2009 wurde die zweite Antragsrunde in INTERREG IVC geschlossen. Von den 481 eingereichten Projektanträgen wurden auf einer Sitzung



des Begleitausschusses im November 2009 74 Projekte mit einem Fördervolumen von 125 Mio. € genehmigt. Eine eingeschränkte Antragsrunde für sogenannte „Capitalisation Projects“ wurde im Dezember 2009 eröffnet.

Antragstellern sowie die Bewertung von Projektanträgen der zweiten Antragsrunde. Darüber hinaus unterstützte der „Info Point“ das Programmsekretariat in Lille bei der Verwaltung des Programms. Das Budget des „Info Point“ für 2009 betrug 240.000 €.

Die Hauptaufgaben des „Info Point“ umfassten 2009 die Öffentlichkeitsarbeit, die Beratung von

EU-Förderprogramme mit Beteiligung der IB (Stand 31.12.2009)

EU-Programm/ Förderperiode	Fördermittel in Mio. €	Funktion der IB	Genehmigte Projekte	Anzahl der Antragsrunden
Baltic Sea Region Programme	EFRE: 195,6 Norwegen: 5,3 ENPI: 20,3	MA, CA, JTS	46	2
INTERREG IVC	EFRE: 321,3	Info Point	115	2
South Baltic Programme	EFRE: 60,7	Contact Point	16	3

Abkürzungen: MA – Managing Authority (Verwaltungsbehörde), CA – Certifying Authority (Prüfbehörde), JTS – Joint Technical Secretariat (Programmsekretariat)

Kulturengagement

Ein wichtiger Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie

Kunst und Kultur sind Grundlagen unserer Gesellschaft. Zu ihrer Wahrung und Weiterentwicklung bedarf es auch des kulturellen Engagements aus der Wirtschaft. Als die Förderbank im Norden stärken wir den Standort und seine Entwicklung. Kulturelles Leben macht einen Standort attraktiv, somit ist Kulturförderung auch Wirtschaftsförderung. Daher engagieren wir uns für regionale Kunst und Kultur.

Dies geschieht zum einen im Rahmen unserer originären Arbeit, z.B. durch Fördermittel aus dem kommunalen Investitionsfonds und der Städtebaulichen Denkmalpflege, aber auch durch unsere kostenlose Beratung und Finanzierung von Existenzgründungen in der Kulturwirtschaft.

An zweiter Stelle folgt das Sponsoring. Unsere langjährige Kooperation mit JazzBaltica, einem der renommiertesten Jazzfestivals Europas, konnten wir 2009 erfolgreich fortsetzen. Im Vorfeld des JazzBaltica-Festivals erlebten Gäste der Bank und Freunde des Jazz wieder ein Preview-Konzert in der IB; diesmal mit der Sängerin Sinne Eeg. Außerdem wurde zum zweiten Mal der von der IB gestiftete und mit 3.000 € dotierte JazzBaltica-Förderpreis vergeben. Die Preisträger waren das LandesJugendJazzOrchester unter der Leitung von Jens Köhler. Damit wurden erneut besonders talentierte norddeutsche Nachwuchskünstler gewürdigt.

Seit 2006 ist die IB offizieller Sponsor des Literaturhauses Schleswig-Holstein e.V. Damit unterstützen wir Projekte der landesweiten Literaturvermittlung. In 2009 konnten wir mit Lesungen von Peter Stamm und Robert Menasse zwei erfolgreiche eigene Veranstaltungen für Gäste und Mitarbeiter anbieten.

Die Ausstellungsreihe „Paare“, die wir seit 2006 gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen

Landtag organisieren, stieß auf große Resonanz. 2009 fanden die sechste und die siebte Ausstellung aus der Reihe „Paare“ mit Werken von Marianne Gymnopoulos und Gunther Fritz im Juni sowie von Anna Lena Straube und Volker Tiemann im November statt.

In Zusammenarbeit mit dem SHMF konnten wir im Juli gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein Peter Harry Carstensen und der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Schleswig-Holstein musikalisch mit einem SHMF-Preview-Konzert vor 250 Gästen im Theatermuseum im Kopenhagener Hoftheater präsentieren.

Im Rahmen unseres Sponsorings des Bundesverbandes Bildender Künstler, LV Schleswig-Holstein (BBK SH), organisierte der BBK drei Ausstellungen in den Räumen der IB. Zusätzlich sponserten wir 2009 wieder eine Vielzahl von regionalen Kulturinitiativen. Eine feste Größe bleibt weiterhin der IB.Kunstkalender, der seit 1987 in einer Auflage von 2.500 Exemplaren erscheint und vier regionalen Künstlerinnen und Künstlern eine landesweite Verbreitung ermöglicht.

Den dritten Teil bilden kulturelle Angebote an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Kulturkreis der IB lädt ein, sich mit Kunst und Kultur auseinanderzusetzen, an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen und die künstlerischen Belange der IB wie z.B. den IB.Kunstkalender mitzugestalten. Wir möchten Kunst und Kultur auch den Kolleginnen und Kollegen zugänglich machen. Kunst und Kultur sind Teil unserer Unternehmenskultur, und sie sind Grundlage für Diskussionen und Gespräche.

Im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten werden wir unser Kulturengagement auch 2010 fortsetzen.



Ausschnitt aus „JazzBaJica“ von Kerstin Mempel, 270 x 21 cm

1/6 1/2 1/4
1,7% 1,9%



Handwritten text in a cursive script, possibly a list or notes, written vertically. The text is partially obscured by the drawing's elements.



Ausschnitt aus „Jahresabschluss“ von Kerstin Lemmel, 40



Jahresabschluss

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld

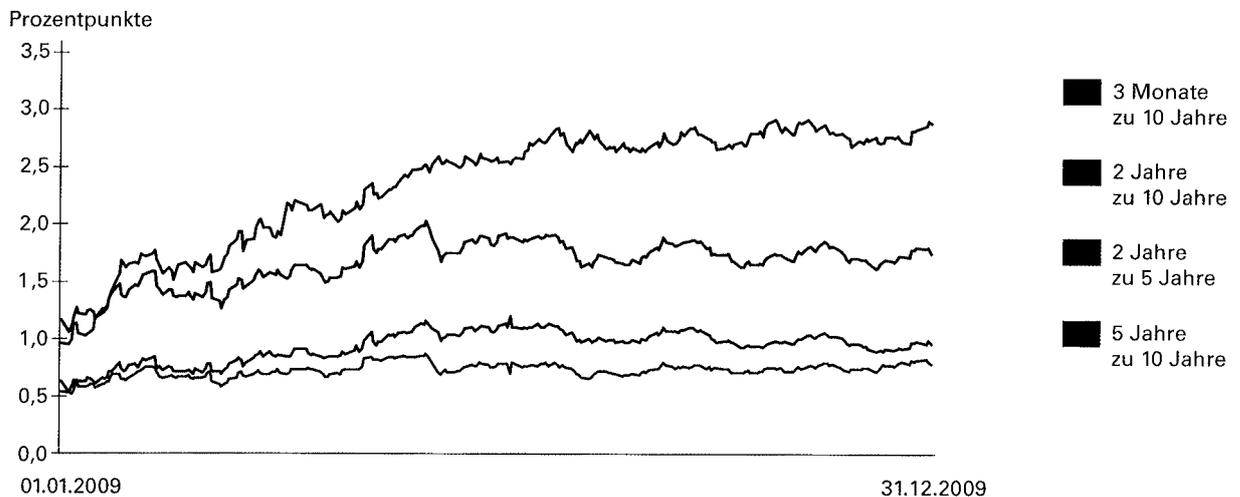
Das Marktumfeld der Banken war auch im Jahr 2009 von der internationalen Finanzmarktkrise geprägt. Infolgedessen ergriff die Europäische Zentralbank (EZB) eine Reihe von Maßnahmen, um die Steuerung der kurzfristigen Geldmarktzinsen sicherzustellen und die Funktionsfähigkeit des Interbankenmarktes zu unterstützen. Der Verschärfung der Finanzkrise und ihrer Ausweitung auf die Realwirtschaft trat die EZB zunächst mit einer international abgestimmten Leitzinssenkung auf 3,75 % entgegen, der bis Mai 2009 weitere Zinssenkungen bis auf 1 % folgten. Daneben beschloss der EZB-Rat mehrere geldpolitische Sondermaßnahmen, um die Kreditvergabe des Bankensektors an die Wirtschaft zu unterstützen.

Bei den geldpolitischen Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems konnten sich Kreditinstitute

seit Oktober 2008 in unbegrenzter Höhe Zentralbankliquidität zum geldpolitischen Leitzins beschaffen, sofern sie über ausreichend Sicherheiten verfügen. Ergänzend ist der Kreis der zugelassenen Sicherheiten – zunächst bis Ende 2010 befristet – erweitert worden. Auch die Frequenz der Refinanzierungsgeschäfte mit längerer Laufzeit wurde seit dem dritten Quartal 2008 deutlich erhöht.

Schließlich beschloss der EZB-Rat Anfang Mai 2009 die Durchführung von zunächst drei Refinanzierungsgeschäften mit einer Laufzeit von 12 Monaten und Vollzuteilung zum Leitzins. Daneben wurde entschieden, zum Juli 2009 ein Ankaufprogramm für gedeckte Euro-Schuldverschreibungen hoher Bonität im Umfang von 60 Mrd. € zu beginnen, das bis Mitte 2010 abgeschlossen sein soll. Mit diesen Maßnahmen wurde eine Senkung der län-

Abb. 1: Spreadentwicklung der Swapzinssätze 2009 in Prozentpunkten



gerfristigen Geldmarktzinsen erreicht und das für die Refinanzierung der Kreditinstitute besonders wichtige Marktsegment der gedeckten Schuldverschreibungen aktiviert. Ihre Zinsaufschläge gingen schon mit Ankündigung des Programms deutlich zurück, gleichzeitig fanden vermehrt Primärmarkt-emissionen statt.

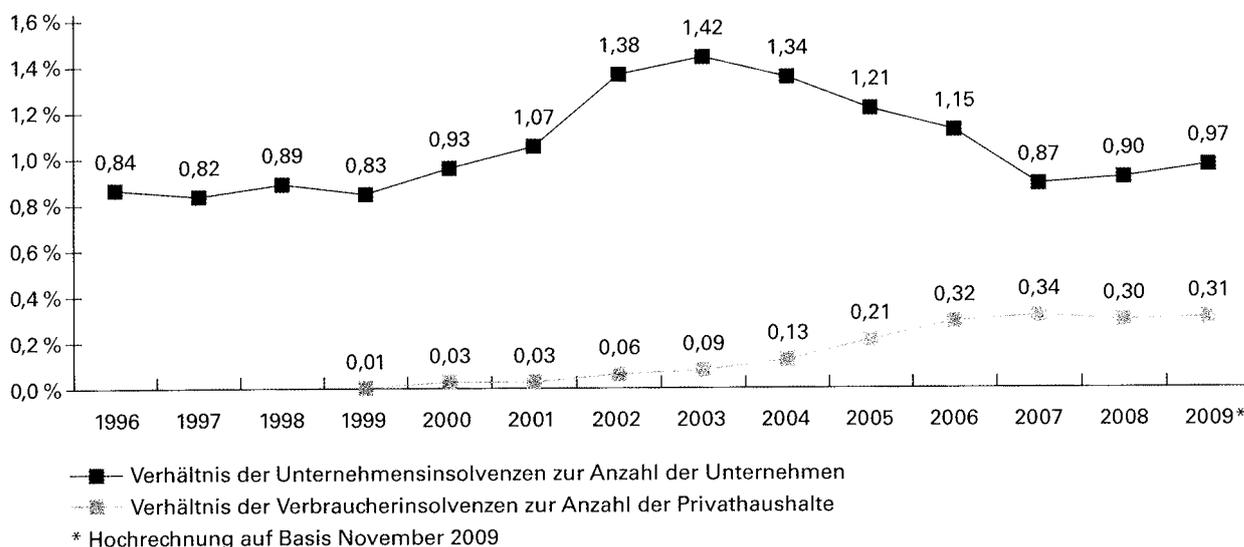
Seit dem Übergang der EZB zur Tender-Vollzuteilungspolitik ist die Marktlage durch ein hohes Maß an Überschussliquidität geprägt. Die reichliche Ausstattung mit Liquidität hat die Zinssätze in den kurzen Geldmarktlafzeiten stark sinken lassen. Der Kapitalmarkt war im Jahr 2009 durch eine wieder steiler verlaufende Zinsstrukturkurve (vgl. Abb. 1), ein im historischen Vergleich weiterhin niedriges Zinsniveau sowie durch geringe Schwankungsbreite der Renditen gekennzeichnet.

Im Dezember 2009 hat die EZB damit begonnen, die Überschussliquidität im Bankensektor abzubauen. Gleichzeitig wurde der Anreiz für die Geschäftsbanken reduziert, Überschussliquidität über den Jahresultimo hinaus anzusammeln. Ein weiterer Ausstiegsbaustein ist, dass die zusätzlichen sechsmonatigen Tender im ersten Quartal 2010 auslaufen werden. Das letzte Geschäft dieser Art wird Ende März mit Vollzuteilung durchgeführt.

Im Jahr 2009 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland mit -5,0 (Vj. +1,3) % erstmalig seit sechs Jahren. Nach dem wirtschaftlichen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 zeigte sich im Jahresverlauf 2009 zwar eine leichte Stabilisierung, im vierten Quartal 2009 geriet die bis dahin leichte Erholung der deutschen Wirtschaft aber erneut ins Stocken. Durch ein positives Wachstum beim privaten sowie staatlichen Konsum wurde die negative Entwicklung insgesamt abgemildert. Nach den veröffentlichten Zahlen für das erste Halbjahr 2009 fiel der Rückgang des BIP in Schleswig-Holstein in diesem Zeitraum geringer aus als im gesamten Bundesgebiet.

Bei den Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein ist im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ab dem IV. Quartal 2008 ein deutlicher Anstieg festzustellen, während die Verbraucherinsolvenzen sich in 2009 auf dem Vorjahresniveau bewegten. Trotz der Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen waren im Geschäftsjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr keine erhöhten Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen erforderlich.

Abb. 2: Insolvenzentwicklung in Schleswig-Holstein 1996 bis 2009



1.2 Betriebliche Entwicklung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) wurde am 01.06.2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet¹⁾. Alleiniger Träger der IB ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

In 2009 wurde die Abteilung „IB.Europa“ in den Bereich „Wirtschaft Firmenkunden/Europa-Angelegenheiten“ integriert. Dadurch können die Finanzierungs- und Beratungskompetenzen für europäische Fördermöglichkeiten den Hausbanken und Unternehmen in Schleswig-Holstein – und im Rahmen des „Enterprise Europe Network Hamburg-Schleswig-Holstein“ (EEN) auch in Hamburg – nunmehr aus einer Hand angeboten werden.

Im Oktober 2009 startete das Team „IB.Service Immobilien“ offiziell als neuer Ansprechpartner für Immobilienkunden. Damit unternimmt der Vertrieb Immobilien einen weiteren Schritt hin zu einem modernen, auf die spezifischen Bedürfnisse der Kunden ausgerichteten Dienstleister. Die Mitarbeiter sind für eine strukturierte und kontinuierliche Betreuung der Bestandskunden verantwortlich und werden dabei auch wichtige Chancen für die Vergabe neuer Förderkredite nutzen – z. B. Modernisierungsdarlehen. Ziel ist es, die Bestände auf hohem Niveau zu halten und aus ihnen zusätzliches Neugeschäft zu generieren.

Im November 2009 erfolgte der offizielle Auftakt für den Prozess „VISION 2015“. Mit der zentralen Formulierung „IB – die Förderbank im Norden“ wird die Zielsetzung beschrieben, unter Mitwirkung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltige, operative Effekte zur Weiterentwicklung der Unternehmensperspektive zu erreichen.

Die IB ist in 2009 der DV-Förderbankenkooperation beigetreten. Das Ziel dieser Kooperation mit nunmehr neun Förderinstituten aus ganz Deutschland besteht darin, durch gemeinsame Anforderungsdefinition und Auftragsvergabe wesentliche Kostensenkungen im Bereich der IT zu erzielen. Parallel wurde die Einführung der kooperations-eigenen Softwarelösung ABAKUS (Aktuelles Förderbanken Antrags- und Kundensystem) im Rahmen des Projektes „IB-ABAKUS“, eines der größten Projekte in der IB, weiter fortgesetzt. Die Systemumstellung erfolgt in 2010.

Die für die Förderprogramme genutzte DV-Anwendung wurde in 2009 zur leistungsfähigen Datenbank „ProNord“ weiterentwickelt. Die modular aufgebaute und internetgestützte Datenbank wird bereits auch von mehreren externen Stellen zur Abwicklung von EU-Programmen bzw. zur Abwicklung von Fördermitteln im Rahmen des „Konjunkturpaket II“ verwendet. Mit der Möglichkeit, zukünftig auch von externen Stellen direkt in der Datenbank zu arbeiten, wird ein weiterer Schritt zur Reduzierung von Verwaltungsaufwand bei der Bearbeitung der Förderprogramme umgesetzt werden.

Zum 31.12.2009 beschäftigte die IB 194 Mitarbeiter und 266 Mitarbeiterinnen (insg. 460, Vj. 432), davon 346 (Vj. 328) Vollzeitkräfte und 114 (Vj. 104) Teilzeitkräfte. In den Beschäftigungszahlen enthalten sind der Vorstand sowie 14 (Vj. 13) Auszubildende und 1 (Vj. 4) Trainee. Das Durchschnittsalter lag bei 43,3 (Vj. 43,2) Jahren, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 14,2 (Vj. 14,3) Jahre.

Im Jahr 2009 wurden sechs Auszubildende eingestellt. Die IB bildet in den Ausbildungsgängen Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science aus. Darüber hinaus umfasst das Ausbildungsangebot Trainee-Programme, Rechtsreferendariate sowie Praktikumsplätze.

1) § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz – IBG) vom 7. Mai 2003 (GVOB. Schl.-H. S. 206/211 ff.)

Erstmals konnte die Bank im zweiten Quartal 2009 Erfahrungen mit den Zielerreichungsgesprächen auf der Grundlage der Dienstvereinbarungen zur Leistungsorientierten Bezahlung (LOB) und zur Kombibeurteilung machen. Das in 2008 eingeführte neue Beurteilungs- und Zielvereinbarungssystem in der IB sieht vor, auch mit den tariflich eingruppierten Beschäftigten Ziele zu vereinbaren. Bis dahin war dies nur bei außertariflich Beschäftigten der Fall. Auf die damit insgesamt erhöhten Anforderungen an das Führungsverhalten wurden die Führungskräfte in Workshops vorbereitet. Das Verfahren ist allgemein akzeptiert und wird als gutes Führungsinstrument angesehen.

Zum ersten Quartal 2009 lagen die Ergebnisse der IB an ihrer Teilnahme zum Wettbewerb „Deutschlands bester Arbeitgeber“ vor. Mehr als 80 % der Befragten äußerten sich sehr positiv zur Atmosphäre in der Bank, 87 % der Befragten gaben an, dass die IB insgesamt ein sehr guter Arbeitsplatz sei. Damit liegt die Bank in diesem Aspekt mit an der Spitze, denn die besten vergleichbaren Unternehmen erzielen hier nur geringfügig höhere Ergebnisse (90 %). Das Ergebnis dieser Studie hat Aspekte aufgezeigt, in denen die IB sehr gut ist, aber auch solche, in denen die Bank Optimierungspotenzial sieht. Um die Gründe für die Ergebnisse

zu erörtern und auch Wünsche und Maßnahmen zur Optimierung zusammenzustellen, finden seit dem vierten Quartal 2009 Workshops statt. Zudem wird eine Verbindung zum Prozess „Vision 2015“ hergestellt.

Zum vierten Quartal wurde die Dienstvereinbarung „Wertguthaben“ verabschiedet. Mit der Vereinbarung über Zeitwertkonten möchte die Bank das betriebliche Arbeitszeitsystem um eine weitere Komponente ergänzen. Damit erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, sich entsprechend ihrer persönlichen Lebensgestaltung unter Wahrung der betrieblichen Belange, eine bestimmte Zeit oder unmittelbar vor Altersrentenbeginn aus dem aktiven Arbeitsleben zurückzuziehen, ohne dabei die finanzielle und sozialversicherungsrechtliche Absicherung zu verlieren.

Um Risiken im Bereich Personal zu minimieren, verfügt die Bank über Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zur Sicherung der Mitarbeiterqualifikation werden kontinuierlich Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Im Jahr 2009 fanden 792 interne und externe Weiterbildungs- und Schulungsmaßnahmen statt.

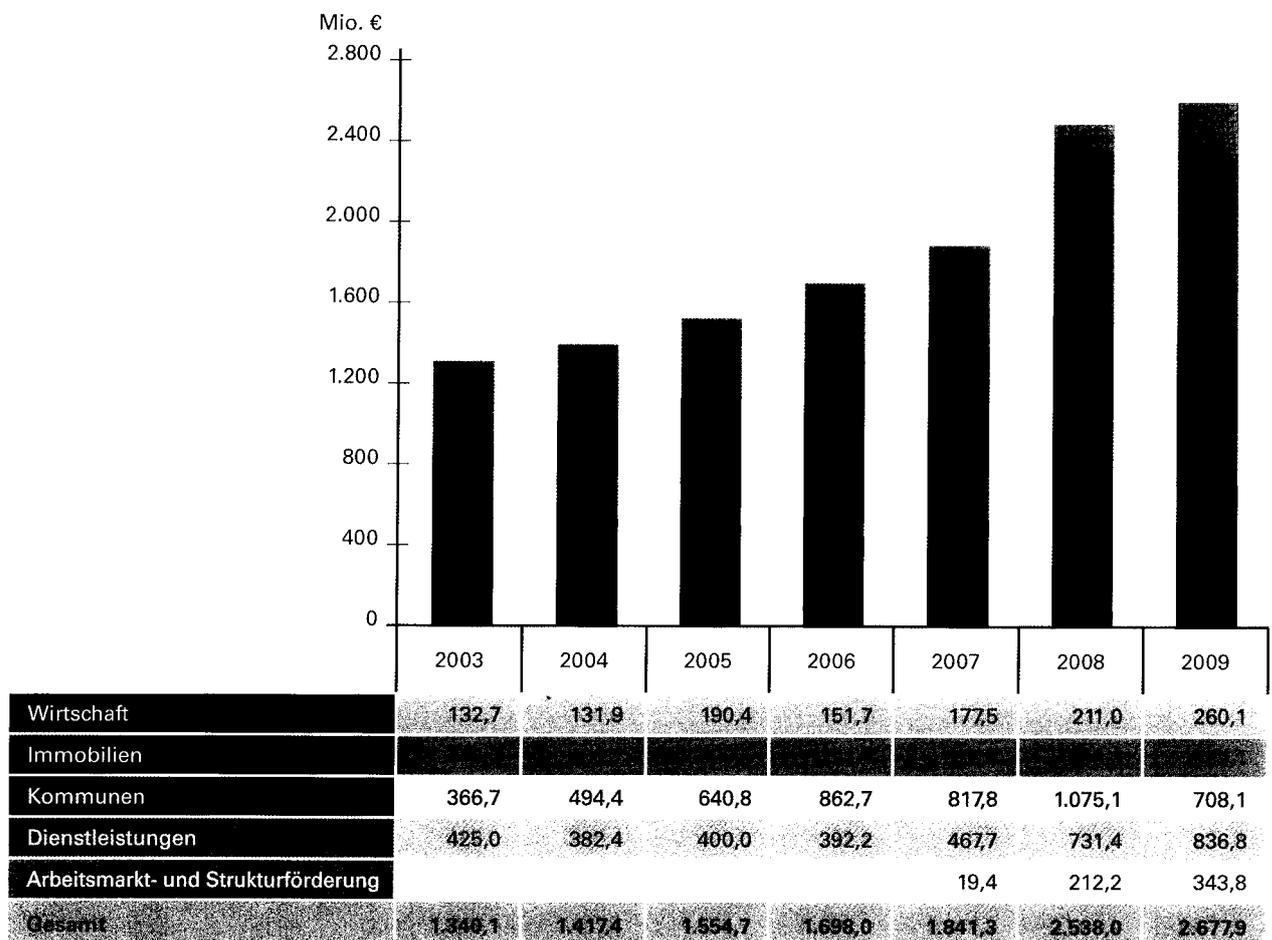
1.3 Geschäftsverlauf

Das Neugeschäftsvolumen bildet einen zentralen finanziellen Leistungsindikator für die Beurteilung der Fördertätigkeit der IB. Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt 2.677,9 (Vj. 2.538,0) Mio. € erzielt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rd. 6 %. Der Förderbestand zum 31.12.2009 erhöhte sich auf 13,0 (Vj. 12,3) Mrd. €. Von dem Neugeschäftsvolumen entfallen 86 % auf Darlehen und Bürgschaften sowie 14 % auf Zuschüsse. Das wiederum sehr hohe Neugeschäft ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die IB in Folge der durch die Finanzmarktkrise aufgetretenen Liqui-

ditäts- und Finanzierungsengpässe verstärkt als Finanzierungs- und Realisierungspartner in Anspruch genommen wurde.

Die Marktbereiche der IB sind in die Sparten Immobilien, Wirtschaft, Kommunen sowie Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unterteilt. Leistungen, die keiner dieser Sparten zugeordnet sind, werden in der Sparte Dienstleistungen zusammengefasst; hierzu zählen insbesondere die Durchleitung von Programmkrediten sowie das Refinanzierungsgeschäft mit Banken und Sparkassen.

Abb. 3: Neugeschäftsentwicklung 2003 bis 2009 nach Sparten in Mio. €



Die Sparte **Wirtschaft** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 260,1 (Vj. 211,0) Mio. €. Dies entspricht einem Anteil am gesamten Neugeschäft von rd. 10 (Vj. 8) %.

Die deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist durch verschiedene Faktoren begründet. Insbesondere bei größeren Krediten waren die Hausbanken an einer Risikoteilung interessiert und kamen verstärkt auf die IB zu. Das Geschäftsfeld Landwirtschaft hat sich weiter etabliert. Hier konnte das Finanzierungsvolumen gegenüber dem Vorjahr verdoppelt werden. Im Bereich der regenerativen Energien – insbesondere Biogas und Photovoltaik – wurde die IB vermehrt in die Finanzierung der Projekte einbezogen. Darüber hinaus wurden gemeinsam mit den Hausbanken Kreditnehmer, die in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise in Finanzierungsprobleme gerieten, unterstützt. Insgesamt hat sich insbesondere die Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsbanken und Sparkassen sehr gut entwickelt.

Die Finanzierungsschwerpunkte lagen wie im Vorjahr im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bereich der Energieversorgung. Darüber hinaus wurden diverse Investitionen von Handelsunternehmen begleitet. Regionale Schwerpunkte lagen nicht vor; es wurden Finanzierungsvorhaben in allen Kreisen des Landes unterstützt.

In 2009 war auch ein starker Anstieg der Anträge für Kredite zur Existenzgründung und Existenzfestigung zu verzeichnen. Mit dem Produkt zur Existenzfestigung wurden überwiegend Betriebsmittel, die größtenteils zur Bewältigung von Krisensituationen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise benötigt wurden, finanziert. Im Bereich der Existenzgründungen (Starthilfe Schleswig-Holstein) führten die gestiegenen Antragszahlen nicht zu einem deutlichen Anstieg an tatsächlichen Vertragsabschlüssen. Dieses lag insbesondere in den häufig fehlenden fachlichen und/oder kaufmännischen Qualifikationen der Gründungsinteressierten begründet.

Der unter Einbindung von Geldern der Europäischen Union aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) eingerichtete EFRE-Risikokapitalfonds II hat auch in 2009 Unternehmen in Schleswig-Holstein erfolgreich begleitet. Bis Ende des Jahres wurden insgesamt an rd. 90 Unternehmen überwiegend stille Beteiligungen bewilligt. Dabei konnten Gesamtinvestitionen von rd. 158 Mio. € unterstützt werden.

Auch der in 2008 gemeinsam mit dem Land sowie Banken und Sparkassen aus allen Institutsgruppen aufgelegte „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein“ konnte sich gut positionieren. Zielgruppe dieses Fonds sind wachstumsstarke etablierte mittelständische Unternehmen aus Schleswig-Holstein, die für die klassische Wirtschaftsförderung eher zu groß und andererseits für die großen privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu klein sind.

In der Förderberatung Wirtschaft gab es 2009 bei den Existenzgründungen zwar nicht den erwarteten deutlichen Anstieg, dennoch stieg die Zahl der Beratungsfälle für Existenzgründung um 4,5 %. Die Anzahl der Beratungen von kleinen und mittleren Unternehmen nahm um 1,8 % zu. Schwerpunktthemen waren Liquiditätsprobleme sowie Energieeinspar- und Energieeffizienzmaßnahmen. Insgesamt lag die Anzahl der Beratungsleistungen auf dem Niveau des Vorjahres. Daneben wurden im Geschäftsjahr 120 (Vj. 123) dezentrale Informationsveranstaltungen bzw. Sprechtag an 29 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein durchgeführt.

Die Sparte **Immobilien** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 529,1 (Vj. 308,3) Mio. €. Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäft beträgt rd. 20 (Vj. 12) %.

Die soziale Wohnraumförderung wurde Anfang 2009 an die Erfordernisse des Wohnungsmarktes – insbesondere hinsichtlich der ökologischen Anforderungen – angepasst. Die Erreichung des Altbaustandards nach Energieeinsparverordnung (EnEV)

beim Ankauf sowie der „KfW 60 Haus Standard“ bzw. ab Oktober 2009 der „KfW 70 Haus Standard“ nach EnEV für Neubauten sind nun zwingende Voraussetzung.

Im Mengengeschäft führten die zinsgünstigen Darlehen mit einer Grundschuldabsicherung im nachrangigen Bereich auch in 2009 zu einer starken Inanspruchnahme, so dass bereits im ersten Quartal 2009 das Kontingent für Präferenzgemeinden nahezu erschöpft war. Um weiterhin soziale Wohnraumförderung anbieten zu können, wurden Mittel aus dem Jahr 2010 vorgezogen.

Die sehr gute Inanspruchnahme der sozialen Wohnraumförderung bedingte zunächst eine verminderte Nachfrage nach Darlehen der allgemeinen Wohnraumförderung. Eine Änderung dieser Entwicklung zeigte sich erst ab dem zweiten Quartal 2009.

Der Absatz insbesondere der Modernisierungsmittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verlief in 2009 sehr gut. Der Anteil der gesamten KfW Mittel stellt 2009 rd. 58 % des Gesamtneugeschäftsvolumens in diesem Segment dar.

Im Individualgeschäft gestalten sich die Finanzierungsfälle sehr komplex. Dabei ist eine frühzeitige Einplanung der Finanzierungsmittel notwendig. Die zinswirksame Inanspruchnahme dieser Mittel erfolgt häufig zeitverzögert, zum Beispiel im Rahmen von Wohnquartiersmaßnahmen mit einer mehrjährigen Durchführungsdauer. Damit ist es im Individualgeschäft generell schwierig, belastbar zu prognostizieren, wann die kontingentierten Volumina zum Einsatz kommen.

In der Städtebauförderung lag der Schwerpunkt im Einsatz der bewilligten Mittel. Neben den bisherigen vier Standardprogrammen „Sanierung und Entwicklung“, „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ wurde in 2009 die Palette der Fördermöglichkeiten um das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ erweitert.

Die Sparte **Kommunen** erzielte ein Neugeschäft von 708,1 (Vj. 1.075,1) Mio. €. Der Anteil der Spar-

te am gesamten Neugeschäftsvolumen betrug rd. 26 (Vj. 43) %.

Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf das überregionale Kommunalkreditgeschäft zurückzuführen, das aufgrund der Kapitalmarktsituation erst Mitte des Jahres wieder aufgenommen wurde. Dagegen stieg das Kommunalkreditgeschäft mit den Kommunen in Schleswig-Holstein deutlich an. Im Bereich „Öffentlich-Private-Partnerschaften“ (ÖPP) wurden die im Vorjahr angeschobenen Projekte zum Abschluss gebracht. Allerdings haben sich in 2009 nicht im gleichen Umfang wie in den Vorjahren neue Projektansätze ergeben. Auf kommunaler Ebene lag dies insbesondere an einer vorrangigen Abarbeitung von Maßnahmen, die unter dem „Konjunkturpaket II“ realisiert werden sollten. Aufgrund der kurzen Belegungsphase dieser Mittel wird hier im Regelfall keine Realisierung im Rahmen einer ÖPP-Struktur erwogen.

Die Sparte **Dienstleistungen** erzielte ein Neugeschäft von 836,8 (Vj. 731,4) Mio. €. Der Anteil der Sparte Dienstleistungen am gesamten Neugeschäftsvolumen beträgt rd. 31 (Vj. 29) %.

Maßgeblich für die erneute Steigerung ist insbesondere die Durchleitung der Programmkredite der KfW an die Sparkassen. Gerade die günstigen Mittel für energetische Maßnahmen sowie Investitionen im Rahmen des EEG (Energieeinspeisungsgesetz) erfreuten sich dabei hoher Nachfrage.

Die Einzel- und Globalrefinanzierungen an Kreditinstitute haben wiederum zu einem namhaften Anteil zum Neugeschäft beigetragen. Durch das verstärkte Refinanzierungsgeschäft mit Sparkassen und Banken in Schleswig-Holstein wirkt die IB den negativen Folgen der Finanzmarktkrise für die Realwirtschaft entgegen. Zusammen mit den direkten Mitteln der Sparte Wirtschaft hat die IB im Jahr 2009 der mittelständischen Wirtschaft insgesamt 421,2 (Vj. 480,2) Mio. € zur Verfügung gestellt. Hiermit konnte wiederum einem Teil der Verwerfungen infolge der Finanzmarktkrise entgegengewirkt und dazu beigetragen werden, eine Kreditklemme in Schleswig-Holstein zu verhindern.

In der Sparte **Arbeitsmarkt- und Strukturförderung** wurde im Geschäftsjahr 2009 ein Neugeschäftsvolumen von 343,8 (Vj. 212,2) Mio. € erreicht. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtneugeschäft von rd. 13 (Vj. 8) %.

Das Jahr 2009 war geprägt durch Arbeiten für den Programmabschluss des Regionalprogramms 2000. Die fristgerechte Verwendungsnachweisprüfung aller EFRE-kofinanzierten Projekte des Programms hinsichtlich des vorgegebenen Zeitrahmens für die Abschlussarbeiten war dabei ein wichtiger Meilenstein.

In 2009 wurden weitere Aufgaben auf die IB übertragen. Mit Aufgabenübertragungsvertrag vom September 2009 ist die IB nunmehr zuständig für Aufgaben der Abwicklung von Zuwendungen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG) mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur, des Landeschulbauprogramms und der Investitionspakte 2008 und 2009. Zusätzlich hat das Finanzministerium die IB beauftragt, Aufgaben der Mittelbewirtschaftung und des Controllings im Rahmen der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes zu übernehmen. Darüber hinaus wurden weitere Schulbauprogramme durch das Ministerium für Bildung und Kultur sowie die verwaltungsmäßige Abbildung von Maßnahmen des Jugendaufbauwerkes Schleswig-Holstein auf die IB übertragen.

Im Bereich des Aufstiegsfortbildungsgesetzes (AFBG) war das Jahr 2009 durch die Verabschiedung des 22. Gesetzes zur Änderung des BAföG und durch die Novellierung des AFBG geprägt. Damit verbunden war ein deutlicher Anstieg bei den Bescheidzahlen. Es werden Fortbildungsmaßnahmen aus Mitteln des Bundes und des Landes unterstützt und erleichtern qualifizierten Fachkräften einen beruflichen Aufstieg.

Das 2008 von der EU-Kommission initiierte EEN war auch 2009 zentrale Anlaufstelle für Unternehmen bei allen Fragen zu EU-Förderprogrammen, Technologietransfer in Europa und EU-Kooperationen. Der Bereich „IB.Europa“ koordiniert das Netzwerk für Hamburg und Schleswig-Holstein und bietet die

Dienstleistungen zusammen mit der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH, der Tutech Innovation GmbH (Hamburg) und der Innovationsstiftung Hamburg an. Das Konsortium bündelt eine Vielzahl von EU-Kompetenzen und es hat sich 2009 zu einem „One-Stop-Shop“ für Europangelegenheiten entwickelt.

„IB.Europa“ informierte 2009 in 50 eigenen und mit Kooperationspartnern organisierten Veranstaltungen über EU-Fördermöglichkeiten, beriet 1.014 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen über EU-Förderprogramme und unterstützte diese bei der Beantragung der Fördermittel. Themenschwerpunkte der Beratungen waren die Bereiche Energie, Umwelt, Verkehr, Forschung & Entwicklung und Strukturfonds.

2009 führte die IB in ihren Funktionen als Verwaltungsbehörde und Zahlstelle (Managing und Paying Authority) sowie Trägerin des Programmsekretariates mit Büros in Rostock und Riga die Ende 2008 ausgelaufenen EU-Gemeinschaftsinitiativen „INTERREG III B Ostsee“ und „INTERREG IIIC Nord“ nach Ende der Systemprüfungen zum Abschluss.

Die IB ist auch in der aktuellen EU-Förderperiode im Rahmen des EU-Ostseeprogramms 2007-2013 (Baltic Sea Region Programme, BSR) für die Förderung der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum zuständig. Gemeinsam mit der ebenfalls in der IB angesiedelten Bescheinigungsbehörde (Certifying Authority) und den Programmsekretariaten in Rostock und Riga bereitete die Verwaltungsbehörde (Managing Authority) zwei neue Antragsrunden vor. In den nun insgesamt 46 Projekten sind 786 Partner aus 12 Ländern involviert. Die dritte Antragsrunde ist vorbereitet und wird im Januar 2010 eröffnet. Weitere Antragsrunden werden folgen. Darüber hinaus wurde im Juni 2009 die „Strategie für die Ostsee“ von der Europäischen Kommission beschlossen. Das „Baltic Sea Region Programme“ wird hierbei als eine Umsetzungsmöglichkeit der Strategie gesehen, so dass in Zukunft im Rahmen der Beurteilung der Projekte auch deren Auswirkungen auf die Umsetzung der Strategie begutachtet werden.

2. Ertragslage

Die Ertragslage der IB hat sich im Geschäftsjahr 2009 insgesamt deutlich verbessert. Das Geschäfts-

ergebnis der IB zeigt einschließlich der einzelnen Ergebniskomponenten folgende Entwicklung.

Abb. 4: **Ergebnisentwicklung 2003 bis 2009 in Mio. €**

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zinsüberschuss	49,7	56,4	57,9	58,0	58,6	62,8	72,0
Provisionsüberschuss	2,0	2,0	2,6	2,5	2,9	3,5	4,2
sonstiger betrieblicher Überschuss	9,0	6,8	8,6	11,7	12,4	12,0	16,5
Summe der Erträge	60,7	65,2	69,1	72,2	73,9	78,3	92,7
Personalaufwendungen	-21,7	-23,5	-25,1	-25,8	-26,4	-27,1	-30,5
andere Verwaltungsaufwendungen	-12,5	-12,4	-12,6	-12,6	-12,4	-12,2	-12,4
Abschreibungen	-1,0	-1,0	-1,3	-1,6	-1,6	-1,6	-1,5
Summe der Aufwendungen	-35,2	-36,9	-39,0	-40,0	-40,4	-40,9	-44,4
Ergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung und Sondereffekten	25,5	28,3	30,1	32,2	33,5	37,4	48,3
Risikovorsorge/Bewertung	-24,1	-23,4	-28,4	-25,8	-29,5	-34,5	-41,7
Sondereffekte	3,6	0,0	3,4	-0,5	1,9	3,5	0,3
Jahresüberschuss	5,0	4,9	5,1	5,9	5,9	6,4	6,9

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere wurden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen dargestellt. Aperiodische und betriebsfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit außergewöhnlichem Charakter wurden in einer gesonderten Position „Sondereffekte“ ausgewiesen.

Der Ergebnisbeitrag der Marktbereiche im Zins- und Provisionsüberschuss stieg aufgrund des erfreulichen Neugeschäftswachstums und des damit verbundenen Bestandsaufbaus. Im Wertpapierergebnis konnten deutliche Ergebniszuwächse gegenüber dem vorherigen Geschäftsjahr erzielt werden. Hier spiegeln sich auch die im abgelaufenen Geschäftsjahr für die IB positiven Geld- und Kapitalmarktbedingungen wider.

Der sonstige betriebliche Überschuss beinhaltet im Wesentlichen die Kostenerstattungen für die Be-

arbeitung von Landes- und EU-Programmen und sonstige betriebliche Aufwendungen, die per Saldo 8,8 (Vj. 7,5) Mio. € betragen, sowie Erträge aus den Beteiligungen an der NordwestLotto GmbH & Co. KG (NordwestLotto), der Landgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (LGSH) sowie der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) in Höhe von zusammen 7,7 (Vj. 4,5) Mio. €. Der Anstieg im Beteiligungsergebnis ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Ausschüttung der LGSH sich erstmals auf ein volles Geschäftsjahr bezieht.

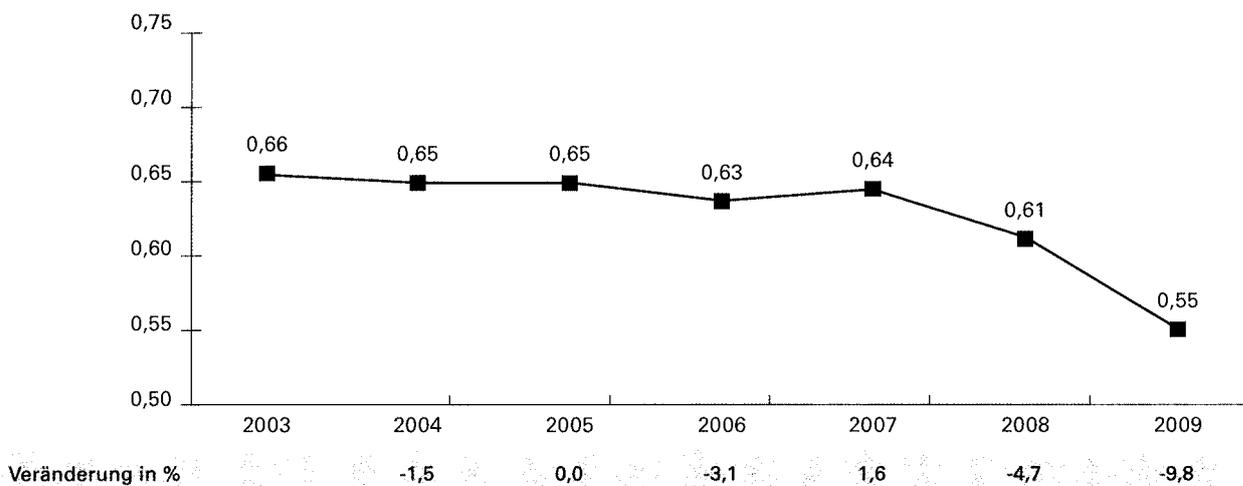
Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund der Reduzierung des Abzinsungsfaktors zur Berechnung der Pensionsrückstellungen sowie in Folge des planmäßigen Personalaufbaus, dem eine entsprechende Geschäftsausweitung bzw. neue Aufgaben gegenüber stehen.

Die Risikovorsorge/Bewertung enthält die Netto-neuzuführungen zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, Zuführungen zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB, Abschreibungen auf Forderungen aus laufenden Vergütungen eines Genussscheins sowie Nettoerträge aus der Auflösung im Fonds für Zinsausgleich. Der Anstieg der Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf eine höhere Zuführung zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie auf eine gestiegene Zuführung zu den Pauschalwertberichtigungen zurückzuführen. Ein erhöhter Wertberichtigungsbedarf in Folge der Finanzmarktkrise war in 2009 nicht festzustellen.

Die Sondereffekte beinhalten Projektaufwendungen aus der Einführung von SAP/ABAKUS, Sondererträge aus der vorzeitigen Auflösung derivativer Finanzinstrumente, Kapitalertragsteuererstattungen aus Vorjahren sowie Erträge aus der Zuschreibung zu langfristigen Forderungen.

Der Jahresüberschuss beträgt 6,9 (Vj. 6,4) Mio. €. Der Gewährträgersammlung wird vorgeschlagen, hiervon einen Betrag in Höhe von 4,9 Mio. € der Gewinnrücklage zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 2,0 Mio. € an das Land Schleswig-Holstein auszuschütten.

Abb. 5: Produktivitätsentwicklung 2003 bis 2009 (Cost-Income-Ratio)



In der Analyse des Geschäftsergebnisses wird als finanzieller Leistungsindikator insbesondere auf die Produktivitätsentwicklung, gemessen als Cost-Income-Ratio, abgestellt. Sie gibt Auskunft darüber, wie hoch der Mitteleinsatz bezogen auf 1,- € Bruttoertrag ist. Aufgrund der Besonderheiten in der sozialen Wohnraumförderung wird die Ermittlung dieser Kennzahl ohne die Daten aus diesem Geschäftsfeld ermittelt. Die Höhe der Veränderung dieser Kennziffer von einer Berichtsperiode zur

nächsten erlaubt die Aussage, in welchem Maß die Summe der Einzelentscheidungen und Veränderungen zur Optimierung des Ergebnisses beigetragen hat.

Im Geschäftsjahr 2009 lag die Cost-Income-Ratio mit 0,55 (Vj. 0,61) deutlich unter der des Vorjahres. Dem relativen Anstieg der Erträge stand ein entsprechend geringerer Anstieg der Aufwendungen gegenüber.

3. Finanzlage

Die IB war im Jahr 2009 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Zahlungsfähigkeit der IB wird anhand des Liquiditätsgrundsatzes gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebene Untergrenze dieser Kennziffer von 1,0 wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die bei der Deutschen Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurde eingehalten. Die in Folge der Finanzmarktkrise am Markt aufgetretenen Liquiditätsengpässe blieben für die IB aufgrund ihrer Reputation ohne Folgen.

Die Refinanzierung des Fördergeschäfts erfolgte im Wesentlichen mit Mitteln der KfW. Wie schon im Vorjahr wurde auch im Jahr 2009 der Kapitalmarkt zum Teil direkt in Anspruch genommen.

Für die Refinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum gewinnt die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR) für die IB weiter an Bedeutung. So wurde mit der LR in 2009 ein weiterer Rahmenvertrag abgeschlossen.

Durch Abschluss eines zweiten Finanzierungsvertrages mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) stehen der IB im Kommunalkreditgeschäft weitere Refinanzierungsmittel zur Verfügung. Darüber hin-

aus wurde Ende 2009 ein weiterer Finanzierungsvertrag mit der EIB abgeschlossen. Die hier kontingentierten Mittel sollen dazu verwendet werden, kleine und mittlere sowie Kleinstunternehmen im Rahmen der IB-Förderprogramme zu finanzieren.

Im Jahr 2009 wurden Kontakte zur Council of Europe Development Bank (Entwicklungsbank des Europarates, CEB) mit dem Ziel einer weiteren Verbreiterung der Refinanzierungsbasis aufgenommen. Mit einer vertraglichen Umsetzung wird in den nächsten Monaten gerechnet.

Wie auch in den Vorjahren wurden Zinsswapgeschäfte eingesetzt, um das Zinsrisiko aus dem Kreditgeschäft aktiv zu steuern. Das abgeschlossene Swapvolumen erhöhte sich; offene Positionen wurden kontinuierlich zurückgeführt.

Umfangreiche zentralbankfähige Aktiva gewährleisten eine stabile Refinanzierungssituation der IB. Darüber hinaus ist aufgrund der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Schleswig-Holstein die Möglichkeit einer jederzeitigen Refinanzierung gewährleistet, da die Adresse IB bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung führt.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der IB hat sich zum 31.12.2009 um rd. 12 % auf 16,7 (Vj. 14,9) Mrd. € erhöht. Die wesentlichen Veränderungen der Bilanz- und Unterstrichpositionen werden im Folgenden näher erläutert.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden erhöhten sich infolge des erfolgreichen Neugeschäftsverlaufs.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde weiter ausgeweitet. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzmarktkrise wurde bei den Neuengagements neben hoher Adressenqualität vor allem auf Diversifizierung der Anlagenstruktur Wert gelegt. Insbesondere wurden staatsgarantierte Anleihen und „gedeckte“ Wertpapiere mit mittleren und kurzen Laufzeiten erworben. Im Dezember 2009 hat die IB ihren Anteil am Rettungspaket für

die Deutsche Pfandbriefbank (PBB, ehem. Hypo Real Estate) durch Erwerb einer zu 100 % durch den vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) garantierten Anleihe für zunächst ein weiteres Jahr prolongiert.

Im Wertpapierbestand der IB sind – gegenüber dem Vorjahr im verminderten Umfang – weitere Adressen enthalten, die unmittelbar in die Finanzmarktkrise involviert sind. Die Papiere werden weiterhin bis zum Ende der Laufzeit im Anlagebestand gehalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um die für die Ausweitung des Aktivgeschäfts erforderliche Refinanzierung.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten reduzierten sich aufgrund ihrer planmäßigen Auflö-

sung und des geringeren Neugeschäftes bei den Disagioprodukten im Bereich Immobilien.

Der Kapitalrücklage wurden im Rahmen des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG) Haushaltsmittel des Bundes in Höhe von 12,6 Mio. € zugeführt. Mit Beschluss der Gewährträgerversammlung vom 02.06. und 08.12.2009 wurden aus dem Bilanzgewinn 2008 ein Betrag in Höhe von 4,9 (Vj. 4,9) Mio. € in die Gewinnrücklage eingestellt sowie ein Betrag von 1,5 (Vj. 1,0) Mio. € an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet. Zum 31.12.2009 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.080,8 (Vj. 1.062,7) Mio. € ausgewiesen. Dieses enthält einen Bilanzgewinn in Höhe von 6,9 (Vj. 6,4) Mio. €.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die wirtschaftliche Lage geordnet ist und den an die IB gestellten Anforderungen entspricht.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

sind im Zeitraum nach dem 31.12.2009 bis zum Berichtsabschluss nicht eingetreten.

6. Risikobericht

6.1 Gesamtbank- und Risikostrategie

Wie in den Vorjahren hat die Bank ihre rollierende Gesamtbankstrategie mit einem fünfjährigen Zeithorizont im Berichtsjahr überarbeitet. In diesen Prozess werden alle Bereiche der Bank eingebunden, die den Vorstand hinsichtlich der Ziele, Einzelstrategien und Maßnahmen bei der Festlegung der Strategien unterstützen.

Basierend auf einer Analyse der Ausgangssituation sowie den Erwartungen für die zukünftigen Entwicklungen unterscheidet die Bank nach förderpolitischen und bankspezifischen Zielkategorien. Erstere leiten sich überwiegend aus dem Investitionsbankgesetz (IBG) ab und stellen Aufgabenübertragungen des Landes Schleswig-Holstein dar, die z. B. der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplät-

zen aber auch einer intakten Umwelt dienen, der Sicherstellung der Wohnraumversorgung oder der Kreditvergabemöglichkeit der Kreditinstitute im Land, der Gründung oder Erhaltung förderungswürdiger Unternehmen und der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur.

Bei den bankbezogenen Zielen werden ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Plandaten Schwankungsbreiten definiert, in denen sich das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bewegen darf.

Die Risikostrategie beschreibt das Gesamtrisiko-
profil der Bank unter Berücksichtigung des Risiko-
tragfähigkeitskonzepts. Die aktuelle Risikostrate-
gie berücksichtigt die gesamte Geschäftstätigkeit
des Instituts und beinhaltet explizit die Risikoarten
Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko sowie operationelle Risiken.

Die IB bewegt sich innerhalb der gestellten Strategievorgaben. Im Geschäftsjahr 2009 kam es zu keiner Überschreitung der Risikopositionen.

6.2 Chancen und Risiken

Alle Bereiche der Bank identifizieren im Rahmen des Planungsprozesses Chancen sowie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der demografischen Entwicklung und weiterer relevanter Rahmenbedingungen für die Geschäftsfelder der Bank. Die Beurteilung derartiger Chancen- und Risikopotenziale findet sowohl Eingang in den Neue-Produkte-Neue-Märkte-Prozess

sowie in eine Chancen- und Risiko-Matrix als auch in die längerfristig angelegte Gesamtbankstrategie, in die rollierende Dreijahresergebnisplanung sowie die einjährige Kurzfristergebnisplanung.

Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der Planungsprozesse.

6.3 Risikomanagement

Die IB verfolgt das Ziel, neben den ergebniswirksamen Einflüssen der sonstigen Risikoarten auch die Netto Neubildung der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bestreiten zu können. Die Netto Neubildung der Risikovorsorge schwankt je nach konjunktureller Phase um den erwarteten Ausfall.

Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB, aus der das operative und das regulatorische Risikodeckungspotenzial (RDP) abgeleitet werden, wurde im Geschäftsjahr 2009 das globale Risikolimit, das sich in drei Unterlimite für Adressenaus-

fallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditäts- und operationelle Risiken gliedert, nicht verändert.

Der Bereich Finanzen betreut das stetig fortentwickelte Instrumentarium zur Risikosteuerung und nimmt die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken sowie die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken vor. Bei der Risikoüberwachung wird der Vorstand darüber hinaus durch die Rechtsabteilung sowie durch das Management der Fachbereiche unterstützt. Außerdem erhält der Vorstand durch die Revision Hinweise zur Verbesserung

seines Steuerungssystems und wird bezüglich bedeutender Risiken durch die Expertise des Steuerungsausschusses unterstützt. Entsprechend der IB-spezifischen Rahmensetzung für die Treasuryaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung. Bemerkenswerte Risiken im Liquiditätsbereich bestehen auch infolge der Finanzmarktkrise nicht.

Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB kontinuierlich eine margenorientierte Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem Risikokonzentrationen im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

6.4 Adressenausfallrisiken

Die IB steuert die Adressenausfallrisiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank besteht unverändert ein Limit in Höhe von 35,0 Mio. €, das auf Basis einer Zeitreihenanalyse der gebildeten Einzelwertberichtigungen festgelegt wurde. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit; dieses Limit wurde zu keiner Zeit überschritten. Die unterjährig beobachteten Stresstestparameter bewegten sich im erwarteten Rahmen und lösten keine besonderen Aktivitäten durch das Erreichen festgelegter Schwellenwerte aus.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings werden den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die – sofern erforderlich – umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten. Derzeit existieren verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren, die über eine Transformationsmatrix vergleichbar gemacht werden. Der angestrebte Ansatz von integrierten, validierten Ratingverfahren ist weitgehend umgesetzt.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand monatlich berichtet. Die standardisiert strukturierte Risikoberichterstattung, die über den reinen Informationsinhalt hinausgehende Risikobeurteilungen und Handlungsvorschläge enthält, erfolgt quartalsweise. Darüber hinaus werden formu-

largestützte Ad hoc-Berichte an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Im Bereich der Einzeladressenrisiken werden die Prozesse im originären Kreditgeschäft beobachtet und bei Bedarf optimiert sowie in dem, jedem Mitarbeiter zugänglichen, DV-gestützten integrierten Kredithandbuch dokumentiert. Änderungen des Regelwerkes der Bank werden bei risikorelevanten Aspekten auch von dem Bereich Unternehmenssteuerung (Risikocontrolling) vor Veröffentlichung qualitätsgesichert.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im Investment Grade Bereich. Es bestehen detaillierte Vorgaben zum Erwerb derartiger Papiere hinsichtlich Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten.

Die Steuerung und Überwachung des Beteiligungsportfolios erfolgen im Vorstandsstab sowie im Bereich Finanzen. In allen Fällen handelt es sich um strategische Beteiligungen.

Das dem Adressenausfallrisiko zugeordnete Länderrisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB eine untergeordnete Rolle. Das verbleibende Risiko liegt darin, dass aufgrund von Beschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr, Illiquidität oder Zahlungsverweigerung von staatlichen

Stellen Zins- und Tilgungsleistungen oder andere vereinbarte Leistungen nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet in der mit dem Gläubiger vereinbarten Währung erbracht werden. Ein ausländi-

scher Geschäftspartner kann auch der Staat selbst sein. Es existieren diesbezüglich ausgewählte Länderlimite mit überschaubaren Risiken.

Abb. 6: Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft

Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen (Rst) für das Kreditgeschäft in Mio. €		EWB/Rst-Quote *		Pauschalwertberichtigungen in Mio. €	
Vorjahr	31.12.2009	Vorjahr	31.12.2009	Vorjahr	31.12.2009
135,1	132,5**	0,85 %	0,74 %	15,6	19,7

* bezogen auf das Kreditvolumen

** Der Rückgang resultiert aus umfangreichen Ausbuchungen.

6.5 Marktpreisrisiken

Das für die IB relevante Marktpreisrisiko betrifft die möglichen zukünftigen Marktwertschwankungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken). Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiken sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB Derivategeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht. Im Bereich Treasury durchgeführte Geschäfte fließen entweder in den Anlagebestand oder in die Liquiditätsreserve.

Im Geschäftsjahr wurden, wie in den Vorjahren, Zinstauschvereinbarungen sowohl zur Absicherung einzelner offener Positionen (micro hedge) als auch zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen.

Die Risikoermittlung und -überwachung der Bank beinhaltet sämtliche Zinsänderungsrisiken. In der IB beruht die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem Value at Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Die IB verwendet hierbei ein barwertorientiertes Verfahren. Der VaR stellt die mögliche

Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Mit dem Berechnungsverfahren wird die mögliche Wertänderung ermittelt, die bei einer zehntägigen Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten werden würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von Zinssätzen über die letzten 500 Handelstage verwendet. Die Risiken, bei denen der berechnete VaR seit 2009 mit Faktor 1,1 multipliziert wird, werden der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) in Höhe von 15,0 Mio. € gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, die Unternehmenssteuerung und das Treasury berichtet. Die zusätzliche Multiplikation resultiert aus den stark erhöhten Volatilitäten im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise.

Organisatorisch ist sichergestellt, dass neuartige Produkte und Aktivitäten in neuen Märkten systematisch in die Risikomessung mit eingebunden werden.

Zur Begrenzung des gesamten Marktpreisrisikos hat der Vorstand dieses limitiert. Das in 2008 auf 15,0 Mio. € festgelegte Limit wurde in 2009 nicht

verändert. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung. Installierte Frühwarnstufen mit Berichtspflichten seitens des Risikocontrollings an den Vorstand flankieren organisatorisch die Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Per 31.12.2009 betrug der VaR 6,7 Mio. €. Dies entspricht einer Auslastungsquote von 44,7 %.

Innerhalb des Backtesting-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust (Konfidenzniveau von 99 %) von einem auf den elften Handelstag, dem VaR multipliziert mit Faktor 1,1 und der tatsächlich eingetretenen Ergebnisveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von 500 Handelstagen zugrunde gelegt. In 2009 lag die Anzahl der „Ausreißer“ im Rahmen der definierten Toleranz.

Außerdem existieren Stresstest-Verfahren, welche die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerst extremer Marktentwicklungen prüfen. Sie beruhen zum einen auf dem Modell des IWF bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf ei-

nem Modell gemäß Basel II. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote von 8 % nicht unterschritten werden; gemäß Basel II darf die Marktwertänderung des Portfolios 20 % des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch in 2009 jederzeit erfüllt.

Neben der Gesamtrisikobetrachtung auf VaR-Basis findet eine Risikomessung im Rahmen des Basis Point Value-Ansatzes (BPV-Ansatz) statt, für den ebenfalls ein internes Steuerungslimit besteht. Der BPV drückt die Größe aus, mit der sich der Barwert einer Position verändert, wenn sich der zugrunde gelegte Zinssatz um eine Stelle verändert.

Der BPV bewegte sich im Jahr 2009 innerhalb des festgelegten Limits von 0,4 Mio. €.

Kündigungsrisiken im Zusammenhang mit Optionsklauseln in einzelnen Kreditverträgen sowie aufgrund des § 489 BGB werden von der Bank identifiziert und unter Beurteilung des damit verbundenen Risikos dem Vorstand regelmäßig zur Entscheidung über Maßnahmen vorgelegt.

6.6 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt. Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Steuerungsausschuss dem Vorstand entsprechende Entscheidungsvorschläge, aufsichtsrechtliche (wie Mindestreserve, Liquiditätskennzahl) und betriebswirtschaftliche Risiken werden dann alleinverantwortlich vom Treasury gesteuert.

Eine Diversifizierung der Kontrahenten und Gewährträgerhaftung, Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie des Landes Schleswig-Holstein stellen auch in schwierigen Zeiten wie der Finanz-

marktkrise sicher, dass die IB über ausreichende Liquidität verfügt.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht der Bereich Finanzen. Zum 31.12.2009 betrug der Koeffizient gemäß Liquiditätsverordnung (Liquiditätskennzahl) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 3,05 (Vj. 1,55). Er lag während des gesamten Geschäftsjahres stets oberhalb der Mindestanforderung von 1,0.

Ein Liquiditätsnotfallplan der Bank regelt, welche Maßnahmen im Falle eines Liquiditätsengpasses ergriffen werden sollen.

6.7 Operationelle Risiken

Die IB ermittelt die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz. Darüber hinaus werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken aus betriebswirtschaftlichen Gründen weiterhin fortlaufend verfeinert.

Statistische historische Daten zu Schadensfällen unterschiedlicher Kategorien, die seit 2008 DV-technisch bearbeitet werden, sollen mittelfristig ein validiertes Backtesting der operationellen Risiken ermöglichen. Die Maßnahmen zur Verminderung operationeller Risiken sowie von Schäden in diesem Zusammenhang werden systematisch weiterentwickelt.

Im organisatorischen Bereich wurden diverse Regelungen den aktuellen Gegebenheiten entsprechend angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen. Durch gezielte Maßnahmen wurde die Datenqualität auch weiterhin aufgrund systematischer Untersuchungen angehoben und die DQ-Beauftragte verstärkt in Projekte eingebunden, auch um frühzeitig Fehlerpotenziale mit dem Ziel der Prävention zu identifizieren. Aktualisierungen bestehender Anwendungen durch Software-Updates führten regelmäßig auch zur Reduzierung operationeller Risiken, insbesondere durch eine weitere Verringerung manueller Arbeitsschritte.

Um Risiken im Bereich Personal zu minimieren, verfügt die Bank über Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Programme stellen eine adäquate Ressourcensteuerung sicher, die durch die Personalkommission gefördert und überwacht wird. Für einen Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden Schulungsveranstaltungen durchgeführt, um eine Qualifizierung auf dem aktuellen Stand sicherzustellen.

Den Rechtsrisiken begegnet die IB insbesondere durch die Verwendung von Standardverträgen, regelmäßige Einzelvertragsprüfungen und der laufenden Anpassung der Vertragsvorlagen an die jeweils herrschende Rechtsprechung, die systematisch durch den Bereich Recht beobachtet und an die zuständigen Stellen in der Bank zeitnah kommuniziert werden.

Die geregelte Projektorganisation der Bank stellt die erfolgreiche Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch qualitätssichernde und überwachende (Zeit, Kosten und Ergebnisse) Institutionen organisatorisch sicher und identifiziert, projiziert und priorisiert systematisch den Handlungsbedarf der Bank im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Risiken im Zusammenhang mit Projekten werden durch die Projektleitung systematisch identifiziert und im Rahmen eines standardisierten Prozesses an das Risikocontrolling kommuniziert. Die Steuerung der Projekte erfolgt durch den monatlich tagenden Produkt- & Projektausschuss, dem auch der Vorstand angehört. Durch gezielte individuelle Maßnahmen (z.B. Seminare, Coaching, Fachliteratur) und die Ausweitung der in Projekten beteiligten Mitarbeiter wird die Qualifizierung für derartige Aufgabenstellungen kontinuierlich auf eine breitere Basis gestellt.

Der Ausschuss für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz trägt mit seiner Tätigkeit dazu bei, Risiken dieser Art transparent zu machen und durch Präventivmaßnahmen zu minimieren.

Zusammenfassend ist die Risikolage der IB vor dem Hintergrund der vorhandenen Eigenkapitalausstattung und bilanziellen Risikovorsorge als unkritisch zu bezeichnen.

7. Prognosebericht

Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen der IB wird in den nächsten zwei Jahren (Prognosezeitraum) folgende Entwicklung erwartet.

Durch die verbesserten Wachstumserwartungen wichtiger Volkswirtschaften haben sich auch die Perspektiven für die durch ihre hohe Auslandsverflechtung geprägte deutsche Volkswirtschaft zuletzt wieder merklich verbessert. Zahlreiche Institutionen, unter anderem die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat und die Wirtschaftsforschungsinstitute, haben ihre Wachstumsprognosen für 2010 daher in den letzten Wochen teilweise deutlich nach oben korrigiert.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Mittelbeschaffung der Unternehmen, die zu Zinsaufschlägen auf Unternehmenskredite führten, sind wieder rückläufig. Für die kommenden Jahre wird davon ausgegangen, dass sich die Situation an den Finanzmärkten weiter bessert und es nicht zu einer allgemeinen Kreditklemme in Deutschland kommt.

Dennoch kann die Finanzmarkt- und die damit eng verknüpfte Wirtschaftskrise aber keineswegs als überwunden angesehen werden. Eine ausreichende Risikotragfähigkeit der Finanzinstitute und die volle Funktionsfähigkeit der Märkte sind derzeit noch nicht wieder hergestellt. Zwar haben sich die Finanzierungsbedingungen an den Geld- und Kapitalmärkten in den letzten Monaten spürbar verbessert, die Verhältnisse insbesondere an den Geldmärkten haben sich jedoch noch nicht wieder normalisiert.

Die von der EZB ergriffenen Maßnahmen unterstreichen den Willen, die im Bankensektor existierende Überschussliquidität allmählich zu reduzieren. Gleichwohl agiert der EZB-Rat dabei unter sehr starken Zwängen, denn die Kapitalaufnahme der Geschäftsbanken über die Kapitalmärkte funk-

tioniert im Vergleich zur Vorkrisenzeit noch merklich eingeschränkt. Erste Leitzinsanhebungen des EZB-Rates dürften deshalb nicht vor Ende des dritten Quartals 2010 zu erwarten sein.

In der Wirtschaftsförderung wird für 2010 eine weiterhin hohe Nachfrage seitens der Hausbanken nach Risikoteilung erwartet. Insbesondere die Nachfrage nach Betriebsmitteln zur Krisenbewältigung wird ansteigen. Die erwarteten Ratingverschlechterungen nach Vorlage der Bilanzen 2009 werden die Finanzierungsmöglichkeiten der Hausbanken einschränken, was einerseits zu einer höheren Nachfrage nach Unterstützung durch die Förderinstitute führt, andererseits aber auch die Finanzierungsmöglichkeiten dieser einschränkt. Insgesamt ist die IB jedoch mit ihren Produkten gut aufgestellt, um gemeinsam mit den Hausbanken, die Finanzierungserfordernisse der regionalen Wirtschaft zu erfüllen.

Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass der „EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II“ auch in den Folgejahren erfolgreich am Markt agieren wird. Auch die „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH“ (MSH) wird in den nächsten Jahren ein wichtiges Instrument darstellen, die Eigenkapitalsituation bei den Unternehmen weiter zu verbessern.

Daneben ist es Ziel, in Kooperation mit Multiplikatoren wie den Kammern und Wirtschaftsförderinstitutionen, weitere Unternehmen zu motivieren, das Dienstleistungsangebot des „Enterprise Europe Network Hamburg Schleswig-Holstein“ in Anspruch zu nehmen.

Schwer abzusehen sind derzeit die Nachwirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklung des Neugeschäftes des Bereiches Immobilien in 2010. Es wird aber erwartet, dass sich der positive Trend des Jahres 2009 weiter fortsetzt und

viele Eigenheimkunden ihre Absicherung in Immobilien vornehmen werden.

In einem Arbeitskreis des Verbands Öffentlicher Banken (VÖB) wird zusammen mit den anderen bundesdeutschen Förderbanken an einer gemeinsamen Entwicklung der Immobilienrente (Rückwärtshypothek) gearbeitet. Die Produktentwicklung ist abgeschlossen.

Es wird erwartet, dass die Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung auch in 2010 einen guten Absatz finden werden. Das durch das Land hierfür zur Verfügung gestellte Kontingent für Eigentumsmaßnahmen wurde allerdings teilweise bereits 2009 in Anspruch genommen. Wie sich die Vorwegnahme auf das Jahr 2010 auswirkt, ist derzeit noch nicht abschließend geregelt.

Im Individualgeschäft besteht weiterhin ein erhöhtes Interesse am Mietwohnungsbau. Daneben gewinnen die Maßnahmen zur Wohnquartiersentwicklung immer mehr an Bedeutung. Inwieweit dessen Realisierung durch die Finanzmarktkrise und etwaige Kreditklemmen negativ beeinflusst wird, kann aktuell nicht abschließend bewertet werden. Als Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein wird es auch weiterhin Aufgabe sein, die nötigen Förderungen und Finanzierungen soweit möglich zu gewährleisten.

Für die Städtebauförderung in Schleswig-Holstein hat das Innenministerium angekündigt, dass die Standardprogramme in 2010 insgesamt im bisherigen Umfang weitergeführt werden sollen.

In 2010 wird eine weitere Vernetzung von Wohnraum- und Städtebauförderung angestrebt.

Im Kommunalkreditgeschäft werden in 2010 einige Veränderungen erwartet, deren Folgen erst im Laufe des Jahres deutlich werden. Zum einen beabsichtigt die KfW, selbst das telefonbasierte Kommunalkreditgeschäft aufzunehmen, zum anderen

wird erwartet, dass die Geschäftsbanken wieder vermehrt zu traditionellen Bankgeschäften zurückkehren werden.

Im Bereich ÖPP sind die anstehenden Aufgaben in Abstimmung mit dem Land weiter zu konkretisieren. Es ist ferner – auch im Rahmen des Partner-Regio-Netzwerks – geplant, Grundlagenarbeiten für Finanzierungen in enger Verzahnung mit der „Partnerschaften Deutschland GmbH“ (PD) durchzuführen.

Im Durchleitungsgeschäft von Programmkrediten der KfW und der LR wird ebenso wie im Bereich der Einzel- und Globaldarlehen an die Kreditinstitute von einer stabilen Nachfrage auch in den Folgejahren ausgegangen.

In 2010 steht die weitere Konsolidierung des Wertpapierbestands im Vordergrund der Treasuryaktivitäten, wobei der Ersatz auslaufender Wertpapiere durch Anschlussgeschäfte Vorrang vor Neugeschäft haben wird. Flankierend zum Wertpapiergeschäft wird die IB die sich auf den Geldmärkten bietenden Chancen aus der Fristentransformation im kurzfristigen Bereich weiterhin wahrnehmen.

Durch Geschäftsausweitungen in einzelnen Fachbereichen, der Einplanung von weiteren Trainees sowie dem verstärkten Personalbedarf aufgrund der Projektaktivitäten wird die IB im Jahr 2010 weitere Beschäftigte einstellen können. Das Projekt IB.ABAKUS wird für nahezu alle Fachbereiche und auf die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen in der IB Auswirkungen haben. Es ist davon auszugehen, dass durch die interne Ressourcenbindung in 2010 mit erheblich höheren Personalkosten für Aushilfen und Überstunden sowie Schulungsmaßnahmen zu rechnen ist.

Für den Prognosezeitraum ist eine den Anforderungen an ein Förderinstitut entsprechende Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geplant. Die Entwicklung wird von Kontinuität ge-

prägt sein. Insbesondere den Anforderungen des Anteilseigners ist bei dieser Planung Rechnung getragen worden. Im Kreditgeschäft wird eine weiterhin positive Ertragsentwicklung erwartet. Es wird davon ausgegangen, Ergebnisse vor Risikoversorge/Bewertung und Sondereffekten innerhalb

der in der Strategie formulierten Bandbreiten zu erzielen. Eine über der Planung liegende Ergebnisentwicklung wird auch weiterhin dazu verwendet werden, die Risikotragfähigkeit der Bank nachhaltig zu stärken.

Kiel, 22. März 2010



Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Klaus Rave

Bilanz

Investitionsbank Schleswig-Holstein Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			1.970,58		1.823,18
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.817.177,38		992.862,23
darunter:				1.819.147,96	994.685,41
bei der Deutschen Bundesbank	1.817.177,38				
	(Vorjahr 992.862,23)				
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			110.771.641,17		55.287.925,08
b) andere Forderungen			4.015.283.140,52		3.608.240.487,47
				4.126.054.781,69	3.663.528.412,55
3. Forderungen an Kunden				8.767.632.339,99	7.910.364.712,07
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	916.952,49				
	(Vorjahr 1.025.084,38)				
Kommunalkredite	3.867.449.070,65				
	(Vorjahr 3.405.561.234,22)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				
	(Vorjahr 37.830.703,13)				
ab) von anderen Emittenten		21.528.953,35	21.528.953,35		76.054.760,75
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	21.528.953,35				
	(Vorjahr 38.224.057,62)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		141.393.296,51			
bb) von anderen Emittenten		2.541.819.422,90	2.683.212.719,41		2.110.551.262,91
darunter:				2.704.741.672,76	2.186.606.023,66
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.271.374.572,76				
	(Vorjahr 1.738.833.906,52)				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				9.921.620,00	10.292.522,23
6. Beteiligungen				8.268.436,93	8.268.436,93
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				100.552.023,61	100.552.023,61
8. Treuhandvermögen				989.138.111,03	1.001.187.959,13
darunter:					
Treuhandkredite	949.087.417,41				
	(Vorjahr 973.855.436,96)				
9. Immaterielle Anlagewerte				2.537.164,00	3.225.980,00
10. Sachanlagen				9.033.323,52	9.363.944,52
11. Sonstige Vermögensgegenstände				14.528.717,99	14.029.725,45
12. Rechnungsabgrenzungsposten				5.027.931,65	7.403.036,81
Summe der Aktiva				16.739.255.271,13	14.915.817.462,37

Passiva	€	€	€	Vorjahr €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		527.309.132,14		255.937.430,42
b) mit vereinbarter Laufzeit		11.607.811.886,96		10.525.266.128,17
			12.135.121.019,10	10.781.203.558,59
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) täglich fällig		98.333.044,75		44.513.421,36
b) mit vereinbarter Laufzeit		1.096.758.696,29		606.269.549,77
			1.195.091.741,04	650.782.971,13
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			363.159.957,12	378.115.685,51
4. Treuhandverbindlichkeiten		989.138.111,03		
darunter:			989.138.111,03	1.001.187.959,13
Treuhandkredite	949.087.417,41			
	(Vorjahr 973.855.436,96)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			21.418.002,87	20.400.603,55
6. Rechnungsabgrenzungsposten			74.451.066,73	86.507.159,89
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		32.282.508,00		30.284.142,00
b) andere Rückstellungen		18.154.944,31		14.817.563,16
			50.437.452,31	45.101.705,16
8. Fonds für Zinsausgleich			889.622.993,36	889.780.596,34
9. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		100.000.000,00		100.000.000,00
b) Kapitalrücklage		944.669.660,63		932.035.199,20
c) Gewinnrücklagen		29.202.023,87		24.297.844,19
d) Bilanzgewinn		6.943.253,07		6.404.179,68
			1.080.814.937,57	1.062.737.223,07
Summe der Passiva			16.739.255.271,13	14.915.817.462,37
Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			672.580.145,32	619.247.608,76
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen			753.117.754,82	711.831.196,77

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		609.664.153,07			621.774.012,53
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		72.439.690,21			101.294.456,75
			682.103.843,28		723.068.469,28
2. Zinsaufwendungen			606.051.341,89		660.002.888,28
				76.052.501,39	63.065.581,00
3. Laufende Erträge aus					
a) Beteiligungen			277.344,49		596.922,37
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen			8.076.505,41		9.281.783,64
				8.353.849,90	9.878.706,01
4. Provisionserträge			16.920.288,07		19.659.386,94
5. Provisionsaufwendungen			12.739.478,78		14.822.066,15
				4.180.809,29	4.837.320,79
6. Sonstige betriebliche Erträge				11.379.151,60	18.811.984,33
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		22.902.110,35			21.711.186,75
ab) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversor- gung und für Unterstützung		7.746.627,75			5.392.263,25
darunter:			30.648.738,10		27.103.450,00
für Altersversorgung	3.944.416,01				
	(Vorjahr 1.818.292,21)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			17.092.430,03		14.480.200,72
				47.741.168,13	41.583.650,72
8. Abschreibungen und Wert- berichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				1.481.908,41	1.651.092,34
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen				2.087.643,60	1.178.732,40
10. Abschreibungen und Wertberichtigun- gen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				41.381.867,21	34.538.921,08
11. Abschreibungen und Wertberichtigun- gen auf Beteiligungen, Anteile an ver- bundenen Unternehmen und wie Anla- gevermögen behandelte Wertpapiere				324.328,12	11.000.000,00
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				6.949.996,71	6.641.195,59
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag				0,00	220.719,01
14. Sonstige Steuern				6.743,64	16.296,90
15. Jahresüberschuss				6.943.253,07	6.404.179,68
16. Gewinn- / Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0,00
17. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen				0,00	0,00
18. Bilanzgewinn				6.943.253,07	6.404.179,68

Anhang

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeits-

markt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Die IB beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft.

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend den Formblättern der RechKredV. Auf der Passivseite hat die IB das Formblatt 1 im Einklang mit § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB um zwei Ausweispositionen ergänzt.

Die IB ist gemäß § 340i Abs. 1 HGB in Verbindung

mit § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht zu erstellen. Da die Tochtergesellschaften der IB jeweils einzeln und zusammen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch von untergeordneter Bedeutung sind, wird das Wahlrecht des § 296 Abs. 2 HGB in Anspruch genommen und kein Konzernabschluss aufgestellt.

Der Jahresabschluss der IB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kennziffern

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität

der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sowie der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften der §§ 340 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 252 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip) ausgewiesen. Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Vorsorgeserven nach 340 f HGB werden aktivisch von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden gemäß RechKredV mit der zugrunde liegenden Forderung oder Verbindlichkeit bilanziert.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt in den Positionen Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich bis zum Ende der Fälligkeit gehalten. Sämtliche Wertpapiere der IB sind handelsrechtlich daher dem Anlagebestand zugeordnet. Die Bewertung der Wertpapiere erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden laufzeitanteilig erfolgswirksam gebucht. Soweit Wertpapiere des Anlagebestandes mit Werten bilanziert sind, die über den Markt- oder Börsenwerten am Bilanzstichtag liegen, werden sie im Anhang als „wie Anlagevermögen bewertet“ angegeben.

Für Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 1.177,7 (Vj. 1.502,5) Mio. € wurden Marktwerte in Höhe von 1.146,0 (Vj. 1.397,1) Mio. € ermittelt. Unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips wurde auf Abschreibungen verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten voraussichtlich nicht dauerhaft verschlechtert hat.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Dies gilt auch für die unter den Immateriellen Anlagewerten bilanzierte Software. Für geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG wurde ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre linear abgeschrieben wird.

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

In der Position „Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln“ werden die bis zum 31.12.2006 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die in der sozialen Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G. Ermittelt wird der steuerlich zulässige Teilwert unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 5,0 (Vj. 5,5) %. Die Anpassung des Rechnungszinsfußes wurde aufgrund der derzeit herrschenden Marktverzinsungsverhältnisse vorgenommen. Es ergab sich dadurch ein Mehraufwand in Höhe von 1,8 Mio. €. Für tarifvertragliche geregelte Vorruhestandsverpflichtungen besteht eine angemessene Rückstellung.

Sonstige Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung im erforderlichen Umfang gebildet.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar.

Für die in den Jahren 1995 bis 1998 ausgezahlten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum

Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank schließt Zinstauschvereinbarungen sowohl zur Absicherung einzelner Positionen als auch der Gesamtzinsposition ab. Aufgrund ihres Einsatzzweckes nimmt die Bank keine gesonderte handelsrechtliche Bewertung der Swaps zum Bilanzstichtag vor.

Die Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen werden brutto im Zinsergebnis der Bank ausgewiesen.

Angaben zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

Fristengliederung	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	110,8	55,3
nach Restlaufzeiten		
▶ bis 3 Monate	513,7	230,4
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	352,4	419,2
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.073,7	1.094,9
▶ mehr als 5 Jahre	2.075,4	1.863,7

Forderungen an Kunden

Fristengliederung	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten		
▶ bis 3 Monate	384,1	309,2
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	470,1	265,5
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.880,8	1.698,9
▶ mehr als 5 Jahre	6.032,6	5.636,8
darunter:		
mit unbestimmter Laufzeit	83,7	96,3

In den Forderungen an Kunden sind 57,3 (Vj. 55,6) Mio. € Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht,

ausgewiesen. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind in Höhe von 4,0 (Vj. 3,0) Mio. € enthalten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
▶ börsennotiert	2.689,5	2.142,2
▶ nicht börsennotiert	15,2	44,4
darunter:		
im Folgejahr fällig	804,8	465,2

In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der im Rahmen echter Pensionsgeschäfte in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt 976,8 (Vj. 253,0) Mio. €.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Genussschein)		
▶ börsennotiert	9,9	10,3
▶ nicht börsennotiert	0,0	0,0

Nachrangige Vermögensgegenstände

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	63,0	63,0
Forderungen an Kunden	36,1	34,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	75,9	76,1

Treuhandvermögen

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute		
▶ täglich fällig	39,8	27,1
▶ andere Forderungen	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	949,3	974,1

Sachanlagevermögen

	Immaterielle Anlagewerte Mio. €	Betriebs- und Ge- schäftsausstattung Mio. €	Grundstücke und Gebäude Mio. €	Darunter: eigengenutzte Grundstücke und Gebäude Mio. €
Hist. Anschaffungskosten	6,0	6,8	8,5	8,4
Zugänge	0,1	0,3	0,1	0,0
Abgänge	0,0	0,0	0,1	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abschreibungen, kumuliert	3,6	5,3	1,3	1,3
Abschreibungen, lfd. Jahr	0,8	0,5	0,2	0,2
Buchwert 31.12.2009	2,5	1,8	7,2	7,1

Finanzanlagevermögen

	Beteiligungen Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. €	Wertpapiere des Anlagevermögens ¹⁾ Mio. €	Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere Mio. €
Buchwert 01.01.2009	8,3	100,5	2.158,8	9,9
Zugänge	0,0	0,0	973,8	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	1,0	0,0
Abgänge	0,0	0,0	463,2	0,0
Abschreibungen	0,0	0,0	1,6	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Buchwert 31.12.2009	8,3	100,5	2.668,8	9,9

¹⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet fällige und anteilige Zinsen in Höhe von 36,0 Mio. €.

Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzausweis in Höhe von 14,5 (Vj. 14,0) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Land über 10,6 (Vj. 10,2)

Mio. € sowie Anzahlungen auf erworbene Forderungen in Höhe von 2,2 (Vj. 2,3) Mio. €.

Aktive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Agien aus erworbenen Schuldscheindarlehen	4,3	7,0
Disagien aus begebenen Schuldscheindarlehen	0,5	0,2
Sonstiges	0,2	0,2

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Fristengliederung	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	527,3	255,9
nach Fälligkeitszeitpunkt		
▶ bis 3 Monate	943,9	1.152,6
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.141,5	673,8
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.765,2	2.705,8
▶ mehr als 5 Jahre	5.777,2	5.903,1

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Fristengliederung	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	38,3	44,5
nach Fälligkeitszeitpunkt		
▶ bis 3 Monate	56,3	35,8
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0,3	0,3
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	25,6	8,5
▶ mehr als 5 Jahre	1.011,6	562,8

Verbindlichkeiten der IB aus der Förderung mit Bundesmitteln

Fristengliederung	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Fälligkeitszeitpunkt		
▶ bis 3 Monate	10,4	9,4
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	8,0	7,4
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	88,2	81,2
▶ mehr als 5 Jahre	278,6	300,1

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Die IB hat Darlehensforderungen aus dem Fördergeschäft in Höhe von 420,2 (Vj. 416,0) Mio. € als Sicherheiten an die Kreditanstalt für Wiederaufbau abgetreten. Darüber hinaus wurden Wertpapiere

und Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert von 1.409,4 (Vj. 1.195,3) Mio. € an die Deutsche Bundesbank verpfändet.

Treuhandverbindlichkeiten

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
▶ täglich fällig	0,7	0,8
▶ andere Verbindlichkeiten	40,5	45,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
▶ täglich fällig	39,5	26,7
▶ andere Verbindlichkeiten	908,4	828,3

Sonstige Verbindlichkeiten

Der Bilanzausweis in Höhe von 21,4 (Vj. 20,4) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus

erhaltenen Zuschüssen im Rahmen des EFRE-Fonds mit einem Betrag von 19,9 (Vj. 18,5) Mio. €.

Passive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2009 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Disagioabgrenzung	40,1	50,6
Ankauf von Forderungen zum Barwert	25,3	27,7
Sonstiges	9,1	8,2

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei den Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 672,6 (Vj. 619,2) Mio. € handelt es sich um Kreditbürgschaften.

Unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 753,1 (Vj. 711,8) Mio. € resultieren aus Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen**

Als wesentliche Einzelbeträge beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Kostenerstattungen in Höhe von 9,5 Mio. € und die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 0,7 Mio. €.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen führen Forderungsverzichte in Höhe von 1,4 Mio. € zu einem als wesentlich zu betrachtenden Posten.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

	31.12.2009 T €	Vorjahr T €
Abschlussprüfung	235,8	243,8
andere Bestätigungsleistungen	5,6	3,1
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,0
sonstige Leistungen	50,2	14,5

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält periodenfremde Erträge in Höhe von 1,6 Mio. € in den Positionen *laufende Erträge Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und sons-*

tige betriebliche Erträge. In den *sonstigen betrieblichen Aufwendungen* sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1,4 Mio. € enthalten.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB

	Anteil am Kapital in v. H.	Eigenkapital in T € ^{1) 2)}	Davon: Ergebnis in T € ²⁾
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	24	21.463	-312
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	100	36	3
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH&Co.KG, Kiel	100	3.961	3.116
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	50,6	97581	3.724

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB
²⁾ Vorjahreszahlen

Derivategeschäft

Zum Bilanzstichtag hat die Investitionsbank die folgenden marktbewerteten Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Bestand. Sämtliche Geschäfte wurden mit Banken mit Sitz in einem OECD-Land abgeschlossen. Die Marktbeurteilung erfolgte mittels der Discounted Cashflow-Methode.

Zum Bilanzstichtag abgegrenzte Zinsen aus den Swappgeschäften werden unter den Forderungen an Kreditinstitute (25,3 Mio. €) bzw. unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (109,1 Mio. €) ausgewiesen.

Derivategeschäft

Mio. €	Restlaufzeit (Nominal)			Marktwerte	
	< = 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre	positive	negative
Zinsswaps	842,1	2.302,3	3.881,4	95,9	370,2

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	Weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	249	183	432	409
davon: Teilzeitbeschäftigte	101	12	113	103

Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Am Bilanzstichtag betragen die Kredite an Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates insgesamt jeweils 0,2 (Vj. 0,2) Mio. €.

Die Bank macht Gebrauch von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Für frühere Mitglieder der Organe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 0,3 (Vj. 0,3) Mio. €.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Als nahe stehende Personen gelten natürliche sowie juristische Personen und Unternehmen, die aufgrund ihrer gesellschaftsrechtlichen Verbindung oder Organmitgliedschaft auf die Bank oder ihre Tochterunternehmen wesentlich einwirken können.

Als nahe stehende Unternehmen haben wir die verbundenen Unternehmen der IB identifiziert.

Als nahe stehende Privatpersonen behandeln wir die Mitglieder von Vorstand, Gewährträgerversammlung und Verwaltungsrat.

Sämtliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen oder Personen werden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen entstehen der Bank in den Folgejahren finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 3,5 Mio. €.

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Vorstand

Vorsitzender des Vorstandes
Lutz Koopmann, Altenholz

Mitglied des Vorstandes
Dr. Klaus Rave, Kronshagen

Gewährträgersversammlung

Bestellte Mitglieder

Vorsitzender
Rainer Wiegard
Finanzminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Heiner Garg (ab 10.11.2009)
Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Werner Marnette (bis 13.05.2009)
Dr. Jörn Biel (ab 14.05. bis 09.11.2009)
Jost de Jager (ab 10.11.2009)
Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und
Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ständige Vertreter der bestellten Mitglieder

Dr. Arne Wulff (bis 09.11.2009)
Dr. Olaf Bastian (ab 10.11.2009)
Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Lothar Hay (bis 26.07.2009)
Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Karin Wiedemann (bis 09.11.2009)
Dr. Tamara Zieschang (ab 10.11.2009)
Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Dr. Christian v. Boetticher (ab 27.07. bis 09.11.2009)
Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche
Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ulrich Lorenz (bis 26.07.2009)
Staatssekretär im Innenministerium des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Klaus Schlie (ab 10.11.2009)
Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius (ab 27.07. bis 09.11.2009)
Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Uwe Döring (bis 26.07.2009)
Minister für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Volker Dornquast (ab 10.11.2009)
Staatssekretär im Innenministerium des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Heinz Maurus (ab 27.07. bis 09.11.2009)
Chef der Staatskanzlei des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser (bis 26.07.2009)
Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Olaf Bastian (ab 27.07. bis 09.11.2009)
Staatssekretär im Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Dr. Arne Wulff (bis 09.11.2009)

Dr. Olaf Bastian (ab 10.11.2009)

Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreterin des Vorsitzenden

Karin Wiedemann (bis 09.11.2009)

Dr. Tamara Zieschang (ab 10.11.2009)

Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

2. Vertreter des Vorsitzenden

Ulrich Lorenz (bis 26.07.2009)

Klaus Schlie (ab 27.07. bis 09.11.2009)

Volker Dornquast (ab 10.11.2009)

Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser (bis 26.07.2009)

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Jost de Jager (ab 27.07. bis 09.11.2009)

Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Dr. Bettina Bonde (ab 10.11.2009)

Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit,
Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Michael Dölp (ab 10.11.2009)

Staatssekretär im Ministerium für Justiz,
Gleichstellung und Integration des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Hellmut Körner (bis 26.07.2009)

Dr. Olaf Bastian (ab 27.07. bis 09.11.2009)

Staatssekretär im Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Bettina Bonde (ab 10.11.2009)

Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit,
Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius

Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Jan-Christian Erps (bis 30.06.2009)

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen Landesverbände, Kiel

Jörg Bülow (ab 01.07.2009)

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, Kiel

Dr. Jörn Biel (bis 18.05.2009)
Rainer Bock (ab 19.05.2009)
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer zu Kiel

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Ulrich Adolf, Kiel
Axel Barkow, Trappenkamp
Patricia Friedrichs, Rendsburg
Silke Jahn, Holtsee

**Mandate der Vorstandsmitglieder
in Aufsichtsgremien**

Lutz Koopmann
HSH Finanzfonds AöR
Besenbinderhof 37
20097 Hamburg (ab 29.04.2009)

Thyen, Theilen & Partner AG
Steuerberatungsgesellschaft
Rathausplatz 15
24937 Flensburg

HSH Nordbank AG
Martensdamm 6
24103 Kiel
Gerhart-Hauptmann-Platz 50
20095 Hamburg
(ab. 01.07.2009)

Dr. Klaus Rave
Energie Systeme Nord GmbH
Ingenieurunternehmen für Energie und
Umwelttechnik
Lise-Meitner-Straße 25-29
24223 Schwentinental

Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Fabrikstraße 7
24103 Kiel

Kiel, den 22. März 2010



Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Klaus Rave

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von

Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 24. März 2010

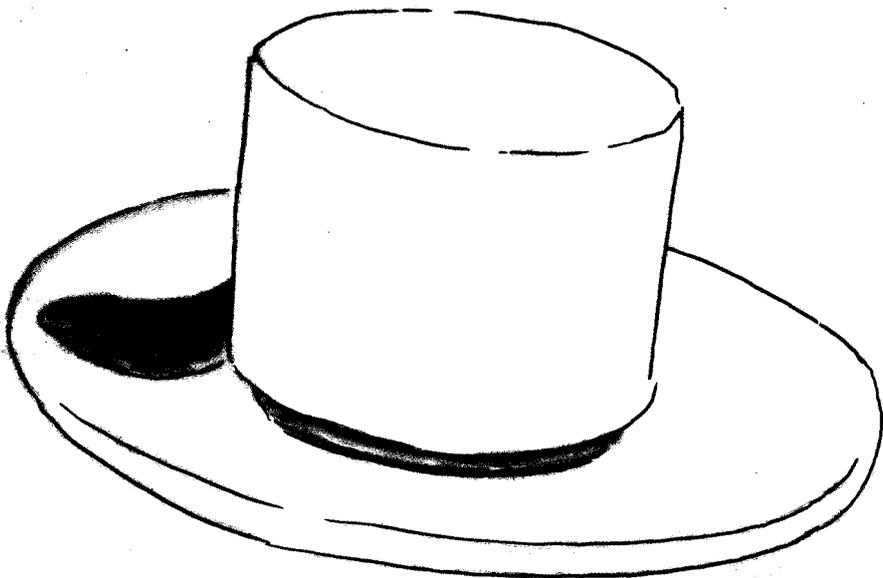
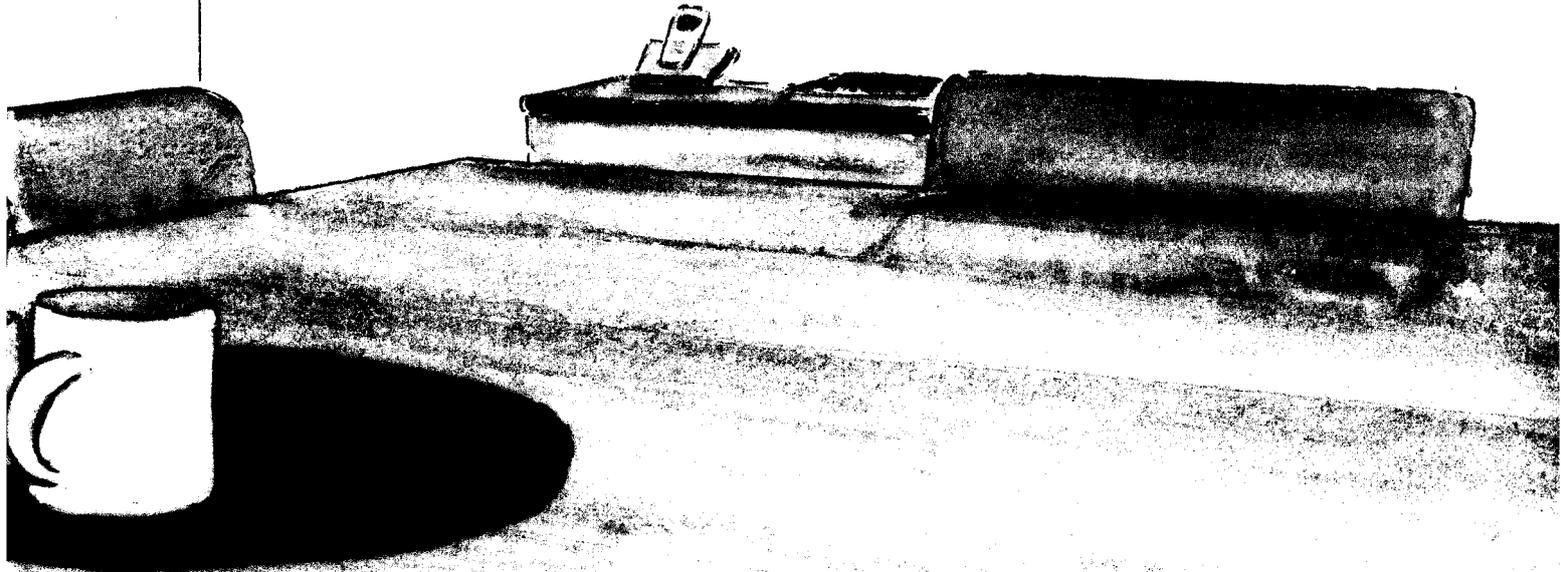
PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gero Martens
Wirtschaftsprüfer

ppa. Marc Lilienthal
Wirtschaftsprüfer



Ausschnitt aus „IB-Konferenzzimmer“ von Kerstin Mempel, 40 x 30 cm



Impressum

Herausgegeben von
der Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kommunikation/Marketing
Telefon 0431 9905-3448
oder 0431 9905-3481

Gestaltung

New Communication GmbH & Co. KG

Bilder

Kerstin Mempel, Kiel (www.kunst-kiel.de)

Druck

Druckzentrum AC Ehlers

**Investitionsbank
Schleswig-Holstein**

Postfach 1128
24100 Kiel
Fleethörn 29-31
24103 Kiel

Tel. 0431 9905-0
Fax 0431 9905-3383
info@ib-sh.de
www.ib-sh.de

IB.Büros

Ahrensburg
Beimoorkamp 6
Tel. 04102 458233

Elmshorn
Ramskamp 71-75
Tel. 04121 471550

Eutin
Königstraße 2
Tel. 04521 774638

Flensburg
Friesische Straße 1-9
Tel. 0461 144860

Itzehoe
Hanseatenplatz 5
Tel. 04821 67770

Kiel
Fleethörn 29-31
Tel. 0431 9905-0

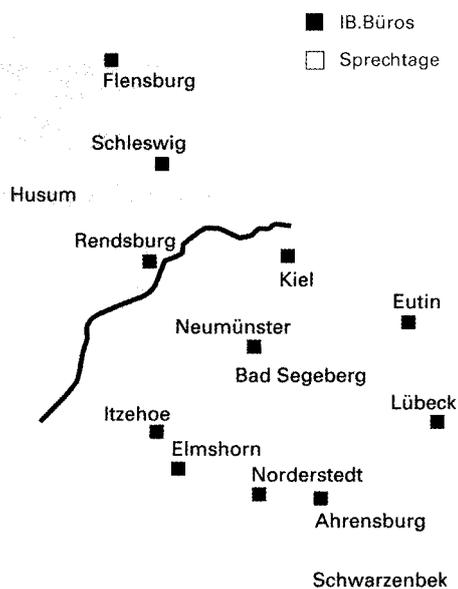
Lübeck
Fackenburger Allee 2
Tel. 0451 799860

Neumünster
Großflecken 26
Tel. 04321 488830

Norderstedt
Rathausallee 31
Tel. 040 5268300

Rendsburg
Jungfernstieg 25
Tel. 04331 122544

Schleswig
Michaelisstraße/
Carstengang 2
Tel. 04621 989771



Standorte außerhalb Schleswig-Holsteins

Hamburg
(in Kooperation mit der
Innovationsstiftung Hamburg)
**Büro des Enterprise Europe Network
Hamburg Schleswig-Holstein**
Habichtstraße 41
Tel. 040 8222078-64
www.een-hhsh.de

**INTERREG-Sekretariat
Rostock**
Grubenstraße 20
Tel. 0381 454845281

**Verbindungsbüro
Brüssel**
Square de Meeüs 37
Tel. +32 22307224

**INTERREG-Sekretariat
Riga**
(in Kooperation mit der State Regional
Development Agency, Lettland)
Ausekla iela 14,
4th and 5th floor
Tel. +37 17357368